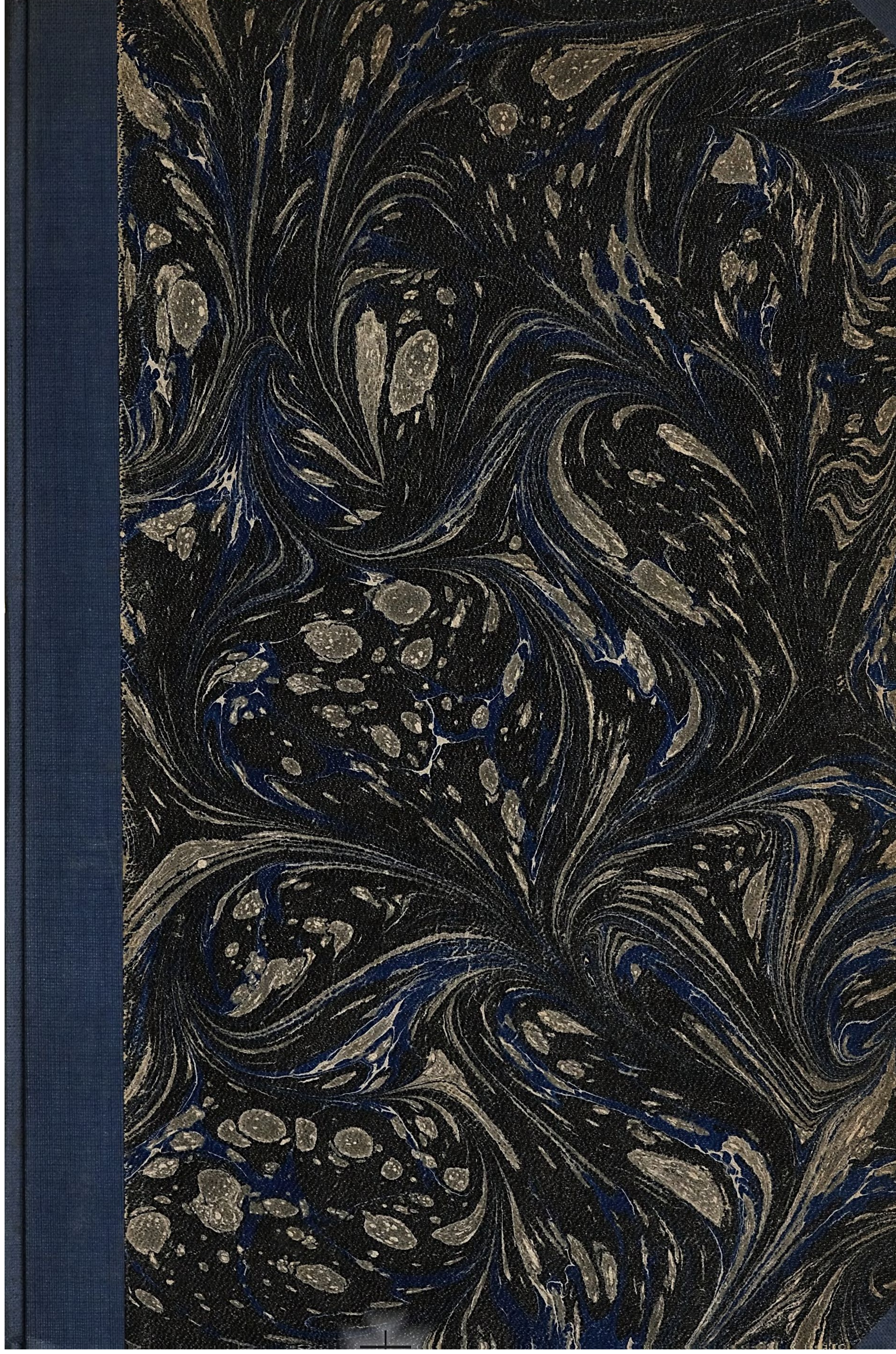




41
—
4847

Bayerische Staatsbibliothek



<36651619870016

41
4847

Die
französischen Rechtsfakultäten

im Rahmen der
neueren Entwicklung des französischen Hochschulwesens.

Von
Dr. jur. Leo von Savigny.



Bibliothek
des
K. Staatsministerium des Innern
für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

BERLIN 1891.

Puttkammer & Mühlbrecht.

Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft.

Bibliothek
des
K. St. Ministeriums d. Innern
für Kirchen- u. Schul-Angelegen.

1827

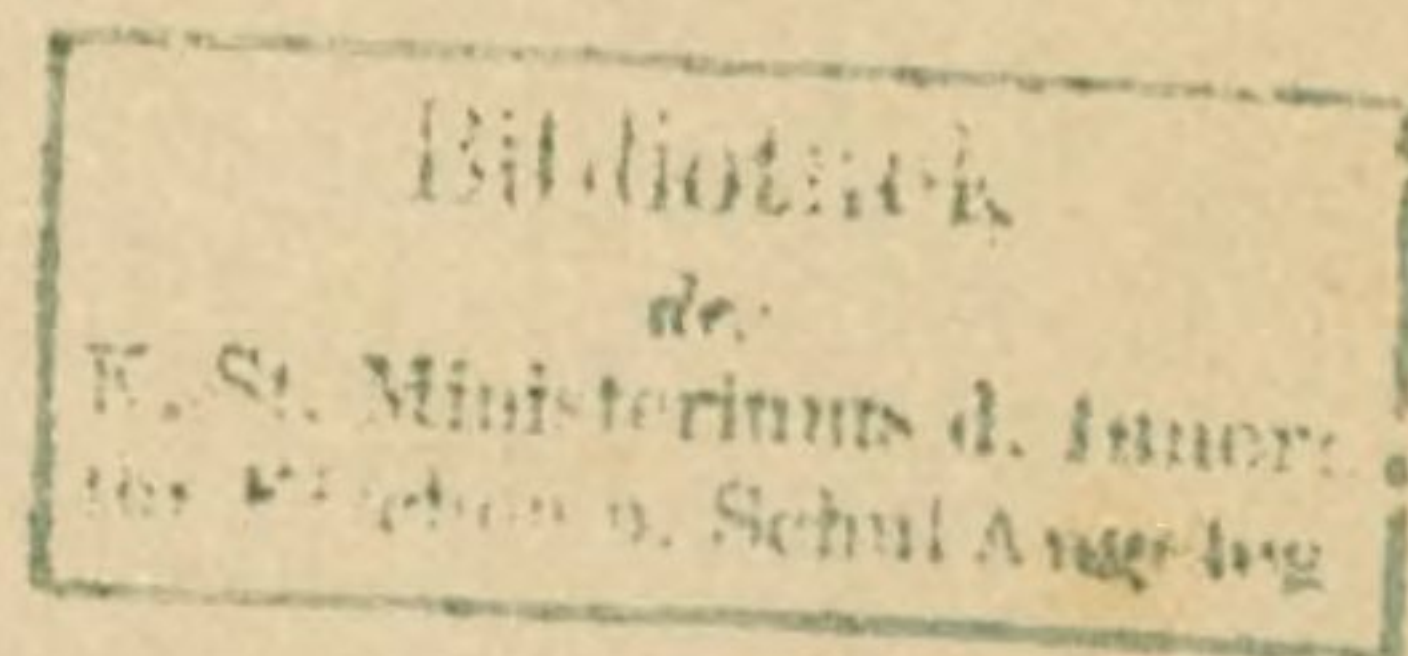
21

41
4847

(Die
französischen Rechtsfakultäten

im Rahmen der
neueren Entwicklung des französischen Hochschulwesens.

Von
Dr. jur. Leo von Savigny.



BERLIN 1891.
Puttkammer & Mühlbrecht.
Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft.



Alle Rechte vorbehalten.

Seinem verehrten Lehrer

Herrn Dr. iur. **H. Samson**

Hochwürden

in Dankbarkeit

Der Verfasser.

Library of the University of Toronto

Thomas J. H. Harrison

1880

1880

1880

VORWORT.

Die Verhältnisse der einzelnen Zweige des modernen französischen Hochschulwesens haben in Deutschland nur selten den Gegenstand eingehenderer Bearbeitung gebildet. Namentlich sind hier die neuesten Veränderungen, welche die Hochschulreform der beiden letzten Jahrzehnte bedingt hat, nur wenig bekannt geworden. Der Verfasser glaubte daher, die Schilderung seiner, gelegentlich eines halbjährigen Aufenthalts in Paris, gemachten Beobachtungen über die Organisation des französischen Rechtsunterrichts, werde nicht ohne Interesse sein. Doch stellte es sich im Verlaufe der Ausführung mehr und mehr heraus, dass das Verständniss des jetzigen Zustandes der französischen Rechtsfakultäten eine historische Erklärung erfordere. Es ist daher der, durch die lange Vernachlässigung, welche die Universitätsgeschichte in Frankreich bis in die neueste Zeit erfahren hat,¹⁾ nicht unwesentlich erschwerte Versuch

¹⁾ Die neue Reformbewegung auf dem Gebiete des Hochschulwesens hat auch hier einen bedeutenden Umschwung bewirkt; die Publikationen, welche allerdings meist die alte Universitätsgeschichte zum Gegenstande haben, mehren sich in erfreulichster Weise. So bereitet namentlich Herr M. Fournier, der verdienstvolle Herausgeber der französischen Universitätsstatuten, eine Geschichte der französischen Rechtsfakultäten vor, die nach den gemachten Vorarbeiten eine erschöpfende Behandlung erwarten lässt. Es war übrigens leider nicht mehr möglich, den zweiten Band der erwähnten Statutensammlung (*Les statuts et privilèges des universités françaises, depuis leur fondation jusqu'en 1789*, éd. M. Fournier, Paris. I. 1890. II. 1891) zu benutzen, wie auch das sonst vorhandene Material dem Verfasser nur zum Theile zugänglich war.

gemacht worden, die neuere geschichtliche Entwicklung der französischen Rechtsfakultäten in einer Uebersicht zu schildern. Mit dem Gesagten ist das Ziel dieser letzteren gegeben; sie erhebt auf selbstständige Bedeutung kaum Anspruch, dürfte jedoch ein im Wesentlichen richtiges Bild der Faktoren zeichnen, welche die neuere Entwicklung des Rechtsunterrichts in Frankreich beherrschten, und somit dem eigentlichen Zwecke der vorliegenden Abhandlung, der Schilderung des heutigen Zustandes der französischen Rechtsfakultäten, dienlich sein.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	V
Erster Abschnitt. Die allgemeine Organisation des französischen Hochschulwesens und seine Entwicklung seit dem 17. Jahrhundert	1
I. Die allgemeine Unterrichtsverwaltung und das enseignement supérieur	1
II. Die Entwicklung der französischen Universitäten von dem 17. Jahrhundert bis zur Revolution	6
1. Der Verlust des wissenschaftlichen Vorranges der Universitäten	6
2. Die Nationalisirung und Verstaatlichung der Universitäten und ihre Folgen	13
III. Die Entwicklung des modernen französischen Hochschulwesens	21
1. Die Revolution und die napoleonische Reorganisation des Hochschulwesens	21
2. Der Zustand des Hochschulwesens bis 1870	25
3. Die neue Reformbewegung auf dem Gebiete des Hochschulwesens	31
Zweiter Abschnitt. Die Entwicklung der französischen Rechtsfakultäten seit dem 17. Jahrhundert.	43
I. Die französischen Rechtsfakultäten vor der Revolution	44
1. Der wissenschaftliche Niedergang der französischen Rechtsfakultäten im 17. und 18. Jahrhundert	44
2. Die Nationalisirung und Verstaatlichung der französischen Universitäten in ihren Wirkungen auf die Rechtsfakultäten	58
3. Der Zustand der französischen Rechtsfakultäten zu Ende des 18. Jahrhunderts	74
II. Die neuere Entwicklung der französischen Rechtsfakultäten	79
1. Die Revolution und ihre Folgen für die Neuordnung der Rechtsfakultäten	79

VIII

	Seite
2. Die Reorganisation des Rechtsunterrichts unter Napoleon	83
3. Die Aenderungen in der Organisation der Rechtsfakultäten bis zur neuesten Reformperiode . . .	90
4. Die inneren Zustände der Rechtsfakultäten bis zur neuesten Reformperiode	97
Dritter Abschnitt. Der heutige Zustand der französischen Rechtsfakultäten	106
I. Das Lehrpersonal der Rechtsfakultäten	107
II. Die Studirenden	123
III. Die Grade und die Studienordnung. Die wichtigsten der durch das Rechtsstudium zugänglichen Berufsstellungen	136
IV. Das Vorlesungswesen. Deutsche und französische Lehrorganisation	149
V. Die conférences	177
VI. Die Preisaufgaben, concours	182
VII. Das Prüfungswesen. Die Beschränkung der Lernfreiheit	187
VIII. Die Rechtsfakultäten und die Staatswissenschaften .	207
IX. Schluss. Deutsche und französische Universitätsentwicklung	218



Erster Abschnitt.

Die allgemeine Organisation des französischen Hochschulwesens und seine Entwicklung seit dem 17. Jahrhundert.*)

I.

Die allgemeine Unterrichtsverwaltung und das enseignement supérieur.

Die alten Grundlagen des Schulwesens sind in Frankreich durch die grosse Revolution beseitigt worden. Das moderne französische Unterrichtswesen gründet sich auf die napoleonische Reorganisation, die 1808 durch die Schaffung der „*université*“ ihren Abschluss fand. Unter „*université*“ verstand man bekanntlich eine staatliche Unterrichtskorporation, der der gesamte öffentliche Unterricht, derjenige der Hochschulen, der Mittelschulen und der Volksschulen ausschliesslich übertragen war.

*) Neben den allgemeinen Gesetzessammlungen findet sich eine solche der für das Unterrichtswesen bedeutsamen seit 1789 ergangenen Gesetze, Dekrete etc. bei M. A. de Beauchamp — *Recueil des lois et règlements sur l'enseignement supérieur, comprenant les décisions, de la jurisprudence, et des conseils de l'instruction publique et du Conseil d'État* (4. vol. Paris 1880—85).

Auf das für die Rechtsfakultäten Wichtige beschränkt sich D. de Folleville *Recueil des règlements des facultés de droit, renfermant les décrets et règlements jusqu'au 8 Janvier 1881. 2 annexes jusqu'au 1 Mars 1884.* Paris.

Statistisches, historische Uebersichten und die Darstellung des jeweiligen Rechtszustandes enthalten die vom Unterrichtsministerium herausgegebenen dezennalen *Statistiques de l'enseignement supérieur* — Paris 1868, 1878, 1889.

Offizielle Dokumente, die Materialien der neuen Reformen, namentlich auch die Resultate der jetzt üblichen Enqueten bei den Hochschulen enthalten die neuerdings periodisch vom Unterrichts-

Dieses Monopol ist nun im Laufe des Jahrhunderts für alle drei Grade des Unterrichts durchbrochen worden, so dass jetzt neben der *université*, unter welcher man nach wie vor die Gesamtheit der ordentlichen staatlichen Veranstaltungen zum Zwecke des öffentlichen Unterrichts versteht, auch ein vollständiges System des nichtstaatlichen freien Unterrichts sich entwickelt hat. So giebt es seit dem Gesetze über die Unterrichtsfreiheit vom 12. Juli 1875 neben den staatlichen auch freie, diesen koordinirte Hochschulen. Der Schwerpunkt des Hochschulwesens liegt jedoch in den staatlichen Anstalten, und wir beschränken uns hier auf eine Berücksichtigung dieser

ministerium publizirten *Enquêtes et documents relatifs à l'enseignement supérieur* — I—XXXIX (1890).

Vom Zustande der Fakultäten geben jetzt die Berichte der *conseils généraux des facultés* jährlich eingehende Nachricht, sie werden unter den genannten *Enquêtes et documents* etc. regelmässig veröffentlicht.

Die Literatur, welche durch die neuerliche Reformbewegung auf dem Gebiete des Hochschulwesens gezeitigt worden ist, findet sich zum grössten Theile in der Publikation der „*Société pour l'étude des questions d'enseignement supérieur*“ (jetzt *société d'enseignement supérieur*). Das ursprüngliche „*Bulletin*“ derselben führt seit 1881 als Monatschrift den Titel „*Revue internationale de l'enseignement*“.

Von dem französischen Unterrichtswesen in diesem Jahrhundert handeln: Hahn, Das Unterrichtswesen Frankreichs. Breslau 1848. Beer u. Hochegger, Die Fortschritte des Unterrichtswesens in den Kulturstaaten Europas. Das Unterrichtswesen Frankreichs. Wien 1867. L. v. Stein, Verwaltungslehre. Innere Verwaltung. V. Das Bildungswesen. 1. Aufl. 1868.

Eine Uebersicht über die Entwicklung der modernen französischen Unterrichtsverfassung giebt Bücheler in Schmidt's Encyclopädie des gesammten Erziehungs- und Unterrichtswesens.

Vom französischen Rechtsunterrichte in diesem Jahrhundert handeln kurz: F. C. von Savigny, Vom Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. S. 137 ff. Warnkönig, Das Studium des römischen Rechts in Frankreich. Freiburg 1837; ders. in den Hallischen Jahrbüchern 1838, S. 553. R. von Mohl, Politik II. Die Universitäten. S. 125 ff. Goldschmidt, Rechtsstudium und Prüfungsordnung. S. 414. Stuttgart 1887. Desgl. die citirten Hahn, S. 620 ff., Beer, S. 211 ff., v. Stein, S. 307 ff.

letzteren, deren Einrichtungen übrigens auch für die freien Hochschulen wesentlich massgebend sind.

Bevor wir dazu übergehen, das Hochschulwesen zu besprechen, erscheint es nothwendig, das Behördensystem der allgemeinen Unterrichtsverwaltung kurz zu skizziren. Denn Gewohnheit und Gesetz haben der Wirksamkeit dieser Autoritäten einen ungleich bedeutenderen Platz eingeräumt, als er den entsprechenden Behörden im Leben der deutschen Universitäten zukommt.

An der Spitze der Unterrichtsverwaltung steht der Minister des öffentlichen Unterrichts und der schönen Künste, der Nachfolger des ehemaligen *grand maître* der napoleonischen *université*. In seinen Händen ruht die Fülle der administrativen Gewalt; innerhalb des Rahmens der Gesetze und der von ihm gegenzuzeichnenden präsidentiellen Dekrete herrscht er fast unumschränkt.¹⁾ Ihm steht als Nachfolger des napoleonischen *conseil de l'université* ein *conseil supérieur de l'instruction publique* zur Seite.²⁾ Diese Körperschaft, deren Benennung, Zusammensetzung und Zuständigkeit je nach dem herrschenden Regime viele Wandlungen haben durchmachen müssen, geht jetzt, ihrer grossen Mehrheit nach, aus periodischen Wahlen aller Klassen des staatlichen Lehrpersonals, des *enseignement supérieur, secondaire* und *primaire*, hervor, während eine kleine Minderheit, darunter einige Vertreter des freien Unterrichts, vom Präsidenten der Republik ernannt wird; man hat daher den genannten *conseil* auch als „Kongress der Vertreter des französischen Unterrichtswesens“ bezeichnet.

Seine Befugnisse sind in erster Linie berathender Natur. Wichtige gesetzgeberische Vorschläge oder administrative Massnahmen hat er gewöhnlich zu begutachten; in einigen

¹⁾ Die Vergänglichkeit, welche den parlamentarischen Ministerien Frankreichs anhaftet, erhöht natürlich die Bedeutung der oft gar viele Minister im Amt überlebenden Ministerialdirektoren. So dürften wohl die Namen derjenigen des *enseignement supérieur*, Du Mesnil, Dumont, Liard inniger mit dem Andenken der jüngsten Reformen dieses Unterrichtszweiges verknüpft bleiben als diejenigen der offiziell verantwortlichen Minister.

²⁾ Die jetzige Form ist ihm durch das Gesetz vom 27. Februar 1880 gegeben worden.

gesetzlich bestimmten Fällen ist der Minister sogar zur Befragung des *conseil* verpflichtet, allerdings ohne an die Entscheidung desselben gebunden zu sein. Daneben ist der *conseil* auch höchster Verwaltungs- und Disciplinargerichtshof in Unterrichtsangelegenheiten.

Während der *conseil* jährlich nur zu zwei ordentlichen Sessionen zusammentritt, bilden die vom Präsidenten der Republik ernannten und einige vom Minister erwählte Mitglieder eine permanente Sektion, der äusserst wichtige Befugnisse eingeräumt sind.³⁾ Sie bearbeitet die dem *conseil* vorzulegenden Gegenstände und hat fast in allen wichtigeren Unterrichtsangelegenheiten Gutachten abzugeben.

Neben dem *conseil* und der ihm entnommenen Sektion besteht noch ein *comité consultatif de l'enseignement public*,⁴⁾ das aus höheren Beamten der Unterrichtsverwaltung und Vertretern des Lehrfachs vom Minister zusammengesetzt wird; seinen Sektionen und Kommissionen liegt die Begutachtung derjenigen ihnen vom Minister vorgelegten, in ihr Gebiet einschlägigen Fragen ob, welche nicht der *section permanente* zugewiesen werden.

Der Minister und die genannten Körperschaften sind die Zentralbehörden der allgemeinen Unterrichtsverwaltung, deren Thätigkeit sich auf alle drei Grade des Unterrichts, das *enseignement supérieur*, *secondaire* und *primaire*, und über das ganze Staatsgebiet erstreckt. Unter diesen stehen die provinziellen Behörden, diejenigen der *académie*.⁵⁾ Das Staats-

³⁾ Die Institution dieses fachmännischen Beirathes für den Minister hat aus politischen Gründen stets zu den am meisten umstrittenen Punkten in der französischen Unterrichtsverfassung gehört.

⁴⁾ Zusammensetzung und Kompetenz sind jetzt geregelt durch Dekret vom 11. Mai 1880. Dieses *comité*, welches nunmehr als ziemlich überflüssig erscheint, war durch Dekret vom 25. März 1873 geschaffen worden, um als Gegengewicht zu dienen gegen den auf Veranlassung der konservativen Partei eingeführten *conseil supérieur* (Gesetz vom 19. März 1873), dessen Thätigkeit auch dem freien Unterrichte zu Gute kommen sollte.

⁵⁾ Für die einzelnen Zweige des Hochschulunterrichts bestanden bis vor Kurzem Generalinspektoren, darunter einer für die Rechtsfakultäten (*ordonnance* vom 1. Oktober 1844; *décret-loi* vom 9. März

gebiet ist zum Zwecke der Unterrichtsverwaltung jetzt⁶⁾ in 17 „Akademien“, Unterrichtsbezirke, eingetheilt, — eine derselben wird von Alger gebildet — in welchen sich das Wesentliche der zentralen Organisation analog wiederholt. An der Spitze einer jeden Akademie steht als der Vertreter des Ministers und Exekutivorgan der *recteur*; neben ihm ein *conseil académique*,⁷⁾ der ähnlich dem genannten *conseil supérieur*, jedoch mit Ausschluss der Vertreter des Primärunterrichts, zusammengesetzt ist;⁸⁾ seine Thätigkeit erstreckt sich daher auch nur auf die Hoch- und Mittelschulen seines Bezirks. Aufgabe des *conseil académique* ist, neben der Abgabe von Gutachten über die ihm vom Minister unterbreiteten Angelegenheiten, die Abstattung regelmässiger Berichte über die Verhältnisse und den Zustand der genannten Anstalten der Akademie. Ausserdem ist er Verwaltungs- und Disciplinargerichtshof erster Instanz für die ihm unterstellten Anstalten.

Vorgenannte sind die Behörden der allgemeinen Unterrichtsverwaltung, soweit sie für das *enseignement supérieur* in Betracht kommen. Schon ihre Aufzählung und die flüchtige Beschreibung ihrer Zuständigkeit lassen erkennen, dass die napoleonischen Traditionen der Zentralisation sich auch heute im französischen Unterrichtswesen bewahrt haben; rechtlich sind die Befugnisse des Ministers fast unumschränkt. Ein gewisses Gegengewicht bildet allerdings der *conseil supérieur de l'instruction publique*, dessen moralische Autorität in Unter-

1852), die im Auftrage des Ministers die ihnen unterstellten Anstalten, namentlich mit Rücksicht auf den ertheilten Unterricht, zu besichtigen hatten. Sie sind 1888 durch Budgetstrich beseitigt worden, und ihre Funktionen werden von Mitgliedern des *comité consultatif* in zeitweiliger Mission wahrgenommen (*décret* vom 20. März 1888).

⁶⁾ Auch die Zahl der Akademien und das Verhältniss derselben zu den Zentralbehörden haben seit Beginn des Jahrhunderts mehrfachem Wechsel unterlegen. Jetzt gelten das Gesetz vom 14. Juni 1854 und Dekret vom 22. August 1854.

⁷⁾ Titre II des Gesetzes vom 27. Februar 1880.

⁸⁾ Für den Primärunterricht kommt namentlich die hier nicht näher zu erörternde departementale Organisation in Betracht, die dem Präfekten aus politischen Rücksichten einen grossen Einfluss gewährt.

richtsfragen doch so gross ist, dass der Minister nicht leicht in Widerspruch mit Beschlüssen desselben tritt.

Innerhalb dieses Rahmens der *université* steht, abgesehen von einigen dem Minister direkt unterstellten Anstalten, wie das *collège de France*, das *muséum*, die *école normal supérieure*, *école pratique des hautes études*, neben den beiden anderen Unterrichtsgraden auch die Gesamtheit der Hochschulen, das *enseignement supérieur*.

Wenn wir im Folgenden versuchen wollen, die moderne Entwicklung des französischen Hochschulwesens kurz zu veranschaulichen, so müssen wir nicht nur auf die napoleonische Organisation zurückgreifen, sondern auch den vorrevolutionären Zustand berücksichtigen. Denn uns will es scheinen, dass namentlich die Entwicklung des 17. und 18. Jahrhunderts für die späteren Schicksale des französischen Hochschulwesens bestimmend geworden ist, dass auch hier die napoleonische Reorganisation vielfach nur vollendet hat, was schon die letzten Jahrhunderte der Monarchie angebahnt hatten.

II.

Die Entwicklung der französischen Universitäten von dem 17. Jahrhundert bis zur Revolution.

1. Der Verlust des wissenschaftlichen Vorranges der Universitäten.

Zwei Gesichtspunkte, die vielfach ineinander übergreifen, scheinen es uns namentlich zu sein, unter welche die einzelnen Momente der Entwicklung des französischen Hochschulwesens im 17. und 18. Jahrhundert unterzuordnen sind.

An erster Stelle ist hier zu nennen der Verlust der wissenschaftlichen Suprematie, welchen die französischen Universitäten zu Gunsten der gelehrten Gesellschaften, der Akademien, erleiden mussten.

Im späteren Mittelalter waren im gesammten christlichen Europa vorzugsweise die Universitäten Träger des wissen-

schaftlichen Fortschritts.⁹⁾ Wie die Lehrer der Universitäten auch die führenden Geister in der Wissenschaft waren, wie die schriftstellerisch-wissenschaftliche Thätigkeit meist auf die Lehrthätigkeit gegründet war, so brachte diese letztere auch den Stand der Wissenschaft vollkommen zum Ausdruck. Und auch im 16. Jahrhundert, als doch bereits das gedruckte Wort mit dem vom Katheder gesprochenen wirksam konkurrierte, bewahrten die Universitäten diese Stellung; wir verweisen nur auf die Bedeutung, welche in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts die Artisten in Deutschland¹⁰⁾ zu erringen wussten, die beherrschende Stellung, welche in Frankreich die grossen Juristen von Bourges, ein Duaren, Donellus, Baro, Hotomannus, Cujaz u. A. als mündliche Verkündiger der Wissenschaft wie auch als Schriftsteller einnehmen konnten.

In den Universitäten und im Anschluss an dieselben fand auch damals der Fortschritt des europäischen Wissens statt.

In dieser Beziehung brachte nun in Frankreich das 17. und 18. Jahrhundert einen vollständigen Umschwung. Die Universitäten verloren die führende wissenschaftliche Stellung und sanken auf die Stufe professionell-praktischer Fachanstalten herab, während die gelehrten Akademien ihren Platz einnahmen.

Der Grund für diese Erscheinung dürfte wohl in der Umwandlung zu suchen sein, welche im 17. und 18. Jahrhundert das wissenschaftliche Leben Europas erfuhr, einer Umwandlung, welcher die französischen Universitäten nicht gefolgt sind.

Aus den traditionellen Universitätswissenschaften, welche Jahrhunderte hindurch das Objekt wissenschaftlicher Arbeit ausschliesslich dargestellt hatten, entwickelten sich allenthalben neue Zweige; ja ganz neue Wissensgegenstände lenkten das Interesse der europäischen Völkergemeinschaft gebieterisch auf sich. Wie das Reich der Naturwissenschaften erschlossen und in die zahllosen Zweige, aus denen es sich zusammensetzt,

⁹⁾ Vgl. namentlich Kaufmann, Die Geschichte der deutschen Universitäten. B. I. Vorgeschichte. Stuttgart 1888. S. 1 ff.

¹⁰⁾ Vgl. Paulsen, Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten. Leipzig 1885. S. 44 ff.

aufgelöst wurde,¹¹⁾ so entwickelten sich aus der traditionellen Rechtswissenschaft selbstständige Materien, trat neben sie die Lehre vom Staate, die Politik, die politische Oekonomie, soziale Philosophie, fanden die nationalen Elemente des Rechts, die nationalen Sprachen, die nationale Geschichte eifrige Pflege.¹²⁾

Zugleich bedingten die Aenderungen der Objekte wissenschaftlicher Arbeit auch einen raschen Wechsel der Form, in welcher diese vollzogen wurde; die wissenschaftlichen Methoden des Ramus, des Descartes, des von England eindringenden Empirismus lösten fast auf allen Wissensgebieten einander ab und bedingten tiefgreifende Umgestaltungen.

Wie man nun auch über die innere Berechtigung dieser wissenschaftlichen Veränderungen und das, namentlich im 18. Jahrhundert, oft mehr leidenschaftliche und einseitige als verständnisvolle Interesse, welches sich ihnen zuwandte, denken mag, eines ist gewiss: sollten die Universitäten die Führung auf wissenschaftlichem Gebiete behaupten, so mussten sie die neuen Wissensobjekte in sich aufnehmen, mussten der Veränderung des Inhalts wie der Form wissenschaftlicher Thätigkeit sich anpassen.

Es ist bekannt, dass die deutschen Universitäten, oft unter den schwierigsten Verhältnissen, diese Forderung im Grossen und Ganzen erfüllt haben; eine oder die andere ging stets auf den neuen Pfaden führend voran:¹³⁾ die Geschichte des Geisteslebens der Nation ist in Deutschland von derjenigen der Universitäten nicht zu trennen, sei es, dass neue Wahrheiten erschlossen, sei es, dass Irrwege eingeschlagen wurden.

In Frankreich dagegen sehen wir die Universitäten das Neue gar nicht oder doch verspätet und unvollständig in sich

¹¹⁾ Vgl. namentlich Taine, *Les origines de la France contemporaine*. B. I. *L'ancien régime*. S. 221 ff.

¹²⁾ Stintzing, *Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft*. I. S. 649 ff. Paulsen, l. c. S. 324 ff.

¹³⁾ Vgl. hierüber namentlich Paulsen, l. c. *passim*, besonders S. 353 ff. auch L. v. Stein, *Die innere Verwaltung*. Das Bildungswesen III S. 444 ff. (2. Aufl. Stuttgart 1884.) Goldschmidt, *Rechtsstudium und Prüfungsordnung*. S. 144 ff. Ein gutes Bild giebt die Schilderung der Verhältnisse in Erlangen bei Iwan Müller. *Die Universität Erlangen unter dem Markgrafen Alexander*. Rektoratsrede. 1878.

aufnehmen, so dass sie sich 1789 fast noch in den Geleisen des 16. Jahrhunderts bewegen.¹⁴⁾

Wenn wir nach den Gründen für diese so verhängnissvolle Unterlassung fragen, so war zunächst eine selbstständige Erweiterung des Thätigkeitsgebietes durch eine ungenügende Organisation der Universitäten sowie durch die inneren Verhältnisse der einzelnen Fakultäten erschwert.

Ungleichartig standen die Fakultäten neben einander. Die theologischen hatten in Folge der Entwicklung der bischöflichen Seminarien und der von den kirchlichen Orden gegründeten Anstalten den alten Charakter als Lehranstalten fast völlig verloren und beschränkten sich, bei fast gänzlicher Schülerlosigkeit, meist auf die Ertheilung der für kirchliche Würden geforderten Grade.¹⁵⁾

Die *facultas artium* mit ihren inkorporirten Kollegien diente im Wesentlichen dem Sekundärunterrichte.¹⁶⁾ Zu einer Trennung des letzteren von der Universität und Entwicklung einer höheren philosophischen Fakultät in dieser, wie sie seit dem Ende des 16. Jahrhunderts in Deutschland sich herausgebildet hatte,¹⁷⁾ war es bis 1789 in Frankreich nicht gekommen. Die gerade in dieser Zeit so bedeutsame Rolle der philosophischen Fakultät in deutschen Universitäten konnte somit der *facultas artium* nicht zufallen, die vielmehr als ein völlig fremdes Glied in dem Körper der Hochschule erscheinen musste.

Was endlich die juristischen und medizinischen Fakultäten angeht, so stand, abgesehen von der noch nicht überwundenen Auffassung der Medizin als eines ausschliesslich praktischen Faches, einer etwaigen selbstständigen Initiative des Lehrpersonals

¹⁴⁾ Vgl. bei Liard, *L'enseignement supérieur en France*. 1789 bis 1889. B. I. S. 47 ff. die Darstellung des thatsächlich in den Universitäten *des ancien régime* 1789 ertheilten Unterrichts. — Für die Rechtsfakultäten werden wir dies unten näher zu zeigen versuchen.

¹⁵⁾ Liard, l. c. S. 66 ff. Vgl. Péries, *La faculté de droit dans l'ancienne université de Paris*. Paris 1890. S. 227.

¹⁶⁾ Liard, S. 49 ff.

¹⁷⁾ Paulsen, S. 180 ff., 191 ff. Namentlich an dem Beispiele Strassburgs (1566) lässt sich die Entwicklung gut verfolgen. S. 169. Vgl. auch Hoffmann, *Ueber die Idee der Universität*. Würzburg 1845. S. 35 ff.

die grosse Anhänglichkeit an alte Traditionen entgegen, welche hier zu ungenügender Berücksichtigung der naturwissenschaftlichen Errungenschaften, zu einem stets sich erneuernden Kampfe der Fakultäten gegen „Empirismus und Paracelsismus“, dort zu allzulangem Zehren von altem Ruhme führte. Welch' weittragende Bedeutung ferner der mangelhaften Lehrorganisation in dieser Beziehung zuzuschreiben ist, werden wir unten bei der Darstellung des Lebens der Rechtsfakultäten eingehender zu zeigen haben.

Hiezu kamen die in Folge der Bürgerkriege zu Ende des 16. Jahrhunderts so ungünstig gestalteten äusseren Verhältnisse der Universitäten, die materielle Noth und der Schülermangel mit ihren lähmenden Einflüssen.

Es war somit an eine selbstthätige wissenschaftliche Regeneration der Universitäten nicht zu denken; und auch von aussen her machte sich trotz weitgehenden staatlichen Eingreifens kein Einfluss geltend, der die eigene Initiative in dieser Beziehung hätte ersetzen können.

Hiefür scheint uns vor Allem jene im 17. und 18. Jahrhundert zur Herrschaft gelangte Geistesrichtung des französischen Volkes verantwortlich zu sein, die in ihren Ursachen hier nicht aufzusuchen, deren Vorhandensein jedoch eine bedeutsame Thatsache ist. Wir meinen den von Taine sogenannten „*esprit classique*“.¹⁸⁾

Wie derselbe die Wahl der Gegenstände des geistigen Interesses im Sinne grösster „Modernität“ beeinflusste, wie er die ernste technische Gelehrsamkeit hinter die mit geringerem Material arbeitende Geistesthätigkeit zurücktreten liess, so wurde er namentlich für die Form auch der wissenschaftlichen Bethätigung insbesondere im 18. Jahrhundert bestimmend. Er begünstigte die glatte gemeinverständliche Darstellung, die sich mit Vorliebe nicht an ein technisches Publikum, sondern an die „gute Gesellschaft“, das gemischte, schöngeistige Publikum der „Salons“ wandte. „*La science était tenue d'être épigrammatique ou oratoire*“, so charakterisirt der grosse Schilderer der Geistesströmungen des 18. Jahrhunderts die

¹⁸⁾ Taine, l. c. I. S. 240 ff.

Wirkung dieses Publikums auf die wissenschaftliche Produktion.¹⁹⁾ Es lässt sich begreifen, dass für die in diesen Formen sich bewegende wissenschaftliche Thätigkeit die noch vielfach im mittelalterlich-scholastischen Gewande einherschreitenden Universitäten nicht als geeignete Träger erscheinen konnten. Der *esprit classique* fand vielmehr eine homogene Form, an welche seine wissenschaftliche Produktion sich zwanglos anzuschliessen vermochte, in den gelehrten Akademien. Im Anschluss an die 1635 in Paris durch Richelieu erfolgte Gründung der *académie française*²⁰⁾ entstanden in fast allen bedeutenderen Zentren oder erhoben sich zu neuer Blüte eine Fülle akademischer Vereinigungen. Nach dem Pariser Muster gebildet, scharten sie sich um diesen Mittelpunkt, als dessen vornehmstes Glied wiederum der vornehmste „Salon“, die der Pflege der französischen Sprache gewidmete „*académie française*“ angesehen wurde.²¹⁾

Den mehr oder weniger gelehrten Akademien fiel namentlich im 18. Jahrhundert die wissenschaftliche Führung, soweit sie überhaupt von einer Anstalt beansprucht werden konnte, vollständig zu; ihrer Anregung entsprangen die wichtigsten Arbeiten, ihre Mitgliedschaft war das Ziel der strebenden Geister, auf sie war das Interesse der Nation gerichtet. Die Universitäten gewöhnte man sich mehr und mehr, wenn man sie nicht als pedantisch verspottete,²²⁾ höchstens als der professionellen Fachbildung zu dienen bestimmt anzusehen.²³⁾ Den

¹⁹⁾ Taine, I. S. 276. Ueber den Einfluss des wissenschaftlich dilettirenden Damenpublikums. S. 331 ff.

²⁰⁾ Ueber dieselbe und ihren Einfluss: Lotheissen, Geschichte der französischen Literatur. I. S. 237 ff. Wien 1878. — Desgl. D. Nisard, *Histoire de la littérature française*. II. S. 187 ff. — Auch die sehr anfechtbaren Ausführungen bei L. v. Stein, l. c. III. S. 379 ff.

²¹⁾ Taine, S. 243. Interessant sind die dort angeführten Beispiele für die Missachtung, welche die technisch-wissenschaftliche *Académie des sciences* durch die *académie française* und das grosse Publikum zu Ende des 18. Jahrhunderts erfuhr.

²²⁾ Ein Beispiel hiefür giebt die burleske Verspottung der medizinischen Fakultäten mit ihrem „*clysterium donare, postea seignare ensuite purgare*“ in Molière's *malade imaginaire*.

²³⁾ Eine analoge Entwicklung schien sich zu Ende des 17. Jahrhunderts, unter französischem Einflusse, als dessen Vertreter nament-

neuen auf dem Gebiete des Unterrichts sich zeigenden Bedürfnissen suchte man durch Gründung und Entwicklung lebensvollerer Anstalten abzuhelpen. So bestanden das mit 19 Lehrstühlen versehene, freier organisirte *collège royal*,²⁴⁾ welches schliesslich auch dem allmächtigen Damenpublikum seine Thore öffnete,²⁵⁾ der *Jardin du Roi* und einige höhere Spezialschulen, wie die *école des mines, des ponts et chaussées* u. A. neben den Universitäten und unabhängig von denselben.²⁶⁾

Aus der geschilderten Kulturströmung erklärt es sich wohl, warum trotz mannigfacher äusserer und innerer Reformthätigkeit die von dem Geiste der Zeit erfüllten Reformatoren des

lich Leibniz angesehen werden kann, auch in Deutschland anzubahnen; auch hier findet sich die geschilderte moderne Richtung mit ihrer Abneigung, ja Verachtung gegenüber den Universitäten. (Paulsen S. 317, 331 ff, 346.) Freilich haben sich hier die Universitäten durch konsequente Aufnahme der werthvollen Neuerungen, wie oft selbst der zweifelhaften Errungenschaften die herrschende Stellung bewahrt, wie auch die im 18. Jahrhundert in Deutschland reich entwickelten gelehrten Gesellschaften (Paulsen zählt 1789 etwa 73 [S. 373]) meist an die Universitäten sich anschlossen und nie die übermächtige Stellung ihrer französischen Schwestern erlangen konnten.

²⁴⁾ Von Franz I. gegründet. Ein kurzer Ueberblick über die Geschichte desselben findet sich in der *Statistique de l'enseignement supérieur* 1878. Zu Ende des vorigen Jahrhunderts pflegte es neben den Sprachen besonders die Naturwissenschaften. Auch ein Lehrstuhl für kanonisches, sowie für Natur- und Völkerrecht bestand dort.

²⁵⁾ Taine, I. S. 380 — im Jahre 1786.

²⁶⁾ Liard, S. 2 ff. — Die Stellung, welche, der öffentlichen Meinung des 18. Jahrhunderts entsprechend, die Universitäten und Akademien einnahmen, wird gut durch den bei L. v. Stein, l. c. S. 389 zitirten Ausspruch eines zeitgenössischen Schriftstellers präzisiert: *Il est vrai que le beau temps des universités est passé, c'est à dire le temps de leur crédit énorme, et qu'elles sont moins célèbres qu'avant l'institution des académies. Depuis l'établissement des académies les savants qui les composent semblent être séparés des universités — par là elles ont cessé d'être les premières assemblées des gens de lettres; mais elles sont toujours les premières et les plus excellentes écoles.* — Bezeichnend ist auch, dass selbst wissenschaftliche Unterrichtsbedürfnisse im Anschluss an die Akademien ihre Befriedigung suchten. So wurden in Dijon naturwissenschaftliche, von der Provinz fundirte Kurse an die *académie* übertragen. Liard. l. c. S. 3.

Universitätslebens im 17. und 18. Jahrhundert nicht daran dachten, durch Einfügung der neuen wissenschaftlichen Errungenschaften den Universitäten den von Alters her ihnen gebührenden Rang wiederzugeben, warum auch organisatorische Verbesserungen, die eine selbstthätige Aufnahme des neuen Stoffes ermöglicht hätten, nicht vorgenommen wurden.

Im Verlaufe dieser Entwicklung wurde natürlich die Kluft zwischen der fortgeschrittenen Wissenschaft und der Lehre der Universitäten, wie wir dies bei den Rechtsfakultäten eingehender sehen werden, immer grösser. Nicht nur überliessen die Universitäten die fruchtbarsten, stets sich mehrenden Gebiete wissenschaftlichen Strebens anderen Händen, sondern es beschränkte sich ihre Thätigkeit auch auf den von Alters her auf sie überkommenen Domänen mehr und mehr auf einen dürftigen Professionalismus. Die Zahl der Universitätslehrer, welche im wissenschaftlichen Leben des 18. Jahrhunderts eine Rolle spielen, ist eine verschwindende; wie auch ihre wissenschaftliche Thätigkeit nicht der Universität entstammt, sondern meist auf akademischem Boden erwachsen, oder, namentlich bei den Juristen, das Produkt praktischer Nebenbeschäftigung ist. Ebenso suchten und fanden die Schüler, wenn sie nicht überhaupt ohne Universitätsbesuch in einer der völlig verkommenen Fakultäten die akademischen Grade ihrer professionellen Bedeutung halber erkaufen, höchstens eine dürftige Fachbildung. Die mancherorts übliche Vorlesung der „Hefte“ des Professors vor Schreibern, die von den Studirenden gemiethet sind, giebt einen Maassstab für die herrschende Achtung vor dem Universitätsunterricht.²⁷⁾

So sehen wir die wissenschaftliche *capitis diminutio* von der Nation vollzogen und von den Universitäten selbst nur allzusehr als eine definitive anerkannt.

2. Die Nationalisirung und Verstaatlichung der Universitäten und ihre Folgen.

Neben dieser, auf den Verlust der wissenschaftlichen Suprematie abzielenden Entwicklung scheint uns für das

²⁷⁾ Liard, S. 73. Péries, *La faculté de droit dans l'ancienne université de Paris*. S. 289 ff.

Schicksal der französischen Universitäten besonders die Art und Weise bestimmend gewesen zu sein, in welcher die Nationalisirung und Verstaatlichung derselben vor sich ging. Die Universitäten des Mittelalters trugen wesentlich einen international-europäischen Charakter. Wie die Sprache derselben, so waren auch ihre Grundeinrichtungen international, fühlten Lehrer und Schüler sich als Glieder der grossen europäischen Studiengemeinschaft.²⁸⁾ Noch die Universitätsgeschichte des 16. Jahrhunderts mit ihrem Wanderleben der Gelehrten zeigt uns diese Auffassung als eine sehr lebendige.

Dem entsprach auch die selbstständige Stellung, welche die Universitäten noch lange, selbst einem so kräftig entwickelten Nationalstaate gegenüber wie dies Frankreich schon um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts war, einnehmen konnten, eine Stellung die vielfach unabhängiger war als die ihrer europäischen Schwestern.²⁹⁾

Die staatliche Leitung wurde hier lange ersetzt durch ein Ineinandergreifen verschiedener Autoritäten, welche verschiedenen Zeiten und jeweils geleisteten Diensten ihren Einfluss zu danken hatten. Die päpstliche Gewalt,³⁰⁾ der Einfluss der kirchlichen Lokalbehörden,³¹⁾ die Autonomie der Universitäten

²⁸⁾ Vgl. Kaufmann, Die Geschichte der deutschen Universitäten. I. S. 344. ff.

²⁹⁾ Namentlich in Deutschland war von Anfang an die Verbindung der Universitäten mit dem Staate eine innigere. (Vgl. Tholuck, Das akademische Leben des 17. Jahrhunderts. I. S. 39. ff.)

Ebenso in Spanien. (Vgl. Kaufmann, Geschichte der Universitäten. I. S. 335 ff.) — Die erste reine Staatsuniversität war Neapel. (Kaufmann, das. S. 323.) Winkelmann, Ueber die ersten Staatsuniversitäten. Heidelberg 1880.

³⁰⁾ Noch 1452 erfolgte eine Reform der Pariser Universität durch den Legaten des Papstes, Cardinal d'Estouteville. (Bulaeus, *Historia universitatis Parisiensis*. V. S. 552.) Noch 1580 wies Cujaz die im Besitze eines kaiserlichen Stiftungsbriefes befindliche Stadt Besançon auf die Nothwendigkeit der Erlangung eines päpstlichen für die zu gründende Universität hin. (*Consultation de Cujas sur l'organisation de l'enseignement du droit à Besançon. Nouvelle Revue historique etc.* 1877. S. 683.)

³¹⁾ Heinrich II. betraute noch 1553 den Bischof mit der Reform der Pariser Universität. (Bulaeus, S. 461.)

selbst,³²⁾ das Interesse der Städte,³³⁾ welche Universitäten beherbergten, sowie die Antheilnahme der Grossen des Reiches³⁴⁾ wirkten noch bis in's 16. Jahrhundert wechselnd auf die französischen Universitäten, konkurrirend mit der Königsgewalt, ein.

Die Wirkung dieses Zustandes, der einerseits kaum Landesgrenzen, andererseits fast nur lokale europäische oder Autoritäten für die Universitäten kannte, war nun, neben vielfacher Planlosigkeit, Missbräuchen und Unordnungen, sowie einem bei der Unklarheit der Rechtsverhältnisse häufigen Kollidiren der widerstreitenden Einflüsse ganz überwiegend eine heilsame. Auf diesem Boden fanden sich alle materiellen und moralischen Elemente des Wettseifers, der Universitäten untereinander wie auch der Lehrer in der Universität, hier wurde jenes Ringen der *studia* um die Führung angeregt, welches für den Fortschritt des europäischen Wissens so fruchtbar geworden ist. Auch bewahrte dieser Zustand der Zersplitterung, wie er eine einheitliche Blüthe verhinderte, die Hochschulen des Landes vor gemeinsamem Verfall: während der Norden durch den englischen Krieg verwüstet wurde, konnten die Hochschulen des Südens um so frischer emporblühen.

Dieser Zustand musste nun schon mit der in ganz Europa sich vollziehenden Entwicklung und Abgrenzung der einzelnen

³²⁾ Dieselbe war namentlich bei den älteren Universitäten weitgehend. Orléans erhielt 1306 von Clemens V. ausdrücklich das Recht, sich selbst Statuten zu geben. (Fournier, *Les statuts et privilèges des universités françaises*. Paris 1890. I. S. 16.) Vgl. Kaufmann l. c. S. 422 ff.

³³⁾ Die grosse Rolle, welche diesen im 16. Jahrhundert namentlich den Rechtsfakultäten gegenüber zufiel, werden wir unten bei der Besprechung dieser erwähnen.

³⁴⁾ So wurde die Gründung der Universität zu Bourges 1463 durch die Bemühungen des Herzogs Karl von Berry veranlasst. (Vgl. Eyssell, *Doneau sa vie et ses ouvrages*. S. 31. (Dijon 1860.) Dasselbst und bei Berriat St.-Prix, *Histoire de Cujas* (in seiner *Histoire du droit romain* Paris 1821) über den Einfluss der Herzogin von Berry auf die Schicksale des Cujaz und anderer Juristen, sowie der Universitäten Bourges, Valence, Grenoble.

Nationalitäten eine Veränderung erfahren.³⁵⁾ Die Universitäten fühlten sich mehr und mehr in den engeren Kreis des nationalen Sonderlebens mit seinen neuen Aufgaben gebannt; wie die internationalen Autoritäten zurücktraten, so verloren auch die internationalen Beziehungen, der internationale Verkehr für sie an Bedeutung. In Frankreich gerade wurde nun diese Bewegung in ihren Wirkungen noch verschärft durch das um die Wende des 16. und 17. Jahrhunderts sich geltend-machende Zurücktreteten der provinzialen und lokalen Gewalten von ihrem Interesse und ihrer thatkräftigen Fürsorge für die Universitäten.

Es war dies einmal die natürliche Folge der Verminderung ihrer Bedeutung gegenüber der unter den Valois so mächtig gehobenen Wirksamkeit der königlichen Gewalt und ihrer Organe. Daneben mussten die Religionswirren und die furchtbaren Bürgerkriege, welche sie auf Jahrzehnte entfachten, auch hier lähmend wirken; endlich mochte schon damals die oben erwähnte Abneigung der Nation gegen die Form der Universitäten ihre Schatten vorauswerfen.

So erscheinen zu Anfang des 17. Jahrhunderts die bisherigen Lebensbedingungen der französischen Universitäten von Grund aus geändert; und die hienach natürliche Krise wurde durch die Ungunst der Zeitverhältnisse, die unmittelbare Wirkung der Bürgerkriege auf die Universitäten,³⁶⁾ sowie durch den Umstand verschärft, dass zur Zeit der Blüthe eine Ueberzahl von Universitäten entstanden war, die nun im

³⁵⁾ Die Rückwirkung dieser Entwicklung auf die Universitäten wird durch die Anfechtungen illustriert, welche während der Kriege Franz I. und Heinrich II. mit Karl V. die Mitglieder der *natio germanica* in Orléans zu erdulden hatten. Bimbenet, *Histoire de la ville d'Orléans*. (B. I—III. Orléans 1884—87.) III. S. 300 ff.

³⁶⁾ Die Universität zu Orléans war 1561—1567 geschlossen (Bimbenet, *Histoire de l'université de lois d'Orléans* S. 243. Paris 1853), ebenso Bourges während mehrerer Jahre (Eyssell, *Doneau* S. 95). Toulouse, in dessen Mauern der Kampf tagelang gewüthet hatte, war entvölkert. Besonders hatte Montpellier gelitten. (Vgl. Germain, *Histoire de l'université de Montpellier* im *Cartulaire* der Universität 1890. B. I. S. 1 ff.)

traurigen Kampfe ums Dasein, oft wenig rühmlich, mit einander stritten.

Es lässt sich begreifen, wenn nunmehr vornehmlich die Schattenseiten des früheren Zustandes sich zeigten, wenn die Unklarheit der Rechtsverhältnisse sich geltend machte, wenn Zuchtlosigkeit, Missbrauch der Autonomie, Käuflichkeit der akademischen Grade in den meisten französischen Universitäten beklagt werden mussten. Einige Belege wird uns in dieser Beziehung die Schilderung des Lebens der Rechtsfakultäten im 17. Jahrhundert bieten.

Offenbar war daher eine einheitliche Regelung, welche den alten Schutt, die störenden Trümmer des zusammengestürzten stolzen Baues beseitigte und den neuen Bedürfnissen Rechnung trug, eine gebieterische Nothwendigkeit; und nach Lage der Sache konnte diese Neuordnung nur von der Königsgewalt ausgehen und zweckentsprechend durchgeführt werden.

Schon früher war diese direkt,³⁷⁾ sowie durch das Mittel ihrer Organe bestrebt gewesen, auch die Universitäten sich zu unterwerfen. Die Hauptrolle fiel hierbei den königlichen Obergerichten, den zu so hoher Bedeutung gelangten Parlamenten, zu.³⁸⁾ Nicht nur beanspruchten dieselben mit Erfolg,

³⁷⁾ Bezeichnend ist hier namentlich das Vorgehen Philipp des Schönen gegen den päpstlichen Einfluss in Orléans. (Kaufmann l. c. S. 390 ff. — Bimbenet, *Histoire de la ville d'Orléans* II. S. 241.)

³⁸⁾ So wurde Orléans schon 1389 durch Kommissare des Parlaments reformirt. (Fournier, *Les statuts et privilèges des universités françaises*. I. S. 161.) — 1445 wurde die Pariser Universität der Jurisdiktion des Parlaments unterstellt. Ueber die Beziehungen der Universität zu letzterem s. Péries, *La faculté de droit dans l'ancienne université de Paris*, S. 144. Besonders hervorzuheben ist in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts die Wirksamkeit des Parlaments zu Toulouse gegenüber der Universität. (Fournier, l. c. S. 855 ff. Baudouin in den *Mémoires de l'académie des sciences etc.* zu Toulouse. 1881. II. S. 74 ff.) — Dort erkannte die Universität auch die niedere Gerichtsbarkeit des *sénéchal* an. (Fournier, l. c.) Ein Zeichen des Vordringens des königlichen Einflusses ist auch die seit dem 14. Jahrhundert übliche Ernennung der königlichen Beamten, der *baillis* und *sénéchaux* zu Conservatoren der Universitätsprivilegien; so Angers 1364, Orléans 1447. (Vgl. L. v. Stein, Die innere Verwaltung. Das Bildungswesen. III. S. 97.)

jene Streitigkeiten zu schlichten, an welchen das innere Leben der Universitäten und deren Beziehungen zu ihrer nächsten Umgebung so reich waren, sie griffen vielmehr auch reformierend mannigfach in die Universitätsverhältnisse ein.

Doch konnte natürlich diese Einwirkung nur eine lokale, auf den Bezirk des jeweiligen Parlamentes beschränkte sein. Jetzt machten die neuen Bedürfnisse, die vermehrte Bedeutung der Beziehungen der einzelnen Landesuniversitäten zu einander eine einheitliche Regelung nothwendig, die nur vom staatlichen Zentrum ausgehen konnte.

Schon die *ordonnance* von Blois von 1579³⁹⁾ machte den Versuch einer solchen durch Entwicklung der Grundzüge eines allgemeinen Universitätsgesetzes. Neben der Reorganisation der arg verwahrlosten Kollegien regelte sie insbesondere die Rekrutirung des Lehrpersonals sowie die Ertheilung der akademischen Grade. Nachdem dann Heinrich IV. eine Reform der Pariser Universität, die vielleicht eine allgemeine Reform einleiten sollte, 1598—1600 vorgenommen hatte,⁴⁰⁾ ruhte die Gesetzgebung bis zur Regierung Ludwig XIV. Erst in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts veranlasste die zunehmende Zerrüttung des Universitätslebens den grossen Minister Colbert die Reformbestrebungen wieder aufzunehmen. Nach langen Vorbereitungen, bei welchen Visitationen der Universitäten, wie sie schon die *ordonnance* von Blois⁴¹⁾ verheissen, eine grosse Rolle spielten, kam es dann zu der unten näher zu besprechenden Reorganisation der Rechtsfakultäten durch das Reformedikt von 1679 sowie die Ausführungsbestimmungen von 1680, 1681, 1682, 1690 und der abschliessenden von 1700. Im Jahre 1707 erfolgte eine ähnliche Reform der medizinischen Fakultäten.⁴²⁾ Hiemit war die positive allgemeine Gesetzgebung

³⁹⁾ Isambert, *Recueil des anciennes lois françaises*. B. 14. S. 380 ff. Art. 67 ff. behandeln die Universitäten. — Vgl. L. v. Stein. III. S. 98 ff.

⁴⁰⁾ Jourdain, *L'université de Paris au 17e et 18e siècle*. — *Pièces justificatives* 1.

⁴¹⁾ Art. 67.

⁴²⁾ Vgl. Germain, l. c. S. 119.

abgeschlossen; trotz mannigfacher Anläufe ist es bis 1789 zu einem weiteren Ausbau nicht gekommen.⁴³⁾

Die Besprechung der besonderen Entwicklung der Rechtsfakultäten wird uns Gelegenheit geben, auf die positiven und technischen Bestimmungen der Reform zu Ende des 17. Jahrhunderts etwas näher einzugehen, hier seien nur die Grundzüge derselben hervorgehoben. Sie drückte den Fakultäten den uniformen, professionellen Stempel entschieden auf und suchte die Disciplin durch weitgehende Bevormundung des Lehrers wie des Schülers sowie durch strenge Zentralisation zu heben; im Uebrigen behielt sie wesentlich das hiemit Verträgliche der bestehenden Organisation bei und veränderte auch kaum die materielle Basis der Universitäten, die nach wie vor auf die Gebühren für Ertheilung der Grade hauptsächlich angewiesen blieben. Nach aussen hin bedeutete schon die That- sache eines so umfassenden staatlichen Eingreifens, das von jeder lokalen selbstständigen Mitwirkung absah, eine völlige Vollendung der Verstaatlichung der Universitäten, sowie den dauernden Ausschluss jeder Einflussnahme auf die Geschehnisse derselben, die nicht vom staatlichen Zentrum ausging.

So waren denn im Laufe der geschilderten Entwicklung alle früheren Lebenselemente des französischen Universitätswesens, das europäisch-internationale, wie das in den provinziellen und lokalen Organismen fussende, durch positives Eingreifen, wie durch die natürliche Entwicklung beseitigt. Als Erbe, mit den Rechten und Pflichten eines solchen, war nurmehr der zentralisirte Staat übrig geblieben. Und die Erfüllung dieser Pflichten bedeutete eine ungeheure Aufgabe. In Deutschland erlaubte die selbstständige Entwicklung der Territorien eine Vertheilung dieser Pflichten auf kleinere Kreise. Mit mehr oder weniger Glück bemühte man sich dort, der „Landesuniversität“ eine entsprechende Stellung zu erhalten oder zu verschaffen, und die Verfolgung der enger begrenzten Interessen kam dem grossen nationalen Interesse in dem natürlichen Laufe der Dinge zu Gute.

⁴³⁾ Wir sprechen hier nur von den höheren Fakultäten und berücksichtigen nicht die dem Sekundärunterricht dienende *facultas artium*.

Es begreift sich, um wie viel umfassender und schwieriger die an den Staat in Frankreich um die Wende des 17. und 18. Jahrhunderts herantretende Aufgabe war, und man kann wohl zweifeln, ob die Erfüllung derselben, selbst bei der einsichtigsten und eifrigsten Pflege, möglich gewesen wäre, ob eine gedeihliche Existenz der Hochschulen nicht eine Wiederherstellung des alten partikularen Nährbodens derselben erforderte. An dieser Pflege fehlte es nun aber völlig im 18. Jahrhundert, man machte kaum einen Versuch, der übernommenen Aufgabe gerecht zu werden. Nachdem man die direkte Abhängigkeit der Universitäten vom staatlichen Zentrum zum Prinzip erhoben, nachdem man sie daran gewöhnt, nur von diesem Anweisung und Leitung zu erhalten, versäumte der Staat jede moralische und materielle Fürsorge, ja sogar die unbedingt erforderliche Aufsicht. Es versteht sich, dass unter diesen Umständen der Missbrauch der belassenen Freiheiten und Privilegien, wie wir bei den Rechtsfakultäten eingehender sehen werden, üppig emporwucherte, und die Fäulnis, welche den ganzen Staatskörper zu Ende des 18. Jahrhunderts durchseuchte, gerade im Universitätsleben besonders hässliche Erscheinungen zeitigte.

Neben dem Verluste der wissenschaftlichen Suprematie und ihren Konsequenzen schreiben wir es daher jener im Thun wie im Unterlassen verfehlten Verstaatlichung der Universitäten zu, wenn diese zu Ende des 18. Jahrhunderts ein so trauriges Bild darboten: innerlich völlig getrennte, durchaus ungleichartige Fakultäten, die durch ein loses Band, dessen Sinn und Bedeutung nicht mehr verständlich, äusserlich zusammengehalten wurden; theoretisch Staatsanstalten mit staatlicher Regelung des inneren Lebens, thatsächlich ohne jede Aufsicht und Leitung im Besitze von Privilegien, die bei unzureichender materieller Fürsorge doppelt gefährlich waren; als nur professionelle Anstalten sich fühlend und allgemein als solche betrachtet, von der Nation missachtet, an sich selbst nicht glaubend, wenn nicht geradezu „Pergamenthandlungen“ geworden, doch nur der Sitz dürftiger, professioneller Routine.

III.

Die Entwicklung des modernen französischen Hochschulwesens.

1. Die Revolution und die napoleonische Reorganisation des Hochschulwesens.

Wie auf fast allen Gebieten des staatlichen Lebens, so hatten auch auf dem des Hochschulwesens die letzten der Revolution vorausgehenden und dieselbe vorbereitenden Jahre eine Fülle von Reformvorschlägen gezeitigt.⁴⁴⁾ Ihnen gemeinsam ist, dass sie ganz unter dem Banne der gekennzeichneten Entwicklung der Universitätsverhältnisse in den letzten beiden Jahrhunderten stehen. Beseitigung der Missbräuche, schärfere Anziehung der Staatszügel, strenge Zentralisation, Ausgestaltung der Universitäten zu guten professionellen Schulen, das ist das Programm, welches sowohl die älteren Reformer verfolgen, wie auch diejenigen, welche ihre Wünsche in die *cahiers* von 1789 niederlegen konnten. Daneben zeigt sich die Abneigung gegen die alte Form der Zusammenfassung der Fakultäten in Universitäten⁴⁵⁾ und die Tendenz, der beherrschenden Stellung, welche Paris im 18. Jahrhundert gewonnen,⁴⁶⁾ auch im Unterrichtswesen Rechnung zu tragen.⁴⁷⁾

Ueber diese Reformideen, die sich wesentlich an das Bestehende anschlossen, und aus der geschilderten Entwicklung die Konsequenzen ziehen wollten, ging die Revolution bald zur Tagesordnung über. Nachdem die Universitäten noch einige Zeit ein Scheindasein gefristet hatten, wurden sie 1793 auch dem Namen nach beseitigt.

Dennoch ist die Erinnerung an die Universitäten, wie sie bis 1789 bestanden hatten, für das französische Hochschul-

⁴⁴⁾ Liard, S. 91 ff.

⁴⁵⁾ Liard, S. 95.

⁴⁶⁾ Vgl. hierüber Taine, I. S. 517.

⁴⁷⁾ Liard, S. 97. Ueber die Pläne Turgot's, die geradezu als Vorläufer der napoleonischen *université* anzusehen sind, vgl. Jourdain, *L'université de Paris au 17e et 18e siècle*. S. 440.

wesen, als es von Napoleon zu Beginn des 19. Jahrhunderts neu begründet wurde, in erster Linie bestimmend geworden.

Es erklärt sich dies namentlich aus der völligen Improduktivität sämtlicher Phasen der Revolution. Auf die glänzenden Utopien der Mirabeau, Talleyrand, Condorcet, auf die Encyklopädisten mit ihrem Traum eines „*institut national*“ *où se trouve tout ce que la raison comprend, tout ce que l'imagination sait embellir, tout ce que le génie peut atteindre*,⁴⁸⁾ folgte der Jakobiner mit dem Hass gegen die Aristokratie des Geistes, „*l'aristocratie des lumières*“, welche in ihrem Gefolge die politische zurückführen könnte.⁴⁹⁾ Das Resultat der beispiellosen Umwälzung und der himmelstürmenden Pläne mit ihren grosssprecherischen Verheissungen war schliesslich auf dem Gebiete des Hochschulwesens, abgesehen von einigen *écoles de santé*, die Gründung der departementalen *écoles centrales*, die eine unglückliche Mischung des Sekundär- und des Hochschulunterrichts darstellten, sowie einiger Spezialschulen, welche besonderen Wissenszweigen gewidmet sein sollten.

Die grossen Reformpläne erschienen somit durch die Praxis *ad absurdum* geführt; was konnte daher natürlicher erscheinen, als auf den Zustand zurückzugreifen, der zuletzt wenigstens den dringendsten Bedürfnissen genügt hatte, auf den vorrevolutionären Zustand des Hochschulwesens?

Dieser ist denn auch, wie gesagt, für die napoleonische Reorganisation⁵⁰⁾ positiv wie negativ bestimmend geworden.

Zunächst strebte man naturgemäss kein Ideal der Hochschule an, welches dem inneren Wesen nach von demjenigen des Jahres 1789 verschieden gewesen wäre. Man wollte professionelle Fachschulen ohne höhere wissenschaftliche Aspirationen. Die Pflege der Wissenschaft sollte der zu neuem Glanze erweckten Akademie, dem *institut national (impérial)*, welches mit seiner Klasseneintheilung alle Wissenszweige um-

⁴⁸⁾ Liard, S. 139.

⁴⁹⁾ Liard, S. 171.

⁵⁰⁾ Vgl. Liard in der *Revue internationale de l'enseignement*. 1889. I. S. 329 ff. Taine, V. *Le régime moderne*. I. S. 242 ff.

spannen sollte, sowie dem mit der Fachbildung nicht betrauten *collège de France*, welches die Stürme der Revolution überdauert hatte, überlassen bleiben.

Die Trennung der forschenden Wissenschaft von der Lehrthätigkeit zum Zwecke der Berufsbildung, die, wie sie vor 1789 thatsächlich geherrscht hatte, so auch in den Reformplänen der Revolution zu Tage getreten war, erschien somit endgültig sanktionirt.

Desgleichen wurde die Trennung der Fakultäten, die ja *de facto* schon bestanden hatte, nunmehr auch äusserlich durchgeführt; der alte Universitätsbegriff verschwand so vollständig, dass der Name „*université*“ auf einen durchaus neuen Begriff, den des gesammten staatlichen Unterrichtswesens, übergehen konnte. Ebenso blieben die an Stelle der *facultas artium* getretenen *facultés des sciences* und *des lettres* nahezu auf der Stufe von Oberklassen des Sekundärunterrichts stehen.

Neben diesen positiven Reminiscenzen war freilich auch die Erinnerung an die Missbräuche der alten Universitäten eine sehr lebendige. Nicht zum Wenigsten durch das Bestreben, die Wiederkehr dieser zu verhüten, hat das moderne französische Hochschulwesen sein Gepräge erhalten. Aus dieser Absicht entsprang jene weitgehende Beschränkung der Freiheit, das Misstrauen gegen jede Art der Privatinitiative des Lehrers und des Schülers, welche typisch für die napoleonische Unterrichtsorganisation ist. Allerdings brauchte man hier nur die schon unter Ludwig XIV. gelegten Grundlagen fortzubilden, die damals gewünschte und verordnete Aufsicht praktisch durchzuführen. So entstand denn ein Ueberwachungssystem, welches den Schwerpunkt des Hochschulwesens geradezu in die Bureaux der den drei Unterrichtsgraden gemeinsamen Administration verlegte.

In der gleichen Richtung waren neben diesen Erinnerungen nun auch besondere Umstände, welche sich aus den Zeitverhältnissen und der Persönlichkeit des Regenerators ergaben, bestimmend. Genugsam bekannt ist ja die napoleonische Abneigung gegen jede Art der „Ideologie“; sie allein hätte genügt, um jede Neigung, die wissenschaftlichen Aufgaben des Hochschulwesens in den Vordergrund zu stellen, von vorn

herein aussichtslos erscheinen zu lassen. Ebenso konnte ein so autoritäres Regiment wie das napoleonische für die Bedeutung freier Bewegung und selbstständiger Initiative auf dem Gebiete des Hochschulwesens nur geringes Verständniss besitzen.

Für die definitive und formelle Trennung der Fakultäten wurde endlich die Konstituierung der einzelnen zu verschiedenen Zeiten entscheidend. Es wurde eben an die Wiederherstellung, je nachdem sich das Bedürfniss geltend machte, geschritten, so dass die medizinischen 1802, die juristischen 1804, die theologischen nach dem Konkordat 1808 und mit ihnen zugleich die *des sciences* und die *des lettres* ins Leben traten.⁵¹⁾ So ergab es sich fast von selbst, dass die Einheit des *enseignement supérieur* die isolirte Fakultät wurde, die als höhere Einheit über sich nur die grosse nationale „*université*“ sah.⁵²⁾

Hoch bedeutsam für die Zukunft des französischen Hochschulwesens wurde auch der oben erwähnte Umstand, dass in den letzten Zeiten der Revolution sich ein System von Spezialschulen für bestimmte Berufsarten entwickelt hatte. Begreiflicher Weise dachte man nicht daran, dieselben den neu entstandenen und noch nicht bewährten Fakultäten zu opfern, so dass neben diesen, und zum Theil auf ihr Gebiet hinübergreifend, mächtige Anstalten, wie insbesondere die *école polytechnique* und *normale supérieure* bestehen blieben. Es erschien dies auch in der That als eine nothwendige Konsequenz aus dem definitiven Schwinden des alten Universitätsbegriffes mit seinem Anspruche auf wissenschaftliche Universalität, den die Trümmer desselben, die isolirten Fakultäten, nicht geltend machen konnten.

Wenn wir die skizzirten Grundlagen des napoleonischen Hochschulwesens, soweit es sich in den Fakultäten erschöpft, be-

⁵¹⁾ Gesetze vom *19 ventôse an XI*, *22 ventôse an XII*, *décret organique 17 mars 1808*.

⁵²⁾ Bestimmend mag auch die Abneigung gegen stärkere korporativ verbundene Anstalten gewesen sein. Wie weit das Miss-trauen hiegegen ging, zeigt die Bestimmung, wonach den Fakultäten die direkte oder indirekte Korrespondenz mit den anderen derselben Ordnung verboten war. — Instruktion vom 19. März 1807, art. 8.

trachten, so werden wir unschwer erkennen, dass die charakteristischen Merkmale desselben: das Aufgeben des alten Universitätsbegriffes, die bureaukratische Unfreiheit der einzelnen Anstalten gegenüber der Zentralverwaltung, die „Uniformität der Lehre“⁵³⁾ der enge Professionalismus, nicht als neue und ursprüngliche, wenn auch höchst fragwürdige Schöpfungen anzusehen sind. Sie erscheinen uns vielmehr als die konsequente Durchführung der namentlich in den beiden letzten Jahrhunderten der Monarchie durch positives Einwirken der staatlichen Autoritäten sowohl als durch das Verhalten der Nation zu den Universitäten, endlich durch das Thun und Unterlassen dieser selbst angebahnten Entwicklung. Als ein bedeutsames Zusammentreffen kann es auch angesehen werden, dass diese Entwicklung ihren Abschluss fand fast gleichzeitig mit der Gründung der Berliner Universität. Während in Frankreich das Schwinden der Universitätsidee besiegelt wurde, erhielt dieselbe in der Organisation der Berliner Hochschule ihre moderne Form und damit neue, dauernde Lebenskraft.

2. Der Zustand des Hochschulwesens bis 1870.

Auf den genannten Grundlagen hat das französische Hochschulwesen in diesem Jahrhundert sich fortentwickelt, und zwar, ohne dass wesentliche Veränderungen bis zur neuesten Zeit das Bild desselben in seinen Hauptumrissen umgestaltet hätten. So können wir denn den Zustand der Fakultäten von der napoleonischen Organisation bis auf die siebziger Jahre dieses Jahrhunderts in eine Gesamtübersicht zusammenfassen.⁵⁴⁾

Die innere Fakultätsverfassung war, den Bedürfnissen entsprechend, sehr einfach; an der Spitze jeder Fakultät stand der vom Minister aus der Zahl der ordentlichen Professoren auf drei Jahre ernannte *doyen*,⁵⁵⁾ welcher unter der Autorität

⁵³⁾ Das *décret organique* vom 17. März 1808, art. 38 bezeichnet dieselbe als Zweck der Statuten der „université“.

⁵⁴⁾ Eine gute historische Uebersicht giebt die *Statistique de l'enseignement supérieur*, 1868, welche von dem Minister Duruy herausgegeben wurde. — Vgl. auch Liard, *Universités et facultés*. Paris 1890.

⁵⁵⁾ Selbst die bescheidene in dem *doyen* konzentrierte Selbstverwaltung der Fakultäten war unter dem zweiten Empire zeitweilig

des *recteur* der jeweiligen *académie* die Verwaltung zu führen hatte. Die einflusslosen Fakultätsversammlungen waren zu Zeiten sogar gänzlich ausser Gebrauch gekommen, und ihr Zusammentreten wurde als von ministerieller Berufung abhängig betrachtet.⁵⁶⁾

Der Schwerpunkt der Verwaltung lag bei dem Personal der allgemeinen Unterrichtsverwaltung, welches, meist den anderen Unterrichtsgraden entnommen, oft nur geringe Garantien für ein Verständniss der Aufgaben des Hochschulwesens bot.⁵⁷⁾ Bezeichnend war hierfür die Stellung der dem *recteur* der *académie* untergebenen subalternen *inspecteurs d'académie*, welche eine Ueberwachung des Unterrichts auch der Fakultäten beanspruchen konnten.

Im Ganzen war die thatsächliche Einwirkung der zentralen Unterrichtsverwaltung auf die Fakultäten, je nach der an der Spitze stehenden Einsicht, zu verschiedenen Zeiten quantitativ wie qualitativ sehr verschieden. Während Minister, wie Cousin, Salvandy und zuletzt Duruy die ihnen in die Hand gegebene Leitung mit redlichem Eifer auch wahrzunehmen strebten, überliessen andere die bureaukratisch gefesselten Hochschulen so ziemlich sich selbst. Doch auch dieses bedeutete keineswegs innere Freiheit der Bewegung für die Fakultäten. War doch durch die Grundgesetze wie durch eingehende Reglements der Privatinitiative fast nichts belassen, fast überall die engsten Grenzen gesteckt, in welchen das Leben der Anstalten sich bewegen musste. Die Besprechung der Rechtsfakultäten wird es uns gestatten, auf Einzelheiten in dieser Beziehung näher zurückzukommen.

Wie auf äussere und innere Leitung, so waren die Fakultäten naturgemäss auch vollständig auf die materielle, vom Zentrum ausgehende Fürsorge angewiesen, und diese bewegte sich fort und fort in den Traditionen der napoleonischen Spar-

bedroht. (Vgl. Esmein in der Notiz über Giraud, *Nouvelle revue historique du droit etc.* 1883. S. 233.)

⁵⁶⁾ Vgl. *circulaire* vom 10. November 1872.

⁵⁷⁾ Vgl. über die bezüglichen Klagen in der Mitte des Jahrhunderts Hepp, *Essai sur la réorganisation de l'enseignement du droit en France.* — *Revue de législation et de jurisprudence.* 1841. S. 159 ff.

samkeit. Die erschreckende Dürftigkeit, in welcher namentlich die meisten Provinzialfakultäten lebten, stand in schreiendem Gegensatze zu dem Reichthume und den sonstigen Ausgaben des Grossstaates. Bezeichnend hierfür ist die Thatsache, dass die Aufwendungen des Staates für das *enseignement supérieur*, nach Abzug der aus Einschreibungs- und Examens-Gebühren u. s. w. resultirenden Einnahmen, noch im Jahre 1867 nur 221 154 Frs. betrugen!⁵⁸⁾ Insbesondere das „Handwerkszeug“ der Wissenschaft, die Bibliotheken, fanden sich in einem traurigen Zustande. Abgesehen von Paris verdienten die zerstreuten und ungeordneten Bücheransammlungen in den Fakultäten überhaupt nicht den Namen von Bibliotheken.⁵⁹⁾ Noch 1878, zu einer Zeit also, wo schon Vieles gebessert war, überstieg die Bändezahl aller französischen Fakultätsbibliotheken zusammengenommen nicht um sehr viel diejenige der einzigen Göttinger Universitätsbibliothek.⁶⁰⁾

Und dieser Zustand hatte weittragende Konsequenzen. In Paris stand den Interessenten natürlich der ungeheure Reichthum anderer Bibliotheken zur Verfügung, sowie alle wissenschaftlichen Hilfsmittel, welche die konsequente geistige Zentralisation dort aufgestapelt hatte. In der Provinz dagegen fand die äussere Vernachlässigung der Fakultäten seitens des Staates kein entsprechendes lokales Gegengewicht. So verstärkte sich das alte Uebergewicht von Paris auch auf dem Gebiete des Hochschulwesens mehr und mehr, es erschien auch hier als „Wasserkopf“ gegenüber dem geistig absterbenden Provinzialkörper. Wie es das Streben eines jeden Lehrers, der über den geistigen Mittelstand hinauszuragen glaubte, naturgemäss sein musste, die geistige Oede der Provinz mit dem gelobten Lande zu vertauschen, so strömte auch ein ganz unverhältnissmässiger Theil der Studirenden in Paris zusammen. Noch jetzt, wo ein bedeutender Umschwung eingetreten ist,

⁵⁸⁾ *Statistique* 1868.

⁵⁹⁾ *Statistique* 1889. S. 108.

⁶⁰⁾ Vgl. *Bulletin de la société pour l'étude des questions d'enseignement supérieur*. 1878. S. 622. — In Strassburg betrug der jährliche Bibliothekskredit der *faculté des lettres* 1868 100 Francs. Davon mussten aber auch die Einbände bestritten werden.

kann man die Zahl der in Paris Studirenden auf zwei Drittel der Gesamtzahl derjenigen schätzen, welche in Frankreich den Hochschulstudien obliegen.

Wenn wir nun einen Blick auf die einzelnen Fakultäten werfen, so ist zunächst zu bemerken, dass die oben geschilderte, bereits im 17. Jahrhundert entwickelte Ungleichartigkeit der Fakultäten in vielen Beziehungen bestehen geblieben war. So führten auch jetzt die katholisch-theologischen Fakultäten in Folge der Konkurrenz durch die bischöflichen Seminarien nur ein Scheindasein. Die *facultés des sciences* und *des lettres* waren zwar von der Ertheilung des Sekundärunterrichts befreit, doch war ihnen die Abnahme der unserem Abiturientenexamen entsprechenden Prüfungen, der *baccalauréats ès lettres* und *ès sciences* übertragen.⁶¹⁾ Dagegen fehlte ihnen die Grundlage einer ernsten Lehrthätigkeit: die auf sie angewiesenen ständigen Schüler. Das Gros derselben wurde von den konkurrierenden Spezialschulen, der *école polytechnique* und *normale supérieure*, absorbiert. Während sie so einerseits in Examenskommissionen aufzugehen drohten, trugen sie andererseits den Charakter öffentlicher Volksbelehrungsanstalten, in welchen vor einem zusammengewürfelten und wechselnden Zufallspublikum, naturgemäss oft ohne Plan, Methode und Regelmässigkeit, vorgetragen wurde. Sie bildeten somit, ähnlich der alten *facultas artium*, ein fremdes Glied in dem ordentlichen Hochschulwesen.

Ein entgegengesetztes System fand sich bei den Rechts- und bei den medizinischen Fakultäten, die eigentlich allein wirkliche Schüler besaßen. Hier trug der Unterricht und das ganze Leben der Fakultät nur zu oft einen ausschliesslich praktisch-professionellen Charakter, wie das den gegebenen Grundlagen und auch den Absichten der verantwortlichen Unterrichtsverwaltung zu entsprechen schien. Wir werden auf diesen Punkt im Leben der Rechtsfakultäten besonders hinzuweisen und zu zeigen haben, wie sehr die gesammten Institutionen derselben, die Rekrutirung des Lehrpersonals, das Vorlesungs-

⁶¹⁾ Wahrlich keine Sinekure; ein Professor der Pariser *faculté des lettres* hatte 131 volle Tage dem Examensdienst zu widmen. E. Lavissee, *Bulletin de la société etc.* 1878. S. 642. 43.

wesen, die Studienvorschriften und Anderes auf ein solches Resultat abzielten.

Ein guter Beurtheiler konnte das Bild des französischen Hochschulunterrichts, wie es einerseits die allem Praktischen abgewandten *facultés des sciences* und *des lettres*, andererseits die praktisch-professionellen Rechtsfakultäten darboten, treffend kennzeichnen, wenn er schrieb: „*L'enseignement terre à terre, ou bien l'enseignement à effet, on n'a guère que cette alternative.*“⁶²⁾

Ein Resultat des geschilderten Zustandes, dessen Fortbestehen andererseits in ihr die wesentlichste Erklärung fand, war nun die Thatsache, dass die wissenschaftlich führende Stellung des *Institut national* sich mehr und mehr zum Schaden der Fakultäten befestigte. Die fünf in ihm vereinigten Akademien, die *Académie française, des inscriptions et belles lettres, des sciences morales et politiques, des beaux arts, de médecine*, umfassten, sei es als ordentliche, sei es als korrespondirende Mitglieder, die wissenschaftliche Elite der Nation, und diese sah ihre berufene wissenschaftliche Vertretung in ihnen, während den Fakultäten eine viel bescheidenere Rolle zufiel. Das *Institut* erlag fast unter der Last der Stiftungen, aus welchen es neben den „Tugendpreisen“ auch viele für wissenschaftliche Leistungen bestreiten und damit einen gewaltigen Einfluss auf die wissenschaftliche Produktion gewinnen konnte, durch eine Dotirung der Fakultäten wollte kaum je ein Spender seinen Namen verewigen. „*L'état en France a depuis longtemps donné satisfaction à ce double besoin de la civilisation moderne, la diffusion et le progrès de la science, par une double création: celle des facultés, dont les cours réguliers enseignent la science faite, et celle des grands établissements d'un caractère plus libre, où la science doit se faire.*“⁶³⁾ Hiermit gab der Unterrichtsminister Duruy der herrschenden Auffassung über die Stellung der Fakultäten zu dem *Institut* treffenden Ausdruck. Die Fakultäten mochten wissenschaftlich bedeutende Mitglieder besitzen, namentlich in Paris war dies oft der Fall — als Zentren der

⁶²⁾ Boutmy, der verdienstvolle Begründer und Leiter der *école libre des sciences politiques, Revue politique et littéraire*. (Nov. 1876.)

⁶³⁾ *Statistique* 1868. *Rapport à l'empereur*. S. IX.

wissenschaftlichen Produktion galten sie nicht und fühlten sie sich nicht.⁶⁴⁾ Neben dem akademischen *Institut* stand hier an ihrer Stelle auch das an keine professionelle Aufgabe gebundene frei organisirte *collège de France*, dessen Lehrstühle an wissenschaftliche Koryphäen vergeben zu werden pflegten. Eines der verhängnissvollsten Resultate dieser unerfreulichen Verhältnisse war die Unlust des Lehrpersonals der Fakultäten, deren Mitglieder nur allzu oft der Lehrpflicht sich zu entziehen bestrebt waren. Daher denn auch der Gebrauch der *suppléances*, jener mit einem thatsächlichen Rechte der Nachfolge verknüpften Stellvertretung, welche die Fakultäten oft gerade der besten Kräfte beraubte und zu mannigfachen Missbräuchen Anlass gab.

Es begreift sich, dass unter diesen Umständen auch die Achtung der Nation und das Interesse für die Fakultäten keineswegs mit demjenigen verglichen werden können, dessen Gegenstand die deutschen Universitäten waren und sind.⁶⁵⁾ So versteht es sich auch, dass weiteren Kreisen die Mangelhaftigkeit einer Organisation, wie die der *facultés des sciences* und *des lettres*, so lange nicht zum Bewusstsein kam. Man begnügte sich mit dem Glanze, welchen einzelne Koryphäen, wie Cousin, Villemain, Guizot, über das Unterrichtswesen verbreiteten und übersah daneben den tiefen Schatten.

Allerdings hat es an Reformen und Aenderungen im Einzelnen nicht gefehlt; die prinzipiellen Grundlagen blieben jedoch überall unangetastet. Ja, man baute sogar auf ihnen fort, wie denn neue Bedürfnisse regelmässig nicht durch die Erweiterung des Rahmens der Fakultäten, sondern durch Gründung von Spezialschulen befriedigt wurden.

Nur die Rechtsfakultäten waren unter der Julimonarchie Objekt eines in grossem Style durch den Minister Salvandy

⁶⁴⁾ Eine hier nicht näher zu berücksichtigende Ausnahme-
stellung mochte wohl die besondere Entwicklung der Medizin mit
ihren Hilfswissenschaften in diesem Jahrhundert der Pariser *faculté
de médecine* verschaffen. Vgl. auch über den medizinischen Unter-
richt in Frankreich Billroth, Ueber Lehren und Lernen der medi-
zinischen Wissenschaften. Wien 1876. S. 481 ff.

⁶⁵⁾ Vgl. u. A. Hillebrand, Frankreich und die Franzosen in
der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

unternommenen Reformversuches, der jedoch durch die Revolution von 1848 vereitelt wurde. Wir werden unten näher hierauf einzugehen haben.

Die Ereignisse von 1870/71, mit ihren weittragenden Konsequenzen für das innere Staatsleben Frankreichs, fanden daher das französische Hochschulwesen noch fast in derselben Form vor, welche eine mächtige Hand ihm zu Anfang des Jahrhunderts gegeben hatte.

3. Die neue Reformbewegung auf dem Gebiete des Hochschulwesens.

Erst nach dem Kriege von 1870/71 begann eine fruchtbare Reformperiode auch für das französische Hochschulwesen; und dieser ist es, wenn sie auch noch keineswegs abgeschlossen ist, bereits gelungen, grosse Erfolge zu erzielen, ja dem Gesamtbilde ein völlig geändertes Aussehen zu geben.

Wenn wir nach den Gründen dieses ziemlich plötzlichen Umschwunges suchen, so sind dieselben zunächst in dem allgemeinen Reformeifer, der auf vielen Gebieten des Staatslebens nach dem Kriege und mit Rücksicht auf die Resultate desselben sich geltend machte, zu finden: die Mähr vom „preussischen Schulmeister, der bei Sadowa gesiegt“, übte ihre analoge Wirkung auch über die Volksschule hinaus.

Wesentlich für den Verlauf der Reformbewegung war aber die Betheiligung des Lehrpersonals der Hochschulen an derselben. Frühere reformatorische Velleitäten waren nur allzu oft an dem in Professorenkreisen am Tiefsten wurzelnden *esprit universitaire* gescheitert. Konnte man doch von der vermehrten Autonomie der Fakultäten und Emanzipation derselben von den „Bureaux“ der Verwaltung sogar eine Mehrung des Geistes der Routine befürchten.⁶⁶⁾ So ist es auch bezeichnend, dass viele frühere, selbst dem Lehrpersonal zugehörige Befürworter der Reform des Hochschulwesens als erste Vorbedingung die Anziehung der Staatszügel verlangten;⁶⁷⁾ so wenig erwartete

⁶⁶⁾ Boutmy, l. c. S. 532.

⁶⁷⁾ So z. B. der zitierte Hepp, l. c. *Revue de législation etc.* 1841.

man von der Anstaltsautonomie, die man sich, vielleicht eine Reminiscenz an die schliessliche Drohenstellung der alten Privilegirten, gewöhnt hatte als die Quelle von Rechten, nicht auch entsprechender Pflichten zu betrachten.

Eine Aenderung in den Anschauungen des staatlichen Lehrpersonals hat, neben der neu entstandenen Konkurrenz der freien Hochschulen, wohl namentlich auch die vermehrte Kenntniss auswärtiger, besonders deutscher Verhältnisse bewirkt. Und hier hat sich insbesondere die in den siebziger Jahren gegründete, vorwiegend aus Lehrern der staatlichen Hochschulen gebildete *Société pour l'étude des questions d'enseignement supérieur* grosse Verdienste erworben. Die von ihr veranstalteten Studienreisen ins Ausland und die detaillirten Berichte über die dortigen Verhältnisse, namentlich die Schilderung des Mechanismus und des Zustandes der deutschen Universitäten,⁶⁸⁾ gaben dem reformatorischen Drange die Materialien und das Ziel.

Unterstützt wurde diese reformatorische Regsamkeit des Lehrpersonals auch durch ein wesentlich verändertes Vorgehen der Unterrichtsverwaltung. An Stelle der früheren ausschliesslich bevormundenden Fürsorge trat jetzt ein Verhalten, welches die praktische Einsicht der Betheiligten den Besserungsbestrebungen nutzbar zu machen bestrebt war. Immer ging den Reformen nunmehr eine Befragung der Fakultäten voraus, und ihre Wünsche hatten meist auf das schliessliche Resultat einen bedeutenden Einfluss.⁶⁹⁾ So wurde das Interesse für die Reform des Hochschulwesens bei den von der Natur zu Hauptträgern derselben Berufenen stets wach gehalten und, wo es dessen bedurfte, das Verständniss hiefür auch geweckt.

⁶⁸⁾ Das Eingangs zitierte *bulletin* und die *revue* dieser Gesellschaft enthalten zahlreiche Studien über deutsche Universitätsverhältnisse. In Deutschland ist namentlich die seitdem auch in Buchform erschienene Arbeit Blondel's *de l'enseignement du droit dans les universités allemandes* bekannt geworden.

⁶⁹⁾ Die Gutachten der Fakultäten sind regelmässig unter den Eingangs zitierten *Enquêtes et documents relatifs à l'enseignement supérieur* alsbald veröffentlicht worden.

Der Umschwung in den Ueberzeugungen und dem Verhalten des Lehrpersonals war übrigens nur das Kennzeichen eines solchen, der sich in der Auffassung der Nation von den Aufgaben des Hochschulwesens mehr und mehr vollzog. Wie man allmählich zu der Ueberzeugung kam, dass die Wissenschaft nicht am Besten in der völligen akademischen Abgeschlossenheit von dem Fachunterrichte gedeihe, so sah man ein, dass dieser letztere bei inniger Berührung mit der wissenschaftlichen Produktion nur gewinnen könne. Auch den allgemeinen Gewinn, den das geistige Leben der Nation aus einem wissenschaftlich gehobenen Hochschulunterrichte, und der dadurch bedingten geistigen Dezentralisation ziehen konnte, begann man in weiteren Kreisen zu verstehen.

Die „demokratischen“ Bedenken gegen eine, doch naturgemäss nur beschränktem Kreise zu Gute kommende, Ausgestaltung des Hochschulwesens suchte man mit der Erwägung zu beseitigen, dass, aus je grösserer Höhe die Geistesnahrung falle, desto tiefer sie in den geistigen Nährboden der Nation eindringe.

Das Programm der von diesen Faktoren geforderten Reform lässt sich wohl in folgende Hauptpunkte zusammenfassen:

Bessere materielle Ausgestaltung der Fakultäten, namentlich in der Provinz — Entwicklung ihres wissenschaftlichen Charakters — hiemit Hand in Hand gehend die Individualisirung der Hochschulen durch das Gewähren einer gewissen äusseren Autonomie gegenüber dem Behördenmechanismus der *université* — namentlich innere Freiheit von den die wissenschaftlichen Bestrebungen bindenden Reglements und Programmen — endlich und hauptsächlich die Aufhebung der ein Jahrhundert bereits dauernden Trennung der Fakultäten, und Zusammenfassen derselben zu Universitäten nach deutschem Muster. Diese letztere Forderung war einerseits das Resultat der Erkenntniss des für Lehrer und Schüler gleich grossen Gewinnes aus der innigen Berührung der einzelnen Wissenszweige in der modernen *universitas litterarum*, wie andererseits gerade bei der Reform, die durch das System der Spezialschulen bedingte Kräftezersplitterung, sich besonders geltend machen musste.

So wirkten praktische Gründe wie die mit dem Namen der Universitäten verbundenen Erinnerungen an eine grosse Vergangenheit zusammen, um die Wiederherstellung der Universitäten in steigendem Maasse populär zu machen.

Wenn wir nun nach den wirklich erreichten Reformen fragen, so ist zunächst die hervorragende Besserung der materiellen Lage der Fakultäten anzuerkennen; nicht nur der Staat öffnete die so lange Zeit verschlossene Hand, auch viele Städte beteiligten sich hieran wetteifernd, so dass neue Fakultäten errichtet wurden und die Zuwendungen an die bestehenden reichlicher flossen.⁷⁰⁾ Der oben erwähnten Zahl von 221 154 Frs., welche 1868 die ordentliche Netto-Ausgabe des Staates für die Hochschulen darstellte, entsprach im Jahre 1887 eine solche von 6 772 918 Frs.!⁷¹⁾ Neben der Beseitigung der schreiendsten Mängel hinsichtlich der Unterkunft der Fakultäten, sowie der dringend nothwendigen Reorganisation des Gehaltswesens der Professoren, kamen diese Zuwendungen namentlich der Ausgestaltung mit Lehrmitteln aller Art und mit geordneten Bibliotheken etc. und hiedurch der wissenschaftlichen Hebung zu Gute. So sind seit 1876 201 neue Lehrstühle in den Fakultäten errichtet, 200 ständige, besonders dotirte Ergänzungskurse eingerichtet, sowie 129 Hilfslehrerstellen geschaffen worden.⁷²⁾

Dieser äusseren Erweiterung haben auch die Versuche einer inneren wissenschaftlichen Reorganisation entsprochen; es würde zu weit führen, wenn wir die Besserung, welche namentlich die oben geschilderten Verhältnisse der *facultés des sciences* und *des lettres* erfuhren, die noch andauernden Bemühungen, ihnen ein festes Auditorium zu verschaffen, denen es hauptsächlich zu danken ist, dass die Gesamtzahl der

⁷⁰⁾ Von 1871—1885 haben die Städte für Zwecke des *enseignement supérieur* 46 $\frac{1}{2}$ Millionen Francs aufgebracht. (Vgl. *Revue internationale de l'enseignement*. 1888. I. S. 201 ff.) Einen guten Ueberblick über die gemachten Fortschritte giebt der Vergleich der *Statistiques de l'enseignement supérieur* von 1868 mit derjenigen von 1878 und namentlich der von 1889. Vgl. auch Liard, *universités et facultés*.

⁷¹⁾ *Statistique* 1889. S. 680.

⁷²⁾ Bericht des Ministers in der *Statistique* 1889. S. XXVIII.

Studirenden in der Provinz seit 20 Jahren sich etwa verdoppelt hat, hier erörtern wollten. Die zu schildernde innere Entwicklung der Rechtsfakultäten wird einen Schluss auf die analogen Verhältnisse der anderen Fakultäten erlauben und zeigen, dass die von aussen wie von innen kommenden Bemühungen, die Fakultäten einerseits zu wahren Hochschulen, andererseits zu Zentren wissenschaftlicher Produktion zu erheben, nicht erfolglos geblieben sind.

Das Gleiche gilt von den Bestrebungen, den Fakultäten eine grössere innere Freiheit in der Ausübung der Lehrthätigkeit gegenüber dem Einflusse der Zentralverwaltung zu gewähren. Auch hier werden die Verhältnisse der Rechtsfakultäten veranschaulichen, inwieweit man sich dem Ideale genähert hat.

Doch möge es gestattet sein, die Schicksale der auf Gründung von Universitäten und Gewährung einer gewissen Autonomie an diese, abzielenden Bewegung hier zu verfolgen, da diese für alle Zweige des französischen Hochschulwesens gleich bedeutsam geworden ist.

Nachdem die Frage der Universitäten schon lange Anlass zu eingehenden Diskussionen gegeben hatte, deren Niederschlag sich meist in den entsprechenden Jahrgängen der *Revue internationale de l'enseignement* findet, veranstaltete der Minister Jules Ferry im Jahre 1883 eine Enquete, um die Ansichten der beteiligten Anstalten über die projektirte Reform festzustellen.⁷³⁾ Die grosse Mehrheit sprach sich in einem der Reform günstigen Sinne aus, und so wurde denn durch die Dekrete vom 27. Juli und 28. Dezember 1885 ein erster entscheidender Schritt in der angedeuteten Richtung gethan.⁷⁴⁾

Die wichtigste der durch diese Dekrete bewirkten Neuerungen ist, neben der ausdrücklichen Bestätigung der juristischen Persönlichkeit der Fakultäten, der Regelung ihres Vermögenserwerbes sowie der autonomen Vermögensverwaltung, die Einführung eines gemeinsamen „Universitätssenats“, des *conseil général des facultés*.

⁷³⁾ *Enquêtes et documents etc.* 1884.

⁷⁴⁾ Die Dekrete und ihre Materialien sind unter den *Enquêtes et documents* 1886 veröffentlicht worden.

Derselbe wird gebildet von den unter dem Vorsitze des *recteur* der *académie* versammelten *doyens* und *directeurs* ⁷⁵⁾ der Fakultäten und der ihnen koordinirten Hochschulen einer jeden *académie*, sowie je 2 von jeder Fakultät auf 3 Jahre aus der Mitte der ordentlichen Professoren gewählten Vertretern. Die vornehmste Aufgabe des *conseil* ist es, eine gewisse Gemeinsamkeit des wissenschaftlichen Lebens der Hochschulen herzustellen. Neben einer Ueberwachung der einzelnen unterstellten Anstalten in ihrer Verwaltung, hat er deshalb vornehmlich dahin zu wirken, dass die Bildungsmittel aller Hochschulen seines Bezirkes möglichst den Studirenden jeder einzelnen derselben zugänglich gemacht werden; zu diesem Zwecke steht ihm ein begrenztes Aufsichtsrecht zu. Ihm ist ferner eine Betheiligung an den Vorbereitungen für Neubesetzung der Lehrstühle eingeräumt, desgleichen eine Reihe von anderen auf die Wahrung der gemeinsamen wissenschaftlichen und sonstigen Interessen abzielenden Befugnisse, wie die Reglementirung der neu eingeführten, bei den Rechtsfakultäten zu erwähnenden freieren Vorlesungen, der „*cours libres*“.

Zugleich wurde die Verfassung der einzelnen Fakultäten einer Neuordnung unterzogen. Der *doyen* wird, wie früher, durch den Minister aus der Zahl der ordentlichen Professoren der Fakultät auf 3 Jahre ernannt; die Wahl des Ministers ist jedoch beschränkt auf die Kandidaten, welche von dem *conseil général des facultés* und der *assemblée de la faculté* konkurrirend vorgeschlagen werden. Der Art seiner Ernennung entsprechend, nimmt jetzt der *doyen* eine Doppelstellung ein; einmal ist er Vertreter der Zentralverwaltung und hat als solcher die Befolgung der Gesetze und Reglements unter der Autorität des *recteur* zu überwachen, andererseits ist er auch Repräsentant der Fakultät. Er vertritt dieselbe nach aussen und leitet ihre innere Verwaltung und Polizei, sowie die Vermögensverwaltung, für die er dem *conseil de la faculté* verantwortlich ist. ⁷⁶⁾ Ihm liegt ferner die Ausführung der

⁷⁵⁾ Die von den medizinischen Fakultäten zu unterscheidenden medizinischen und pharmazeutischen Schulen haben statt eines *doyen* einen *directeur* an der Spitze.

⁷⁶⁾ Für die Verwaltungsgeschäfte steht ihm ein *secrétaire* zur

Anordnungen ob, welche die verschiedenen Räthe innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassen.

Der Minister kann den *doyen* jederzeit durch motivirte Verfügung revoziren.

Besonderes Gewicht hat man gelegt auf die Entwicklung der Fakultätsversammlungen, deren es jetzt zwei giebt, den *conseil de la faculté* und die *assemblée de la faculté*. Der *conseil* umfasst nur die ordentlichen Professoren und stellt die eigentliche Vertretung der Fakultät dar; ihm sind namentlich, die Fakultätsverwaltung betreffende Befugnisse eingeräumt, die zu streifen sich mehrfach Gelegenheit ergeben wird. Die *assemblée* umfasst das gesamte Lehrpersonal der Fakultät, und ihrer Berathung unterliegen vornehmlich die das Lehrwesen betreffenden Fragen.

Wie man ersieht, hatte die Reform allerdings noch nicht die ersehnten Universitäten gebracht, sie kennzeichnet sich sogar durch manche Einzelheiten, wie z. B. das vielfach unmotivirte Nebeneinander der Kompetenzen des *conseil académique* und des neuen *conseil général des facultés*, als ein Provisorium: immerhin bedeutete sie einen wichtigen, wenn auch vorsichtigen Schritt auf dem Wege der Verbesserung. Und diese letztere Eigenschaft, die der maassvollen Vorsicht, mit welcher man es vermieden hat, unreife Ideen voreilig ins praktische Leben zu übertragen, erscheint uns um so aner kennenswerther, je weniger gerade sie der Leitstern französischer Reformen zu sein pflegt. Insbesondere der enge Anschluss an das Bestehende, die Beziehung zu *académie* und *recteur* ermöglichen eine allmähliche Ueberleitung in neue Bahnen, ohne dass dem Verständnisse weiter Kreise allzusehr vorausgeeilt würde.

Diese Vorsicht war umsomehr angemessen, als thatsächlich der Verwirklichung des Universitätsgedankens ernste Schwierigkeiten entgegenstanden, einerseits in dem Vorurtheil gewisser

Seite, welcher früher auch dem Finanzminister für die Vermögensverwaltung unterstellt war. Jetzt sind mit den aus dem sehr umfangreichen Gebührenwesen resultirenden Geschäften theils besondere Beamte, theils diejenigen der allgemeinen Finanzverwaltung betraut (*décrets* vom 25. Juli und 25. November 1882).

Kreise, welche in der Uebertragung des Namens der „*université*“ einen Angriff auf die nationale Unterrichtseinheit sehen wollten (!),⁷⁷⁾ andererseits in der Ueberzahl kleiner Fakultäten ohne ausreichende Vitalität. Es ging nicht an, alle diese mit einem Schlage zu dem Range von Universitäten zu erheben: man hätte, wie richtig bemerkt wurde, mancherorts befürchten müssen, in die Festlichkeiten der Taufe das Grabgeläute störend hinüberklingen zu hören. Wiederum mochte man vorerst nicht daran denken, durch die Unterdrückung einzelner derselben die interessirten Städte, die, wie wir erwähnt, vor Kurzem noch bedeutende Opfer gebracht hatten, zu schädigen. Man glaubte somit durch die Reform, welche, wie einer der eifrigsten Förderer derselben sie nennt, eine neue „Charte“ des französischen Hochschulwesens bildet,⁷⁸⁾ den Weg, den man einzuschlagen gedachte, deutlich zu bezeichnen, für das Ziehen der letzten Konsequenzen jedoch noch eine Klärung der Verhältnisse abwarten zu sollen.

Thatsächlich hat nun der Universitätsgedanke mehr und mehr Wurzel gefasst; auch hat man sich allmählich mit dem Gedanken der schweren Opfer, welche die Uebergangszeit mancherorts fordern wird, vertrauter gemacht. Die Fakultäten haben durch engeren Zusammenschluss den in sie gesetzten Erwartungen entsprochen und vielfach, wie auch nicht erfolglos sich bemüht, die starren Schranken, welche die einzelnen nun schon ein Jahrhundert umschlossen, zu durchbrechen.⁷⁹⁾ Auch die öffentliche Meinung hat sich, wie noch kürzlich die

⁷⁷⁾ Der Bericht des Ministers an den Präsidenten der Republik zur Motivirung des Dekrets vom 28. Dezember 1885 erwähnt dies ausdrücklich.

⁷⁸⁾ E. Lavissee, *Revue internationale de l'enseignement*. 1886. I. S. 27.

⁷⁹⁾ Man kann sogar vielleicht behaupten, dass die Vereinigungsbestrebungen mancherorts über das richtige Maass hinauszugehen drohen, z. B. die Zusammenstellung der Vorlesungen nicht nach Fakultäten, sondern nach der „natürlichen Verwandtschaft“. Das Gleiche scheint uns von der Herausgabe wissenschaftlicher Zeitschriften durch die Universität zu gelten, in welchen die Arbeiten von Mitgliedern aller Fakultäten vereinigt sind. (So in Grenoble *Rapports des conseils généraux* 1888—89 in den *Enquêtes et documents* 35.

Centenarfestlichkeiten der alten Universität des Placentinus zu Montpellier bewiesen, mit dem Universitätsgedanken vertrauter gemacht. Namentlich in einigen, offenbar zum Sitze von Universitäten prädestinirten Städten macht sich eine lebhaftere Theilnahme geltend. So hat sich in Lyon, das überhaupt in dieser Bewegung eine führende Rolle spielte, eine Gesellschaft der „Freunde der Universität“ gebildet, die nach kurzer Zeit 500 Mitglieder zählte.⁸⁰⁾ Auch die Studirenden, welche sich neuerdings in Associationen zusammenschliessen, machen mit jugendlicher Begeisterung thatkräftige Propaganda für den Universitätsgedanken.⁸¹⁾

Die leitenden Persönlichkeiten haben sich denn auch entschlossen den letzten Schritt zu thun. Der Unterrichtsminister Bourgeois hat dem Parlament unter dem 22. Juli 1890 einen Gesetzentwurf⁸²⁾ über die Gründung von Universitäten zugehen lassen, der seitdem der Berathung des Senates unterliegt. Voraussichtlich wird er, bis alle Stationen des parlamentarischen Leidensweges durchmessen sind, erhebliche Modificationen erfahren. Es erscheint daher nicht angebracht, auf Einzelheiten in dieser Beziehung näher einzugehen. Nur so viel sei bemerkt, dass der Entwurf, auch in der von der Senatskommission⁸³⁾ ihm gegebenen Gestalt, völlig auf dem Boden der Dekrete von 1885 fortbaut, ja grossentheils nur eine Bestätigung ihrer Bestimmungen bildet, und das Materielle derselben in den neuen Rahmen der Universität hinüberführt. Wenn der Senat, wie man euphemistisch sagt, mit „weiser Langsamkeit“ die Erledigung des Gesetzentwurfes betreibt, so hat das seinen guten Grund in den grossen Schwierigkeiten, welche der Ausführung des für nothwendig Erkannten entgegenstehen. Als die wichtigste derselben dürfte die nothwendige

⁸⁰⁾ *Rapports des conseils généraux des facultés 1888—89, Enquêtes et documents* 35.

⁸¹⁾ Ein Resultat wie auch ein mitwirkender Faktor dieser Bewegung sind die neuerdings in mehreren Universitätszentren publizirten *revues universitaires*, welche viel für die Verbreitung des Interesses an dem Universitätsleben thun.

⁸²⁾ Abgedruckt in der *Revue internationale de l'enseignement*. 1890. II. S. 161 ff.

⁸³⁾ *Revue internationale etc.* 1891. I. S. 581.

direkte oder indirekte Unterdrückung einzelner nicht lebensfähiger Fakultäten anzusehen sein. Dass nicht alle Fakultätskomplexe Universitäten werden können, und dass diejenigen, welche es nicht werden, einem schnellen direkten Tode oder einem langsamen Hinsterben an Marasmus geweiht sind — darüber ist man einig.⁸⁴⁾ Welche Zentren sind nun aber lebensfähig, welche dem Dahinsiechen oder der Degradation geweiht? Wem soll die Entscheidung darüber zufallen?⁸⁵⁾ Das sind für viele Interessentenkreise Lebensfragen, und es dürften der Erledigung derselben noch leidenschaftliche Diskussionen vorangehen.

Wie sich hierdurch nun auch die Geschicke des vorliegenden Gesetzentwurfes gestalten mögen, der ihm zu Grunde liegenden Idee erscheint der schliessliche Triumph gewiss.

Und dieser letztere bedeutet, wie wir in dem kurzen Ueberblick über die Entwicklung der französischen Hochschulen zu zeigen versucht haben, nichts Geringeres als ein Verlassen der Irrwege, welche sie seit nunmehr fast drei Jahrhunderten gegangen, und ein Wiederanknüpfen an die Traditionen der grossen Vergangenheit.

Die Förderer des Reformgedankens darf es aber mit gerechtem Stolze erfüllen, wenn sie die seit 1871 zurückgelegte Strecke überblicken; sie dürfen sich sagen, dass sie eines der wichtigsten Elemente für das fortschreitende Geistesleben der Nation zu neuem, fruchtbarem Leben erweckt haben.

Im Jahre 1885 sind die katholisch-theologischen Fakultäten, die übrigens nur ein Scheindasein führten (1883/84 zählten die 5 Fakultäten 50 Schüler), unterdrückt worden. Das *enseignement supérieur*⁸⁶⁾ wird nunmehr von 2 protestantisch-theologischen, 13 Rechtsfakultäten, 15 *des sciences*, 15 *des lettres*, 6 medi-

⁸⁴⁾ Die Senatskommission will als Vorbedingung der Erklärung eines Fakultätskomplexes zur Universität den Nachweis eines in den letzten fünf Jahren erzielten durchschnittlichen Schülerbestandes von 500 Köpfen verlangen.

⁸⁵⁾ Während der Minister die Entscheidung durch Dekret vorsah, verlangt der Senat die Vollziehung derselben durch Gesetz, also unter Mitwirkung des Parlaments in jedem einzelnen Falle.

⁸⁶⁾ *Statistique de l'enseignement supérieur*. 1889. — Eine Uebersicht über die Geschichte der dem Hochschulunterrichte dienenden Anstalten giebt die *Statistique etc.* von 1878.

zinischen Fakultäten und 3 pharmazeutischen Hochschulen gebildet. Ausser den letztgenannten sind zu erwähnen die einen niedrigeren Rang einnehmenden 3 *écoles de plein exercice* und 14 *écoles préparatoires de médecine et de pharmacie*. In der *académie* zu Alger besteht ein Complex von „Schulen“, die übrigens wol in kurzer Zeit den Rang von Fakultäten erhalten werden. Fast überall sind jetzt die Fakultäten an dem Haupte der *académie* vereinigt; so wurden noch 1887 die Rechtsfakultät und die *faculté des lettres* von Douai nach Lille übertragen und zugleich der Sitz der *académie* dorthin verlegt. Detachirte Fakultäten sind jetzt nur noch die protestantisch-theologische zu Montauban und die *faculté des sciences* zu Marseille. Es ist diese örtliche Vereinigung für die Frage der Universitätsgründung natürlich sehr bedeutsam.

Die protestantisch-theologischen Fakultäten hatten 1887/88 101 Studirende, die Rechtsfakultäten 5152, die medizinischen 5663, die *des sciences* 1335, die *des lettres* 2358, und Pharmazeuten waren 1564 inskribirt.

Weit mehr als die Hälfte aller dieser Studirenden befindet sich in Paris; am unnatürlichsten ist das Verhältniss in den medizinischen Fakultäten, wo 1505 Studirende in den Provinzialfakultäten einer Zahl von 4158 in Paris gegenüberstehen. Wenn man zu den Schülern der Fakultäten ferner diejenigen hinzurechnet, welche in den nur zu Paris bestehenden Spezialschulen den Hochschulstudien obliegen, so wird man kaum fehlgehen, wenn man annimmt, dass die Zahl der in Paris Studirenden $\frac{2}{3}$ der Gesamtzahl der Studirenden ausmacht. Nach Paris sind die besuchtesten Universitätszentren Lyon, Toulouse und Bordeaux mit je über 1000 Studirenden. Zu diesen Zahlen müssen, um die Gesamtzahl der Studirenden in Frankreich sich zu vergegenwärtigen, auch noch die katholischen Theologie-Studirenden hinzugerechnet werden, die in den bischöflichen Seminarien ihre Ausbildung erhalten; es sind etwa 8000.

Das ordentliche Budget für das *enseignement supérieur* betrug 1887: 11 482 698,23 Frs.; hiervon wurden 4 709 780 Frs. durch die aus dem Gebührenwesen etc. resultirenden Einnahmen gedeckt, so dass eine Nettoausgabe von 6 772 918 Frs. zu Lasten des Staates bestehen blieb.

Die Gesamtzahl der Bände in den Fakultätsbibliotheken beträgt jetzt etwa 800 000; natürlich steht Paris mit etwa 300 000 an der Spitze, während Rennes mit etwa 20 000 und Besançon mit 15 000 die Mindestzahl aufweisen.

Grosse Fortschritte sind, namentlich durch das Verdienst der Städte, hinsichtlich der Installation der Fakultäten gemacht worden. So hat Lyon etwa 7 000 000 Frs., Bordeaux

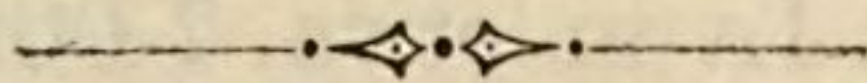
3 000 000 Frs. für seine Hochschulen ausgegeben, und die Universitätsbaulichkeiten lassen auch anderwärts wenig mehr zu wünschen übrig.

Neben den Fakultäten stehen noch einige nicht der *université* angehörende, sondern dem Minister direkt unterstellte Hochschulen. Wir erwähnen das Pariser *Collège de France*, welches mit seinen 40 Lehrstühlen eine wissenschaftliche Encyklopädie darstellt und kein festes Auditorium besitzt; das naturwissenschaftliche *Muséum d'histoire naturelle* mit 19 Lehrstühlen; die zur Heranbildung einer Elite der Gymnasiallehrer bestimmte *école normale supérieure* (130 Schüler), die *école des langues orientales vivantes*, die der Ausbildung von *archivistes-paléographes* dienende *école des Chartes* (49 Schüler), die *école pratique des hautes études*, welche eine wissenschaftliche Ergänzung der *facultés des sciences* und *des lettres* darstellt, die dem Kriegsministerium unterstellte *école polytechnique*, aus der sich neben der Artillerie und dem Genie auch die Civilingenieure rekrutieren. Für diese in Paris befindlichen Anstalten und noch einige sonstige dem Hochschulunterricht dienende Veranstaltungen, wie die Observatorien und die in Athen und Rom eingerichteten archäologischen Niederlassungen kommen, soweit sie dem Unterrichtsminister unterstehen, zu den oben erwähnten Budgetzahlen noch etwa 3 000 000 jährlich hinzu.

Ein Theil der den Hochschulstudien obliegenden Studirenden befindet sich auch in den, seit dem Gesetze vom 12. Juli 1875, dem staatlichen vielfach koordinirten *enseignement libre*. So bestehen freie Hochschulen in Paris, Angers, Lille, Lyon, Marseille, Toulouse, Nantes. Am vollständigsten ist Lille, in dem alle Universitäts-Wissenszweige vertreten sind, ausgestattet. Die anderen beschränken sich meist auf Rechtsfakultäten, zu denen noch einige den *facultés des sciences* und *des lettres* analoge Veranstaltungen kommen. Im Jahre 1887/88 zählten die freien Rechtsfakultäten zusammen 485 Schüler; diese müssen die Examina nunmehr (Gesetz vom 18. März 1880) vor den Staatsanstalten ablegen. Der Unterricht ist völlig analog dem staatlichen eingerichtet.

Zu erwähnen ist noch die in Paris bestehende freie staatswissenschaftliche Hochschule, *école libre des sciences politiques*, 1887/88 waren 18 Unterrichtszweige in ihr vertreten; sie zählt etwa 300 Hörer, welche oft zugleich den Rechtsstudien in den Rechtsfakultäten obliegen.⁸⁷⁾

⁸⁷⁾ Eine vollständige Uebersicht über alle in Frankreich dem Hochschulunterrichte direkt oder indirekt dienenden Veranstaltungen giebt P. Mélon, *L'enseignement supérieur et l'enseignement technique en France*. Paris 1891.



Zweiter Abschnitt.

Die Entwicklung der französischen Rechtsfakultäten seit dem 17. Jahrhundert.

Wenn wir fragen, welche Stellung den Rechtsfakultäten in der geschilderten Gesamtentwicklung des französischen Hochschulwesens zugefallen ist, so können wir das dahin beantworten, dass sie in den wichtigsten Perioden der Geschichte dieser Institutionen eine führende Rolle gespielt haben. Es folgt dies schon aus der besonderen Bedeutung gerade des Rechtsstudiums in den französischen Provinzial-Universitäten während des ganzen Mittelalters. Im Gegensatze zu Deutschland, wo, nach dem Muster von Paris, die theologische und die *facultas artium* an erster Stelle standen, nahmen in den meisten französischen Provinzial-Universitäten die Rechtsfakultäten den Ehrenplatz ein.¹⁾

Daher bietet auch ihre spätere Geschichte eine treffliche Illustration zu derjenigen des französischen Hochschulwesens

¹⁾ Vgl. hierüber Fournier, *Les statuts et privilèges des universités françaises*. I. in der Einleitung. — Orléans (und später Dijon) war überhaupt nur „Rechtsuniversität“ ohne weitere Fakultäten. — Als wichtigste Stätten des Rechtsunterrichts in Frankreich während des Mittelalters sind zu nennen: Orléans, Angers, Poitiers, Bourges, Toulouse, Avignon, Orange, Cahors. Vgl. Tardif, *Histoire des sources du droit français, origines romaines* (Paris 1890). S. 284. — In Paris war bekanntlich seit der vielumstrittenen Dekretale „*super specula*“ *Honorius III* (1219) der Unterricht des römischen Rechtes verboten, es bestand dort nur eine Kanonistenfakultät. Vgl. hierüber neuestens Tardif, l. c. S. 328. Fournier, *L'église et le droit romain au XIII. siècle* (Paris 1890).

überhaupt. Insbesondere beherrschen die Tendenzen, welche wir in der Entwicklung des letzteren während der letzten Jahrhunderte zu erfassen bemüht waren, gerade das Leben der Rechtsfakultäten in hervorragendem Maasse. Es möge daher gestattet sein, die Entwicklung der Rechtsfakultäten unter denselben Gesichtspunkten zu betrachten, von welchen aus wir das Leben der Universitäten überhaupt ins Auge fassten.

I.

Die französischen Rechtsfakultäten vor der Revolution.

1. Der wissenschaftliche Niedergang der französischen Rechtsfakultäten im 17. und 18. Jahrhundert.

Der wissenschaftliche Rückgang der französischen Rechtsfakultäten im 17. und 18. Jahrhundert, in Folge dessen sie die wissenschaftliche Führung auf dem ihnen zugefallenen Gebiete schliesslich völlig verloren, ist auffallender als die gleiche Erscheinung bei den anderen Fakultäten. Man vergegenwärtige sich nur die ausserordentlich hohe Stellung, welche sie bis in die letzten Dezennien des 16. Jahrhunderts einnehmen konnten. In ihnen feierte die humanistisch-historische Schule,²⁾ die, von Alciat³⁾ begründet, in Cujaz ihren grössten Vertreter fand, ihre glänzendsten Triumphe. Nicht nur in Bourges, „der modernen Berytus“, sondern auch auf den meisten anderen französischen Universitäten fanden sich Rechtslehrer, deren Namen in der Wissenschaft noch heute guten

²⁾ Vgl. Stintzing, Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft. I. S. 367 ff. Tardif, *Histoire des sources du droit français, origines romaines*. S. 464 ff. Berriat St.-Prix, *Histoire de Cujas* (am Schlusse seiner *Histoire du droit romain* (Paris 1821). Eyssel, *Doneau, sa vie et ses ouvrages* (Dijon 1861).

³⁾ Der Italiener Alciat lehrte in Avignon 1518 und in Bourges 1527—1532.

Klang haben, wie Duarenius, Donellus, Eguinarius, Baro, Hotomannus, Balduinus, Goveanus, Chiffletus und manche andere. Sie waren als Schriftsteller wie als Lehrer gleich ausgezeichnet und geschätzt und sicherten den Rechtsfakultäten die überall anerkannte Führung auf dem ihnen zugefallenen Wissensgebiete. Ein indirektes Zeugniß hiefür sind die Ehrenbezeugungen, mit welchen in dieser Zeit Könige wie Grosse des Reiches die Rechtslehrer überschütteten,⁴⁾ der rastlose Wettbewerb der interessirten Städte um den Besitz gefeierter Lehrer,⁵⁾ das allgemeine Interesse, welches man dem in den Rechtsfakultäten behandelten Wissensstoffe entgegenbrachte.⁶⁾ Direkt wird sie durch die Thatsache bestätigt, dass kaum einer der namhaften juristischen Schriftsteller nicht zugleich auch Rechtslehrer war,⁷⁾ dass die Lehrthätigkeit fast

⁴⁾ Die ganze Geschichte des Cujaz namentlich, dem zu Ehren sogar in Paris das Verbot der Dekretale *super specula* suspendirt wurde (vgl. Péries, *La faculté de droit etc.* S. 216 ff.), ist das glänzendste Beispiel hiefür. Für Balduinus verwendeten sich bei einem für ihn wenig ehrenvollen Streite mit der Stadt Besançon Heinrich III., Granvella, Carl IX. (Vgl. Villequez, *Les écoles de droit en Franche-Comté* in der *Nouvelle revue historique* 1872. S. 575.)

⁵⁾ Die Stadt Valence forderte und erreichte die Unterdrückung der Universität zu Grenoble, um mit einer dadurch frei werdenden Summe von 1400 livres dem Cujaz ein höheres Gehalt bieten zu können. (Berriat St.-Prix, *Histoire de l'ancienne université de Grenoble* (1821).

⁶⁾ Ein Beispiel unter vielen ist der fürstliche Empfang, den Molinaeus 1554, gelegentlich einiger in Dôle auf der Durchreise gehaltenen juristischer Vorlesungen über Pandektenstellen, wie „*qui pro donato*“, „*lex 1 de contrar. iudicio*“ etc., fand. Die gesammten Notabilitäten der Stadt lauschten seinem Vortrage. (Beaune et d'Arbaumont, *Les universités de Franche-Comté, Gray, Dôle, Besançon*. Dijon 1870. S. 147.)

⁷⁾ Ausnahmen finden sich fast nur bei den Kommentatoren der *coutumes*, wie Chasseneuz (1480—1541), d'Argentré (1519—1590), die Richterstellungen bekleideten. Der Bildungsgang des Juristen bis ins 16. Jahrhundert bedingte aber auch für diese eine innige Berührung mit der Lehrthätigkeit; die Uebungsvorlesungen der *baccalarii* bildeten einen Theil der zu erfüllenden Bedingungen für die Zulassung zu den höheren Graden der *licentia* und des *doctoratus*. Vgl. v. Savigny, *Geschichte des römischen Rechts im Mittelalter*. III. S. 205 ff. Thurot, *De l'organisation de l'enseignement dans l'uni-*

immer die Grundlage der schriftstellerisch-wissenschaftlichen bildete.

Der Grund des in den folgenden Jahrhunderten sich ergebenden Umschwunges ist auch hier zu suchen in dem Verhalten der Fakultäten zu der oben erwähnten, allgemeinen wissenschaftlichen Krise, welche mit dem 17. Jahrhundert sich deutlich abzeichnet.

Wenn wir dieselbe in ihren Wirkungen auf die Rechtsfakultäten verstehen wollen, so müssen wir uns vor Allem fragen, was denn eigentlich das Objekt der Thätigkeit in denselben bis in das 16. Jahrhundert war.

Als solches erscheint in den französischen Rechtsfakultäten wie in denjenigen aller europäischen Länder bis über das Mittelalter hinaus das römische und das kanonische Recht,⁸⁾ welches letztere allerdings in Folge der religiösen Umwälzung sowohl, als auch gegenüber dem gewaltigen Aufschwunge der rein romanistischen Jurisprudenz im 16. Jahrhundert mehr und mehr zurücktrat. Die Bearbeitung im Lehrvortrage wie in der Litteratur fand im engsten Anschlusse an die durch die Glossatoren geheiligte Eintheilung der Justinianischen Rechtsbücher, sowie die hergebrachte der Dekretalensammlungen statt: Das *digestum vetus, infortiatum, novum*, der *Code*, die Novellen, die Institutionen, das *decretum*, die Dekretalen, der *Sextus*, die Clementinen wurden mit ihren hergebrachten Untereintheilungen als solche, ohne wesentliche dispositive Aenderungen, während des ganzen Mittelalters und überall kommentirt. Die von Accursius über den vielgeschmähten Bartolus bis auf Alciat und Cujaz einander ablösenden Schulen bedeuteten jeweilig einen Wechsel, auch einen Fortschritt, in der Methode der Kommentirung, das Objekt, die Rechtsbücher, blieb die ganze Zeit hindurch das Gleiche.⁹⁾

versité de Paris au moyen-âge (Paris 1850). Molinier, *Etude sur l'organisation de l'université de Toulouse au 14. et 15. siècle*, in der *Histoire générale de Languedoc*. VII. S. 598 ff.

⁸⁾ Vgl. Stintzing, l. c. S. 21 ff., desgl. Stintzing, *Ulrich Zasius*. S. 71 ff. Tardif, l. c. S. 281 ff. Péries, *La faculté de droit dans l'ancienne université de Paris*. S. 69 ff.

⁹⁾ In Bourges, der fortgeschrittensten Rechtsuniversität, waren

In dieser wissenschaftlichen Tradition trat nun, wie analog auf fast allen Wissensgebieten, eine um die Wende des 16. und 17. Jahrhunderts in Frankreich wie in Deutschland beginnende Aenderung ein.¹⁰⁾

Belebt durch die wissenschaftlichen Errungenschaften der historischen Schule auf dem Gebiete des römischen Rechtes, sowie die mit dem Namen der Benediktiner verknüpften der allgemeinen Geschichtsforschung, wandte sich das Interesse und die Thätigkeit bedeutender Geister einer entsprechenden Bearbeitung der heimischen Rechtsquellen zu. Schon neben den grossen Romanisten und theilweise selbst romanistisch thätig, hatten Dumoulin, d'Argentré, Loysel, Guy Coquille im 16. Jahrhundert auch das heimische Recht gepflegt; im 17. sind die Romanisten in Frankreich überhaupt nur Ausnahme.

Neben den *coutumes*, deren offizielle Sammlung unter Karl VII. begonnen und unter Heinrich III. beendet wurde, boten der juristischen Bearbeitung auch die seit dem 16. Jahrhundert in den Vordergrund tretenden königlichen Ordonnanzen ein reiches Feld der Thätigkeit. Unter dem Einflusse der grossen Minister L'Hôpital, Colbert, Lamoignon, d'Aguesseau wurde hier auf wichtigen Gebieten die nationale Rechtseinheit erstrebt und vielfach auch hergestellt.¹¹⁾

Hatte sich somit neben den bisherigen Objekten juristischer Thätigkeit, den kanonischen und römischen Rechtsquellen ein

1548 die Vorlesungen folgendermassen vertheilt: der erste der Doktoren las die Institutionen und den 1. und 2. Theil der Digesten, der zweite den 3. und 4. Theil, der dritte den 5. und 6. Theil, der vierte den 7. Theil und den Kodex. — Unter den Genannten fand von Jahr zu Jahr ein Turnus der Vorlesungen statt. Eyssel, *Doneau etc.* S. 45. Vgl. über die Eintheilung Stintzing, l. c. I. S. 21 ff.

¹⁰⁾ Vgl. Stintzing, II. S. 1 ff.

¹¹⁾ Von besonderer Bedeutung sind in dieser Richtung die unter Ludwig XIV. erlassenen, die von 1667 über den Zivilprozess, der „*Code Louis*“, auf welchen sich der von 1806 vielfach stützt; die von 1670 über den Strafprozess; 1673 *sur le commerce*, 1681 *sur la marine*, welche die Grundlage des *Code de commerce* bilden.

Im 18. Jahrhundert sind zu erwähnen namentlich die von 1731, 1735, 1747 über die Schenkungen, Testamente und Substitutionen.

neuer Faktor zu selbstständiger Bedeutung durchgerungen, so trat auch in der Art der Behandlung des überlieferten Wissensstoffes eine völlige Aenderung ein. Wie schon Donellus angestrebt, bemühte man sich nunmehr, das Recht systematisch, unabhängig von der Legalordnung, zu erfassen, gelangte man schliesslich dazu, den Stoff zu gliedern und jene für die Rechtswissenschaft so überaus wichtige Trennung nach Materien vorzunehmen.¹²⁾ Aus der Gesammtheit des Rechtsstoffes begannen sich einzelne Disciplinen auszulösen und fanden selbstständige Bearbeitung als Prozess, Strafrecht, Staatsrecht. Dann erhob sich die wissenschaftliche Thätigkeit über die Bearbeitung des positiven Rechtes hinaus zu jener philosophischen Betrachtung, welche als „Naturrecht“ namentlich das 18. Jahrhundert bewegte. Endlich fand das weite Gebiet der Staatswissenschaften, welches sich allmählich erschloss, im engsten Anschluss an die Rechtswissenschaft eifrige Pflege.

Diese wissenschaftliche Evolution war unter der Einwirkung sozialer und politischer Verhältnisse in Frankreich wie in Deutschland gleich bedeutsam; vielfach hatte sie sogar, wie z. B. die Entwicklung des Staatsrechtes, im Anschluss an die „*République*“ des Bodinus¹³⁾ in Frankreich ihren Anfang genommen, wie sie dort auch, namentlich auf historischem Gebiete, im 17. Jahrhundert die reifsten Früchte zeitigte.

Das Verhältniss der Rechtsfakultäten in beiden Ländern zu derselben ist jedoch von auffälliger Verschiedenheit. In Deutschland haben dieselben an der erwähnten Entwicklung den regsten Antheil genommen,¹⁴⁾ so sehr, dass sie in erster

¹²⁾ Stintzing, Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft. I. S. 145.

¹³⁾ Stintzing, II. S. 34 ff.

¹⁴⁾ Ueber die Theilung nach Materien vgl. Stintzing, I. S. 655 ff. u. A. Ueber einen schon 1564 in Rostock unternommenen Versuch der Materienausscheidung das. S. 132. (Interessant ist, dass 1570 auf der Grenze zwischen dem deutschen und dem französischen Geistesgebiete in Dôle Aehnliches versucht wurde; es gab dort bereits eine selbstständige Vorlesung über Strafrecht. Beaune, *Les universités de Franche Comté*. S. 142.) Ueber die Pflege des heimischen Rechts und die Aufnahme desselben in die Universitäten im 17. Jahrhundert vgl. Schulte, Lehrbuch der deutschen Reichs- und Rechts-

Linie als Träger derselben gelten können; die Lektionskataloge der jeweils bedeutendsten deutschen Universitäten geben immer ein treues Spiegelbild des Standes der Rechtswissenschaft.¹⁵⁾

Anders in Frankreich; hier finden die seit dem 16. Jahrhundert gemachten Fortschritte gar keine oder völlig ungenügende Aufnahme. Erst die Reform von 1679 führte neben dem römischen und kanonischen Rechte, um dem dringend empfundenen Bedürfnisse abzuhelpfen,¹⁶⁾ auch das „*droit français*“ „*contenu dans nos ordonnances et dans les coutumes*“¹⁷⁾ in den Lehrplan der Rechtsfakultäten ein und widmete ihm in jeder Fakultät eine von den übrigen streng getrennte Professur. Abgesehen von dieser Erweiterung bewegten sich die Rechtsfakultäten 1789 noch fast vollständig in den ausgetretenen Geleisen des 16. Jahrhunderts. Die Justinianischen Rechtsbücher, von denen die Institutionen mehr und mehr in den Vordergrund getreten waren, daneben einige mit dem Zivilrechte in Verbindung stehende Reste der Dekretalen,¹⁸⁾ soweit sie nicht „den Freiheiten der gallikanischen Kirche“ gefährlich

geschichte. S. 305. In Dôle wurde schon 1653 die *coutume de Bourgogne* gelehrt. Villequez, l. c. *Nouvelle revue hist. etc.* 1872. S. 350.

¹⁵⁾ Einen guten Ueberblick geben hier die bei Friedberg, Das Collegium Juridikum (Leipzig 1882), abgedruckten Vorlesungsverzeichnisse, der keineswegs an der Spitze stehenden Leipziger Juristenfakultät. Das von 1775/76 ist von einem solchen der Jetztzeit kaum wesentlich verschieden (S. 157). Im 18. Jahrhundert waren namentlich reich bedacht Halle — dort wurden 1730 „5 und mehr *collegia iuris naturae*“ gelesen — und später Göttingen. Vgl. Rössler, Die Gründung der Universität Göttingen (1855), Frensdorff, Die ersten Jahrzehnte des staatsrechtlichen Studiums zu Göttingen (1887). Vgl. Goldschmidt, Rechtsstudium und Prüfungsordnung. S. 139 ff. Auch L. v. Stein, Die innere Verwaltung, das Bildungswesen. III. S. 444 ff.

¹⁶⁾ Schon 1614 hatte der Adel gewünscht, die Richter sollten nicht über römische Gesetze, sondern über die Ordonnanzen und *coutumes* gefragt werden, sowie dass in den Vorlesungen das römische und heimische Recht vereinigt werden sollte. Bimbenet, *Histoire de la ville d'Orléans*. I. S. 239.

¹⁷⁾ *édit d'avril* v. 1679, art. 14.

¹⁸⁾ Vgl. Péries, *La faculté de droit etc.*, S. 319 ff., über die Denaturierung des kanonischen Rechts im 18. Jahrhundert.

werden konnten, das sind, neben dem in seiner Ausnahmestellung verharrenden *droit français*, nach wie vor die einzigen Objekte der statutengemässen Lehrthätigkeit.¹⁹⁾ Wenn auch durch die Macht der Verhältnisse eifrigere Lehrer mancherorts bewogen wurden, unter den alten Titeln thatsächlich das geltende Privatrecht eingehender zu berücksichtigen,²⁰⁾ so ruft doch im 18. Jahrhundert das völlige Ignoriren der Materientrennung, das Fehlen der Staatswissenschaften, der so eifrig gepflegten Rechtsgeschichte, der Rechtsphilosophie, den Eindruck einer fast völligen Erstarrung wach.

Wenn wir nach den Gründen dieser Nichtberücksichtigung des wissenschaftlichen Fortschrittes durch die Rechtsfakultäten fragen, so sind es natürlich in erster Linie dieselben, welche, wie oben erwähnt, die französischen Universitäten überhaupt im 17. und 18. Jahrhundert von dem wissenschaftlichen Leben

¹⁹⁾ 1715 waren z. B. die Vorlesungen der Pariser Fakultät: *Digestum vetus*, *Instit. Justiniani*, *Paraphrasis Decretalium*, *Digestum novum*, *Institutiones iuris canonici*, *Decretum Gratiani* (Périeres, *La faculté de droit etc.*, S. 335, auch S. 340 ff.), und hierin änderte sich nichts Wesentliches bis 1789. Die 1722 gegründete Fakultät zu Dijon, die Erbin von Dôle und Besançon, hatte 5 Lehrstühle, für die Institutionen, die Digesten, den Kodex und die Novellen, das kanonische Recht und das *droit français*. (Villequez, *Les écoles de droit etc. Nouvelle revue historique* 1873. S. 522, 547.) In Bourges wurde zu Ende des 18. Jahrhunderts gelesen über die Institutionen, den Kodex, die Digesten, das kanonische Recht und *droit français*, ähnlich überall. Vgl. Liard, *L'enseignement supérieur en France*. S. 68. Vgl. über Rennes: Chénou, *Les anciennes facultés des droits de Rennes* (1890). S. 18 ff. Montpellier: Germain im *Cartulaire de l'université de Montpellier*. S. 96. Orléans: Loiseleur, *L'université d'Orléans pendant sa période de décadence* (1886). S. 11. Hier wie überall sehen wir den durch die Reform zu Ende des 17. Jahrhunderts wesentlich bestätigten Zustand der alten Statuten bis zu Ende festgehalten. Eine Ausnahme machte die deutsch gebliebene Universität Strassburg; wie dort die „philosophische Fakultät“ eine ganz andere Rolle spielte als die *facultas artium* in den anderen Universitäten, so hatte 1789 auch die Rechtsfakultät dort staatsrechtliche und geschichtliche Vorlesungen. Vgl. Liard, *L'enseignement supérieur 1789—1889*. I. S. 64 ff., S. 69 ff.

²⁰⁾ So z. B. in Dijon, Villequez, l. c. *Nouvelle revue hist.* 1873. S. 526 ff.

abschlossen: die ungünstigen äusseren und inneren Verhältnisse, die Gleichgiltigkeit, ja Abneigung der Nation gegen die Form der Universitäten. Anfangs mag auch noch ein gewisser, gerade durch den Glanz des 16. Jahrhunderts geweckter Fachhochmuth mitgewirkt haben, der die jüngeren Zweige der Jurisprudenz neben dem hergebrachten Wissensstoffe nicht als ebenbürtig ansehen mochte.²¹⁾ Ganz besonderen Einfluss scheint uns jedoch auf das von dem deutschen abweichende Verhalten der französischen Rechtsfakultäten gegenüber dem wissenschaftlichen Fortschritte, die Lehrorganisation derselben gewonnen zu haben. Es ist nicht möglich, auf dem engen hier zu Gebote stehenden Raume dies im Einzelnen näher zu begründen. Nur eine kurze Andeutung der verschiedenen Entwicklung des Vorlesungswesens in den französischen und deutschen Rechtsfakultäten sei versucht, wobei wir die Ausführung und den Beweis vielfach einer besseren Gelegenheit vorbehalten müssen.

Auch nachdem eine festere Regelung die anfängliche, volle Ungebundenheit der mittelalterlichen *studia* eingeschränkt hatte,²²⁾ blieben zunächst als Grundlagen des Vorlesungswesens die Freiheit, und die auf der wirthschaftlichen Grundlage der „*collecta*“, „*pastus*“, der direkten Geldleistung des Schülers an den von ihm gewählten Lehrer, des „Kollegiengeldes“, basirte Initiative des einzelnen Lehrers.²³⁾ Die weitere Entwicklung der Uni-

²¹⁾ Noch 1679 kam dies gegenüber der Einführung der Professur für *droit français* vielfach zum Ausdruck. Vgl. Péries, *La faculté de droit etc.* S. 315.

²²⁾ Vgl. v. Savigny, Geschichte des römischen Rechts im Mittelalter. III. Kaufmann, Die Geschichte der deutschen Universitäten. I. Vorgeschichte. S. 118 ff.

²³⁾ Ein gutes Bild der freien Lehrorganisation geben die Anfänge der Universität Orléans. Ein Brief des früher dort doziert habenden Bischofs Petrus (Prenestinus) vom Jahre 1308 schildert den früheren Zustand dort folgendermassen: Im Anfange des Schuljahres begannen 9 bis 10 Doktoren zu lesen, hiervon erwiesen sich 4 bis 5 als „*sollempnes insufficientes*“; sie mussten „*patefacta eorum inscientia*“, „*propter defectum scolarium*“ ihre Thätigkeit einstellen, die dann den „*doctis viris*“ zufiel. (Fournier, *Les statuts et privilèges etc.* I. S. 24.) — Meist fand die *collecta* zweimal jährlich statt; so in Montpellier. Statuten von 1339, art. 25 (im *Cartulaire de l'université de Montpellier*, S. 325). Vgl. über Orléans, Statut v. 1324. Fournier, l. c. S. 78.

versitäten bedingte jedoch eine allmähliche Umwandlung dieser Grundlagen. So wurde die Lehrfreiheit eingeschränkt durch die Festsetzung einer bestimmten Zahl der ordentlichen Doktoren,²⁴⁾ „*ordinarie actu regentes*“, durch die gewohnheitsmässige oder statutarische Festsetzung bestimmter Lehrgegenstände, durch die Beobachtung einer Rangordnung unter den Vorlesungen, den *ordinarie* oder *extraordinarie* gelesenen Büchern,²⁵⁾ durch mannigfache Einschränkungen der sachlichen und zeitlichen Konkurrenz unter den Lehrern,²⁶⁾ endlich durch das disciplinäre Mittel des „Punktirens.“²⁷⁾

Zugleich trat auch die Initiative mehr und mehr in den Hintergrund. An die Stelle der freiwilligen Lehrbethätigung auf Grundlage der *collecta*, die in eine Examensgebühr sich umwandelte, trat die feste, mit dem Genusse eines *beneficium* oder einem festen Gehalte verbundene Lehrstellung, mit bestimmt umschriebener Berufspflicht, der andererseits auch die natürliche Neigung entsprach, sich auf das Vorgeschiedene zu beschränken.

²⁴⁾ Schon vor 1301 war in Orléans der Versuch gemacht worden, eine bestimmte Zahl der Doktoren festzusetzen. (Brief Bonifaz VIII. b. Fournier, l. c. S. 10.)

²⁵⁾ Vgl. hierüber v. Savigny, l. c. S. 262. Kaufmann, l. c. S. 348 ff. — Eine gute Entwicklung der Bedeutung dieser Eintheilung bei de Rozière, *l'école de droit d'Alais au XIII. siècle, Bibliothèque de l'école des Chartes. 1870.* — Ueber die Rangordnung der Bücher vgl. Stintzing, l. c. S. 26, Peries, l. c. S. 108 ff.

²⁶⁾ Eine grosse Rolle in allen Universitätsstatuten spielen die Vorschriften über das „*subtrahere*“ der Schüler eines Lehrers durch einen Konkurrenten. Vgl. z. B. Orléans statut v. 1307, b. Fournier, l. c. S. 22. 1336 das. S. 98. Vgl. Rozière, l. c. S. 53.

²⁷⁾ Die durch die Universitätsbehörde vollzogene Eintheilung des Lehrstoffes in „*puncta*“, welche in bestimmtem Zeitraume zu erledigen waren, bezweckte namentlich die Verhinderung einer übertriebenen Ausdehnung der Vorlesungen (Kaufmann, S. 215) zugleich aber auch eine „*uniformitas lectionum*“. Statut Johann XXII. für Toulouse 1329. Molinier, l. c. *Histoire du Languedoc* VII, S. 540. In Montpellier war 1339 14tägige Punktirung bei 10 sol. Strafe „*pro puncto*“ vorgeschrieben. Cartulaire, l. c. S. 309. Aehnlich in Orléans, Statut 1309, Fournier, l. c. S. 28.

Diese Entwicklung ist, bei aller örtlichen und zeitlichen Verschiedenheit im Einzelnen,²⁸⁾ eine den europäischen Universitäten gemeinsame.

Sie hatte die in den deutschen wie in den französischen Rechtsfakultäten des 16. Jahrhunderts herrschende gemeinrechtliche Lehrordnung geschaffen, wonach in der „*lectura publica*“ der unentgeltlichen Pflichtvorlesung der ordentlichen Lehrer, der Schwerpunkt der Lehrthätigkeit lag, neben der die von einzelnen Doktoren oder *baccalarii* etwa gehaltenen Nebenvorlesungen nur wenig in Betracht kamen. Der Gegenstand dieser *lecturae*, die zu lesenden Bücher, war statutarisch mehr oder weniger genau bestimmt, und dieselben vertheilten sich meist nach bestimmtem, von Jahr zu Jahr wechselndem Turnus auf die ordentlichen Lehrer, so zwar, dass jedem derselben eine Vorlesung zufiel.²⁹⁾

²⁸⁾ So erhielt sich die Institution der „*collecta*“ in den an das Muster von Bologna sich anschliessenden französischen Rechtsfakultäten ziemlich lange. — In Orléans ist noch 1447 ihr Vorhandensein bestätigt. — (Fournier, l. c. S. 219.) In Angers wurde sie 1494 beseitigt (Fournier, l. c. S. 416 art. 22, 23). In Toulouse 1486 (Fournier, l. c. S. 870). In Orléans schrieb die Parlamentsreform 1512 vor: *accurate, delucide et publice legant*. Bimbenet, *Hist. de l'université de lois d'Orléans*. S. 229 ff. — Die an das Muster von Paris sich anschliessenden deutschen Universitäten kannten oft die *collecta* überhaupt nicht, oder diese spielte doch bei ihnen eine verschwindende Rolle. So Leipzig (Friedberg, Das Kollegium Juridikum. S. 24). In Greifswald bestand die, allerdings unbedeutende, *collecta*. (Kosegarten, Geschichte der Universität Greifswald. S. 18 ff.) (Vgl. Tholuck, Das akademische Leben des 17. Jahrhunderts. I. S. 69 ff.) — Das Uebergehen der *collecta*, des Kollegiengeldes, in eine Examensgebühr und die Einführung einer gleichmässigen Vertheilung derselben auf die Lehrer lässt sich in Angers gut verfolgen; dort heisst es im zitierten Statut von 1494 art. 22. *Item ad evitandas discordias quae possent oriri inter doctores regentes, ordinamus quod eorum collecte amodo sint inter eos communes et inter eos equaliter dividantur*. — Art. 23. *Item quia hoc tempore difficile est quod collecte quolibet anno a scholaribus solvantur, ordinamus quod dicti doctores regentes a quolibet baccalariando pro collectis suis centum solidos recipient*.

²⁹⁾ Vgl. die oben Note 19 zitierten Vorlesungen der französischen Rechtsfakultäten, die sich seit dem Ende des 16. Jahrhunderts ziemlich unverändert erhalten hatten. Auch die oben zitierte in Bourges 1548

In Deutschland kam nun um die Wende des 16. und 17. Jahrhunderts ein Umschwung im akademischen Leben auf.

Wohl aus den Resten der alten *lectiones extraordinariae* sowie aus den Repetitionen und Disputationen entwickelten sich mancherorts sogenannte „*privata collegia*“, welche zuerst von jüngeren Lehrern, dann auch von den ordentlichen Professoren gehalten wurden.³⁰⁾ Sie stellten sich auf den alten Boden der Freiheit, sowohl der ordentlichen Lehrer wie der jüngeren Doktoren, in der Wahl des Gegenstandes der Vorlesung wie in der Methode der Behandlung, gestatteten die Konkurrenz und sicherten hierdurch, sowie durch die Wiedereinführung der direkten Leistung des Schülers an den einzelnen Lehrer, des Kollegiengeldes, auch die eifrige Lehrbethätigung. Ursprünglich vielfach bekämpft und neben den *lecturae publicae* nur geduldet,³¹⁾ haben sie dann eine Revolution im akademischen Leben herbeigeführt und sind, vornehmlich durch das Beispiel Göttingens, im 18. Jahrhundert meist völlig an die Stelle des *publicum* getreten.³²⁾

Dieser veränderten Lehrorganisation und ihrem Korrelat, der gewährten Freiheit des Schülers, „der Lernfreiheit“, ist es

bestehende Vertheilung. Eyssell, *Doneau*, S. 45 ff. — Die vom Parlament durch *arrêt* v. 1. Februar 1512 in Orléans eingeführte bei Bimbenet, l. c. S. 229 ff. — Ueber Deutschland vgl. Stintzing, *Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft*. I. S. 132 ff. — auch Tholuck, l. c. S. 63 ff. Paulsen, *Geschichte des gelehrten Unterrichts*, S. 59. Friedberg, l. c. S. 48, 52.

³⁰⁾ Vgl. Stintzing, l. c. — Tholuck, l. c. S. 85.

³¹⁾ Ueber den Streit des Donellus und des Giphanius in Altdorf betreffs der *privata collega* — Stintzing, *Hugo Donellus in Altdorf*. S. 63 ff. — In Ingolstadt wurden sie zu Anfang des 17. Jahrhunderts offiziell erlaubt. Prantl, *Geschichte der Ludwig Maximilians-Universität*, I. S. 410. Ueber die Beschränkung der *privata collegia* in Königsberg noch 1737; Tholuck. S. 75. — Ueber einen in Leipzig 1586 gemachten Versuch, das „*privatim*“ mit dem „*publice*“ zu verbinden, s. Friedberg, l. c. S. 57.

³²⁾ Die Entwicklung derselben wurde namentlich von dem einsichtigen Gründer der Universität Göttingen, von Münchhausen, gefördert; ihre Institution dortselbst bedeutete einen grossen Fortschritt auch gegen den bisher freiheitlichsten Zustand, in Halle. Vgl. Rössler, *Die Gründung der Universität Göttingen*. S. 37, 464, 476, 24, 455.

nun gewiss hauptsächlich zu danken, dass die deutschen Rechtsfakultäten mit der wissenschaftlichen Entwicklung in so enger Fühlung blieben, dass der jeweilige wissenschaftliche Fortschritt, wenn er nicht von ihnen veranlasst wurde, so doch in ihnen alsbaldige Aufnahme fand.³³⁾ Mit dieser Organisation war der Lehrverfassung eine Elastizität gegeben, welche den, durch die oben geschilderte wissenschaftliche Entwicklung bedingten, Bedürfnissen sich anpassen konnte, ohne dass die schwerfällige Thätigkeit der leitenden Aufsichtsbehörde in Anspruch genommen werden musste.

In Frankreich erhielt sich dagegen die Vorlesungsorganisation des 16. Jahrhunderts auch unter den wissenschaftlich so veränderten Verhältnissen³⁴⁾, und wurde in ihren Wirkungen durch die weitere Entwicklung sogar verschärft. Nach wie vor vertheilten sich die statutarisch vorgeschriebenen Pflichtvorlesungen nach jährlichem Turnus auf die einzelnen ordentlichen Professoren. Die früheren Vorlesungen der *baccalarii* und der nicht die Stellung eines „*régent*“ bekleidenden Doktoren waren aber völlig geschwunden. Auch die 1680 ernannten Hilfslehrer, „*docteurs agrégés*“ übten die eigentliche Lehrthätigkeit nicht aus. So entsprach die Zahl der Vorlesungen jener der ordentlichen Professoren in jeder Fakultät. Ferner erhielten die vorgeschriebenen *lectures publiques* durch die bei der Reform Ludwig XIV. vorgenommene Revision und Bestätigung der Statuten sogar den Charakter eines, von der staatlichen Autorität approbirten, Mandates, und damit den einer noch grösseren äusseren wie inneren Unbeweglichkeit. Da nun keinerlei äusserer, dem Kollegiengelde analoger Antrieb für die Lehrer gegeben war, den hiedurch gezogenen Rahmen zu überschreiten,

³³⁾ Vgl. über die bezügliche Wirkung der *collegia privata*, Stintzing, Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft. I. S. 137. II. S. 26.

³⁴⁾ Auf in Paris vielleicht gemachte Versuche einer Einführung der *collegia privata* deuten die der Dekretistenfakultät durch Heinrich IV. im Jahre 1600 gegebenen Statuten, wo es art. 8 heisst: *assiduum et debitum praelectionum pensum . . . nulla privatarum lectionum occasione deseratur vel intermittatur*. — Jourdain, *L'université de Paris au 17e et 18e siècle, Pièces justificatives*. S. 26.

und die Staatsbehörden sich nicht veranlasst fühlten, denselben zu erweitern, so ist es begreiflich, dass das Vorlesungswesen so unberührt von dem wissenschaftlichen Leben bleiben konnte, wie wir dies oben gesehen haben. Dem Verharren bei einer nicht mehr zeitgemässen Lektionsordnung schreiben wir es daher vornehmlich zu, wenn die geschilderte wissenschaftliche Entwicklung für die französischen Rechtsfakultäten des 18. Jahrhunderts nicht zu existiren schien.³⁵⁾

Bei diesem Zustande, der den Rechtsfakultäten die verkrüppelten Keime der Wissenschaft liess, während die kräftigen neuen Zweige sich ausserhalb derselben entwickelten, musste der Verlust des alten wissenschaftlichen Ranges nur allzubald eintreten. So sind denn im 17. und vollends im 18. Jahrhundert die Rechtslehrer, welche, wie Pothier in Orléans,³⁶⁾ die Lehrthätigkeit mit der schriftstellerisch-wissenschaftlichen verbinden, nur mehr eine Ausnahme. Und auch bei diesen pflegt, wie schon oben bei Schilderung der Universitätsverhältnisse erwähnt, die wissenschaftliche Produktion nicht der Lehrthätigkeit, sondern anderem Boden zu entspringen. Für die Lehrer der Rechtsfakultäten kommt hier, neben der für das publizistische Gebiet namentlich bedeutsamen Thätigkeit in den Akademien, vorzugsweise die allgemein übliche praktische Nebenbeschäftigung, sei es in Richterstellungen, sei es in der Advokatur, in Betracht. Während in den, aus kleineren Anfängen erwachsenen deutschen Rechtsfakultäten, die Lehrthätigkeit sich mehr und mehr aus der ursprünglichen Stel-

³⁵⁾ Die Universität Strassburg hatte sich, und, wie wir oben sahen, mit bestem Erfolge, der deutschen Entwicklung angeschlossen. Die Institution der *collegia privata* bei ihr wurde aber von dem *préteur royal* als ein grober Missbrauch angesehen. Liard, l. c. S. 71. Ueber die Belästigungen, die sie überhaupt im 18. Jahrhundert von den genannten Beamten zu erdulden hatte, vgl. Schrickler, Zur Geschichte der Universität Strassburg. 1872.

³⁶⁾ 1699—1772; Rath am *Présidial* zu Orléans; seit 1749 Professor *de droit français* daselbst. Er war auf dem Gebiete des römischen Rechtes wie als Kommentator der *coutumes* thätig. (Vgl. Tardif, *Histoire des sources du droit français, Origines romaines*. S. 499, 510.)

lung eines Annexes³⁷⁾ der richterlichen oder sonstigen Amtstätigkeit befreit, nimmt die Praxis in den französischen Fakultäten fast überall die besten Kräfte gerade der eifrigeren Rechtslehrer in Anspruch.³⁸⁾ So kann man wohl auch sagen, dass das wissenschaftliche Erbe der entthronten Rechtsfakultäten, soweit es nicht von den Akademien in Anspruch genommen wurde, vorzugsweise den höheren Gerichtshöfen zugefallen ist. Während die Publizisten, wie vor Allem Montesquieu, sich nicht als Juristen fühlen, sondern als „Philosophen“ angesehen werden, beherrscht die juristische Praxis die gesamte juristische Litteratur, wie auch die Schriftsteller, die Brodeau, Thaumassière, Laurière, Bouhier u. A. fast ausschliesslich dem Kreise der Praktiker entstammen.

Seine äussere Bestätigung erhielt dieses Verhältniss der Rechtsfakultäten zu den Gerichten auch durch die soziale Vorherrschaft dieser letzteren. Während gerade in dieser Zeit die deutschen Rechtsfakultäten, durch das Institut der Aktenversendung, als Spruchbehörden, eine den Gerichten vielfach übergeordnete Stellung einnahmen, dehnte sich die schon früher angebahnte Vorherrschaft der Gerichte über die Fakultäten, in Frankreich, zu einem weitgehenden allgemeinen Aufsichtsrechte über dieselben aus.³⁹⁾

So hatten denn zu Ende des 18. Jahrhunderts, die französischen Rechtsfakultäten unwiderbringlich die alte wissenschaftlich führende Stellung verloren. Lehrer wie Schüler der Fakultäten, wohlgesinnte Reformer wie böswillige Kritiker hatten sich längst gewöhnt, gerade die Rechtsfakultäten als Anstalten zu betrachten, die, ohne produktiv-wissenschaftlichen Ehrgeiz, ausschliesslich der professionell-praktischen Vorbereitung zu dienen hätten.

³⁷⁾ Vgl. Stintzing, Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft. I. S. 65. — Rössler, Die Gründung der Universität Göttingen. S. 24.

³⁸⁾ Interessant ist in dieser Beziehung namentlich die eingehende Schilderung der Verhältnisse in Dijon im 18. Jahrhundert. Villequez, l. c. *Nouvelle revue historique*. 1873.

³⁹⁾ *Déclaration* vom 20. Januar 1700.

2. Die Nationalisirung und Verstaatlichung der französischen Universitäten in ihren Wirkungen auf die Rechtsfakultäten.

Neben der geschilderten dürfte es von Interesse sein, auch diejenige Bewegung, welche auf die Nationalisirung und Verstaatlichung der Universitäten abzielte, in ihren besonderen Wirkungen auf die Rechtsfakultäten, eingehender zu verfolgen. Es giebt uns das zugleich Gelegenheit, eine Schilderung der Verhältnisse der Rechtsfakultäten, wie sie sich nach der Verstaatlichung darstellten, anzuschliessen.

Der europäisch-internationale Charakter der Universitäten war während des ganzen Mittelalters, besonders aber noch im 16. Jahrhundert, gerade den Rechtsfakultäten zu Gute gekommen. Zog doch der Glanz, welchen die wissenschaftlichen Leuchten dort verbreiteten, Lehrer wie Schüler, auch aus dem Auslande,⁴⁰⁾ in Schaaren nach Bourges, Valence, Orléans und wo immer grosse Namen besonderen wissenschaftlichen Gewinn erwarten liessen. Ebenso bewarben sich fremde Universitäten und deren hohe Gönner, wie einheimische, um die berühmten französischen Rechtslehrer; das wahrhaft internationale Wanderleben vieler grossen Juristen in dieser Zeit, die Ehren, mit welchen sie im Auslande überschüttet wurden, geben Kunde von der Bedeutung des internationalen Rahmens für die französischen Rechtsfakultäten des 16. Jahrhunderts.⁴¹⁾ Ebenso

⁴⁰⁾ Ueber den häufig bisher unterschätzten Einfluss von Orléans auf Deutschland vgl. Fournier, *La nation allemande à l'université d'Orléans au 14e siècle. Nouvelle revue historique de droit français et étranger*. 1888. S. 386 ff. Ueber die Rettung des Donellus zu Bourges 1572 durch deutsche Studenten, vgl. Stintzing, Donellus in Altdorf. 1869.

⁴¹⁾ Vgl. Stintzing, Geschichte. I. S. 367 ff. Berriat. St.-Prix, Cujas. Eyssel, Doneau, *passim*. — Selbst Cujas lehrte zeitweilig in Turin, Donellus in Holland und Deutschland. Ueber die Ehrung desselben und seine Ausnahmestellung in Altdorf, vgl. Stintzing, Donellus in Altdorf. Noch zahlreicher sind die Wanderungen des Balduinus, Hotomannus und Anderer. Wenn auch die religiösen Wirren dieser Expatriirung vielfach Vorschub leisteten, so zeugt doch die Leichtigkeit derselben, ja der Vortheil, welchen sie oft brachte, von der Bedeutung jenes Elements im akademischen Leben.

fussten gerade die Rechtsfakultäten vielfach auf dem werktätigen Interesse der lokalen Autoritäten, namentlich der an einem zahlreichen Besuche interessirten Städte. Die zum Theil ausserordentlich hohen Gehälter der Professoren wurden hauptsächlich von ihnen getragen,⁴²⁾ ja manche der später gegründeten Universitäten verdanken den Bemühungen der Städte überhaupt ihre Entstehung.

Begreiflicherweise musste bei diesem Stande der Dinge, das oben erwähnte Schwinden des international-europäischen Charakters der Universitäten, dessen Wirkungen durch den wissenschaftlichen Rückgang und das dadurch verminderte Ansehen verschärft wurden, gerade das Leben der Rechtsfakultäten besonders betreffen.⁴³⁾ In noch höherem Maasse musste dies jedoch die Folge jenes Zurücktretens der Lokalgewalten von ihrer gedeihlichen Thätigkeit sein, welches wir einerseits auf die allgemeine Verminderung ihrer Bedeutung, gegenüber den königlichen Behörden, andererseits auf die Krise zurückführten, welche die Religions- und Bürgerkriege überall herbeigeführt hatten. Die natürlichen Schwierigkeiten wurden

⁴²⁾ Berriat St.-Prix, *Cujas* S. 595, schätzt das Einkommen des Cujas in Valence auf 12 000 Francs nach dem damaligen Geldwerthe (1821). Ueber das Gehaltswesen der juristischen Professoren und die Rolle, welche die *conductio* der Städte dabei spielte, vgl. Eyssell, *Doneau* S. 40 ff. — Cujas selbst schreibt an die Behörden von Besançon, die ihn wegen Einrichtung der Universität konsultirt hatten: „*Mais aussi n'espargnés rien de votre costé et considérés que tout partout où nous voulons aller les seigneurs et villes nous offrent récompense fort grande et ample*“. Dasselbst behauptet er, dass der Herzog von Lothringen und der von Bayern für einen französischen Professor 1000 bezw. 1200 *éscus* vergeblich geboten hätten. (*Consultation de Cujas* in der *Nouvelle revue historique etc.* I. 1877. S. 684.) Ueber die ungleich geringeren Besoldungen in Deutschland, Stintzing Ulrich Zasius, S. 314.

⁴³⁾ In Orléans bewahrte jedoch die *natio germanica* lange Zeit eine gewisse Bedeutung. Noch 1648 nennt sie Le Maire, (*Histoire de la ville et du duché d'Orléans*), „*illustre, noble et généreuse nation germanique*“ und führt nach vielen Komplimenten für die körperlichen und seelischen Eigenschaften ihrer Mitglieder, sogar den Namen „*germanicus*“ darauf zurück: „*parce qu'ils sont nommés les frères germains des français*“.

noch vermehrt durch die Ueberzahl gerade derjenigen, zur Zeit der Blüthe entstandenen, Universitäten, welche vorzugsweise Rechtsuniversitäten waren.⁴⁴⁾

So traten denn auch die Schattenseiten der aus dem Mittelalter überkommenen Universitätsverhältnisse bei den Rechtsfakultäten besonders hervor; wie sie früher oft im Guten vorangegangen waren, so nahmen sie jetzt auch in dem Missbrauche des Selbstbestimmungsrechtes meist die erste Stelle ein.

Die meisten Nachrichten, welche über die Zustände der Rechtsfakultäten um die Mitte des 17. Jahrhunderts uns zugekommen sind, geben ein noch weniger erfreuliches Bild, als es zu gleicher Zeit die durch den 30jährigen Krieg verwüsteten deutschen Universitäten darboten.⁴⁵⁾ So veranlasste, die auch früher schon oft nicht unbedenkliche, Uebertragung der Professuren geradezu skandalöse Vorgänge, wie in der einst so ruhmvollen Bourges, wo die ganze Fakultät 1652 durch einen „Schwiegervater“ dargestellt wurde, der seinen Schwiegersohn als *docteur régent* kooptirte,⁴⁶⁾ in Orléans, wo Aehnliches geschah und jede Neubesetzung einer Professur zu ärgerlichen Prozessen und Skandalen Anlass gab,⁴⁷⁾ in Paris, wo der Kanonist Philippe de Buisine, unter dem Vorwande, die Gebäude der Fakultät zu seiner und seiner Familie Unterkunft zu benöthigen, von 1651—55 die pflichtmässige Kooptation anderer Professoren verweigerte.⁴⁸⁾

⁴⁴⁾ Die Konkurrenz der allzu zahlreichen Universitäten wurde von den Zeitgenossen schon damals als ein Hauptübelstand empfunden. Vgl. Le Maire, *Histoire de la ville et du duché d'Orléans*. 1648. S. 358 ff.

⁴⁵⁾ Vgl. Tholuck, Das akademische Leben des 17. Jahrhunderts. I. S. 139 ff. Raumer, Geschichte der Pädagogik. IV. — Bezeichnend für die schon damals verschiedene Stellung der deutschen und französischen Universitäten im Volksleben ist selbst die Thatsache, dass in Deutschland die Auswüchse des „Pennalismus“ sich im engsten Anschluss an das Universitätsleben geltend machten, während in Frankreich das Universitätsleben fast ganz aufgehört hatte, und die zu Graduirenden womöglich die Universitäten gar nicht mehr besuchten.

⁴⁶⁾ Loiseleur, *L'université d'Orléans pendant sa période de décadence*. S. 27.

⁴⁷⁾ Das. S. 8 ff.

⁴⁸⁾ Péries, *La faculté de droit etc.* S. 176.

Die grössten Missstände zeigten sich aber bei der Ertheilung der akademischen Grade, welche ja das Ziel aller Studirenden der Rechtsfakultäten bildeten. Das Schwinden der früheren hohen Einnahmen aus der „*conductio*“ durch die Städte, war entweder gar nicht oder nur höchst unzureichend durch königliche Anweisungen, die den Fakultäten auf gewisse Abgaben und Gefälle ertheilt wurden, ersetzt worden.⁴⁹⁾ So mussten die, wie wir bereits bei der Lehrorganisation erwähnten, völlig an die Stelle der alten *collecta*, des Kollegiengeldes, getretenen Gebühren für die Ertheilung der Grade, zur Haupteinnahme der Fakultäten werden, und diese suchten oft durch eine keineswegs loyale Konkurrenz, eine möglichst grosse Zahl von zu Graduierenden anzuziehen. Daher waren die Gebühren nicht nur, wie von Alters her, von Rechtsfakultät zu Rechtsfakultät ungleich,⁵⁰⁾ sondern sie wurden auch im einzelnen Falle dem Handel unterworfen.⁵¹⁾ Zugleich wurden die wissenschaftlichen Anforderungen überall auf ein Minimum reduziert. Von dem Prinzip, dass die zu Graduierenden dahin strömen, wo an Geldbeutel und Wissen die geringsten Anforderungen gestellt werden, sowie von dem korrespondirenden Grundsatz, dass die „Masse es bringen“ muss, erscheint so das Leben der meisten Rechtsfakultäten im 17. Jahrhundert beherrscht.⁵²⁾

⁴⁹⁾ So in Orléans 1583 Bimbenet, *Hist. de l'université etc.* S. 254. Montpellier 1593 Germain im *Cartulaire de l'université de Montpellier*. S. 84. Toulouse Jourdain, *L'université de Toulouse au XVII. siècle*. S. 17. Dort ging ein grosser Theil der Zuwendung, in Prozesskosten, welche die thatsächliche Eintreibung nöthig machte, auf. Vgl. auch Baudouin in den *Mémoires de l'académie des sciences etc. de Toulouse*. 1881. II. S. 79.

⁵⁰⁾ 1504 waren die Gebühren in Orléans dreimal so hoch als in Bourges. Eyssell, *Doneau etc.* S. 44. Péries. S. 286.

⁵¹⁾ Ueber den Handel in Orléans. Loiseleur, *L'université d'Orléans etc.* S. 48. Dennoch konnten die Einnahmen aus den Gebühren sehr hohe sein. So waren die eines Professors in Orléans zu Ende des 17. Jahrhunderts bedeutend höher als das Gehalt eines Professors der Rechtsfakultäten heute ist. (Das., S. 77).

⁵²⁾ Ein bezeichnendes Bild, dessen Giltigkeit auch für andere Universitäten durch mancherlei Zeugnisse bestätigt wird, giebt der Bericht der königlichen Kommission, welche 1668 Toulouse visitirte. Als sich dort das Gerücht einer Reform der Universität verbreitet

Daher bei fast allen Vernachlässigung und Unterbrechung der Lehrthätigkeit, Ertheilung der Grade ohne Nachweis einer Studienzeit,⁵³⁾ auf Grundlage lächerlicher Examina, oder ohne solche, wenn nicht gar direkt eine „Pergamenthandlung“ errichtet wurde: „*L'argent de ceux qui se présentent fait lui seul toute la suffisance que l'on exige d'eux pour être admis. La dispute est autant inconnue en ces rencontres, que le commerce y est en usage*“. So charakterisirten die übrigen Glieder der Pariser Universität das Verhalten der dortigen Dekretisten.⁵⁴⁾

Es ist begreiflich, dass dieser Zustand gerade bei den Rechtsfakultäten ein staatliches Eingreifen bedingen musste, da ja die von ihnen ertheilten Grade schon längst, *de facto* sowohl, als in Folge von Gesetzesvorschrift, für die Erlangung von Benefizien, wie für den Eintritt in viele staatliche, oder

hatte, drängte sich eine solche Menge zu der Graduierung, dass auch die Festtage hierzu verwendet wurden, „*sans y observer aucune formalité*“. Nachdem dann, um dem zu steuern, die Gradertheilung in Toulouse provisorisch verboten war, wandte sich der Strom nach den umliegenden Universitäten, namentlich nach Cahors, wo Alles aufgenommen wurde. (Jourdain, *L'université de Toulouse au XVII. siècle*. S. 12, 42.) Aehnlich Montpellier 1660 Germain, l. c. S. 89.

⁵³⁾ Bestätigt durch art. 9 des *édit d'avril* 1679. Ueberhaupt geben die nachsichtigen Uebergangsbestimmungen der Reform ein Bild von dem Umfange der eingerissenen Missbräuche.

⁵⁴⁾ Jourdain, *L'université de Paris au 17. et 18. siècle*. S. 181. Anschaulich hat Charles Perrault seine Erlebnisse in Orléans geschildert. (*Mémoires, Oeuvres choisies* 1826, p. XXI.) *Au mois de juillet de l'année 1651, j'allai prendre des licences à Orléans Dès le soir même que nous arrivâmes il nous prit fantaisie de nous faire recevoir, et ayant heurté à la porte des écoles sur les 10 heures du soir, un valet qui vint nous parler à la fenêtre, ayant su ce que nous souhaitions, nous demanda si notre argent était prêt, sur quoi ayant répondu, que nous l'avions sur nous, il nous fit entrer, et alla réveiller les docteurs, qui vinrent au nombre de trois nous interroger, avec leur bonnet de nuit sous leur bonnet carré Je crois que le son de notre argent, que l'on comptait derrière nous fit la bonté de nos réponses.* — In Bordeaux ersparte der einzige übrig gebliebene Professor den Kandidaten die Reise, er promovirte sie *in absentia*. Liard, *L'enseignement supérieur etc.* S. 71. — Ein *arrêt* vom 10./4. 1646 des Parlaments zu Paris musste bestimmen, dass die *licence* nur dann Giltigkeit haben sollte, wenn sie in Universitäten erlangt wäre „*qui font exercice public*“.

doch vom Staate geregelte Berufsarten, die Voraussetzung bildeten.⁵⁵⁾ Auch konnte hier die weitere Ausdehnung jener oben erwähnten Wirksamkeit der Parlamente gegenüber den Universitäten ihres Bezirks, mit ihrer Abstellung von Missbräuchen im einzelnen Falle, nicht ausreichen; Alles wies vielmehr, wie wir schon im vorigen Abschnitte erwähnten, auf eine gewisse Zentralisation hin, die nur von der Königsgewalt ausgehen konnte. Ueber die zu erfüllenden äusseren Aufgaben einer solchen Neuordnung, war man sich mit Recht meist einig.⁵⁶⁾

Es mussten gewisse Anomalien beseitigt werden, welche, wie z. B. das noch 1579 erneuerte Verbot, in Paris das römische Recht zu lehren und darin zu graduiren, einen Daseinsgrund nicht mehr hatten.⁵⁷⁾ Ferner war die Entscheidung der vielen Streitfragen nothwendig, welche aus dem Ineinandewachsen der Rechtszustände verschiedener Zeiten sich ergaben, aus jenem Zusammenstossen der Autonomie der Universitäten, der alten Rechte des *scolasticus* oder Kanzlers, der städtischen Behörden, der Gerichte.⁵⁸⁾ Namentlich aber erschien als ein

⁵⁵⁾ Vgl. die *Ordonnance* Ludwig XII. v. 1498, Art. 28, wo der Besitz eines „*en université fameuse*“ erworbenen Grades für die *lieutenants généraux, baillifs, sénéchaux et juges* gefordert wird. (Isambert, *Recueil des anciennes lois françaises*. XI. S. 347.) Aehnliches hatte schon Karl VIII. bestimmt, später auch Franz I. Vgl. Warnkönig u. Stein, *Französische Staats- und Rechtsgeschichte* I. S. 573. Für die Gerichte zu Orléans wird eine entsprechende Praxis des Pariser Parlamentes seit 1389 bezeugt. Le Maire, *Histoire de la ville etc. d'Orléans* S. 365. Ueber die *licentia* als Vorbedingung der Zulassung zur Advokatur beim Parlament, vgl. Aubert, *le Parlement de Paris à la fin du moyen âge. Nouvelle revue historique etc.* 1888 S. 432 ff.

⁵⁶⁾ Vgl. die Vorschläge der Universität zu Toulouse bei Jourdain, *L'université de Toulouse au XVII. siècle* S. 5.

⁵⁷⁾ Die Erneuerung dieses Verbots durch die *ordonnance* von Blois 1579 war ein Resultat der Intriguen des Kanzlers Chiverny im Interesse der konkurrirenden Fakultät zu Orléans — Périas *la faculté de droit etc.* S. 218. — Ueber die fortdauernde Uebertretung des alten Verbots im 16. Jahrhundert. Das. S. 210 ff.

⁵⁸⁾ Bei der 1625 in Orléans vollzogenen Wahl eines Professors stellte sich eine solche Unklarheit der Rechtsverhältnisse hinsichtlich der Wahlberechtigung heraus, dass von vier verschiedenen Seiten das Resultat im Wege des Prozesses angefochten wurde. Bimbenet, *Hist. de l'université de lois d'Orléans.* S. 247.

Bedürfniss, die einheitliche Gestaltung der Studienbedingungen zur Erlangung der Grade, und eine entsprechende Ordnung des Gebührenwesens.

Die inneren, aus dem Verhältnisse der Fakultäten zur Wissenschaft, sich ergebenden Bedürfnisse waren, wie wir erwähnt, nicht minder dringend. Auch hier hätte die staatliche Gesetzgebung, durch organisatorische Aenderungen Manches bessern können. Doch haben wir oben die kulturgeschichtlichen Gründe erwähnt, welche ein solches Vorgehen ausschliessen mussten.

Die Hebung des wissenschaftlichen Charakters der Rechtsfakultäten ist daher auch, wie im vorstehenden Kapitel erwähnt, nicht erfolgt. Dagegen hat, nachdem die *Ordonnance* von Blois⁵⁹⁾ vergeblich eine Abstellung der Missbräuche versucht, die nunmehr zu besprechende Reform von 1679 die gekennzeichneten, mehr äusseren Aufgaben, in entsprechender Weise zu lösen unternommen.

Die Reform, welche ursprünglich als eine allgemeine Universitätsreform projektirt war, wurde durch Visitationen der Universitäten, mit welchen als königliche Kommissare, hohe kirchliche Würdenträger wie auch Richter betraut wurden, eingeleitet.⁶⁰⁾ Diese stellten nun den geschilderten Zustand fest, wonach die Reformbedürftigkeit gerade der Rechtsfakultäten eine unzweifelhafte war. Dieser Umstand, wie auch die, in der zweiten Hälfte der Regierung Ludwig XIV., ungünstiger gestalteten inneren Staatsverhältnisse, bedingten wohl hauptsächlich, eine Beschränkung der Reform zunächst auf die Rechtsfakultäten.⁶¹⁾ Nach langen Berathungen wurde, auf Grund der Vorschläge, einer schon 1666 eingesetzten Zentral-

⁵⁹⁾ Isambert, *Recueil des anciennes lois françaises*. B. 14. art. 84, 85.

⁶⁰⁾ Ueber die Vorbereitung der Reform in Toulouse Jourdain, *Toulouse etc.* S. 5 ff., in Montpellier Germain im *Cartulaire de l'université etc.* S. 87, in Besançon Beaune et d'Arbaumont, *Les universités de Franche Comté*. S. 289 ff., Paris Péries, *la faculté de droit etc.* S. 251.

⁶¹⁾ Ueber die durch das *édit* von 1707 erfolgte, derjenigen der Rechtsfakultäten sehr analoge, Reform der medizinischen Fakultäten, vgl. Germain, l. c. S. 119.

kommission, das grundlegende *édit d'avril* von 1679 erlassen, welches mit seinen Ausführungsbestimmungen, den Deklarationen von 1679, 80, 82, 90 und der abschliessenden von D'Aguesseau inspirirten Deklaration vom 19. Januar 1700⁶²⁾ die Rechtsstudien einer völligen Neuordnung unterzog. Der hierdurch geschaffene Zustand ist nicht nur bis 1789 Rechtens gewesen, er hat sich in seinen Grundzügen auch in diesem Jahrhundert vielfach erhalten. Es erscheint daher auch für das Verständniss der späteren Verhältnisse förderlich, wenn wir die Hauptgrundlagen des Lebens der Rechtsfakultäten, wie sie sich nach dieser Neuordnung darstellten, namentlich die Vorschriften über die Besetzung der Professuren und den Erwerb der akademischen Grade, sowie die dafür vorgeschriebene Studienordnung, hier kurz zu schildern versuchen.

Die Besetzung der Professuren „*réidences*“, deren Zahl in dem letzten Jahrhundert bei allen Rechtsfakultäten sich vermindert hatte⁶³⁾, und sich auf 4—6 meist beschränkte, sollte auf Grund einer, in jedem einzelnen Falle von der betheiligten Fakultät abzuhaltenden Konkursprüfung stattfinden. Schon die *Ordonnance* von Blois 1579, die wiederum wohl nur das bestätigte, was meist schon in den einzelnen Fakultäten Rechtens war, hatte den Konkurs um die erledigten Lehrstühle vorgeschrieben.⁶⁴⁾ Wie aber die oben angeführten Beispiele

⁶²⁾ J s a m b e r t, *Recueil des anciennes lois françaises*. B. 19, 20.

⁶³⁾ Zur Verminderung der Zahl der Professuren hatte, neben dem allgemeinen Rückgange, namentlich das Bestreben der jeweiligen *docteurs régents* beigetragen, die Zahl der zur Theilnahme an den Fakultätseinnahmen Berechtigten möglichst zu verringern. So war in Orléans die Zahl von 8 (1512) auf 4 (1628) gefallen. Vgl. Bimbenet, *Histoire de l'université de lois d'Orléans*. S. 254 ff. Loiseleur, *L'université d'Orleans etc.* S. 7.

⁶⁴⁾ Die Geschichte der Rekrutirung des Lehrpersonals in den französischen Rechtsfakultäten, von den Anfängen einer festen Lehrstellung an, bis auf den auch heute noch in beschränktem Maasse geltenden Konkurs, wäre einer eingehenden Darstellung, auf die wir hier verzichten müssen, wohl werth, weil nicht zum Wenigsten in ihr ein wesentliches Moment der wissenschaftlichen Entwicklung dieser Hochschulen gesehen werden muss. Hier nur einige Daten über den äusseren Gang der Entwicklung. Nachdem sich über-

zeigen, war die Bestimmung meist unwirksam geblieben; auch wo nicht so grobe Missbräuche wie in Bourges und den anderen genannten Fakultäten eingerissen waren, wurde doch die Vorschrift oft durch Zession des Lehrstuhles, oder eine nicht unparteiische Wahl umgangen.

haupt die Lehrstellung der ursprünglichen Freiheit entzogen, und die Norm einer festen Zahl ordentlicher Lehrer in den Fakultäten sich gebildet hatte, war in den alten Fakultäten, wie Paris, Toulouse Orléans, die Besetzung der Lehrstühle durch Kooptation der Fakultät gebräuchlich, nicht selten nach vorangegangener Zession des Lehrstuhles durch den bisherigen Inhaber an einen bestimmten Nachfolger; (so wählte 1377 der zum Bischof gewordene Nicot als Nachfolger Chabrol, vgl. Delisle in der *bibliothèque de l'école des Chartes*, XXXIII. S. 320) oft auch auf Grund eines besonderen Examens. (Vgl. Péries, *La faculté de droit etc.* S. 39 ff.) In den neueren Universitäten, welche oft von Fürsten oder Städten materiell abhingen, hatten diese natürlich meist das thatsächliche Ernennungsrecht. (Vgl. über Bourges im 16. Jahrhundert, Eyssell, *Doneau etc.* S. 35 ff.) Der Konkurs, der für manche kirchliche Würden schon lange vorgeschrieben war (Péries, S. 17), dürfte in den Rechtsfakultäten sich aus der Vorprüfung der Kandidaten für die „*regentia*“ entwickelt haben und meist durch die Parlamente, zu Anfang des 16. Jahrhunderts, eingeführt worden sein, und zwar als Gegengewicht gegen die, unter den Valois üblich gewordene, Käuflichkeit der Aemter, welche vielfach auch auf die Lehrstühle missbräuchlich ausgedehnt wurde. Ein *arrêt* des Parlaments zu Toulouse bestätigt, dass 1470 dort die Lehrstühle verkauft wurden. (Fournier, *Les statuts etc.* S. 857.) 1480 und 1487 musste das Verbot dieses Handels erneuert werden. (l. c. S. 870, 873.) Ueber ein entsprechendes Reglement in Bourges Eyssell, *Doneau*. S. 40, in Orléans 1512 Bimbenet, *Hist. de l'université etc.* S. 230. In Paris wurde der Konkurs bei den Kanonisten 1533 durch das Parlament vorgeschrieben. (Péries, S. 148.) Bekannt ist das Missgeschick des Cujas und sein Erliegen gegen den „Bartolisten“ Forcadet im Konkurs zu Toulouse (zwischen 1547 und 1550) (Berriat St.-Prix, *Cujas*, S. 482 ff. — Baudouin in den *Mémoires de l'académie des sciences etc.* Toulouse 1881. II. S. 78 ff.) Doch wurde der Konkurs auch später vielfach umgangen. (Péries, S. 154 ff.) In Toulouse war 1668 die Wahl auf Grund des Konkurses, oder auch eine „*postulation*“, mit nachheriger Bestätigung des Parlaments, gebräuchlich. (Jourdain, *Toulouse*. S. 15.) Dort beklagte sich auch die Universität über die Beeinträchtigung der Freiheit ihrer Wahl durch die Einmischung der Parlamentskommissare (das. S. 42.).

Dem sollte durch eine Erneuerung der Bestimmung vorgebeugt werden.

Die Prüfungsaufgaben, zu welchen die sich bewerbenden Doktoren zugelassen wurden, waren, neben Probevorlesungen, hauptsächlich die aus der scholastischen Zeit überkommene „dispute“ der Konkurrenten unter einander und mit anderen Opponenten.⁶⁵⁾ Nachdem dann die Fakultät, der zu diesem Zwecke Richter und Advokaten beigegeben wurden, ihr Urtheil gefällt hatte, erfolgte die Ernennung durch königliche *lettres patentes*. Eine Ausnahme bildete die neugegründete Professur für das *droit français*. Ihr Inhaber, der eine wenigstens 10jährige praktische Thätigkeit hinter sich haben musste, wurde, meist aus der Zahl der hervorragenden Advokaten, direkt, ohne Konkursprüfung ernannt.⁶⁶⁾

Neben den Professoren wurde nunmehr auch die Institution ständiger Hilfslehrer, *docteurs agrégés*,⁶⁷⁾ in allen Rechtsfakultäten eingeführt. Ihnen war, wie oben erwähnt, die eigentliche, regelmässige Lehrthätigkeit verschlossen; sie hatten jedoch verhinderte Professoren zu vertreten, hielten Repetitionen ab und waren namentlich an der Wahrnehmung des ausgedehnten Examensdienstes betheiligt. Auch für die *agrégés*-Stellungen wurde die Konkursprüfung, analog der für die Professuren, vorgeschrieben.⁶⁸⁾

⁶⁵⁾ Ueber den Hergang bei den Konkursprüfungen der bis 1789 ziemlich unverändert blieb, Péries, S. 150 ff., S. 335. Bimbenet, *Hist. de l'université de lois d'Orléans* S. 247. — Ueber die Aufgaben in Besançon, 6 Vorträge und 2 Thesen, vgl. Villequez, *les écoles de droit en Franche Comté etc. Nouvelle revue hist. etc.* 1872 S. 590.

⁶⁶⁾ *Arrêt* v. 16. Juli 1681, *déclarat.* v. 6. Aug. 1682.

⁶⁷⁾ *Arrêts* 23. März 1680, 16. Nov. 1680. Sie vertraten die Stelle der alten *baccalarii*, die mit ihren Uebungsvorlesungen thatsächlich die Funktionen von Hilfslehrern wahrgenommen hatten. Ueber einen, schon vorher unternommenen, fehlgeschlagenen Versuch „*docteurs honoraires*“ heranzuziehen, vgl. Péries, S. 241 ff.

⁶⁸⁾ Für das Sinken des Ansehens der Professur spricht die Bestimmung des *édit d'avril*, art. XIII, wonach die *régents*, nach 20jähriger Lehrthätigkeit, Anspruch auf gewisse niedere Richterstellungen haben sollten. Cujaz war von Karl IX. zum *conseiller honoraire* des Parlaments zu Grenoble, mit allen Vorthelen der Stellung, doch ohne die Verpflichtung, sie auszuüben, so lange er

Eine eingehende Regelung erfuhr die Studienordnung der Rechtsfakultäten. Als Ziel der Studien blieben die alten Grade,⁶⁹⁾ das *baccalauréat*, die *licence* und das *doctorat*, die jetzt derart in Verbindung gesetzt wurden, dass das *doctorat* die *licence*, und diese das *baccalauréat* voraussetzte. Letzteres hatte schon früher die selbstständige Bedeutung verloren und wurde überhaupt selten nachgesucht;⁷⁰⁾ jetzt bildete es nur mehr die Durchgangsstufe zu dem, zuerst eigentlich professionell gewordenen Grade der *licence*; das *doctorat* endlich war, wie früher, ein Luxusgrad und bildete zugleich die Voraussetzung der Lehrthätigkeit.

Die von Alters her ausserordentlich lange Studienzeit zur Erlangung der Grade hatte sich längst, im 16. Jahrhundert namentlich durch den methodischen Fortschritt, im 17. in Folge der eingerissenen Missbräuche, stark verkürzt.⁷¹⁾ Schliesslich

lehrte, ernannt worden. (Berriat St.-Prix, *Cujas*, l. c. S. 401.) Vgl. auch über die glänzende Karriere der meisten früheren Professoren in Orléans, die Mittheilungen bei Le Maire, *Hist. de la ville et du duché d'Orléans*, S. 375 (1648). — Uebrigens blieb, wie von Alters her, der Adel, „*comitis dignitas*“, mit der 20jährigen Thätigkeit als Rechtslehrer auch späterhin verknüpft. s. Péries, S. 166, Chénon, *Les anciennes facultés de droit de Rennes*, S. 3 u. 21. — (Vgl. Schelling, Zur Geschichte der akademischen Grade. Erlangen 1880, S. 15.) Den Dekretisten zu Paris war durch die Reform Heinrich IV. 1598 das genannte Recht ausdrücklich verliehen. Jourdain, *L'université de Paris au 17. et 18. siècle — Pièces justificatives*, S. 12 — art. XII.

⁶⁹⁾ Ueber die ursprüngliche Bedeutung der Grade und ihre Entwicklung vgl. v. Savigny, Geschichte des römischen Rechts im Mittelalter. III. S. 205 ff. Schelling, l. c. Kaufmann, Geschichte der deutschen Universitäten. I. S. 352 ff.

⁷⁰⁾ Vgl. Loiseleur, *L'université d'Orleans etc.* S. 49. Die Beibehaltung des *baccalauréat* lässt sich wohl nur aus dem Bestreben erklären, den Fakultäten die, mit der Ertheilung eines weiteren Grades verbundenen Gebühren zu sichern.

⁷¹⁾ In Toulouse setzte z. B. der *baccalaureatus iuris civilis* nach den Statuten von 1313 und 1329 ein 7jähriges Studium, die *licentia* eine 6jährige Lehrthätigkeit voraus. Molinier in der *Histoire de Languedoc VII.* S. 599. — In Bourges war 1548 schon ein, nur 2-, 3- und 4jähriges Studium zur Erlangung des *baccalaureatus* bzw. der *licentia* und des *doctoratus* vorgeschrieben. Vgl. Eyssell, *Doneau*. S. 45. Dort brachte der, durch Alciatus eingeleitete, methodische

begnügte man sich mit einem einjährigen Studium für die *licence*, wobei ein Besuch der Vorlesungen nur während eines Semesters gefordert war.⁷²⁾ Jetzt sollte das *baccalauréat* nach 2-, die *licence* nach 3-, das *doctorat* nach 4jährigem Studium erlangt werden können. Auch die Anwendung dieser Studienzeit hatte man einigermaßen einheitlich zu regeln versucht. Im ersten Studienjahre sollte der Studirende die Institutionen, im zweiten diese und das kanonische Recht, im dritten eines von beiden und das französische Recht hören.⁷³⁾

Im Uebrigen richtete sich der Besuch der Vorlesungen nach dem Reglement einer jeden Fakultät. Allgemein vorgeschrieben war, dass jeder Studirende täglich 2 Stunden den Unterricht besuchen, das Diktirte nachschreiben und den fleissigen Besuch sich bescheinigen lassen musste, bevor er sich zum Examen und zur Erlangung der Grade melden konnte.

Am Schlusse jedes Studienjahres fand ein Examen über das Gehörte statt. Das am Ende des zweiten Jahres, dem sich eine „*thèse*“ — Vertheidigung von Propositionen und Disputation — anschloss, vermittelte das *baccalauréat*; die *licence* bedingte wiederum ein Examen und eine *thèse*, das *doctorat* endlich setzte eine öffentliche Erklärung eines juristischen Textes, sowie eine *thèse* voraus. Die in dieser Zeit in Deutschland für die juristische Litteratur so bedeutsamen, gedruckten Dissertationen waren in den französischen Rechtsfakultäten, bis in dieses Jahrhundert hinein, nicht üblich.⁷⁴⁾ Um den Missbräuchen

Fortschritt es mit sich, dass, wie ein deutscher Zeitgenosse sagt, „in einem Jahre mindestens so viele Titel der Pandekten abgehandelt wurden, als *more Italico leges*“. Stintzing, Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft. I. S. 130. — Ueber die beginnende Reduktion des *studium quinquennale* in Deutschland um die Mitte des 17. Jahrhunderts vgl. Tholuck, das akadem. Leben im 17. Jahrh. I. S. 231. Ueber die entsprechende Entwicklung des Rechtsstudiums in Deutschland vgl. die eingehende Darstellung bei Goldschmidt, Rechtsstudium und Prüfungsordnung, S. 126 ff.

⁷²⁾ So in Orléans 1625, Loiseleur, *L'université d'Orléans etc.* S. 49. Ebenso 1666 in Paris, Jourdain, *L'université de Paris au 17. et 18. siècle.* S. 225.

⁷³⁾ *Déclaration* v. 19. Januar 1700.

⁷⁴⁾ Ueber die *thèses* vgl. Péries, S. 264 ff., 270 ff.

des Examenswesens und der unlauteren Konkurrenz der Universitäten vorzubeugen, war bestimmt, dass der Studirende nur in der Fakultät zum Examen sich melden konnte, wo er bereits ein Jahr lang studirt hatte, und dass der einmal Zurückgewiesene, nur in der gleichen Fakultät sich dem Examen wieder unterziehen konnte.

Um die Anwesenheit der Studirenden am Sitze der Fakultät zu sichern, wurde die schon 1666 in Paris vorgeschriebene, trimestrielle Einschreibung jedes Studirenden in die Register der Fakultät allgemein eingeführt.⁷⁵⁾ Ein Duplikat dieses Registers musste zur Kontrolle bei dem Parlament, dessen Generalprokuratoren überhaupt die Aufsicht über die Rechtsfakultäten in disciplinärer Hinsicht übertragen war, niedergelegt werden.

Zugleich wurde durch die Reform eine feste Beziehung des Grades der *licence* zu den verschiedenen juristischen Berufen hergestellt, oder die bereits bestehende doch ausdrücklich erneuert. Die Advokatur wie alle Richterstellungen — der königlichen wie der *justice seigneuriale*, der Parlamente, wie der ihnen unterstellten Gerichte — die wieder den geleisteten Advokaten-eid und einen zweijährigen *Stage* bei dem Gerichte voraussetzten, sollten nur den *licenciés* zugänglich sein. Die *licence*-Diplome mussten von den Beamten des *parquet*, der Staatsanwaltschaft, visirt, und die Advokatenmatrikel auf der Rückseite der Diplome vermerkt werden.⁷⁶⁾

Ueber die Vorlesungsorganisation, deren Unveränderlichkeit seit dem 16. Jahrhundert wir oben bereits erwähnt haben, ist nicht Vieles hinzuzufügen. Die Gegenstände derselben, die traditionellen Rechtsbücher, waren überall die gleichen, auch die Zahl der Vorlesungen entsprach überall der der *docteurs régents*; doch war die Auswahl der thatsächlich behandelten Texte, sowie die Vertheilung derselben auf die Lehrer von

⁷⁵⁾ Eine ähnliche Einrichtung fand sich schon 1370 in der Dekretistenfakultät zu Paris. Vgl. Statut vom 23. Jan. 1370, Bulaeus, *Historia universitatis Parisiensis*. IV. S. 428.

⁷⁶⁾ *Édit d'avril* 1679, art. 15—18, *déclaration* vom 26. Febr. 1680. Vgl. Péries, l. c. S. 282. — Ein weiteres, den Kandidaten für die Richterstellungen auferlegtes Examen, nach Absolvirung des *Stage*, dürfte wohl kaum praktisch geworden sein.

Fakultät zu Fakultät verschieden. Jede Fakultät hatte, unter der Aufsicht königlicher Kommissare, ein Vorlesungsreglement auszuarbeiten, durch welches die zu behandelnden Theile der Rechtsbücher, die Art der Behandlung und die Reihenfolge, in welcher die stereotypirten Vorlesungen von Jahr zu Jahr unter den Lehrern wechselten, eingehend festgestellt wurden.⁷⁷⁾ Auch die Eintheilung der Unterrichtsstunden in Diktate, Erklärungen und Befragungen war geregelt.

Eine Ausnahmestellung nahm die Vorlesung über *droit français* ein. Sie war von dem geschilderten Turnus ausgeschlossen und unterlag auch nicht der Reglementirung durch die Fakultät; in ihr wurde auch zuerst die französische Sprache in den Rechtsfakultäten angewendet, während sonst das Lateinische bis 1789 die in den Fakultäten übliche Sprache blieb. Nur wenige Professoren des *droit français* benutzten übrigens die, ihnen durch die Verhältnisse gegebene, grössere Freiheit, zu einer selbstständigeren Bearbeitung des ihnen übertragenen Ge-

⁷⁷⁾ In Paris wurden durch das *Règlement* vom 9. August 1679 ff Vorlesungen festgestellt. (Jourdain, *L'université de Paris etc. Pièces justificatives*. S. 110 ff. — Ein Professor hatte die vier Bücher der Institutionen zu lehren, und die Rubriken der Digesten und der ersten neun Bücher des Codex „*autant qu'il se pourra*“ zu erklären. Drei andere Professoren hatten, einander ergänzend, in drei Jahren „*une espèce de cours de droit civil*“ zu halten, derart, dass einer die vier ersten Theile der Digesten, der zweite den fünften und den Anfang des sechsten Theiles, der dritte den Rest des sechsten und den siebenten Theil, unter Heranziehung verwandter Texte der Novellen und des Codex, zu behandeln hatte. Die zwei übrigen Professoren hatten während dreier Jahre die wichtigsten in den Dekretalen enthaltenen Lehren, unter vergleichender Heranziehung der anderen Sammlungen, zu erledigen. Einer derselben musste, im ersten Semester jedes Schuljahres, eine einleitende Vorlesung über die „*instituts, paratitres et autres généralités du droit canon avec le concordat*“ halten. Jeder der Professoren behielt die ihm überwiesene Vorlesung drei Jahre. Nachdem fand eine neue Vertheilung, bei welcher der Aelteste das Wahlrecht hatte, statt. In Dijon, wo vier Vorlesungen vorgeschrieben waren, über *droit canon*, *Institutes*, *Digeste* und *Code*, sollte der Wechsel alle fünf Jahre stattfinden. Er wurde auch 1733, trotz der gegentheiligen Wünsche der Professoren, durch den Kanzler erzwungen. Villequez, l. c. *Nouvelle revue historique etc.* 1873. S. 555. Ueber Orléans s. Loiseleur, l. c. S. 11.

bietes;⁷⁸⁾ meist beschränkten sie sich darauf, in einem Semester die Ordonnanz, im anderen die *coutumes* in grossen Zügen zu erklären.⁷⁹⁾ — Auch das Gebührenwesen, welches zu so vielen Missbräuchen Anlass gegeben hatte, suchte man einigermaassen dadurch zu reformiren, dass für einige Universitäten — wohl für die, welche der Jurisdiktion des Pariser Parlaments unterstanden — einheitliche Sätze — 150 Livres für die *licence* — festgestellt wurden.⁸⁰⁾ Eine durchgreifende Reform scheiterte wohl an den ungünstigen finanziellen Verhältnissen, welche eine ausreichende Dotirung der Professuren, mit einem festen Einkommen, nicht gestatteten. So blieb nach wie vor das, aus den Examensgebühren resultirende „*Casuel*“, mit seinen Gefahren für die Disciplin die einzige oder Haupteinnahme der Fakultäten;⁸¹⁾ bei der, das jetzige Bedürfniss weit übersteigenden Zahl der letzteren — 1789 gab es 22 Rechtsfakultäten in Frankreich — lag hier die Quelle für die Wiederkehr der früheren Missbräuche.

Die Reform hatte somit unzweifelhaft eine wesentliche Besserung gegenüber dem früheren Zustande gebracht. Es erschien in derselben thatsächlich die Basis gelegt für eine, den damaligen Anschauungen der Nation entsprechende, Fortentwicklung der Rechtsfakultäten zu guten, professionellen Schulen. Wenn auch nach dem Gesagten der ertheilte Unterricht, mit seinem Ignoriren der meisten, bereits im 17. Jahrhundert gemachten, wissenschaftlichen Errungenschaften, keineswegs auf der Höhe der Wissenschaft stand, so konnte er doch zur Noth als ausreichend für die erste Einführung der zukünftigen Praktiker in die Rechtswissenschaft gelten.

Andererseits waren durch die Reform, mit ihren weitgehenden Einschränkungen der Freiheit des Lehrens wie des

⁷⁸⁾ So zeitweilig in Rennes; vgl. Chénon, *Les anciennes facultés des droits de Rennes*. S. 21 ff., auch in Dijon, vgl. Villequez l. c. *Nouv. rev. hist.* 1873. S. 617.

⁷⁹⁾ Péries, l. c. S. 317.

⁸⁰⁾ Nach Loiseleur, *L'université d'Orléans etc.* S. 53, etwa 700 Francs nach heutigem Geldwerth.

⁸¹⁾ Ueber das Gebührenwesen s. Liard, *L'enseignement supérieur etc.* S. 16 ff. In Caen gab es überhaupt keinen festen Gehalt, in Rennes betrug letzterer 75—120 liv., während die Einnahmen aus dem *casuel* 3000 liv. erreichten.

Lernens, und der beständigen Einmischung der Zentralbehörden in die Interna des Lebens der Fakultäten, diese letzteren in eine solche Abhängigkeit von der Thätigkeit der staatlichen Organe versetzt, dass sie ihre Weiterentwicklung nur von diesen zu erwarten hatten und thatsächlich erwarteten.

Gerade die Rechtsfakultäten mussten daher unter der allgemeinen, wie wir Eingangs erwähnt, im 18. Jahrhundert eingetretenen Vernachlässigung der Universitäten in besonderem Maasse leiden. Abgesehen von wenigen Ausnahmen, insbesondere zur Zeit D'Aguesseau's, bedeutete die Einmischung der Zentralbehörden, namentlich des Kanzlers, im 18. Jahrhundert regelmässig nicht eine Förderung der Fakultäten, sondern eine Störung durch Dispensen aller Art, welche die Studienvorschriften, wie die Bestimmungen über die Besetzung der Professuren und *agrégé*-Stellungen zu umgehen erlaubten.⁸²⁾ Die im Laufe des Jahrhunderts fortschreitende Unordnung im Herzen des Staates, und das dadurch geförderte Intriguenwesen übertrugen sich so, auch auf die äusserlich und innerlich abhängigen Fakultäten, wie denn z. B. die Fakultät zu Rennes, um eine billige Entschädigung zu erhalten, sich an die in Paris domizilirende Frau eines Professors wenden musste, die sie bei den „*puissances*“ unterstützen, dafür auch einen Theil des Erlangten erhalten sollte.⁸³⁾

Die sporadische Aufsichtsthätigkeit der Parlamente, welchen naturgemäss weder eine besondere Einsicht in die Bedürfnisse der Rechtsfakultäten, noch auch ein besonderes Wohlwollen für dieselben zugeschrieben werden durfte, war gewiss nicht im Stande, die durch die Neuorganisation bedingte, einheitliche Fortentwicklung zu ersetzen.⁸⁴⁾

⁸²⁾ Vgl. Péries, l. c. S. 286 ff. — Ueber die Besetzung der Lehrstellungen ohne Konkurs, *déclaration* vom 10. Juni 1742 art. 30, in Orléans 1722, Loiseleur, *L'université d'Orleans etc.* S. 23 ff., in Dijon Villequez, l. c. *Nouvelle revue historique etc.* 1873. S. 554, in Rennes Chénon, *Les anciennes facultés de droits de Rennes.* S. 63.

⁸³⁾ Chénon, *Les anciennes facultés de droits etc.* S. 13. Selbst der Geltungsbereich der obrigkeitlichen Anordnungen war nicht immer deutlich festgestellt. Das. S. 42.

⁸⁴⁾ Bezeichnend für das Verhältniss der Parlamente zu den Fakultäten ist die 1735 auf Betreiben des Parlaments zu Rennes

So können wir denn gerade mit Bezug auf die Rechtsfakultäten wiederholen, was wir oben, bezüglich des Verhältnisses des Staates zu den Universitäten, überhaupt sagten: Dem Staate war eine grosse Aufgabe, die früher auf vielen Schultern gelastet hatte, zugefallen, er hatte sie auch mit Ausschluss jeder fremden Mitwirkung übernommen, um nachher ihre Durchführung völlig zu vergessen.

3. Der Zustand der französischen Rechtsfakultäten zu Ende des 18. Jahrhunderts.

Unter dem gesteigerten Zusammenwirken jener beiden Momente, deren verhängnissvollen Einfluss auf das ganze französische Universitätswesen im 18. Jahrhundert wir Eingangs schilderten, der wissenschaftlichen *capitis deminutio*, wie der unbefriedigenden Art der Verstaatlichung, mussten die Verhältnisse der Rechtsfakultäten, im Laufe des 18. Jahrhunderts, sich besonders unerfreulich gestalten. Während die deutschen Universitäten sich von dem tiefen Verfall des 30jährigen Krieges gerade damals, insbesondere unter der Führung Göttingens, mehr und mehr erholten, ist das Bild, gerade der französischen Rechtsfakultäten, fast noch hoffnungsloser als im 17. Jahrhundert.

Die lange wissenschaftliche Stagnation, welche die Kluft zwischen der Thätigkeit der Rechtsfakultäten und dem fortschreitenden, wissenschaftlichen Leben immer mehr vergrösserte, musste naturgemäss auch den professionell-praktischen Charakter der Anstalten umwandeln. Die Errungenschaften der Wissenschaft waren allmählich Gemeingut geworden und beherrschten auch die juristische Praxis. Es lässt sich daher begreifen, dass ein Unterricht, der keine gesonderte Behandlung des Strafrechts und des Prozesses kannte, der hinter jener, auf die Rechtsunifikation gerichteten Bewegung des

erfolgte Detachirung und Verlegung der Rechtsfakultät von Nantes nach Rennes; sie erfolgte namentlich mit Rücksicht auf die Bequemlichkeit der Mitglieder des Parlaments, welche ihre studirenden Söhne unter Aufsicht haben wollten, weil sie, sich selbst überlassen, es nur zu „*études très imparfaites*“ brächten. Chénon, l. c. S. 1 ff.

Staates, der öffentlichen Meinung, der Wissenschaft,⁸⁵⁾ in weiter Entfernung einherhinkte, und nach wie vor in einer völlig überlebten Exegese der Rechtsbücher sich wesentlich erschöpfte, von den angehenden Praktikern, die ihn zur Erlangung der Grade durchmachen mussten, nurmehr als eine schwere Last empfunden wurde. Nicht die Unwissenschaftlichkeit ist es daher, was die öffentliche Meinung den Rechtsfakultäten zum Vorwurfe macht, sondern der unpraktische Charakter ihres Unterrichts wird im 18. Jahrhundert allgemein beklagt.⁸⁶⁾

Da somit weder wissenschaftliche noch praktische Ausbeute zu erwarten war, ging man dem Unterrichte eben gern aus dem Wege. Entweder blieben die Studirenden zu Hause und reisten nur zu Ende des Trimesters behufs Erfüllung der Einschreibungsformalitäten an den Sitz der Fakultät, oder sie blieben doch den Vorlesungen fern. Bezeichnend hiefür ist der, wohl nicht nur in Paris herrschende, vielfach bezeugte Gebrauch, dass die Professoren vor Schreibern, die von den Studirenden gemiethet waren, ihre Hefte vorlasen.⁸⁷⁾ Jedenfalls war die „*affreuse solitude*“, welche zu Anfang des 18. Jahrhunderts an Stelle der, auf Tausende geschätzten, Schülerzahl früherer Zeiten in Orléans beklagt wurde,⁸⁸⁾ in den Hörsälen fast aller Rechtsfakultäten zu Ende des 18. Jahrhunderts heimisch: noch nicht der fünfzigste Theil der Rechts-„Studirenden“ besuchte, wie Zeitgenossen berichten, den Unterricht.⁸⁹⁾

Dieser Mangel an Interesse wurde wohl auch durch die, zur Höhe einer Institution erhobene Vererblichkeit und Käuflichkeit der juristischen Aemter befördert. Der durch Geburt oder Beziehungen Begünstigte konnte, auch ohne den Luxus eifriger Studien, auf ein gutes Unterkommen rechnen, während die Uebrigen meist die Einreihung in das beschäftigungslose

⁸⁵⁾ Vgl. Viollet, *Précis de l'histoire de droit français*. I. S. 169 ff.

⁸⁶⁾ Interessant ist in dieser Beziehung der Privatbericht eines Richters über den Zustand des Rechtsunterrichts in Frankreich 1782 *Revue internationale de l'enseignement*. 1883. I. S. 291 ff.

⁸⁷⁾ Vgl. Taine, *L'ancien régime*. I. S. 424. Péries, l. c. S. 289 ff.

⁸⁸⁾ Loiseleur, l. c. S. 31.

⁸⁹⁾ Liard, *L'enseignement supérieur en France*. I. S. 72.

Proletariat der Advokatur, aus dem die führenden Revolutionsmänner später hervorgingen, als Ziel ihrer Studien winken sahen.

Es ist begreiflich, dass diesem Verhalten der Studirenden auch vielfach das der Lehrer entsprach. Mit wenigen Ausnahmen⁹⁰⁾ suchte man der Lehrpflicht aus dem Wege zu gehen, die Zeit abzukürzen, sich durch Hilfslehrer vertreten zu lassen.⁹¹⁾ Jedenfalls wurde die Lehrthätigkeit mehr und mehr zur Nebenbeschäftigung, welche von den Arbeiten der juristischen Praxis und anderer Nebenämter erdrückt wurde.⁹²⁾ Die idealere Befriedigung suchte man dann in den Sitzungen einer der ungezählten Provinzialakademien, wo der Jurist dem Zeitgeiste opfern und seine Gedanken „*sur le bonheur*“, „*le pardon des injures*“, „*la modestie*“, „*les avantages de l'adversité*“ kungeben konnte.⁹³⁾

Von dem mannhaften, wenn auch oft unliebenswürdigen Selbstbewusstsein der autonomen Universitäten war nurmehr ein greisenhaftes Hängen an Aeusserlichkeiten,⁹⁴⁾ sowie eine maasslose Streit- und Prozesssucht übrig geblieben. Der, ein halbes Jahrhundert hindurch, sich stets erneuernde Zank der *docteurs régents* und der *agrégés* zu Paris um die Frage, ob auch letztere berechtigt seien die „*robe rouge*“ zu tragen, die Intriguen und Prozesse, welche in Orléans einander folgten, geben, mit vielen anderen Beispielen, unerfreuliche Kunde hier-

⁹⁰⁾ Als solche erscheinen namentlich die von Villequez, l. c. in der *nouvelle revue hist. etc.* 1873 geschilderten Verhältnisse in Dijon.

⁹¹⁾ Vgl. Liard, l. c. S. 71. — In Rennes wurden die Vorlesungen 1753 ausgesetzt, weil die Baulichkeiten reparirt wurden. — Chénon, l. c. S. 23.

⁹²⁾ Liard, l. c. Vgl. auch die Lebensbeschreibungen der Lehrer in Dijon bei Villequez, l. c. *passim.* und in Rennes bei Chénon.

⁹³⁾ Villequez, l. c. *Nouv. rev. hist. etc.* 1873. S. 627. Dijon.

⁹⁴⁾ Ergötzlich ist die Beschreibung des peinlichen Ceremoniells, welches gelegentlich der Uebertragung der Fakultät von Nantes nach Rennes beobachtet wurden — Chénon, l. c. S. 4 ff. — Ein Gegenstand ernsten Streites war in Orléans die Frage, ob bei officiellen Gelegenheiten an die *docteurs régents* „*salut*“ und „*apostrophe*“ zu richten sei. Loiseleur, l. c. S. 10.

von.⁹⁵⁾ Wenn ein einheitlicher Fakultätsbeschluss vorliegt, so betrifft er meist ein materielles Interesse, wie z. B. die Stellung eines *greffier* der Universität nur für Söhne von Professoren zu reserviren.⁹⁶⁾ Ueberhaupt kommt die Autonomie der Universitäten fast nur noch in der Geltendmachung der einträglichen Privilegien zum Ausdruck.

Dieses wenig erfreuliche Leben spielte sich nun auch in dem entsprechenden Rahmen ab. Während die persönlichen Einnahmen der Professoren keineswegs schlechte waren,⁹⁷⁾ befanden sich die Baulichkeiten der Fakultäten, wenn überhaupt sich solche selbstständig erhalten hatten, in dem kläglichsten Zustande. Auch das Inventar entsprach demselben; wie denn, bei der 1791 erfolgten Aufnahme, die Bibliothek der Rechtsfakultät zu Bordeaux aus einem 1789 erstandenen Exemplar des *corpus iuris civilis* bestand.⁹⁸⁾

Die geschilderten Verhältnisse sind nun sogar die der besseren Fakultäten; neben ihnen gab es solche, welche, wie die *cahiers* von 1789, sagten, nichts weiter bewahrt hatten, „*que les ridicules droits de vendre les degrés*“. So liess schon in der Mitte des Jahrhunderts das Pariser Parlament die *licenciés*, welche in Rheims ihren Grad erworben hatten, nicht mehr zum Advokateneide zu, weil dort ein öffentlicher Unterricht überhaupt nicht mehr stattfand.⁹⁹⁾ Einen ähnlichen Ruf genossen Valence und Orange, wo das „*tres faciunt collegium*“ von der Trias des Rektors, des Schreibers und des Pedellen galt. Hier, wie in noch manchen anderen Fakultäten konnten, bei dem Fehlen einer festen Beziehung des Sekundärunterrichts zu dem der höheren Fakultäten,¹⁰⁰⁾ auch solche die Grade gegen Gebühren erlangen, welche nicht einmal ihr lateinisches Diplom hätten übersetzen können. Auch hatte sich die dort dafür ge-

⁹⁵⁾ Périas, l. c. S. 256. Loiseleur, l. c. *passim*.

⁹⁶⁾ Chénou, l. c. S. 32.

⁹⁷⁾ Liard, l. c. S. 23 ff. In Dijon z. B. betrug die Einnahme der ordentlichen Professoren durchschnittlich etwa 6000 Livres, das. S. 25.

⁹⁸⁾ Liard, l. c. S. 30.

⁹⁹⁾ Jourdain. *L'université de Paris au 17. et 18. siècle* — *Pièces justificatives*. S. 99.

¹⁰⁰⁾ Vgl. Liard, l. c. S. 73.

forderte Studienzeit auf einige Tage reduziert.¹⁰¹⁾ Und dieser Zustand wirkte, wie wir dies schon im 17. Jahrhundert gesehen, ansteckend auch auf die besser gehaltenen Fakultäten. Mussten sie doch bei strengeren Anforderungen befürchten, die Kandidaten an andere, weniger skrupulöse Fakultäten zu verlieren. Kurz, ein Zeitgenosse traf wohl das Richtige, jedenfalls aber gab er der öffentlichen Meinung Ausdruck, wenn er die Rechtsfakultäten als „Pergamenthandlungen“ bezeichnete, in welchen man für Geld „*provision de bachelier et de licencié*“ fände.¹⁰²⁾

So nahmen denn, wie die französischen Universitäten überhaupt, ganz besonders die Rechtsfakultäten keineswegs den ihnen, nach der Natur der Dinge wie nach ihrer Geschichte, gebührenden Platz in dem Leben der Nation ein. Wie die von ihnen einst vertretene Wissenschaft hierunter litt, wie sie selbst von innerer Fäulnis befallen waren, so liess ihr Versagen auch eine bedenkliche Lücke in der Bildung der Nation. Namentlich die, durch die Rechtsfakultäten nicht wahrgenommene Pflege der Staatswissenschaften, deren verschiedene Zweige ja in dem Geistesleben des 18. Jahrhunderts eine so grosse Rolle spielten, dürfte auch auf die weitere politische Entwicklung nicht ohne Einfluss gewesen sein. Denn es will uns scheinen, dass jenes Ausklügeln abstrakter, ungeschichtlicher Systeme, das unkritische, ja blindgläubig-fanatische Erfassen derselben

¹⁰¹⁾ 1771 kamen von Rheims 100 „Advokaten“, d. h. *licenciés*, die als ungelehrte Prokuratoren 8 Tage zuvor Paris verlassen hatten. (S. den oben zitierten Bericht eines Richters, 1782 — *Revue internationale de l'enseignement* 1883. I. S. 291 ff.) Bezeichnend für die Achtung vor den Rechtsfakultäten sind auch die vielen, aus dieser Zeit stammenden Anekdoten, wie die folgende ebenda erzählte: *Un homme était venu dans cette ville (Rheims) pour y faire son droit; étonné de la prodigieuse rapidité avec laquelle il avait obtenu degrés sur degrés, surpris de se trouver licencié après 4 ou 5 jours de promenades dans la ville, il va trouver un professeur et lui dit: en vérité Monsieur, il est si aisé d'être reçu licencié chez vous, que je voudrais bien, que vous accordassiez même faveur au cheval qui m'a conduit ici. Cela ne se peut pas Monsieur, lui répondit l'antécresseur, piqué de la mauvaise plaisanterie, nous ne recevons ici que des ânes.*

¹⁰²⁾ Liard, l. c. S. 74.

durch die Massen der „Gebildeten“, diese Charakteristika eines Geisteslebens, welches vom „*contrat social*“ beherrscht wurde, in dem effektvollen Dilettantismus der Akademien gewiss üppiger gedeihen konnten, als dies in der ernsteren Atmosphäre der Hochschule möglich gewesen wäre.

Die Gründe für diese verhängnissvolle Entwicklung der Rechtsfakultäten zu unnützen, ja schädlichen Anstalten haben wir vorstehend zu erfassen versucht; immerhin sei es noch ausdrücklich erwähnt, dass sie meist mehr in den, einer falschen Kulturströmung entspringenden Institutionen, als in den Personen zu suchen sind. So wirft auch die Ehrenhaftigkeit der Gesinnung so mancher Rechtslehrer, welche dem revolutionären Ansturme die Stirne boten und sich, als Vertheidiger der Opfer der Revolution, ihres *nobile officium* erinnerten,¹⁰³⁾ zum Schlusse einen versöhnenden Schimmer auf die alten, dem Untergange geweihten Rechtsfakultäten.

II.

Die neuere Entwicklung der französischen Rechtsfakultäten.

1. Die Revolution und ihre Folgen für die Neuordnung der Rechtsfakultäten.

Die geschilderte Unzulänglichkeit der Rechtsfakultäten wurde von der Nation lebhaft empfunden. Daher hatten auch die Reformversuche der letzten Jahre vor der Revolution, welche, wie fast alle Gebiete des staatlichen Lebens, auch das Unterrichtswesen umzugestalten strebten, nicht zum Wenigsten eine Neuordnung des Rechtsunterrichts zum Gegenstande. Es ist nicht ohne Interesse, die, in den Fakultäten wie ausserhalb derselben, in dieser Beziehung gehegten Wünsche, kennen zu lernen. Sie sind vornehmlich bei einer, von dem Siegelbewahrer

¹⁰³⁾ Vgl. Liard. S. 122, Ueber die Vorgänge in Aix. S. 388 ff. Villequez, l. c. *Nouv. rev. hist. etc.*, 1873. S. 72 u. A.

Barentin veranstalteten Enquete,¹⁰⁴⁾ sowie in den *cahiers* von 1789¹⁰⁵⁾ zum Ausdruck gekommen.

Die dort geäußerten Wünsche lassen sich kurz dahin charakterisiren, dass aus der vorstehend von uns geschilderten Entwicklung die Konsequenzen gezogen wurden: die Fakultäten erstrebten, in Uebereinstimmung mit der ganzen Nation, nichts weiter, als ihre Ausgestaltung zu guten, professionellen Schulen. Spuren wissenschaftlichen Ehrgeizes lassen sich, abgesehen von der mancherorts verlangten Einführung des öffentlichen und des Naturrechts, kaum nachweisen. Dagegen wurden überall, die Abstellung der Missbräuche, strenge Aufsicht und Leitung seitens des Staates und technische Verbesserungen verlangt. So schlugen die Fakultäten zu Paris und Montpellier vor, dass jede Fakultät „Hefte“ adoptire, welche gedruckt und von den Professoren erklärt werden sollten;¹⁰⁶⁾ andere wollten, um die Gefahren der Konkurrenz zu beseitigen, die Zahl der Universitäten vermindert sehen und jeder einen bestimmten Rekrutierungsbezirk zuweisen; allgemein verlangte man eine Reform des Gehalts-, Gebühren- und Examenswesens.

Kurz, die von Ludwig XIV. gelegten Grundlagen wurden allgemein als maassgebend für den weiteren Ausbau anerkannt, das damals Angestrebte sollte nur, durch ernstes Eingreifen des Staates, auch wirklich durchgeführt werden.

Allerdings ist die Verwirklichung dieser Wünsche vorerst durch den allgemeinen Umsturz unmöglich gemacht worden. Thatsächlich stellen sie jedoch ein Programm dar, welches als ein Vermächtniss auf das neue Jahrhundert übergegangen ist.

Wenn Napoleon, in dem zu schildernden Maasse, diese Erbschaft angetreten hat, so erklärt sich dies vornehmlich, einerseits aus der völligen Improduktivität der Revolution und den hiedurch bedingten Zuständen, andererseits aus den persönlichen Neigungen des Reorganisators.

¹⁰⁴⁾ In Rennes 1782, Chénon, l. c. S. 43. Montpellier 1786, Germain, l. c. S. 101 ff. Dijon 1786, Villequez, l. c. *Nouvelle rev. hist. etc.* 1873. S. 526.

¹⁰⁵⁾ Liard, l. c. S. 86 ff., S. 112 ff.

¹⁰⁶⁾ Germain, l. c. S. 104.

Wir haben Eingangs erwähnt, dass von einer positiven Thätigkeit der Revolution, auf dem Gebiete des Hochschulwesens, kaum zu berichten ist. Mit der Erwähnung, dass von 1789 an die Universitäten ein Scheindasein führten, bis sie durch ein Dekret des Konvents am 15. September 1793 formell der Existenz beraubt wurden, ist die Aufzählung der thatsächlichen Leistungen der Revolution für die Hochschulen nahezu erschöpft. Auch die, von den Trägern der Revolution entwickelten „Ideen“ über das Unterrichtswesen sind so unfruchtbar geblieben, dass sie füglich aus der Geschichte des französischen Hochschulwesens gestrichen werden können.

Und wenn das Gesagte schon von dem Hochschulwesen im Allgemeinen gilt, so ist es besonders auf die Rechtsfakultäten anwendbar: die Zeit der Revolution bedeutet in ihrer Geschichte in jeder Beziehung eine gewaltige Lücke.

Um dieses Verhalten der Revolution zu den Rechtsfakultäten und den bisherigen Aufgaben derselben zu begreifen, muss man sich vergegenwärtigen, wie unpopulär nicht nur der gegebene Rechtsunterricht, sondern auch die Rechtswissenschaft selbst, wie sie verstanden wurde, in den Kreisen der Träger der Bewegung geworden war. Stützte sie doch einerseits den bestehenden, verhassten Zustand, während andererseits die mit Eifer behandelten staatswissenschaftlichen und sozialen Probleme, insbesondere das Naturrecht, nicht als zu ihr gehörig betrachtet wurden. So spielte denn auch begreiflicherweise, selbst in den revolutionären Projekten der Unterrichtsreform, die ja auf anderen Gebieten, wie wir sahen, ganz ungeheuerliche Dimensionen annahm, der traditionelle Rechtsunterricht eine äusserst bescheidene Rolle. Bekannt ist die Abneigung Mirabeau's gegen die Rechtsschulen;¹⁰⁷⁾ Talleyrand beseitigte in seinem Projekte vollständig das römische Recht; für die Encyklopädisten¹⁰⁸⁾ erschöpfte sich der ideale Rechtsunterricht wesentlich in der Lehre der *sciences morales et politiques*; dort sollte, neben der „Analyse der Empfindungen und

¹⁰⁷⁾ Vgl. im *Bulletin de la société pour l'étude des questions d'enseignement supérieur*, 1878, A. Gazier, S. 570.

¹⁰⁸⁾ Plan Condorcet. Liard, l. c. S. 157.

Ideen“, der Moral, dem Naturrechte, auch der *législation générale*, dem *droit public* und der *législation française* ein bescheidenes Plätzchen gegönnt sein. Für die Jakobiner endlich waren gerade die Rechtsschulen „*ces repaires de savants*“, die Schlupfwinkel einer „*aristocratie pédagogique*“, deren verderbliche Wirkungen, die Chikane und ihre Gefolgschaft, soeben erst von der „dreifachen Keule der Vernunft, der Philosophie, der Freiheit“ vernichtet worden seien. Das Rechtsstudium erschien unnötig, weil die Gesetze so klar, einfach und ihrer so wenige sein sollten, dass jeder Bürger sie immer mit sich tragen könne.¹⁰⁹⁾

Waren so die Ideen über die erforderliche Pflege der Rechtswissenschaft, selbst in den Anfängen der Revolution, nicht gerade hochfliegende und von Einsicht zeugende, so blieb doch die Praxis noch hinter ihnen zurück.

In den dürftigen, Eingangs erwähnten, departementalen *écoles centrales*¹¹⁰⁾, die wesentlich auf den Sekundärunterricht berechnet waren, wurde in einer der drei Sektionen der Rechtsunterricht durch einen *professeur de législation* vertreten. Hierauf beschränkten sich die staatlichen Veranstaltungen. Daneben und, nachdem die *écoles centrales* verschwunden waren, an Stelle derselben, entstanden auch private Anstalten, welche unter den schönen Titeln „*académie de législation*“, „*université de jurisprudence*“ den dringendsten praktischen Bedürfnissen der Bevölkerung wenigstens einigermaassen abzuhelfen suchten.¹¹¹⁾

Die Bilanz der Revolution schloss somit, gerade auf dem Gebiete des Rechtsunterrichts, mit einem gewaltigen Defizit ab, und die natürlichen Wirkungen des Fehlens eines so wichtigen Faktors in dem Leben der Nation zeigten sich in der, bei den grossen Umwälzungen in den allgemeinen Rechtszuständen, doppelt gefährlichen, allgemeinen Rechtsunsicherheit. Heckenadvokaten und Winkelkonsulenten wurden zu einer wahren Landplage; die Befähigung zum Richteramte und der Advokatur war, wie ein Zeitgenosse sagt, mit „der Freude an

¹⁰⁹⁾ Liard, l. c. S. 202 ff.

¹¹⁰⁾ *Décret* des Konvents vom 3. *brumaire an IV*. (25. Okt. 1795.)

¹¹¹⁾ Vgl. Liard, *Revue internationale de l'enseignement*. 1889. I. S. 333. Chénon, *Rennes*, l. c. S. 176.

der Chikane und unmässiger Gewinnsucht“ ohne Weiteres gegeben.¹¹²⁾

Die Revolution hatte somit weder etwas, für den Rechtsunterricht Brauchbares geschaffen, noch auch ausführbare Ideen hinterlassen. Dagegen machte sich das Bedürfniss, die Folgen dieses rein negativen Zustandes zu beseitigen, umsomehr geltend, als der erste Konsul die Fertigstellung der lange projektirten Gesetzbücher energisch in die Hand nahm. Seine erste Sorge musste dabei sein, das für die Handhabung derselben geeignete Personal möglichst rasch zu schaffen.

Es erscheint daher erklärlich, dass man bei der hierdurch nothwendig gewordenen, schleunigen Wiederherstellung des geordneten Rechtsunterrichts, sich wesentlich an den Zustand anlehnte, der zuletzt doch wenigstens einigermaassen den Ersatz an gebildeten Juristen verbürgt hatte.

Hierzu kam wohl die Erwägung, dass die napoleonische, für das ganze Staatsleben nunmehr maassgebende Zentralisation, die völlige Abhängigkeit aller Theile von dem Mittelpunkte, eigentlich schon in der Reform von 1679 angebahnt und zum Prinzip erhoben, wenn auch unzureichend durchgeführt worden war. Diese Durchführung des damals Erstrebten, und die Verhinderung der früheren Missbräuche sind daher das Ziel der napoleonischen Reorganisation der Rechtsfakultäten geworden. Sie begegnete sich demnach mit den oben erwähnten Wünschen der Reformer des 18. Jahrhunderts, und wir können gerade mit Bezug auf sie wiederholen, was wir von jener Reorganisation des Hochschulwesens überhaupt sagten: sie stellt den vollendenden Abschluss der, seit 200 Jahren konsequent angebahnten Entwicklung dar.

2. Die Reorganisation des Rechtsunterrichts durch Napoleon.

Schon das Gesetz vom 11. *floréal an X* (1. Mai 1802) hatte unter den, dem Hochschulunterrichte gewidmeten Spezialschulen, die Gründung von Rechtsschulen verheissen. Diese Absicht wurde durch das Gesetz vom 22. *ventôse an XII*

¹¹²⁾ Liard in der *Revue internationale de l'enseignement*. 1889. I. S. 333.

(13. März 1804) und das Ausführungsdekret vom 4. *jour complémentaire an XII* (21. September 1804), fast gleichzeitig mit der Publikation des *Code civil* (30. *ventôse an XII*), zur Ausführung gebracht. Es waren 12 Rechtsschulen vorgesehen, zu Paris, Dijon, Turin, Grenoble, Aix, Toulouse, Poitiers, Rennes, Caen, Brüssel, Coblenz und Strassburg; fast alle waren schon zu Anfang des Jahres 1806 in Thätigkeit getreten. Durch das *décret organique* vom 17. März 1808 wurden sie dann zu „Fakultäten“ erhoben und der allgemeinen „*université impériale*“ inkorporirt.

Ihre innere Organisation war durch die obengenannten Gesetzesbestimmungen geregelt, welche auch heute noch die gesetzliche Basis des Rechtsunterrichts in Frankreich bilden. Es erscheint daher, auch für das Verständniss des heutigen Zustandes, nothwendig, die wichtigsten Anordnungen derselben und der weiteren unmittelbar angeschlossenen Ausführungsbestimmungen, kurz zu analysiren.

Das Lehrpersonal jeder Rechtsfakultät bestand aus 5 Professoren und 2 *suppléants*; mehrfach erhielten die überlebenden Mitglieder der alten Rechtsfakultäten die ersten Professuren.¹¹³⁾ Die spätere Rekrutirung des Lehrpersonals sollte, wie in den alten Rechtsfakultäten, durch den öffentlichen Konkurs vor der betreffenden Fakultät, um jede erledigte Professur und *suppléance* geschehen. Auf Grund der Resultate desselben hatten, die Fakultät und die ihr übergeordneten Generalinspektoren, je einen Kandidaten dem ersten Konsul zu präsentieren, der die Ernennung vollzog.

Auch jetzt fehlte es sonach an jeder organischen Verbindung zwischen der ordentlichen Professur und der Stellung des Hilfslehrers; der durch den Konkurs zum *suppléant* Gewordene, musste, um eine Professur zu erhalten, wie jeder andere Bewerber sich einem neuen Konkurse unterziehen.

Die bei diesen Konkursprüfungen von den Kandidaten zu lösenden Aufgaben¹¹⁴⁾ bewegten sich fast ganz in den Formen

¹¹³⁾ Villequez, l. c. *Nouvelle revue hist.* 1874. S. 283. — Chénon, *Les anciennes facultés des droits de Rennes.* S. 182.

¹¹⁴⁾ Vgl. *Statut* v. 18. April 1809.

der vorrevolutionären Zeit: Probevorlesungen nach kurzer Vorbereitung, Klausurarbeiten und die alte *dispute*, jetzt *argumentation* genannt, bildeten ihren alleinigen Inhalt. Materiell hatte natürlich der neue Lehrstoff der Fakultäten eine Aenderung bedingt; das französische Zivilrecht und das römische Recht bildeten den Grundstock; hiezu kamen Aufgaben aus dem Gebiete, welches dem zu besetzenden Lehrstuhle überwiesen war.

Das Einkommen der Professoren und *suppléants* setzte sich wie früher aus einem *fixum* und dem *éventuel* zusammen; ersteres betrug für den Professor 3000, für den *suppléant* 1000 Frs., das *éventuel* dagegen, welches von der Unterrichtsverwaltung aus einem Theile der Inskriptions- und Examensgebühren den Fakultäten zugewiesen wurde, wechselte, von Fakultät zu Fakultät und von Jahr zu Jahr, mit dem Ertrage dieser Gebühren. So war auch hier die gefährliche Verbindung des Gebührenwesens mit dem persönlichen Einkommen nicht ganz gelöst.

Die Immatrikulation in eine Rechtsfakultät setzte nunmehr den Besitz des *baccalauréat ès lettres*, welches dem deutschen Abiturientenzeugniss entspricht, jedoch durch ein Examen vor einer *faculté des lettres* erworben wird, voraus.¹¹⁵⁾ Der weiteren Kontrolle diente die beibehaltene trimestrielle Einschreibung der Studirenden.¹¹⁶⁾

Die Studienkosten waren ziemlich hohe; Einschreibungs-, Examens- und Diplomgebühren summirten sich für die 3 Jahre der *licence* auf 640 Frs.; doch war nunmehr völlige Einheitlichkeit des Gebührenwesens für alle Rechtsfakultäten hergestellt. — Hinsichtlich der Studieneinrichtungen fand eine fast völlige Uebernahme des alten Rahmens von 1679 statt. Es blieben die alten Studienabschlüsse, die Grade des *baccalauréat*, der *licence*, des *doctorat* mit ihrer alten Bedeutung: das *baccalauréat* als unselbstständige Durchgangsstufe, welche nur die Kosten erhöhte, die *licence* als der eigentlich pro-

¹¹⁵⁾ *Décret organique* v. 17. März 1808, art. 26.

¹¹⁶⁾ Zeitweilig hatte Napoleon sogar an die Errichtung eines Internats für einen Theil der Rechtsstudirenden gedacht. Vgl. Liard, *Rev. internationale de l'enseignement*. 1889. I. S. 346.

fessionelle Grad, auf den das gesammte Leben der Fakultät zugeschnitten war, das *doctorat* zum Luxus und als Vorbedingung der Lehrthätigkeit. Die Grade sollten auf Grund der, von der Fakultät abgenommenen Examina durch den *Grand Maître* der *Université* verliehen werden.

Auch die Studienzeit und die Zahl der Examina blieb fast die gleiche. Die Studienzeit wurde nach der Zahl der Einschreibungen bemessen. So konnte man nach einem Jahre (4 Einschreibungen) sich zum ersten Examen melden, nach einem weiteren Jahre (8 Einschreibungen) durch ein zweites Examen das *baccalauréat* erwerben und nach dem dritten Jahre (12 Einschreibungen) und einem dritten Examen, in zwei Abtheilungen, sich der *thèse* unterziehen, welche den Grad der *licence* verschaffte; das *doctorat* setzte ein weiteres Jahr (16 Einschreibungen), zwei weitere Examina und eine letzte *thèse* voraus.

Zu diesen Graden kam noch ein *certificat de capacité*, welches keinen Vorbildungsnachweis und ein nur einjähriges Studium, sowie zum Schlusse ein Examen erforderte. Es sollte dieses *certificat* auch für die ehemals *procureurs*, jetzt *avoués* genannten, „halbgelehrten“ Anwälte eine gewisse juristische Bildung bedingen.

Wurde somit der alte Rahmen wiederhergestellt, so erfüllte man ihn doch mit durchaus neuem Inhalte. Die Rechtsfakultäten sollten wesentlich Anstalten, zum Erlernen der Handhabung jener neuen Gesetzbücher sein, welche als *Code civil*, *code de procédure civile*, *code de commerce*, *code pénal* und *code d'instruction criminelle* von 1804—1811 promulgirt wurden und die nationale Rechtseinheit herstellten. Zu ihnen trat als Hilfswissenschaft das römische Recht, dessen Behandlung sich wesentlich in dem Studium der Justinianischen Institutionen erschöpfen sollte.

Für das erste Studienjahr waren daher das römische Recht und der erste Jahreskurs des *Code civil* vorgeschrieben; für das zweite, die Fortsetzung des *Code civil* und das Strafrecht mit dem Zivil- und Strafprozess; für das dritte, der Schluss des *Code civil* und eine Repetition, entweder der früher gehörten Theile desselben, oder des römischen Rechts. Die Aspiranten für das *doctorat* mussten wieder die römisch-recht-

liche und zwei von den bereits gehörten Vorlesungen über *Code civil* hören; im Examen sollten sie aber von „vertiefteren Kenntnissen“ auf diesen Gebieten Kunde geben.

Ueberall war die Bescheinigung fleissigen Besuches der Vorlesungen und die Anlegung selbstgeschriebener Hefte gefordert.

Dem Examenswesen war in Erinnerung an die früheren Missbräuche eine besondere Sorgfalt bewiesen; die jedem Kandidaten zu widmende Zeit, der Abstimmungsmodus, die Zahl der Examinatoren, die Zusammensetzung der Examenskommissionen und der regelmässige Wechsel ihrer Mitglieder, all' dieses war genau bestimmt, und diese Anordnungen zeigen, wie lebendig die Erinnerung an das frühere Unwesen geblieben war.

Auch die Vorlesungsorganisation blieb wesentlich die alte. Jedem Professor war eine bestimmte Vorlesung überwiesen, die er Jahr für Jahr zu wiederholen hatte. Nur bei den drei Professoren des *Code civil*, welche in jeder Fakultät lehrten, fand insofern ein Wechsel statt, als jeder derselben den ganzen Kursus des *Code* in drei Jahren zu absolviren hatte, so dass stets, zu Beginn jedes Studienjahres, der dreijährige Kursus des *Code* von einem Professor begonnen wurde. Ein Hinübergreifen über die gezogenen Grenzen war nicht gestattet, vielmehr ein Jeder auf sein Gebiet dauernd angewiesen, und dieses sein, gegen jede Konkurrenz geschütztes Eigenthum. Ebenso waren die *suppléants*, wie früher die *docteurs agrégés*, an der regelmässigen Lehrthätigkeit nicht betheiligt, so dass die Zahl der ordentlichen Professuren mit der der Vorlesungen in jeder Fakultät sich deckte.

Der Vorlesungskadre, der in allen Fakultäten und in jeder derselben von Jahr zu Jahr der gleiche war, lag somit völlig in der Hand der Unterrichtsverwaltung; jede Erweiterung desselben setzte die Neugründung eines Lehrstuhles durch diese voraus. Auf die napoleonischen Rechtsfakultäten konnte somit das legendäre Wort jenes Unterrichtsministers, der, die Uhr ziehend, befriedigt bemerkt haben soll: „à cette heure on compose en thème grec dans tous les collèges de France“, analoge Anwendung finden.

Und wie in der äusseren Organisation des Vorlesungswesens der letzte Rest der Lehrfreiheit geschwunden war, so waren dieselben auch innerlich auf das Peinlichste geregelt.¹¹⁷⁾

Die pflichtmässige Beobachtung der Legalordnung, die vorgeschriebene Vertheilung der Stunden auf Diktate und Erklärungen, der Hinweis auf die Mittel, zur Erzielung „positiver und praktischer“ Kenntnisse, liessen der geistigen Bewegungsfreiheit des Lehrers nur geringen Spielraum. Es ist nicht gewiss, ob die Anekdote, wonach Napoleon beim Anblick des ersten Kommentars zum *Code civil* ausgerufen haben soll: „*Les malheureux, ils vont me gâter mon Code*“, auf Glaubwürdigkeit Anspruch machen kann; die Organisation des Vorlesungswesens in den Rechtsfakultäten erscheint jedenfalls als der Ausfluss, einer diesem *dictum* entsprechenden Gesinnung.

So war die völlige Verstaatlichung des Vorlesungswesens, welche schon, wie wir sahen, in Folge der Konservirung einer nicht mehr zeitgemässen Lehrordnung im 17. Jahrhundert angebahnt worden, nunmehr zum Abschluss gekommen. Und die Wirkung dieser unfreien Organisation musste um so grösser sein, als offenbar die Zuweisung bestimmter Vorlesungen an die Lehrer durch den Staat, jetzt, bei der eingetretenen Differenzirung der Materien, eine ganz andere Bedeutung hatte, als zur Zeit, in welcher wesentlich eine Materie, das römische Recht, den Gegenstand der Lehrthätigkeit bildete. Jede, auch indirekte Konkurrenz und Belebung des Wettewifers war damit ausgeschlossen.

Es ist bezeichnend für die Universitätsentwicklung in beiden Ländern, dass die französische Lehrorganisation ihren geschilderten unfreien Abschluss fand, fast zur gleichen Zeit, als in der Organisation der Berliner Universität die deutsche, auf Freiheit und Initiative gegründete Lehrordnung ihren vollkommensten Ausdruck erhielt, und die von Münchhausen schon im 18. Jahrhundert vertretene Anschauung: „gelehrte *Monopolia* müssen nicht gestattet, sondern jedem Professor erlaubt werden, auch die zu seiner Profession nicht gehörige Disciplinen zu doziren,“¹¹⁸⁾ endgiltig triumphirte.

¹¹⁷⁾ *Instruction* v. 19. März 1807, art. 40—46.

¹¹⁸⁾ Rössler, Die Gründung der Universität Göttingen. S. 37.

Die thatsächlich gehaltenen Vorlesungen standen in engster Beziehung zu dem geschilderten Studiengange der *licence*: eine Vorlesung über die Justinianischen Institutionen, eine über Strafrecht und Prozess, daneben die drei den *Code civil* umfassenden Vorlesungen, das war der Vorlesungskadre, mit dem die Fakultäten in's Leben traten. Eine, von dem Gesetz vom 22. *ventôse an XII* verheissene Vorlesung über die „Elemente des Natur- und Völkerrechts,“ trat gar nicht in's Leben, und auch der, als Appendix der Vorlesung über *Code civil* gedachte, elementare Vortrag über „das französische Staatsrecht“ und das „Zivilrecht in seinen Beziehungen zur öffentlichen Verwaltung“ schwand, wohl aus politischen Gründen, alsbald wieder aus dem Lehrplan der Rechtsfakultäten.

Die vorstehend skizzierte Organisation des Rechtsunterrichts erhielt ihre Krönung durch die, in dem grundlegenden Gesetze gleichfalls hergestellte, enge Beziehung der Studienabschlüsse der Fakultäten, der Grade, zu den wichtigsten juristischen Berufen.¹¹⁹⁾ Da sich das ganze Leben der Fakultäten in der Vorbereitung zum Erwerbe der Grade erschöpfte, und diese nichts Anderes, als die gesetzliche Vorbedingung zum Eintritt in die juristischen Berufsstellungen sein sollten, so erschienen hiermit die Rechtsfakultäten in allen ihren Theilen auf diese letzteren hingeeordnet: der professionelle Charakter der Rechtsschule war damit zum vollkommensten Ausdruck gebracht. Die Ausführung all' der vorstehenden Anordnungen war nun keineswegs dem Eifer und der Einsicht der beteiligten Anstalten überlassen. Gleich zu Anfang war vielmehr den Rechtsfakultäten, ausser den Generalinspektoren, auch ein Vormundschaftsrath beigegeben, ein, meist aus Richtern zusammengesetzter, „*conseil de discipline et d'enseignement*“ sowie ein „*bureau d'administration*“, in welchen beiden Behörden das Lehrkollegium nur in der bescheidensten Weise vertreten war.¹²⁰⁾ An die Stelle dieser Räte trat dann, mit der Inkorporirung der Fakultäten in die *université*, die Eingangs erwähnte Behördenhierarchie dieser

¹¹⁹⁾ *Loi 22. ventôse an XII. Titre IV.*

¹²⁰⁾ *Décret v. 4. jour complémentaire an XII. Section IV.*

letzteren, welche das äussere und innere Dasein der Fakultäten wie der übrigen Lehranstalten souverän beherrschte.

Wenn wir die napoleonischen Rechtsfakultäten, wie sie sich nun darstellten, mit denjenigen von 1679 vergleichen, so können wir, wie gesagt, uns der Einsicht nicht verschliessen, dass Napoleon in dieser Beziehung nur vollendet hat, was im Prinzip zur Zeit Ludwig XIV. angestrebt wurde, was damals mit Rücksicht auf die äusseren Verhältnisse aber nur unvollkommen erreicht werden konnte: gute, vom Staate streng geleitete Schulen, ohne wissenschaftliche Aspirationen, denen nicht aus eigener Produktion, sondern vom staatlichen Zentrum aus das Licht kommen sollte. „*Placé sur un lieu plus éminent, le gouvernement voit l'ensemble de la science et en coordonne toutes les parties ses déterminations, j'ose le croire, seront la règle du mieux possible dans cette matière,*“¹²¹⁾ so charakterisirte, bei der Berathung des Gesetzes über die Rechtsschulen, ein Redner zutreffend die herrschende Auffassung über die Beziehungen des Staates zur Wissenschaft.

Der wesentlichste Unterschied der vorrevolutionären und der napoleonischen Organisation ist der, dass die Rechtsfakultäten aus professionellen, unpraktischen, nunmehr wahrhaft praktische Schulen geworden waren.

3. Die Aenderungen in der Organisation der Rechtsfakultäten bis zur neuesten Reformperiode.

Die napoleonischen Grundlagen haben sich gerade bei den Rechtsfakultäten ziemlich unverändert, bis auf die allerletzte Zeit erhalten. Dennoch sind in erster Linie die Rechtsfakultäten Gegenstand mannigfacher Reformversuche im Laufe des Jahrhunderts gewesen. Es erklärt sich dies schon aus der Thatsache, dass sie, wie oben erwähnt, neben den medizinischen Fakultäten, die in Folge der Entwicklung der medizinischen Wissenschaften überhaupt eine Sonderstellung einnehmen konnten, bei Weitem die meisten Schüler zählten.

¹²¹⁾ Sédillez, Vor dem Tribunat. — Folleville, *Recueil des règlements des facultés de droit*. S. 28.

Auch brachte die Natur der Rechtsstudien es mit sich, dass manche politische Wandlungen auch in der Behandlung der Rechtsfakultäten ihren Widerhall fanden.

So war die Restauration nach den ersten Jahren, in welchen Manches, insbesondere für die Pariser Fakultät, gethan wurde, den Rechtsfakultäten, die als Oppositionsheerde galten, wenig günstig gesinnt. Im Jahre 1822 wurden z. B. in Paris die Kurse mehr wissenschaftlichen Charakters beseitigt, und die Fakultäten auf die Vermittlung der „*connaissances usuelles et positives*“ hingewiesen.¹²²⁾

Eine lebhafte Reformthätigkeit versuchte dagegen die Julimonarchie, unter den Unterrichtsministern Cousin und Salvandy. Namentlich letzterer Minister, der zweimal an der Spitze der Unterrichtsverwaltung stand, strebte umfassende und heilsame Reformen an. Er bildete eine Kommission aus juristischen Notabilitäten und suchte durch Veranstaltung von Studienreisen, namentlich nach Deutschland, dieser Reformkommission ein geeignetes Material zur Verfügung zu stellen.¹²³⁾ Ein grossangelegtes, aus diesen Vorbereitungen hervorgegangenes Reformprojekt, welches, obwohl auf den napoleonischen Grundlagen fortbauend, doch ein durchaus neues, wissenschaftliches Leben den Rechtsfakultäten einzuflössen geeignet war, namentlich auch eine entsprechende Berücksichtigung der Staatswissenschaften vorsah, unterlag den Berathungen der Pairskammer, als die Ereignisse der Revolution von 1848 dem Entwurfe ein vorzeitiges Ende bereiteten.¹²⁴⁾

Seitdem ist es zu so umfassenden Aenderungsversuchen nicht mehr gekommen.

Nachdem man vergeblich versucht hatte, einen weiteren Plan des Ministers Salvandy auszuführen, und, in der 1848 gegründeten *école d'administration*, den staatswissenschaftlichen

¹²²⁾ *Ordonnance* v. 6. September 1822.

¹²³⁾ Bemerkenswerth ist namentlich der Bericht von Ch. Vergé, *Rapport sur l'enseignement du droit dans quelques parties d'Allemagne* (Paris 1846).

¹²⁴⁾ Das Projekt vom 9. März 1847 mit seinen Motiven findet sich abgedruckt in der *Revue de législation et de jurisprudence* (éd. Wolowski.) 1847. I. S. 335, 341 ff.

Unterricht neben den Rechtsfakultäten zu organisiren,¹²⁵⁾ herrschte bis 1870 fast vollständige Ruhe. Zu erwähnen bleibt nur der, unter dem Ministerium Duruy 1869 ausgearbeitete Plan, in der Pariser Fakultät eine staatswissenschaftliche Sektion zu errichten.¹²⁶⁾ Auch hier haben die Ereignisse von 1870 die Ausführung unmöglich gemacht.

Wenn wir nun nach den thatsächlichen, im Einzelnen erfolgten Aenderungen fragen, welche die napoleonische Organisation bis zu den siebziger Jahren erfahren hat, so ist in erster Linie die Beseitigung des Konkurses um die Professuren zu nennen. Die Frage der Erhaltung oder Abschaffung des Konkurses hat in dem Leben der Hochschulen eine so grosse Rolle gespielt, dass es sich wohl lohnt, einen Blick auf die dabei in Betracht gekommenen Gesichtspunkte zu werfen.

Es lässt sich begreifen, dass bei einer so unfreien Verfassung, wie sie den napoleonischen Fakultäten gegeben war, jede Institution, die als Einschränkung der administrativen Willkür erschien, sich einer weitgehenden Popularität erfreuen durfte. So galt denn auch der Konkurs um die Professuren, insbesondere nachdem thatsächlich unter der Restauration einige Versuche gemacht worden waren, ihn zu umgehen, fast allgemein, als ein Palladium der Freiheit und Selbstständigkeit der Hochschulen. Zugleich entsprach er auch dem, seit der Revolution in Frankreich so ausgebildeten Sinne für formale Gleichheit. Endlich wandten die Veranstaltungen eines Konkurses, die öffentlichen Wettkämpfe der Kandidaten, dem Leben der Fakultäten einen Augenblick die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit zu, und gaben ihm damit einen gewissen äusseren Glanz, dessen es sonst nur allzu sehr entbehren musste: sie erfüllten die Aufgabe, welche Cujaz, aus anderem Anlass, treffend als „*bailler bruiet à une université*“ bezeichnete.¹²⁷⁾ Wenn

¹²⁵⁾ *Rapport* und *Projet* des Unterrichtsministers Carnot vom 7. April 1848.

¹²⁶⁾ *Bulletin administratif de l'instruction publique* vom 15. Juli 1869.

¹²⁷⁾ Cujaz an die Stadt Besançon *Nouvelle rev. hist. etc.* I. 1877. S. 684. Ueber diese, im Lehrpersonale der Fakultäten herrschende Auffassung des Konkurses vgl. Villequez, l. c. *Nouv. revue hist. etc.* 1874. S. 630.

man ferner berücksichtigt, dass der Konkurs nunmehr auf eine Existenz von mehreren Jahrhunderten zurückblicken konnte, so erklärt es sich, dass er namentlich in dem Lehrpersonal der Fakultäten, welches ihn selbst überstanden hatte, warme Sympathien genoss.

Andererseits machten sich doch auch schwerwiegende Bedenken gegen denselben geltend, die namentlich unter der Julimonarchie zu lebhaften Kontroversen Anlass gaben.

Nicht mit Unrecht sah man in dem Konkurse ein Hinderniss der wissenschaftlichen Entwicklung der Fakultäten. Die in ihm geforderten Arbeiten, fast extemporirte Probevorträge und Disputation, hatten ihre Daseinsberechtigung in der scholastischen Zeit, wo ein sicheres und schlagfertiges Operiren mit Begriffen das wesentlichste Mittel des Fortschritts in der wissenschaftlichen Erkenntniss war; sie standen jedoch offenbar mit den modernen Mitteln der wissenschaftlichen Produktion, die, auch in der Rechtswissenschaft, wesentlich empirisch, auf Grund umfassenden, sorgfältig verarbeiteten Materials zu ihren Resultaten kommt, nicht im Einklange.

Es hatte dies natürlich zur Folge, dass der wissenschaftlich bedeutende Kandidat hinter dem schlagfertigen zurückstehen musste, und dass somit die vielleicht werthvollsten Elemente von dem Lehrpersonal ausgeschlossen blieben. Andererseits war auch bei den siegreichen Kandidaten, deren Vorbereitung naturgemäss von den geforderten Konkursarbeiten beherrscht wurde, eine der wissenschaftlichen Produktion wenig förderliche Geistesgewöhnung erzeugt, die auch später abzuliegen nicht leicht war. Ausgeschlossen waren namentlich die auf einem Spezialgebiete bedeutenden Gelehrten. Da die Arbeiten sich fast ausschliesslich auf dem allgemeinen Gebiete des römischen Rechts und des französischen Zivilrechts bewegten, musste der Spezialist gegenüber dem in allen Sätteln, wenn auch nur oberflächlich Gerechten, den Kürzeren ziehen. Und diesem Mangel konnte auch durch eine bessere Anpassung der Arbeiten an das, dem zu besetzenden Lehrstuhle zugewiesene Spezialfach nicht abgeholfen werden. Es hätten sich eben nicht Kandidaten gefunden, die vielleicht viele Jahre lang auf das Freiwerden eines solchen gewartet hätten, wäh-

rend den Konkurrenten, die ihr Augenmerk auf die zahlreich vertretenen Lehrstühle des *Code civil* und *droit romain* richteten, vielleicht alljährlich mehrmals die Gelegenheit eines Erfolges geboten sein sollte. Die Aufgaben mussten daher so allgemein gehalten sein, dass jeder Kandidat um jede Professur sich bewerben konnte; und dadurch schloss man den Spezialforscher eben aus.

Desgleichen konnten bedeutende Gelehrte durch die Unsicherheit eines, von vielen Nebenumständen abhängigen Erfolges nur abgeschreckt werden, während der Einsatz des jungen Kandidaten, der alles zu gewinnen, nichts zu verlieren hatte, ein ungleich geringerer war. Dazu kam die leidige Einrichtung der Disputation, welche mit scharfen persönlichen Spitzen, oft vor einem parteilichen und Partei ergreifenden Auditorium geführt, demjenigen, der durch seine wissenschaftlichen Leistungen sich bereits einen Namen erworben, von einer Gefährdung desselben zurückhalten musste. Endlich wurde naturgemäss durch den Konkurs eine Unsicherheit der Lehrkarriere bedingt, die es wohl keinem Kandidaten gestattete, sich ausschliesslich der Vorbereitung auf einen, ihm vielleicht durch überlegene Konkurrenten immer verschlossenen Beruf zu widmen.

Hiezu kamen allerhand praktische Schwierigkeiten, der Zeitverlust,¹²⁸⁾ die Unzufriedenheit, welche jede Entscheidung natürlich bei den Unterlegenen, die vielfach bereits anderwärts Professuren bekleideten,¹²⁹⁾ wachrief, die Störung im Leben der Fakultäten.

Einigen der genannten Missstände hatte man durch Verbesserungen im Einzelnen abzuhelpen gesucht. So war man schliesslich, um den Konkurs den lokalen engen Gesichtspunkten zu entziehen, zu einer vollkommenen Zentralisation

¹²⁸⁾ 1839 dauerte ein Konkurs von Januar bis Ende Juni. In den alten Rechtsfakultäten nahm er noch mehr Zeit in Anspruch, so in Rennes 1743/44 14 Monate. Vgl. Chénon, *Les anciennes facultés des droits de Rennes*. S. 62.

¹²⁹⁾ Der Professor, welcher seinen Lehrstuhl mit einem anderen vertauschen wollte, musste sich, wie jeder andere Kandidat, dem Konkurse unterziehen.

desselben gelangt, wonach sämtliche, in den Fakultäten sich ergebende Vakanzen, auf Grund eines gemeinsamen, meist in Paris abgehaltenen Konkurses, der vor einer grossen, aus Lehrern, Richtern und Gelehrten gebildeten Jury stattfand, besetzt wurden. Dann hatte man auch eine Berücksichtigung, der etwa schon früher erbrachten wissenschaftlichen Leistungen des Kandidaten, zugesichert¹³⁰⁾ — offenbar eine Halbheit, die entweder wirkungslos bleiben, oder aber den Konkurs zu einem Scheinkampfe machen musste.

Nach dem Gesagten begreift es sich, dass gerade die einsichtigsten Freunde der Hochschulen in dem Konkurse, nicht ein Palladium der Freiheit, sondern der unwissenschaftlichen Routine und ein Produkt verständnissloser Gleichmacherei sehen wollten.

Die letzten Jahre der Julimonarchie brachten viele und erregte Diskussionen über die Frage des Konkurses; auch das Parlament erlebte bedeutungsvolle Debatten über diesen für die Hochschulen so wichtigen Gegenstand. Namentlich Victor Cousin, der in berühmt gewordenen Parlamentsreden den Konkurs bekämpfte, ist es zu danken, dass endlich die Gegner desselben die Oberhand behielten.¹³¹⁾ Nachdem schon früher für die medizinischen Fakultäten der Konkurs gefallen war, wurde derselbe 1852 auch für die übrigen Fakultäten beseitigt.¹³²⁾

An seine Stelle ist die direkte Ernennung der Professoren durch das Staatsoberhaupt, auf Grund von Vorschlagslisten, die von der beteiligten Fakultät, sowie dem *conseil académique* aufzustellen waren, getreten. Ueber den jetzigen, nur wenig hinsichtlich des Präsentationsrechts geänderten Modus werden

¹³⁰⁾ *Arrêté* v. 20. März 1840.

¹³¹⁾ Cousin fasste folgendermassen sein Urtheil über den Konkurs zusammen: „*L'institution du concours coûte beaucoup d'argent et de temps; elle accable les juges, elle repousse les hommes supérieurs, elle encourage et favorise la médiocrité bien dressée, elle substitue l'apparence à la réalité, elle ôte au professorat sa dignité, elle est mortelle à l'esprit de recherche, au mouvement et au progrès de la science*“. Die Rede ist abgedruckt *Revue de législation et de jurisprudence* 1847. II. S. 187.

¹³²⁾ *Décret-loi* v. 9. März 1852, art. 2. *Décret* v. 22. August 1854, art. 6, 7.

wir unten zu sprechen Gelegenheit haben; ebenso über den, jetzt eigentlich die Stelle des Professurenkonkurses einnehmenden, zentralen Konkurs um die Stellungen der Hilfslehrer, den Agregationskonkurs.

Abgesehen von dieser wichtigen organisatorischen Aenderung, beschränkte sich die Ausgestaltung der Rechtsfakultäten meist auf die, im langsamsten Tempo sich vollziehende Einführung neuer Kurse, durch Neuerrichtung von Lehrstühlen seitens der Zentralverwaltung. In dieser Beziehung bestand jedoch ein grosser Unterschied zwischen Paris und der Provinz; während in Paris die neuen Vorlesungen sich mehrten, (bisweilen allerdings auch, wie das 1852 als politisch bedenklich unterdrückte *droit constitutionnel* wieder schwanden), blieben die Provinzialfakultäten in weiter Entfernung zurück. Abgesehen von einigen wenigen, ohne Plan und Auswahl den einzelnen Fakultäten zugewendeten Spezialkursen, beschränkte sich die Bereicherung der Vorlesungskadres hier, in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, fast nur auf die Einführung des Handelsrechts, des Verwaltungsrechts und einer zweiten Vorlesung über das römische Recht. Erst mit der, in den sechziger Jahren mehr in Gebrauch gekommenen Einrichtung der *cours complémentaires*,¹³³⁾ d. h. einzelner, vom Minister ohne Neuerrichtung eines Lehrstuhles, einem Professor im Nebenamte überwiesener Vorlesungen, nahm die Bereicherung des Vorlesungskadres in der Provinz etwas rascher zu.

Die Studienorganisation der Fakultäten brachte es nun mit sich, dass eine Vorlesung nur dann lebensfähig sein konnte, wenn sie in die Laufbahn eines der Studienziele eingereiht war. Um die Studien der *licence* nicht zu überlasten, wurden daher die in den neueingeführten Spezialkursen behandelten Materien dem *doctorat* dienstbar gemacht und besondere Befragungen über dieselben in einem der Doktoratsexamina vorgeschrieben. Von da aus drangen sie dann auch manchmal in die Studien der *licence* ein; so namentlich das Verwaltungs-

¹³³⁾ Die Salvandy'sche Reform hatte namentlich eine Entwicklung der *cours complémentaires* im Auge gehabt. Vgl. über Dijon Villequez, l. c. *Nouvelle revue hist. etc.* 1874. S. 541 ff.

recht, das Handelsrecht und die Erweiterung der römisch-rechtlichen Institutionenvorlesung.

Sonst blieb die Studienordnung, bis auf kleine disciplinäre und methodische Aenderungen¹³⁴⁾, das Schwinden des Lateins aus den Examina, die Entstehung des Gebrauchs gedruckter Doktordissertationen etc. fast völlig unverändert. Andere gutgemeinte Anordnungen verfehlten ihren Zweck, wie z. B. die Einführung der, von den *agrégés* abzuhaltenden Uebungen, „*conférences*“,¹³⁵⁾ die zu Examensrepetitionen herabsanken, und die den Rechtsstudirenden auferlegte Einschreibung bei den *facultés des lettres*,¹³⁶⁾ welche schliesslich nur noch eine fiskalische Bedeutung hatte. Eingebürgert haben sich dagegen auch in den Rechtsfakultäten, die überhaupt in Frankreich so beliebten „Konkurse“ der Studirenden.¹³⁷⁾ Solche wurden, mit ausgesetzten Preisen, in jeder Fakultät für die Schüler der verschiedenen Jahresklassen eingeführt; daneben noch ein Konkurs, an dem sich die im dritten Jahre Studirenden sämtlicher Rechtsfakultäten betheiligen können. Hiermit ist die Aufzählung der in der napoleonischen Organisation der Rechtsfakultäten bis 1870 vorgenommenen Aenderungen wohl wesentlich erschöpft; wir können sonach sagen, dass sich das äussere Bild der napoleonischen Rechtsfakultäten, bis zu dem genannten Zeitpunkt in seinen Umrissen kaum verändert hatte.

4. Die inneren Zustände der Rechtsfakultäten bis zur neuesten Reformperiode.

Das innere Leben der Rechtsfakultäten wurde in dieser Zeit völlig von der ihnen, bei ihrer Gründung durch Napoleon ertheilten Aufgabe beherrscht. Sie beschränkten sich darauf,

¹³⁴⁾ Dieselben hatten jedoch manchmal einen keineswegs methodologischen Grund, wie z. B. die Verlegung des in Paris 1834 eingeführten *droit constitutionnel* aus dem dritten Jahre der *licence* in das 4. Jahr (*doctorat*). Es hatten bei der genannten Vorlesung politische Demonstrationen stattgefunden, und man wünschte so, auf einfache Weise, das Auditorium zu verringern.

¹³⁵⁾ *Décret* v. 10. Januar 1855.

¹³⁶⁾ *Décret* v. 10. April 1852.

¹³⁷⁾ *Ordonnance* und *arrêté* v. 17. März 1840, *décret* v. 27. Jan. 1869.



mehr oder weniger gut ihre professionellen Pflichten zu erfüllen, sie zählten auch, namentlich in Paris, Gelehrte unter ihren Mitgliedern, als Anstalten jedoch waren sie fern von jedem wissenschaftlichen Ehrgeiz und machten auch kaum Anspruch darauf, als Zentren der Wissenschaft betrachtet zu werden.

Diese, sagen wir „Unwissenschaftlichkeit“ der Rechtsfakultäten, kam am deutlichsten in ihrem Vorlesungskadre zum Ausdruck, wie sie nicht zum Wenigsten auch in dem Vorlesungswesen ihren Grund hatte.

Kaum je konnte, wie wir bereits angedeutet, der Rahmen der Vorlesungen darauf Anspruch machen, auch nur einigermaßen mit dem Stande der Wissenschaft im Einklang zu stehen. Fand sich doch, während in Deutschland die historische Schule blühte, und ihre Errungenschaften durch Männer, wie Laboulaye, Giraud u. A., auch nach Frankreich vermittelt wurden, ausser in Paris, bis in die zweite Hälfte des Jahrhunderts keine rechtsgeschichtliche Vorlesung in den französischen Rechtsfakultäten; beschränkte sich doch, wieder abgesehen von der, in dieser Beziehung auch nicht eben glänzend ausgestatteten Pariser Fakultät, die Pflege des öffentlichen Rechtes auf je eine Vorlesung über Verwaltungsrecht.¹³⁸⁾

Die Schuld lag, nach der oben geschilderten Vorlesungsorganisation, an der Zentralverwaltung, in deren Hände die Erweiterung des Vorlesungskadres ja allein gelegt war. Auf die Initiative des Lehrpersonals war in dieser Beziehung in keiner Weise gerechnet, ja oft wurde dieselbe nicht einmal gewünscht.¹³⁹⁾ Ein von Cousin gemachter Versuch, die *suppléants* zu freiwilligen Kursen zu veranlassen,¹⁴⁰⁾ scheiterte bald

¹³⁸⁾ Nur Strassburg hatte eine 1867 beseitigte Vorlesung über Völkerrecht. — In Toulouse wurde 1859 eine rechtsgeschichtliche Vorlesung eingerichtet.

¹³⁹⁾ Die Abhaltung eines *cours public* war sogar an eine Gebühr geknüpft, *arrêté* v. 7. April 1809, *instruction* v. 26. Februar 1810. Das *règlement* v. 11. November 1826, art. 194 sagt: *Les recteurs veillent à ce que, sous aucun prétexte, il ne soit fait aucun cours quelconque sans l'autorisation préalable du Conseil royal.*

¹⁴⁰⁾ *Ordonnance* v. 23. März 1840.

an dem Fehlen jedes Interesses dieser Hilfslehrer an der freiwilligen Uebernahme einer solchen Last.

War somit, durch die Vernachlässigung seitens der Unterrichtsverwaltung und das Fehlen der Initiative des Lehrpersonals, das äussere Bild der in den Fakultäten vertretenen Lehre mit dem Stande der Wissenschaft nicht im Einklang, so bildete auch die Fortdauer der inneren Beschränkungen der Lehrfreiheit ein Hinderniss der wissenschaftlichen Entwicklung. Jede neue in die Studienordnung eingefügte Vorlesung trat mit einem obrigkeitlichen „Programm“ ins Leben,¹⁴¹⁾ welches die Grundlage für das Examen aus dem betreffenden Fache bildete und zugleich eine entsprechende Eintheilung der Vorlesung seitens des Lehrers erzwang. Velleitäten, welche auf eine Emanzipirung von dem Programme abzielten, wurden unterdrückt, wie denn die alte Vertheilung der Materien des *Code civil* auf drei Jahre, welche dem Lehrer einen wahren „*mos Italicus*“ aufzwingt, gelegentlich energisch in Erinnerung gebracht worden ist.¹⁴²⁾ Selbst der methodische Fortschritt innerhalb der einzelnen Fächer war damit wesentlich in die Hände der Unterrichtsverwaltung gelegt.

Der Zustand des Vorlesungswesens lässt es daher begreiflich erscheinen, wenn in den Rechtsfakultäten nur wenig Neigung vorhanden war, auf Grund der Lehrthätigkeit wissenschaftlich-produktiv thätig zu werden.

Wenn wir ferner uns den ungünstigen Einfluss des Professurenkonkurses in dieser Beziehung vergegenwärtigen und bedenken, wie drückend auch das ausgedehnte, fast mechanische Examenswesen wirken musste, wenn wir endlich erwägen, dass derjenige Antrieb zur wissenschaftlichen Bethätigung den französischen Rechtsfakultäten fast völlig fehlte, welchen die Achtung der Nation vor den Hochschulen, als Zentren der Wissenschaft gewähren kann, so wird es nicht überraschen, dass, abgesehen von Paris und sonstigen seltenen Ausnahmen, das Lehrpersonal der Rechtsfakultäten dem wissenschaftlichen Leben in einer

¹⁴¹⁾ So wurde noch 1862 ein Programm für das Verwaltungsrecht gegeben, *arrêté* v. 31. Dec. 1862, *circulaire* v. 15. Juni 1863.

¹⁴²⁾ Vgl. *arrêté* v. 22. Sept. 1843.

Weise fremd gegenüberstand, die demjenigen unverständlich bleibt, der gewöhnt ist, den Maassstab der deutschen Universität anzulegen.

So klagt der Unterrichtsminister Salvandy¹⁴³⁾: „*Le professorat ne s'adonne point à la culture patiente, continue, élevée de la science. En général on enseigne, on n'étudie plus. Les hommes, les plus versés dans la science et, vivant pour ainsi dire dans son sein, la négligent*“. Er befürchtet sogar einen raschen Niedergang der Wissenschaft, welche der „*simple pratique*“ überlassen sei.

Die Berechtigung dieser Klage wird offenbar, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass noch um die Mitte des Jahrhunderts eine Fakultät sich zu folgender Aeusserung versteigen konnte: „*La science du droit, comme la science de la théologie est une science faite depuis longtemps et pour toujours. Il ne reste plus qu'à l'enseigner et l'enseignement s'améliorera par la pratique des affaires*.¹⁴⁴⁾

Wenn überhaupt eine wissenschaftliche Thätigkeit stattfand, so hatte sie meist, wie in den letzten Zeiten der alten Rechtsfakultäten, ihre Grundlage in der allgemein üblichen praktischen Nebenbeschäftigung, der Advokatur und hatte auch vornehmlich die juristische Praxis, direkt oder indirekt zum Gegenstande.¹⁴⁵⁾ Manche Fakultäten behaupteten sogar traditionell eine angesehene Stellung in dem *barreau*, der Gesamtheit der Advokaten eines Gerichtshofes, wie z. B. lange Zeit die Fakultät zu Caen, in welcher der ebenso scharfsinnige, als „bändereiche“ Demolombe sogar eine Berufung nach Paris ausschlug. Im Ganzen kann man aber keineswegs sagen, dass die Rechtsfakultäten als solche, trotz der persönlichen Erfolge einzelner ihrer Mitglieder, auf die Praxis

¹⁴³⁾ *Exposé de M. de Salvandy à la commission des hautes études de droit. Revue de législation et de jurisprudence. IX. 1838/39. S. 382.*

¹⁴⁴⁾ *Rendu, Rapport sur les facultés de droit de Caen et de Rennes. Revue de législation. IX. S. 462.*

¹⁴⁵⁾ Vgl. das Urtheil Riviers über die französische juristische Literatur in diesem Jahrhundert in Holtzendorffs Encyklopädie, 5. Aufl. S. 696. — Auch Mittermaier in der *Revue de législation etc.* 1845. I. S. 277 ff.

grossen Einfluss gewonnen hätten, vielmehr beherrschte umgekehrt die Praxis das Leben der Rechtsfakultäten; der *recueil d'arrêts* war nur zu häufig die Quelle des Vortrags.

War so das wissenschaftliche Niveau der Fakultäten nicht eben ein hohes, so ist andererseits über praktische Pflichtwidrigkeiten, wie sie das 18. Jahrhundert gesehen hatte, kaum zu berichten. Ab und zu mag die Erwägung, dass eine grössere Schülerzahl das *éventuel* vermehrte, die Strenge dagegen die lernbegierige Jugend von der Fakultät abschrecken konnte, zu einer unzeitigen Milde bei den Examina geführt haben. Auch war es in Paris wiederholt nothwendig, einzuschärfen, dass diejenigen Mitglieder der Fakultät, welche Repetitionen geben, ihre Klienten nicht examiniren sollten, bis dann die Repetitionen den Mitgliedern der Fakultäten überhaupt verboten wurden. Im Ganzen war aber schon die Aufsicht zu strenge, um ernste Missbräuche, selbst wenn zu solchen Neigung vorhanden gewesen wäre, einreissen zu lassen.

Dagegen machte sich das unglücklich organisirte Gehaltswesen der Professoren in anderer Weise störend bemerkbar. Jede Neuerrichtung eines Lehrstuhles, welche nach Lage der Sache doch das einzige wirksame Mittel der wissenschaftlichen Ausgestaltung der Fakultäten war, bedingte eine Verminderung des *éventuel* der bisherigen Professoren durch das Hinzukommen eines neuen Divisors. Es lässt sich daher denken, dass diese Einführung nicht immer ohne Schwierigkeiten vor sich ging.

Endlich hatte sich auch eine ganz eigenthümliche Vorstellung, über das Eigenthumsrecht des Professors an dem mit seinem Lehrstuhle verknüpften Lehrgegenstande, herausgebildet. Die Pariser Fakultät sah z. B. in der, durch die Regierung vorgenommenen Uebertragung des Zivilprozesses an einen besonderen Lehrer, eine schwere Verletzung der Rechte des bisherigen Inhabers des Lehrstuhles für den mit dem Strafrecht vereinigten Zivilprozess;¹⁴⁶⁾ eine gute Illustration zu der Wirkung „gelehrter Monopolia“. — Im Grossen und

¹⁴⁶⁾ *Délibération* der Pariser Fakultät vom 26. Aug. 1830. Unter der Julimonarchie wurde dann die „*inamovibilité de l'enseignement*“ mit Eifer von der Fakultät, gegenüber der Regierung, verfochten.

Ganzen kann der Zustand der Rechtsfakultäten in dieser Zeit, als der einer ungesunden Ruhe bezeichnet werden. Wenn einerseits die Berufspflicht nicht schwer verletzt wurde, so fehlte es doch auch andererseits an jeder freien Regung, an jedem ernstem und verständnissvollen Streben, den Fakultäten eine wissenschaftlich-lebensvolle Stellung zu erringen. Fast immer sind die Vertheidiger der Reformen ausserhalb des Fakultätsverbandes stehende Männer, während die hartnäckigsten Vertreter des herrschenden, wenig rühmlichen Systems, sich in den Rechtsfakultäten finden.¹⁴⁷⁾ — Was nun die Studirenden angeht, so hatte begreiflicherweise das „*faire son droit*“, namentlich in den Provinzialfakultäten, nicht eben einen wissenschaftlichen Beigeschmack. Man folgte, meist ohne inneres Interesse, dem Unterrichte und bereitete sich mit Hilfe der traurigsten Eselsbrücken, unter der Mitwirkung von Repetitoren, die für den Fall des Misserfolges den Preis ermässigten,¹⁴⁸⁾ auf die jeweiligen Jahrexamina vor, die übrigens für die ersten Jahre der *licence* oft kaum ernst genommen wurden.

Zur Dämpfung des Studieneifers mochte auch vielfach die Erwägung beitragen, dass die angesehenste juristische Karriere,

¹⁴⁷⁾ Die ziemlich umfangreiche Literatur aus der Zeit der Salvandy'schen Reform findet sich grösstentheils in den Jahrgängen 1838 bis 1847 der Zeitschriften: *Revue de législation et de jurisprudence* (éd. Wolowski) und der *Revue étrangère et française de législation, de jurisprudence et d'économie politique*. (éd. Foelix.) — Der eifrigste Befürworter der Reform nach deutschem Muster, auch in der Frage des Konkurses, war der nicht den Rechtsfakultäten angehörende, verdienstvolle Laboulaye, der in zahlreichen Schriften und mit Geschick seine Ansicht verfocht. So: *de l'enseignement du droit en France et des réformes dont il a besoin*. Paris 1839. — *De l'enseignement et du noviciat administratif en Allemagne*, *Revue de législat.* 1843. S. 513 ff. — *Réflexions sur l'enseignement du droit en France*. Das. 1845. III. S. 289 ff. — *Examen du projet de loi sur l'enseignement du droit*. Das. 1847. I. S. 280 ff. — Gegenausführungen der sonst ausgezeichneten Rechtslehrer Bonnier, Valette, Roustain in der *Revue étrangère etc.* in den Jahrgängen 1843, 1845, namentlich 1846 S. 150, 193 ff., 131 ff., 219 ff. — Bedeutungsvoll sind die bereits citirten Ausführungen des reformeifrigen Professors Hepp, *Revue de législation etc.* 1841.

¹⁴⁸⁾ „*Pour 100 fr. on garantit la réception*“ heisst es in der Ankündigung eines solchen Repetitors. *Revue étrangère etc.* 1837. (IV.) S. 535.

die der *magistrature*, doch nur den, durch Geburt und Beziehungen dazu Prädestinirten, offen stand: eine, auf dem von Napoleon eingeführten Präsentationsrechte der Gerichtspräsidenten und Generalprokuratoren, beruhende Reminiscenz an die vorrevolutionäre Erblichkeit der Aemter.

Fehlte es somit bei Vielen am Interesse für den Unterricht, so waren auch die mannigfachen Reize nichtwissenschaftlicher Natur, welche den deutschen Studirenden an die kleineren Universitätsstädte fesseln, das Verbindungswesen, kurz, das eigentliche studentische Leben, für den Studirenden in den französischen Provinzialfakultäten nicht vorhanden. Daher denn einerseits der Drang nach Paris, wo die besseren Elemente alle die Bildungsmittel finden konnten, welche sie in der Provinz meist entbehren mussten, und die Uebrigen der lästigen, sonst üblichen Kontrolle des Vorlesungsbesuchs entgingen, die in Paris mit Rücksicht auf die grosse Zahl der Studirenden nicht möglich war: weit mehr als die Hälfte aller Rechtsstudirenden gehörte daher stets der Pariser Fakultät an.¹⁴⁹⁾ Andererseits das weit verbreitete Bestreben, am häuslichen Heerde sich den Strapazen des Hörsaales zu entziehen. So war oft in gewissen Provinzialfakultäten, mehr als die Hälfte der Eingeschriebenen von dem Aufenthalte am Sitze der Fakultät dispensirt, und diese letztere oft auf dem besten Wege, aus einer Lehranstalt in eine blosse Examenskommission sich zu verwandeln. Da dieser Zustand auch heute noch nicht ganz beseitigt ist, so werden wir unten Gelegenheit haben, hierauf zurückzukommen.

Der Gesamtzustand der Rechtsfakultäten war somit vor Beginn der neuesten Reformperiode des Hochschulwesens ein wenig erfreulicher. Man kann gewiss zum Theil von ihnen wiederholen, was von ihren Vorgängerinnen, den alten Rechtsfakultäten im 18. Jahrhundert, galt: sie nahmen, allerdings vielfach ohne ihre Schuld, keineswegs die ihnen in dem geistigen Haushalte der Nation gebührende Stellung ein.

Wenn es nun auch meist an dem Willen und der Einsicht, eine durchgreifende Besserung herbeizuführen, fehlte, so war

¹⁴⁹⁾ So waren 1846 von 4711 Rechtsstudirenden 3183 in Paris.

das Gefühl für die vorhandenen Mängel doch ein sehr lebendiges. Am lebhaftesten wurde, wie das auch die stets wiederholten Reformversuche beweisen, das völlige Brachliegen der staatswissenschaftlichen Studien beklagt; es fehlte an jeder Vorkehrung für eine entsprechende Heranbildung der höheren Verwaltungsbeamten. Neben diesem professionellen Mangel empfanden aber einsichtige Beurtheiler mehr und mehr auch die Lücke, welche das Versagen der Rechtsfakultäten auf wissenschaftlichem Gebiete liess. Man musste befürchten, dass die theoretische Seite der Jurisprudenz im Lande des Cujaz, bei der unzureichenden Pflege seitens ihrer, durch die Natur der Sache in erster Linie berufenen Vertreter, in der Dürre der Praxis vollkommen unterzugehen bestimmt sei.

Die bedauerliche Wirkung dieser Erkenntniss von den Mängeln der Rechtsfakultäten, war nun aber eine weitgehende Missachtung derselben in der öffentlichen Meinung. Man kann wohl sagen, dass nach der allgemeinen Anschauung die Rechtsstudien, unter denjenigen der Hochschulen überhaupt, den letzten Rang einnahmen.

Es kam dies in vielen Einzelheiten, besonders auch in der finanziellen Fürsorge für die Rechtsfakultäten, zum Ausdruck. Mussten sie doch dem Staate sogar Ueberschüsse einbringen; noch 1877,¹⁵⁰⁾ als die Verhältnisse sich bereits gebessert, überstiegen die Einnahmen des Staates aus den Gebühren etc. der Rechtsfakultäten, seine für sie zu machenden Aufwendungen um 259 560,75 Frs.

Nicht zum Wenigsten machte die Missgunst, unter der die Rechtsstudien litten, auch in der mehrerwähnten allgemeinen Hochschul-Reformbewegung, und ihrem Verhalten zu den Rechtsfakultäten sich geltend. Obwohl schon 1871 eine Reformkommission für die Rechtsfakultäten eingesetzt worden war,¹⁵¹⁾ sind weitergehende Reformen von prinzipieller Bedeutung, wie sie das Leben der anderen Fakultäten schon früher umgestaltet

¹⁵⁰⁾ *Statistique de l'enseignement supérieur*. 1889. S. 662.

¹⁵¹⁾ Der Bericht über die Arbeiten derselben von Accarias in der *Revue critique de législation et de jurisprudence*. 1873/74. B. III. S. 508 ff.

haben, erst in allerletzter Zeit bei den Rechtsfakultäten versucht worden.

Es steht zu hoffen, dass, wenn diese erst die gewünschte Wirkung gethan haben, auch das Verhalten der öffentlichen Meinung, und das durch diese beherrschte der verantwortlichen Autoritäten, sich ändern wird. Einstweilen jedoch hat man noch ganz kürzlich den Rechtsfakultäten ein *privilegium odiosum*, durch das neue demokratische Militärgesetz, zugebracht: während die Studien der *licence ès lettres* und *ès sciences*, sowie das, naturgemäss von fast allen Medizinern erstrebte *doctorat en medecine*, Anrecht auf Beurlaubung nach nur einjährigem Dienste gewähren, soll die *licence* bei den Rechtsstudien hierzu nicht genügen, sondern nur das *doctorat*, welches jetzt ein Studium von fünf bis sechs Jahren erfordert und von der verschwindenden Minderheit der Rechtsstudirenden natürlich nur erworben wird, einen Anspruch auf die genannte Vergünstigung ertheilen.¹⁵²⁾

¹⁵²⁾ Rekrutirungsgesetz vom 15. Juli 1889, art. 23.



Dritter Abschnitt.

Der heutige Zustand der französischen Rechtsfakultäten.

Die Darstellung der Veränderungen, welche die neue Hochschulreform im Leben der Rechtsfakultäten bewirkt hat, lässt sich wohl am besten mit unserer eigentlichen Aufgabe, der Schilderung des jetzigen Zustandes dieser Anstalten, verbinden.

Wir lassen hierbei die einzelnen Faktoren des Lebens dieser Hochschulen, deren Entwicklung wir vorstehend in grossen Zügen zu zeichnen versuchten, nochmals an uns vorüberziehen. Es wird sich so Gelegenheit geben, sowohl die neuesten Aenderungen anschaulich zu machen, als auch dasjenige, was sich aus dem früheren Zustande erhalten hat und was wir bisher nur andeutungsweise berühren konnten, nunmehr eingehender zu berücksichtigen. Einige Wiederholungen werden sich hierbei naturgemäss nicht vermeiden lassen.

Es giebt jetzt¹⁾ 13 Rechtsfakultäten: zu Aix, Bordeaux, Caen, Dijon, Grenoble, Lille, Lyon, Montpellier, Nancy, Paris, Poitiers, Rennes, Toulouse.²⁾ Acht davon datiren von der

¹⁾ *Statistique de l'enseignement supérieur*. 1889.

²⁾ Hiezu kommt eine durch Gesetz vom 20./12. 1879 errichtete Rechtsschule in Alger, der neben der den Fakultäten analogen Thätigkeit auch eine Pflege des Rechtes der eingeborenen Bevölkerung übertragen ist. Sie kann ein „*certificat d'études de droit administratif et de coutumes indigènes*“ und ein „*certificat supérieur d'études de législation algérienne et de coutumes indigènes*“ ertheilen. — Ausserdem giebt es 2, im Interesse der zeitweilig in den Kolonien sich aufhaltenden Franzosen, errichtete Rechtsvorbereitungsschulen zu Pondichéry und Fort de France. Die dort Vorbereiteten können dann in Frankreich, auf Grund eines *examen spécial*, die Grade erwerben.

Organisation des Gesetzes vom 22. *ventôse an XII* (13. März 1804), während diejenigen zu Nancy 1864, Douai (jetzt Lille) 1865, Bordeaux 1870, Lyon 1875, Montpellier 1878 gegründet worden sind.

Paris zählt 24 Professoren und 8 *agrégés*; die übrigen Fakultäten haben je 10 bis 11 Professoren und 3 bis 5 *agrégés*. Nach Paris sind jetzt die bedeutendsten Rechtsfakultäten, der Schülerzahl nach, Toulouse, Lyon, Bordeaux, Montpellier und Rennes. Paris beherbergt noch immer beinahe die Hälfte aller Rechtsstudirenden; so waren im Jahre 1887/88 von 5152 Studirenden aller Rechtsfakultäten 2300 in der Pariser Fakultät; ihr zunächst steht Toulouse mit 727. Von den übrigen Rechtsfakultäten erreicht keine die Zahl von 300 Studirenden.³⁾ — Die Aufwendungen des Staates für die Rechtsfakultäten betrugen 1887/88 1,851,978 Frs., welche bis auf 62,960 Frs. durch die Einnahmen aus den Gebühren etc. der Fakultäten gedeckt wurden.

I.

Das Lehrpersonal der Rechtsfakultäten.

Die ordentlichen Professoren aller Fakultäten werden durch Dekret des Staatsoberhauptes ernannt. Der Kandidat muss den Doktorgrad besitzen, 30 Jahre alt sein und auf eine Lehrthätigkeit von wenigstens zwei Jahren in Staats- oder diesen

³⁾ Wir geben die Zahlen nach der *Statistique de l'enseignement supérieur*. 1889. Die Angaben der späteren Berichte der *conseils généraux des facultés* erschweren den Vergleich, weil die Zählweise in den einzelnen Berichten nicht gleich ist. Die Schwierigkeit erwächst aus dem Gebrauche, nach den 4 Jahresinskriptionen zu zählen, welche, da der einmal Eingeschriebene nicht gezwungen ist auch die späteren Inskriptionen zu nehmen, verschiedene Zahlen per Trimester bedingen können. Ausserdem zählen manche Fakultäten alle diejenigen, deren Einschreibungen noch nicht verfallen sind, andere nur diejenigen, welche durch Einschreibung oder Examen ihre Schülerschaft bethätigt haben. Auch die angegebenen Zahlen der *statistique* sind Jahresdurchschnittsziffern der Inskribirten.

gleichgestellten Anstalten zurückblicken können; für Mitglieder des Instituts ist eine nur sechsmonatliche Lehrthätigkeit gefordert.⁴⁾ Die neugegründeten Professuren werden direkt, ohne vorausgegangene Präsentation, besetzt; für die Besetzung der erledigten Lehrstühle ist dagegen folgender Modus vorgeschrieben.⁵⁾

Bei jeder Vakanz müssen der *conseil de la faculté* und der *conseil général des facultés* sich über die Aufrechterhaltung, Unterdrückung, oder Modifizierung des betreffenden Lehrstuhles gutachtlich äussern. Alsdann stellen, der *conseil de la faculté* und die *section permanente* des *conseil supérieur de l'instruction publique*, konkurrirend Vorschlagslisten mit je zwei Kandidaten auf, unter welchen der Minister eine Wahl trifft. Allerdings ist er an die Vorgeschlagenen nicht gebunden, er kann vielmehr jeden, den genannten Vorbedingungen entsprechenden Kandidaten dem Präsidenten der Republik proponiren. Doch dringen meist die zu motivirenden Fakultätsvorschläge durch, während die Befugniss der *section permanente* mehr als eine subsidiäre, zur Verhütung von Missbräuchen bestimmte, erscheint.

In den Rechtsfakultäten sind, nicht rechtlich, aber thatsächlich die Professuren nur den, wie oben bereits erwähnt, 1854 an die Stelle der napoleonischen *suppléants* getretenen *agrégés* reservirt, so dass die *agrégation* als regelmässige Durchgangsstufe der Professur zu gelten hat.

Die *agrégés des facultés de droit* bilden ein Korps von Hilfslehrern, welche zur Disposition des Ministers stehen und von diesem, nach den Bedürfnissen des Dienstes, den Fakultäten überwiesen werden. Sie haben jetzt⁶⁾ ausser der Theilnahme am Examensdienste und der Abhaltung von Uebungen, „*conferences*“, auch an der regelmässigen Lehrthätigkeit fast immer Antheil; meist ist ihnen ein *cours complémentaire* übertragen. Der *agrégé* bezieht einen Gehalt, ist Mitglied der Fakultät und hat Sitz und Stimme in der *assemblée de la faculté*.

⁴⁾ *décret* v. 22. August 1854, art. 6, 7.

⁵⁾ Gesetz v. 27. Febr. 1880, *décret* v. 28. Dec. 1885.

⁶⁾ *Décret* v. 30. Juli 1886.

Die Rekrutirung⁷⁾ der *agrégés* findet durch Ernennung des Ministers, auf Grund einer zentralisirten, thatsächlich immer in Paris abgehaltenen Konkursprüfung statt. Je nachdem sich das Bedürfniss ergibt, wird vom Minister ein allgemeiner Konkurs für die Besetzung aller in den Rechtsfakultäten etwa benöthigten Stellen ausgeschrieben; die Ankündigung muss sechs Monate vor Beginn der Prüfung erfolgen. Bedingungen der Zulassung sind: Besitz der französischen Nationalität, Doktordiplom und ein Alter von wenigstens 25 Jahren. Bei der, zwei Monate vor Beginn des Konkurses stattfindenden Meldung hat der Kandidat, etwa von ihm bereits publizierte, wissenschaftliche Arbeiten einzureichen.

Der Minister ernennt eine Examenskommission von 7 bis 11 Mitgliedern aus der Mitte des Lehrpersonals der Rechtsfakultäten, Mitgliedern des *Institut, Collège de France*, des Staatsraths, sowie der höchsten Gerichtshöfe; doch müssen die Professoren in der Mehrzahl sein. Unter der Leitung eines vom Minister ernannten Präsidenten werden, den Reglements entsprechend, die Examensgegenstände von der Kommission bestimmt und, soweit erforderlich, durch das Loos unter die Kandidaten vertheilt.

Das Examen besteht aus einer Vorprüfung, an welcher alle sich Meldenden theilnehmen dürfen, und welche eine erste Sichtung bezweckt, sowie einer Hauptprüfung, welche nach dem Resultate der ersteren nur den Besten offensteht. Zu dieser letzteren dürfen nur dreimal so viel Kandidaten zugelassen werden, als zu besetzende Stellen ausgeschrieben waren; es muss jedoch wenigstens die doppelte Zahl zugelassen werden. Hierüber, wie über die durch die Hauptprüfung bedingten Resultate, entscheidet die Kommission in geheimer Abstimmung und unterbreitet die definitive Namensliste dem Minister. Diese Liste kann nicht mehr, wohl aber im Falle unzureichender Leistungen, weniger Namen enthalten, als Stellen ausgeschrieben waren. Die Prüfung hat demnach nicht nur den Zweck, über die relativen Vorzüge der Kandidaten zu ent-

⁷⁾ *Statut sur l'agrégation des facultés* v. 16. Nov. 1874. *Règlement* v. 27. Dec. 1880. *Arrêté* v. 6. Jan. 1891. *Circulaire* v. 31. Jan. 1891.

scheiden, sondern auch die absolute Befähigung festzustellen. Das Resultat des Konkurses kann innerhalb 14 Tagen von jedem Kandidaten beim Minister angefochten werden, doch nur mit Rücksicht auf etwa geschehene Verletzung der vorgeschriebenen Formen.

Bei der Vorprüfung wie bei der Hauptprüfung werden auch die „*titres et travaux antérieurs*“ der Kandidaten berücksichtigt; doch liegt natürlich der Schwerpunkt in den eigentlichen Prüfungsaufgaben.

Während die Formen derselben sich so ziemlich konservirt haben, sind sie inhaltlich neuestens⁸⁾ nicht unerheblich modifizirt worden. Früher bezogen die Aufgaben sich nur auf das französische Zivilrecht, das römische Recht und das Strafrecht, auch waren diese Materien für alle Kandidaten die gleichen; jetzt hat man die Materien vermehrt, und auch den Kandidaten eine gewisse Möglichkeit der Spezialisirung einräumen wollen.

Die Aufgaben der Vorprüfung sind demnach: eine in sieben Stunden zu fertigende Klausurarbeit über ein Thema des römischen Rechts, eine gleiche über ein solches aus dem Gebiete des Strafrechts oder Völkerrechts, Staats- und Verwaltungsrechts, der Rechtsgeschichte, der Nationalökonomie; der Kandidat hat hierbei die Wahl der Prüfungsmaterie. Ein dreiviertelstündiger Vortrag, nach vierundzwanzigstündiger freier Vorbereitung, über eine Frage des französischen Zivilrechts (hier wie bei allen weiteren Vorträgen ist die Benutzung nur kurzer Notizen dem Kandidaten gestattet); eine halbstündige Erklärung und Kommentirung von Texten des römischen Rechts nach vierstündiger Vorbereitung unter Benutzung von Hilfsmitteln.

Die Aufgaben der Hauptprüfung für den engeren Kreis, der nach der Vorprüfung als „*admissibles*“ Erklärten, sind: eine in sieben Stunden zu fertigende schriftliche Klausurarbeit über ein den „allgemeinen Theorien der Gesetzgebung“ entnommenes Thema; ein dreiviertelstündiger Vortrag, nach vierundzwanzigstündiger freier Vorbereitung, über ein Thema, welches der vom Kandidaten in der Vorprüfung gewählten

⁸⁾ *Arrêté* v. 6. Jan. 1891.

Materie entnommen wird; ein dreiviertelstündiger Vortrag, nach vierundzwanzigstündiger freier Vorbereitung, über eine Frage des französischen Zivilrechts.

Aus den Aufgaben ist sonach jetzt die lateinische Komposition, welche zu vielen Anstössen Anlass gab und, wie man mit Recht bemerkte, die Unkenntniss des Lateins bei den Kandidaten, nicht aber die Kenntniss des römischen Rechtes bewies sowie endlich auch die alte *dispute*, „*argumentation*“, welche zuletzt überhaupt nicht mehr ernst genommen wurde, — die Kandidaten mussten, wenn sie die Rolle des Opponenten erhielten, eventuell Ansichten vertheidigen, die gar nicht die ihrigen waren — völlig beseitigt worden.

Diejenigen, welche in dem Konkurse gesiegt, werden vom Minister zu *agrégés* ernannt und sofort angestellt. Eine Berücksichtigung der Leistungen findet hierbei insofern statt, als die besten Kandidaten meist der Pariser, die übrigen den Provinzialfakultäten zugewiesen werden. Doch bleiben alle *agrégés*, wie gesagt, zur Disposition des Ministers, der sie beliebig versetzen kann,

Die Erlangung eines Lehrstuhles, „*chaire magistrale*“, geht dann regelmässig nach der Anciennetät vor sich. Nur derjenige, welcher in Paris einen solchen zu erhalten wünscht, kann sich wohl 12—16 Jahre gedulden, wenn er überhaupt zu diesem Ziele kommt; in der Provinz kann der *agrégé* 4—5 Jahre nach der *agrégation* auf einen Lehrstuhl rechnen. Für die Pariser Rechtsfakultät kommt daher auch hauptsächlich die neu eingeführte Ernennung der älteren *agrégés* zu *professeurs adjoints* in Betracht; diese sind den ordentlichen Professoren, abgesehen vom Gehalt und der Mitwirkung beim Präsentationsrechte, gleichgestellt.

Der Gehalt⁹⁾ der Professoren ist jetzt ein fester. In Paris beträgt er, in der ersten Klasse, welcher die grosse Mehrzahl angehört, 15 000 Frcs., in der zweiten 12 000, in der Provinz, in der nur wenig Stellen zählenden ersten 11 000, der zweiten 10 000, der dritten, welcher weitaus die Mehrzahl der Professoren angehört, 8000, der vierten 6000 Frcs. Das

⁹⁾ *Décrets* v. 14. Januar 1876, 12. Febr. 1881.

Aufrücken in die höheren Gehaltsklassen findet, nach den stattfindenden Vakanzen im ganzen Lehrpersonale, zur Hälfte nach der Anciennetät, zur Hälfte nach der Auswahl des Ministers, auf Grund der Vorschläge einer Kommission des *comité consultatif de l'enseignement public* statt. Die Vorschläge müssen motivirt und die Entscheidungen veröffentlicht werden. Zu diesem Gehalt tritt bei Uebernahme eines *cours complémentaire* eine, je nach den zur Verfügung stehenden Mitteln, verschieden bemessene Zulage, durchschnittlich wohl 1500 Frcs.

Im Falle der Dispensation vom Examensdienste kommt ein Viertel des Gehalts in Abzug. Ebenso reduziert sich der Bezug des Gehalts, für den Fall einer, bis zur Dauer von 5 Jahren gestatteten Beurlaubung wegen Krankheit, auf die Hälfte der ordentlichen Einnahme.¹⁰⁾ Den Professoren wie allen Staatsdienern ist es nicht gestattet, mehr wie zwei staatliche besoldete Funktionen zu kumuliren; auch darf hiebei die Gesamteinnahme nicht die Summe von 20 000 Frcs. jährlich übersteigen.¹¹⁾

Der Gehalt des *agrégé* beträgt in Paris 7000 Frcs., in der Provinz 3000—3500. Wenn er, wie dies jetzt fast immer geschieht, mit der Abhaltung eines Kurses beauftragt wird, so erhält er in Paris 3000, in der Provinz 2000 Frcs. Zulage.¹²⁾

Mit der Gleichförmigkeit des Gehaltswesens für alle Rechtsfakultäten steht es auch im Zusammenhange, dass der einmal in eine Fakultät auf einen Lehrstuhl berufene Professor regelmässig in derselben verbleibt. Allerdings ist der Uebergang in eine andere Fakultät, mit Genehmigung des Ministers und Gutachten der interessirten Fakultäten wie der *section permanente*, vorgesehen;¹³⁾ doch ist sowohl der Tausch selten, wie auch bei der Neubesetzung eines Lehrstuhles die betreffende Fakultät nur selten einen ordentlichen Professor präsentirt, sondern sich fast immer auf *agrégés* beschränkt. Ein altes Gravamen der Provinzialfakultäten ist es auch, dass selbst

¹⁰⁾ *Décret* v. 28. Dezember 1885.

¹¹⁾ *Décret-loi* v. 9. März 1852.

¹²⁾ *Décret* v. 30. Juli 1886.

¹³⁾ *Décret* v. 28. Dezember 1885.

die Pariser Fakultät, die doch eine Ausnahmestellung einnimmt, und in die versetzt zu werden als *Avancement* gilt, ihr Lehrpersonal aus der Zahl ihrer *agrégés* zu ergänzen sucht, so dass z. B. zur Zeit, soweit uns bekannt, nur drei nach Paris versetzte Rechtslehrer dort wirken, die vordem bereits eine Professur bekleidet hatten.¹⁴⁾

Auch die Verabschiedung der Professoren ist durch das Reformdekret vom 28. Dezember 1885 neu geregelt worden, zugleich mit der Beseitigung der, namentlich in den *facultés des lettres* und des *sciences* üblichen *suppléances*, welche tatsächlich oft *cum iure succedendi* ertheilt wurden. Vor dem 70. Lebensjahre kann, abgesehen von dem Eintreten eines Disciplinarverfahrens, ein ordentlicher Professor nur auf eigenen Wunsch, oder bei konstatirter Unfähigkeit zur Weiterausübung des Amtes, verabschiedet und pensionirt werden. Bei der Verabschiedung kann er den Ehrentitel eines *professeur honoraire* erhalten. Doch können nach Gutachten der *section permanente* die ordentlichen Professoren auch nach dem 70. Lebensjahre in ihrer Thätigkeit und Stellung belassen, und dennoch ihr Lehrstuhl neu besetzt werden. Für Mitglieder des Instituts beträgt die Altersgrenze 75 Jahre. Das Pensionswesen¹⁵⁾ ist noch nicht befriedigend geregelt. Die Mitglieder des staatlichen Lehrpersonals erhalten einen Pensionsanspruch erst dann, wenn sie, nach dreissigjähriger Dienstzeit, ein Alter von 60 Jahren erreicht haben; die ziemlich geringe Pension kann die Summe von 6000 Frs. überhaupt nicht übersteigen.

Man hat sich neuerdings bestrebt, dem Lehrpersonal auch gewisse Garantien gegen ministerielle Willkür zu geben.

¹⁴⁾ Neuerdings zielt eine lebhafte Bewegung in den Fakultäten auf Abänderung dieses Zustandes ab, und auch die Unterrichtsverwaltung ist der Frage näher getreten, wie den Professoren der Provinzalfakultäten die Möglichkeit gegeben werden könnte, eventuell nach Paris zu avanciren. Vgl. die Gutachten der Fakultäten in den *Enquêtes et documents relatifs à l'enseignement supérieur*. 1890. XXXVI. *Faculté de droit de Paris. Recrutement des professeurs et agrégés*.

¹⁵⁾ Gesetz v. 9. Juni 1853.

Professoren und *agrégés* unterliegen der Disciplinargerichtsbarkeit¹⁶⁾ des *conseil académique* und in der Appellinstanz derjenigen des *conseil supérieur de l'instruction publique*. Der Minister ist nur befugt, einen Tadel oder eine Zensur vor einem der genannten Räthe auszusprechen, sowie die Suspension ohne Gehaltsentziehung für den Zeitraum von höchstens einem Jahre zu verfügen. Die ordentlichen Professoren können nur nach Gutachten der *section permanente* versetzt werden, welche den Betroffenen auf sein Verlangen hören muss. Zur Versetzung auf einen geringeren Posten bedarf es eines mit Zweidrittel-Majorität gefassten Beschlusses des *conseil supérieur*. Das gleiche Stimmenverhältniss ist bei allen bedeutenderen, die ordentlichen Professoren betreffenden Disciplinarsachen gefordert.

Es lässt sich, wie die vorstehende Skizze ergibt, gewiss nicht verkennen, dass der Fortschritt, den man in einer zweckmässigen Gestaltung der Verhältnisse des Lehrpersonals gemacht hat, in jeder Beziehung ein ganz bedeutender ist: eine feste Rechtsbasis, ausreichende materielle Fürsorge, viele technische Verbesserungen geben dem Lehrpersonal nunmehr eine ganz andere Stellung.

Diese Reformen haben nun auch Früchte getragen; ihre Einwirkung, die Sonne administrativer Gunst, der Umschwung der öffentlichen Meinung hinsichtlich der Aufgaben des Hochschulwesens, namentlich aber auch ernste Arbeit der Nächstbetheiligten haben die wissenschaftliche Stellung des Lehrpersonals auch der Rechtsfakultäten zu einer ganz anderen gemacht. Eine reiche Literatur giebt Zeugnis von dem wissenschaftlichen Geiste, der nicht nur in Paris, sondern auch in den Provinzialfakultäten mehr und mehr heimisch wird. Wenn die praktische Nebenbeschäftigung in der Provinz auch noch vielfach üblich ist, so sieht doch die Gesamtheit der Rechtslehrer nunmehr den Schwerpunkt ihrer Aufgabe, neben der Lehrthätigkeit auch in einer regen Betheiligung an der wissenschaftlichen Produktion.¹⁷⁾

¹⁶⁾ Gesetz v. 27. Febr. 1880. *Décret* v. 28. Dezember 1885.

¹⁷⁾ Von dem in dem Lehrpersonale sich mehr und mehr verbreitenden Streben, die Ziele des Rechtsunterrichts höher zu stecken,

Dennoch scheint uns die geschilderte Organisation, namentlich die Rekrutirung des Lehrpersonals, zu ernststen Bedenken Anlass zu geben.

Zunächst ist gegen den Agregationskonkurs Vieles von dem einzuwenden, was gegen die Gefährlichkeit des Professurenkonkurses, in wissenschaftlicher Hinsicht, früher geltend gemacht wurde. Die geschilderten Prüfungsarbeiten, die in sieben Stunden zu fertigenden Klausurarbeiten und die nach kürzester Vorbereitung zu haltenden Vorträge, appelliren vorzugsweise an die Befähigung des Kandidaten zu einer guten und klaren Reproduktion des Gelernten, nicht an die zu selbstständigem produktivem Schaffen. Ein gutes Gedächtniss und die Gabe der formgewandten Darstellung kommen hierbei natürlich in erster Linie in Betracht. Namentlich die Fähigkeit des leichten und klaren Ausdrucks, bei nahezu improvisirter Rede, ist der wichtigste Faktor der Entscheidung.¹⁸⁾ Der Erfolg im Agregationskonkurse ist somit im Wesentlichen eine Prämie für ein gutes Gedächtniss, welches die Resultate einer fleissigen rezeptiven Arbeit aufbewahrt, und eine gewisse Redefertigkeit, welche die formelle Verwerthung jener gestattet.

Diese Gestaltung der Prüfung muss nun zu zwei gleich verhängnissvollen Konsequenzen führen.

Einmal ist thatsächlich jene grosse Kategorie von Bewerbern nahezu ausgeschlossen, welcher die sogenannte Examensveranlagung, ein weniger tiefes als umfassendes Gedächtniss, verbunden mit Schlagfertigkeit und Geistesgegenwart, fehlt. Der wissenschaftlich Veranlagte, welcher die genannten Eigenschaften, wie das erfahrungsgemäss oft vorkommt, nicht besitzt,

geben neuerdings auch viele methodologischen Schriften der Rechtslehrer Kunde. Sehr beachtenswerthe Aufsätze finden sich namentlich in den letzten Jahrgängen der *Revue internationale de l'enseignement*.

¹⁸⁾ Der in diesen Dingen meist untrügliche Instinkt der Examinanden giebt den „*leçons*“ einen ganz entschiedenen Vorrang vor den „*compositions*“. Nach dem Berichte des Vorsitzenden der Prüfungskommission M. Accarias glauben die Kandidaten sogar, dass die schriftlichen Kompositionen von der Kommission nicht einmal gelesen werden. (*Journal officiel* vom 30. Januar 1883.)

ist im Konkurse somit zu einem Kampfe mit ungleichen Waffen verurtheilt. Er kann das nicht zeigen, worin er Meister ist, während Alles auf die Individualität des leichteren, aber gewandteren Gegners zugeschnitten erscheint.¹⁹⁾ Diesem gegenüber hat er somit kaum einen Erfolg zu erwarten.

So wird ein Element aus dem Lehrpersonal ferngehalten, welches dem wissenschaftlichen Charakter der Hochschule zum Vorthail gereichen würde und dabei auch über eine ausreichende Lehrbefähigung, trotz des Misserfolges, verfügen könnte. Ist es doch auch in den französischen Rechtsfakultäten nicht die Hauptaufgabe des Professors nach vierstündiger, oder eintägiger Vorbereitung einen längeren freien Vortrag zu halten.

Sodann wird die Vorbereitung der Kandidaten, in einem der Wissenschaft nicht günstigen Sinne beeinflusst, die in moderner Zeit, wie wir bereits beim Professorenkonkurs erwähnten, darauf angewiesen ist, mit ganz anderen Mitteln zu arbeiten, als in früheren Jahrhunderten. Es lässt sich denken, dass Uebung des Gedächtnisses und stetes Feilen der Form, namentlich ungezählte Redeversuche, das Einmaleins der von dem Konkurse beherrschten Vorbereitung bilden. An Anregung zu selbstständiger, über die Rezeption hinausgehender Arbeit fehlt es völlig. Sollte da nicht schliesslich zu befürchten sein, dass der Lehrer „bei aller Leichtigkeit der Rede, nicht habe, was der Mittheilung werth wäre“?²⁰⁾ Bei der langen Dauer der Vorbereitungszeit, erscheint hiedurch sogar die Originalität des Geistes der zukünftigen Rechtslehrer

¹⁹⁾ Es kann sich da immer wiederholen, dass ein Cujaz dem Forcadel weichen muss. Pothier, der grösste französische Rechtslehrer des 18. Jahrhunderts, wäre aus Scheu vor dem Konkurs nie Professor geworden, wenn er nicht durch Wohlwollen d'Aguesseau's den ohne Konkurs zu vergebenden Lehrstuhl für französisches Recht erhalten hätte. (Viollet, *Précis de l'histoire du droit français*. I. S. 201 ff.) Auch in diesem Jahrhundert waren die im Konkurs unterlegenen, wie Dupin, Giraud, Jourdan nicht die schlechtesten Juristen.

²⁰⁾ F. C. von Savigny, *Wesen und Werth der deutschen Universitäten*. Verm. Schriften. IV. S. 279.

ernstlich bedroht. Die Mehrzahl der Kandidaten hat nämlich, erst nach wiederholtem Versuche, ein Gelingen zu verzeichnen, sodass zu einer zwei- bis dreijährigen Spezialvorbereitung auf den ersten Konkurs, eine entsprechende Ausfüllung der jetzt meist zwei- bis dreijährigen Pausen bis zum nächsten Konkurs hinzukommt.²¹⁾

Eine Reform der Rekrutirung des Lehrpersonals durch Berücksichtigung der wissenschaftlichen Produktion erscheint uns daher dringend geboten, wenn anders man nicht auf dem beschrittenen Wege der wissenschaftlichen Regeneration der Hochschulen stehen bleiben will. Die platonische Berücksichtigung der „*titres antérieurs*“ ist eine ungenügende Halbheit, umsomehr, als der Erwerb solcher wissenschaftlichen „*titres*“ den Kandidaten sogar in dem, für den Konkurs viel werthvolleren, der oben genannten Examenseigenschaften behindern würde. Wir denken bei einer solchen Reform allerdings nicht an die blosse Kopirung deutscher Verhältnisse. Die nationale Besonderheit erfordert in Frankreich ein besonderes Betonen des Formalen, während in Deutschland schon eher der Satz gilt, dass „das lebendige Schaffen des Geistes auch unter der stammelnden Rede dem sinnvollen Schüler nicht verborgen“²²⁾ bleibt. Wir glauben aber, dass auch innerhalb der hiedurch gezogenen Schranken, eine schärfere Betonung des wissenschaftlichen Elements in der Vorbereitung des Rechtslehrers sehr wohl möglich und jedenfalls nothwendig ist.²³⁾

²¹⁾ 1884 nahmen von 49 Kandidaten 18 zum zweiten, 16 zum dritten bis fünften Male an der Bewerbung Theil. Von den 10 Siegern hatten 8 sich schon früher an einem oder mehreren Konkursen betheiligt.

²²⁾ F. C. von Savigny, l. c.

²³⁾ V. Cousin sagt mit Recht: *L'enseignement n'est pas un métier où bien penser et bien dire soient séparés. Certes il ne faut pas choisir pour professeur un homme de génie qui soit bègue; mais en général, quiconque possède à fond une matière, l'expose clairement et avec ordre. La clarté et l'ordre suffisent, les autres qualités ne sont qu'un beau luxe. Un professeur n'est pas tenu d'être un orateur, et la solidité vaut mieux que l'éclat dans l'austère magistrature de l'enseignement.* Abgedruckt *Revue de législation*. 1847. II. S. 192.

Ueberhaupt erscheint uns das ganze Institut der *agrégation* als auf einer, durch die wissenschaftliche Entwicklung längst überholten Fiktion von der „Einheit der Rechtswissenschaft“ aufgebaut. Die einzelnen Zweige der Rechtswissenschaft haben sich zu solcher Bedeutung ausgewachsen, dass ein wissenschaftliches Beherrschen der Gesamtheit praktisch nicht mehr möglich ist. Eine gute allgemeine juristische Bildung, dann die Wahl eines oder mehrerer verwandter Sondergebiete, die mit ihren Hilfswissenschaften wahrlich ein ausreichend weites Feld der Geistesarbeit darbieten, das kann nach dem Wachstum der Wissenschaft einerseits, der natürlichen Beschränkung der menschlichen Fähigkeiten andererseits, für den Rechtslehrer allein in Frage kommen.

Diese Wahrheit ignorirt nun die *agrégation* vollständig. Der *agrégé* ist, nachdem er die Prüfung bestanden, zur Vertretung jedes Lehrfaches befähigt. Welches ihm vom Minister übertragen wird, das bestimmt sich nach den Anforderungen des Dienstes, desgleichen die Dauer seiner Beschäftigung mit demselben. Er kann so gezwungen werden, kurz nacheinander die disparatesten Materien ohne Rücksicht auf seine Neigung zu dozieren. Wenn er nun auch zufällig sich lange einem bestimmten Fache hat widmen können, so erwirbt er dadurch keine Anwartschaft auf das Erhalten einer, seiner bisherigen Beschäftigung entsprechenden Professur. Bei dem üblichen Anciennetésavancement ist er vielmehr genöthigt, sich mit der zufällig erledigten Professur zu begnügen, die ihm oft ein ganz neues Gebiet zuweisen wird.²⁴⁾

Es liegt auf der Hand, dass hierdurch eine produktiv-wissenschaftliche Thätigkeit dem *agrégé* meist sehr erschwert wird. Der *agrégé*, über dem ja immer das Damoklosschwert der Losreissung von bekannten und Verweisung in fremde

²⁴⁾ Die Karriere der meisten Rechtslehrer bietet Beispiele für dieses Wandern in den Lehrfächern. Ein zufällig dem Berichte des Pariser *conseil général* 1886/87 entnommenes, liefert die Karriere des 1887 zum Professor für Verwaltungsrecht daselbst ernannten *agrégé*. Er war betraut mit Vorlesungen 1875—78 über römisches Recht, 1879—81 über Handelsrecht, 1881—83 über Industrierecht, 1883—85 über römisches Recht, 1885—87 über Verwaltungsrecht.

Gebiete schwebt, muss sich natürlich überall auf dem Laufenden zu erhalten suchen; jenes tiefere, forschende Eindringen, welches das Wesen der Wissenschaft doch erst erschliesst, ist ihm nahezu unmöglich gemacht. Eine weitere unabweisbare Folge dieses Zustandes ist natürlich auch, dass jenes geistige zur Miethe Wohnen in dem zugewiesenen Lehrfache, zum Nachtheile der Schüler sich nicht selten geltend machen muss.

Die Unmöglichkeit, die Fiktion dieser Einheit der Rechtswissenschaft durchzuführen, wurde übrigens von jeher durch die praktische Gestaltung des Konkurses anerkannt. Tatsächlich beschränkte derselbe sich bis 1891 auf das französische Zivilrecht und das römische Recht, mit geringer Berücksichtigung des Strafrechts. Es fand so allerdings eine „Spezialisirung“ statt, jedoch dieselbe für alle Kandidaten; die Existenz der nicht privatrechtlichen Fächer, welche doch allmählich den napoleonischen Rahmen erweitert hatten, war nicht berücksichtigt. Die offenbare Unnatur dieses Verhältnisses, welches die Behandlung der nicht im Konkurse vertretenen Fächer in den Fakultäten im Allgemeinen zu einer, hinter der des Privatrechts, weit zurückstehenden machte,²⁵⁾ hat dann, als der Rahmen nach der öffentlich-rechtlichen Seite neuerdings erweitert wurde, zu der neuesten Reform des Konkurses geführt. Sie bedeutet, mit ihrer Berücksichtigung der „allgemeinen Theorien der Gesetzgebung“ und dem bescheidenen, den Kandidaten eingeräumten Wahlrecht, gewiss einen Fortschritt. Immerhin kann man sie schon jetzt, obwohl eine praktische Anwendung noch nicht stattgefunden hat, für ungenügend erklären.

Denn dem *agrégé* ist keinerlei Garantie dafür geboten, dass seine erste Beschäftigung nun auch mit Berücksichtigung des von ihm im Konkurse gewählten Spezialfaches erfolge. Vollends werden die Schwierigkeiten der späteren Karriere, das Wanderleben von Fach zu Fach und das erzwungene

²⁵⁾ Natürlich von Ausnahmen, als welche die Pariser Verhältnisse immer zu gelten haben, abgesehen. So ist z. B. dort schon lange die Vertretung des Völkerrechts eine ganz ausgezeichnete.

Enden in einem von dem bisherigen Kurse weit abliegenden Hafen auch in Zukunft sich nicht vermeiden lassen.²⁶⁾

Die französischen Rechtsfakultäten bieten in dieser Beziehung ein völliges Gegenbild der deutschen Universitätsverhältnisse. In Deutschland beschränkt sich der Privatdozent auf ein engeres Gebiet; dem Professor ist es dann gestattet, je nach seinen Neigungen und Fähigkeiten die ursprünglichen Grenzen, soweit die Jurisprudenz reicht, zu überschreiten. In Frankreich wird dagegen von dem jüngeren Lehrer, dem *agrégé*, eine erzwungene Universalität verlangt, während der gereifte Professor späterhin auf das Fach seines Lehrstuhles beschränkt ist. — Auch in anderer Beziehung weicht der Modus der Rekrutirung von den in den deutschen Universitäten bewährten Grundsätzen in, wie uns scheint, wenig glücklicher Weise ab. In Deutschland hat man, unter dem fortwirkenden Einflusse der alten Lehrfreiheit, geringeren Werth auf eine Erschwerung der ersten Zulassung gelegt; die Gestaltung der

²⁶⁾ Die in den Fakultäten über die Agregation herrschenden Ansichten sind kürzlich in den Gutachten derselben über die neue Reform des Konkurses zum Ausdruck gekommen. (Herausgegeben unter den *Enquêtes et documents relatifs à l'enseignement supérieur*. XXXIX. 1890.) — Die jetzige Gestaltung des Konkurses kann, als der Durchschnittsmeinung entsprechend, angesehen werden. — Weitergehend waren die sehr beachtenswerthen Vorschläge des bekannten Pariser Professors Lyon-Caen, der eine Dreitheilung der Agregation vorschlug, so dass eine Spezialisirung der Kandidaten für „römisches Recht und Rechtsgeschichte“, „öffentliches Recht“ und „Zivilrecht“ stattzufinden hätte, wobei dann auch eine Besetzung der Lehrstühle, mit Rücksicht hierauf, einzuführen wäre. In diesen Vorschlägen dürfte wohl auch die Zukunft der Agregation gegeben sein, wenn anders man sich nicht entschliessen will, das zweifelhafte Institut überhaupt über Bord zu werfen. (Lyon-Caen in der *Revue internat. de l'ens.* 1887. II. S. 454 ff. Derselbe, l. c. 1891. I. S. 113 ff. — Vgl. eine geschickte Vertheidigung der bisherigen Anschauungen von Professor Bufnoir (Paris), *Revue internationale de l'ens.* 1882. I. S. 381 ff. —) Ein ministerielles Zirkular v. 30. Mai 1889, welches aber bis jetzt, soweit uns bekannt, noch nicht Folgen gehabt, hat auch eine Loslösung der Lehrstühle von dem Titel eines bestimmten Lehrfaches angeregt, was eine vermehrte Rücksichtnahme auf die bisherige Thätigkeit des Bewerbers bei der Besetzung der Lehrstühle ermöglichen würde.

ganzen Laufbahn wird vielmehr wesentlich durch die wissenschaftliche Thätigkeit nach der Zulassung bestimmt. In Frankreich ist die Hauptentscheidung durch den Agregationskonkurs auf den Anfang des Weges verlegt, die spätere Laufbahn dagegen ziemlich eben. Giebt diese Anordnung schon an sich zu Bedenken Anlass, so ist es besonders klar, dass ihr Werth mit dem der entscheidenden Prüfung steht und fällt. Denn dieser kommen hier ganz besonders wichtige Aufgaben zu: sie muss nicht nur dem Staate die Garantie für die Tauglichkeit der durch sie hindurchgegangenen Lehrer bieten, nicht nur als Sanktion einer zweckentsprechenden Vorbereitung erscheinen, sondern auch, als einzige und letzte Instanz, dem Kandidaten besondere Sicherheit und Gerechtigkeit des Urtheils garantiren. Hierzu kommt, dass sie als Konkursprüfung nicht nur die absolute Befähigung, sondern auch eine Rangordnung unter den Konkurrirenden festzustellen hat.

Wie viel der Konkurs in den erstgenannten Beziehungen zu wünschen übrig lässt, haben wir soeben ausgeführt; er scheint uns aber auch dem Kandidaten nur eine sehr geringe Garantie einer entsprechenden Beurtheilung zu bieten. Regelmässig ist der Zudrang der Bewerber sehr gross. So waren 1881 für 10 Plätze 53, 1882 für 20 Stellen 71, 1884 für 10 Stellen 49, 1887 für 8 Stellen 49 Bewerber vorhanden.

Man vergegenwärtige sich nun die Schwierigkeit, unter 50 bis 70 Doppelvorträgen, wie sie ja den Schwerpunkt der definitiven Prüfung bilden, eine gerechte Rangordnung herzustellen, eine Schwierigkeit, die durch die neueste Reform, welche bedingt, dass die Vorträge der Kandidaten sich nicht mehr stets auf dieselbe Rechtsmaterie beziehen, nur noch gesteigert ist. Selbstverständlich wird zwischen dem Besten und dem Schlechtesten ein ziemlich bedeutender Unterschied bestehen. Dagegen sollte die sichere Bestimmung desselben, bei den in der Mitte Stehenden, kaum möglich sein. Wie gering hierbei die Garantie für ein, den Verdiensten wirklich entsprechendes Urtheil ist, geht auch aus der Thatsache hervor, dass die unglücklichen Richter über das Resultat meist bis zuletzt uneins sind, und die Rangordnung regelmässig

nur nach mehrfacher Abstimmung in der Kommission festgestellt werden kann.²⁷⁾ Gerade hochbefähigte Kandidaten können daher von der Wahl einer Karriere zurückgeschreckt werden, die nach mühevollster Vorbereitung ihre ganze zukünftige Laufbahn von dem Resultate eines Examens abhängig macht, das nahezu einem Zufallsspiel gleicht.²⁸⁾

Als ein Mangel in der äusseren Stellung des Lehrpersonals erscheint schliesslich das fast völlige Fehlen jeder Beförderungsmöglichkeit. Mit dem Erfolge im Konkurse ist die sichere Anwartschaft auf einen Lehrstuhl gegeben, und mit der, vielleicht in jungen Jahren erreichten, Professur fehlt jeder äussere, bei der menschlichen Natur nun einmal nicht unwichtige Antrieb, welcher erfahrungsgemäss die Freude an der Pflichterfüllung erhöht und zu besonderen Leistungen anspornt. Das Aufrücken in eine höhere Gehaltsklasse ausser der Reihe möchte wohl kaum, als diesem Bedürfnisse entsprechend, erscheinen. Man hat sich so, durch die ausserordentliche Uniformirung und Zentralisirung des Hochschulwesens, eines Belebungsmittels begeben, welches nicht nur die deutschen Universitäten aus alter Zeit sich bewahrt haben,²⁹⁾ sondern welches auch in allen übrigen gleichgestellten Zweigen des Staatsdienstes in Frankreich zur Anwendung kommt. Daneben enthält die völlige Gehaltsgleichheit der Professoren in den Provinzialfakultäten auch

²⁷⁾ Bericht des Vorsitzenden der Prüfungskommission M. Accarias. *Journal officiel* vom 30. Januar 1883.

²⁸⁾ Eine ähnliche Befürchtung findet sich auch im Bericht über den Konkurs von 1884 angedeutet. *Journal officiel* vom 28. Juni 1884.

²⁹⁾ Es sei hier daran erinnert, dass gerade die Blüthezeit der französischen Rechtsfakultäten, das 16. Jahrhundert, eine ausserordentliche Verschiedenheit der Einnahmen der Professoren kannte. Diese war nicht nur von Universität zu Universität durch den Wettbewerb der Städte bedingt, sondern auch innerhalb derselben Fakultät mit Rücksicht auf Alter und Ruf der Professoren üblich. — Ueber die Sonderstellung des Cujaz in Valence vgl. Berriat St.-Prix, *Cujas etc.*, S. 393. — In Bourges betrug 1553 die Einnahme des Duaren 920 liv., des Balduin 350, des Donellus 230 u. s. f. bis auf die der Jüngsten mit 45 liv. — Cujaz bezog nachher daselbst 2000 liv., hatte freie Wohnung und war von den Steuern befreit. Vgl. Eyssell, *Doneau etc.* S. 41 ff.

eine Ungerechtigkeit; ist doch z. B. die Arbeit des Rechtslehrers in Toulouse, der den Examensdienst bei 700 Schülern wahrzunehmen hat, ungleich grösser als diejenige des Kollegen in Lille, dessen Heerde die Zahl 100 nicht weit übersteigt.

Vielleicht bietet die bevorstehende Errichtung der Universitäten eine Gelegenheit, auch hier naturgemässe Verhältnisse herzustellen.³⁰⁾ Ebenso sollte man meinen, dass sie dazu führen müsste, den wieder zu individuellem Leben entstehenden Anstalten einen grösseren Einfluss auf Heranbildung und Rekrutirung ihres Lehrpersonals zu geben, statt dass sie dasselbe geprüft und bestallt von der Zentralstelle erhalten.

Wir haben erwähnt, dass sich der wissenschaftliche Sinn in dem Lehrpersonale der Rechtsfakultäten erfreulich gehoben hat. Man wird nach dem Gesagten dieser Regeneration die Anerkennung um so weniger versagen können, als die erzwungene Vorbereitung, der Modus der Rekrutirung und die spätere vorgezeichnete Laufbahn, auch heute noch vielfach geradezu ein Hemmniss für freudigen Eifer und wissenschaftliches Streben bilden müssen.

II.

Die Studirenden.

Auch jetzt wird die grosse Mehrzahl der Studirenden in den französischen Rechtsfakultäten, von den Aspiranten auf die nach drei Jahren zu erlangende *licence* gebildet, während eine kleine Minderheit aus den Doktoranden einerseits, den Aspiranten auf das *brevet de capacité* andererseits besteht. Neben den ordnungsmässig Immatrikulirten können auch andere Personen zur Theilnahme an dem, übrigens öffentlichen Unterrichte, als sogenannte *auditeurs bénévoles*, ermächtigt werden. In Paris findet sich auch eine nicht unbeträchtliche Zahl von Ausländern,

³⁰⁾ Die alleinige Möglichkeit des Avancements nach Paris wäre nur zu geeignet, das natürliche Uebergewicht dieser Hochschule in bedenklicher Weise zu verstärken.

die meist den Orientstaaten entstammen; 1889/90 waren dort 170 Ausländer eingeschrieben. Auch die Frauen sind zur Theilnahme am Rechtsunterrichte berechtigt, wie denn im genannten Schuljahre ein weibliches Wesen in Paris sogar mit Auszeichnung das *doctorat* erworben hat.³¹⁾

Vorbedingung der ordentlichen Immatrikulation in einer Rechtsfakultät ist der Besitz des, neuerdings an die Stelle des humanistischen *baccalauréat ès lettres* und des realistischen *baccalauréats ès sciences* und *ès sciences restreint*, getretenen, einheitlichen *baccalauréat de l'enseignement secondaire classique*.³²⁾

Die trimestrielle Einschreibung ist geblieben; allerdings hatte sie zeitweilig ihren ursprünglichen Charakter, eines Mittels der Kontrolle, völlig verloren und trug nur noch den, einer fiskalischen Formalität, die, durch Zahlung der Gesamtgebühr für die vier Inskriptionen zu Beginn des Schuljahres, erledigt werden konnte. Neuerdings ist jedoch die Inskription, die viermal im Schuljahre unter Erlegung von je 30 Frcs. stattzufinden hat, in ihre Rechte wieder eingesetzt worden.

Die Studiendauer wird wie früher nach der Zahl der trimestriellen Inskriptionen bemessen, so dass für die *licence* 12, das *doctorat* 16 gefordert sind. Doch hat sonst die Viertheilung des Jahres für den Unterricht keine Bedeutung; für diesen bildet vielmehr, nach uraltem Brauche, das Schuljahr die Grundlage, welches mit dem 3. November beginnt, mit dem 31. Juli schliesst und zu Ostern von vierzehntägigen Ferien unterbrochen wird. Der Beginn des Sommersemesters, welches nach der Studienreform von 1889 nunmehr auch für einige Vorlesungen der Rechtsfakultäten in Betracht kommt, ist auf den 15. März festgesetzt. Der Termin der ersten Einschreibung im Schuljahr wird jetzt pünktlicher eingehalten; während früher die erste Einschreibung sogar sechs Monate nach Beginn des

³¹⁾ Bericht des Pariser *conseil général des facultés*. 1889/90.

³²⁾ *Décret* vom 8. August 1890. Das neue *baccalauréat* erhält, je nach der vom Kandidaten gewählten Prüfungsserie, die Noten: „*lettres philosophie*“, „*lettres mathématiques*“, „*lettres sciences physiques et naturelles*“. Die Neueinrichtung tritt erst Herbst 1891 in Kraft. Die Rechtsstudirenden müssen auf ihren Diplomen eine der beiden erstgenannten Noten nachweisen. *Décret* vom 5. Juni 1891.

Schuljahres gestattet wurde,³³⁾ werden jetzt Dispensen über den 15. Januar hinaus überhaupt nicht mehr erteilt.³⁴⁾ In Paris schliessen die Register schon am 6. November. Für den Fall, dass ein Studirender die weiteren Inskriptionen im Schuljahr versäumt, wird seine Familie durch den *doyen* hiervon benachrichtigt.

Der Lauf der Inskriptionen wird durch den aktiven Militärdienst unterbrochen. Jeder Student muss bei der Einschreibung eine Erklärung abgeben, dass er sich nicht im aktiven Militärdienste befinde; eine falsche Erklärung zieht Ungiltigkeit der Inskription und Disciplinarstrafen nach sich.³⁵⁾ Das neue „demokratische“ Militärgesetz³⁶⁾ hat nun bekanntlich die dreijährige Dienstzeit allgemein vorgeschrieben und, wie bereits erwähnt, den im Interesse der Hochschulstudien bewilligten einjährigen Dienst, von den Rechtsstudirenden nur den Doktoratsaspiranten zugebilligt. Es muss daher jeder Rechtsstudirende sich bei der ersten Einschreibung bereits erklären, ob er seine Studien auf die *licence* beschränken, oder sie darüber hinaus bis zum *doctorat* ausdehnen will. Natürlich genügt diese, für die drei ersten Jahre rein platonische Erklärung nicht, die Doktoranden müssen vielmehr, um des Privilegs theilhaftig zu werden, bis zum 26. Lebensjahre das Doktordiplom erworben haben und ausserdem jährlich ein Zeugnis des *doyen* beibringen, dass sie ihre Studien regelmässig fortbetreiben. Ein gleiches Zeugnis sowie die bescheinigte Erklärung, dass ein bestimmter Zeitabschnitt zur Absolvierung der Studien erforderlich sei, benöthigen alle Studirenden, welche von der Militärbehörde einen Aufschub, der bis nach zurückgelegtem 24. Lebensjahre ausgedehnt werden kann, zu erhalten wünschen.

Es ist hier nicht der Ort, näher auszuführen, wie sehr diese Ausgeburt des mechanischen Gleichheitsfanatismus geeignet ist, das Geistesleben der Nation überhaupt zu schädigen,

³³⁾ Vgl. *Revue internationale de l'enseignement*. 1881. I. S. 101.

³⁴⁾ *Décret* vom 28. Dezember 1880.

³⁵⁾ *Décret* vom 30. Juli 1883.

³⁶⁾ Gesetz vom 15. Juli 1889 *art.* 23, 24. *Règlement* vom 23. November 1889, *art.* 12 ff., *circulaires* vom 9. Oktober, 16. Dezember 1889, 1. März, 31. Juli 1890.

noch auch auf die Ungerechtigkeit näher einzugehen, die darin enthalten ist, dass z. B. die *licence ès lettres*, deren Studien etwa die Hälfte der Zeit in Anspruch nehmen, welche das *doctorat au droit* erfordert, diesem gleichgestellt ist. Nur soviel sei bemerkt, dass der Einfluss, welchen diese Einrichtung auf die juristischen Studien mit der Zeit ausüben muss, sich noch garnicht absehen lässt. Jedenfalls wird eine bedeutende Vermehrung der Zahl der *docteurs* — bisher waren es jährlich etwa 120 gegen 1300—1400 *licenciers* —, vielleicht auch eine Umgehung des Gesetzes, durch Modifikation der Doktoratsstudien, die Folge sein.³⁷⁾

Die Regelung der Studienverhältnisse der Studirenden ist jetzt namentlich dem *conseil de la faculté* überwiesen, der die meisten, früher dem *recteur* in dieser Hinsicht eingeräumten Befugnisse erhalten hat.³⁸⁾ Hinsichtlich der Disciplin untersteht der Studirende in leichteren Fällen der Jurisdiktion des *conseil général des facultés*, der in erster und letzter Instanz entscheidet. Schwerere Vergehungen unterliegen der Kompetenz des *conseil academique*, von dessen Entscheidung an den *conseil supérieur de l'instruction publique* appellirt werden kann. Die schwereren Strafen beschränken sich auf mehr oder weniger langen Ausschluss von der betreffenden Fakultät oder von allen Fakultäten. Die schwerste Strafe ist dauernde Ausschlussung von allen staatlichen Lehranstalten.

Die Gebühren, und dementsprechend die Kosten, welche das Rechtsstudium mit sich bringt, sind nicht unbedeutend; wird doch, wie bereits erwähnt, fast das ganze Budget der Rechtsfakultäten mit ihren Ergebnissen bestritten.

³⁷⁾ Ursprünglich hatte die Deputirtenkammer alle Juristen dem dreijährigen Dienste überliefert; erst der Senat hat wenigstens die Doktoren gerettet. Aus allen sachverständigen Kreisen hatte sich übrigens, gegen die Bedrohung der Hochschulstudien durch das Rekrutierungsgesetz, ein lauter Protest erhoben. In Paris hatte der *conseil général des facultés* vergeblich versucht, wenigstens für die Hälfte oder ein Drittel der *licencés*, welche nach den Examensnoten gesondert werden sollten, die Dispens zu erhalten. — Vgl. *Revue internat. de l'enseignement*. 1888. II. S. 628. 1889. I. S. 153 ff.

³⁸⁾ *Décret* vom 28. Dezember 1885.

Für die dreijährigen Studien der *licence* betragen die verschiedenen Gebühren im Ganzen 1130 Frs., für das *doctorat* kommen hinzu 570 Frs. Das *brevet de capacité* erfordert einen Aufwand von 255 Frs.³⁹⁾ Uebrigens ist für $\frac{1}{10}$ der Studirenden Dispens von den Inskriptionsgebühren, für bedürftige, die sich bei dem Examen ausgezeichnet haben, auch ein Nachlass der Examensgebühren vorgesehen.

Das durchschnittliche Alter der Rechtsstudirenden entspricht ungefähr demjenigen des deutschen Studenten. Wenn auch, nach den Reglements, die Einschreibung schon nach zurückgelegtem 16. Lebensjahre zulässig ist,⁴⁰⁾ so beträgt doch, nach einer Statistik der Pariser Fakultät, das Durchschnittsalter der in diese eintretenden Studirenden 18—20 Jahre.⁴¹⁾

Der ungesunde Zug der Studirenden, und gerade der eifrigsten, nach Paris hat sich in Folge der allgemeinen Hebung der Provinzialfakultäten etwas vermindert. Doch ist bis in die letzte Zeit die Thatsache, dass in Paris eine Kontrolle unmöglich war, während die Konstatirung des Vorlesungsbesuches in der Provinz durch Namensaufruf streng gehandhabt wurde, die Ursache einer weitgehenden Störung der Studien gewesen. Die Fakultäten waren, um nicht allzuviel Studirende nach Paris ziehen zu sehen, was für manche Anstalt, gerade mit Rücksicht auf die geplante Gründung der Universitäten, die Frage des Seins oder Nichtseins involviren konnte, genöthigt, dem Bedürfniss der Studirenden nach Aufenthaltsdispensen sehr weit entgegenzukommen. Im Falle der Weigerung ging der

³⁹⁾ *Décrets* vom 22. August 1854, 8. Januar 1881, 14. Sept. 1882. Die Gebühren für das 3. Jahr der *licence* setzen sich z. B. folgendermaassen zusammen:

4 inscriptions à 30 frs. = 120 frs.

2 examens à 60 frs. = 120 frs.

2 certificats d'aptitude à 30 frs. = 60 frs.

1 diplôme 100 frs.

1 droit de bibliothèque 10 frs.

⁴⁰⁾ *Décret* 4. jour compl. an XII, art. 27.

⁴¹⁾ Von den *licenciés* der Jahre 1881, 82, 83 waren 75 % über 22 Jahre alt, was bei dreijährigem Studium auf das erwähnte Alter zur Zeit des Eintritts schliessen lässt. (*Revue internat. de l'enseignement*. 1888. II. S. 519 ff.)

Student eben nach Paris, wo er eine Dispens gar nicht nachzusuchen brauchte. So hatte der Zustand, welchen wir oben dahin charakterisirt hatten, dass manchen Fakultäten das Schicksal drohte, aus Unterrichtsanstalten Examenskommissionen zu werden, sich sogar verschärft. Die Fakultät zu Aix zählte beispielsweise einmal von 89 Studirenden 55 Dispensirte.⁴²⁾ Auch nachdem durch die Studienreform des Dekrets vom 28. Dezember 1880 eine Besserung eingetreten war, konnte diese Fakultät doch noch die Aufenthaltsdispensen als „Geissel der Rechtsfakultäten“ bezeichnen; 1886/87 waren in Lille von 123 Studirenden 47 dispensirt, in Rennes von 275 etwa die Hälfte, in Bordeaux von 492 = 182 u. s. f.⁴³⁾

Wie dieser Zustand für die Provinzialfakultäten verhängnissvoll war, so bedeutete er auch keinen Vortheil für die Pariser Fakultät, deren Räumlichkeiten auch entfernt nicht ausgereicht haben würden, um alle formell Inskribirten aufzunehmen. Dieselbe hat daher neuerdings auch den Versuch gemacht, die Kontrolle dadurch zu verschärfen, dass die Studirenden verpflichtet werden, ausser der viermaligen Einschreibung, deren Termine bestimmt sind, sich auch noch im Dezember, Februar und April an, von der Fakultät im einzelnen Falle bestimmten, Tagen zu inskribiren. Es ist möglich, dass hierdurch eine theilweise Besserung erzielt wird. Doch steht zu befürchten, dass die Bewerber um Dispensen auch fernerhin Mittel und Wege finden werden, um sie sich zu verschaffen.

Das anscheinend so weit verbreitete Bedürfniss nach Aufenthaltsdispensen lässt sich vornehmlich aus der Existenz

⁴²⁾ *Bulletin de la société pour l'étude des questions d'ens. supérieur.* 1880. S. 237.

⁴³⁾ Die beweglichsten Klagen hierüber finden sich in den Berichten der Fakultäten über die Wirkungen der Studienreform von 1880. (*Enquêtes et documents etc.* XXVI. *licence et doctorat en droit.* 1888.) So berichtet die Fakultät zu Douai (Lille): *La faculté a quelquefois fait un essai timide de sévérité; les résultats obtenus l'ont découragée. Lorsqu'elle a refusé une dispense, ce refus a été suivi d'une demande d'exeat. L'étudiant va s'inscrire le plus souvent à la faculté de Paris, qui n'impose même pas l'obligation d'une demande de dispense d'assiduité.* S. 65.

eines Bestandtheiles der Studentenschaft erklären, der dieselbe wesentlich von der deutschen unterscheidet. Es sind dies, bereits in einem bestimmten Berufe, oder mit Absolvirung eines Stage beim *Avoué* oder Notar, Beschäftigte, namentlich auch staatliche Beamte, welche in Folge der Erlangung der *licence* ein besseres Avancement erhoffen, oder damit nachträglich die Berechtigung, in eine höhere Karriere einzutreten, zu erhalten wünschen. Die Zahl dieser ist unter den in den Rechtsfakultäten Immatrikulirten eine grosse, in manchen Fakultäten gehört sogar die Mehrzahl der Studenten dieser Kategorie an. Begreiflicherweise sind sie oft fern von dem Sitze einer Fakultät beschäftigt, und auch wenn sie daselbst residiren sollten, dennoch an der Benutzung des Unterrichts gehindert. Sie müssen sich daher auf die eine oder die andere Weise eine Dispens verschaffen, um zum Examen zugelassen zu werden.

Einen weiteren, oben für dieses Streben der Studirenden verantwortlich gemachten Grund, das Fehlen der Reize des akademischen Lebens, hat man neuerdings zu beseitigen sich nicht erfolglos bemüht. Auch diejenigen, welche nicht auf wissenschaftliche Ausbeute rechnen, und die daher bislang, oft unter den merkwürdigsten Vorwänden, dem freudlosen Aufenthalt in der Fakultätsstadt sich zu entziehen suchten,⁴⁴⁾ will man nunmehr an die Universität fesseln, so namentlich durch Belebung des studentischen Assoziationswesens. Wenn auch die „Nationen“ des Mittelalters nicht wieder erstanden sind, so haben doch fast in allen Universitätszentren sich grosse studentische Vereinigungen gebildet, welche sich das materielle und geistige Wohl, sowie das Vergnügen ihrer Mitglieder angelegen sein lassen. Erwähnenswerth ist besonders die Pariser *association générale des étudiants*; 1884 gegründet, zählt sie jetzt über 2000 Mitglieder, hat Lesezimmer, Bibliothek, Vortragsräume und unterstützt die wissenschaftliche Ausbildung der Studirenden durch allerhand Veranstaltungen,

⁴⁴⁾ So berichtet der *doyen* der Fakultät zu Bordeaux über Dispensgesuche: *Les parents disent, que la santé de leur enfant exige les soins maternels et ne permet pas de l'abandonner à lui-même dans une grande ville.* (*Revue internat. de l'ens.* 1888. I. S. 322.)

wie sie auch für gesellige Unterhaltung sorgt. Diese Bestrebungen, die erhoffte „Verjüngung“ der Studentenschaft, haben auch Unterstützung durch die Unterrichtsverwaltung und das Lehrpersonal der Fakultäten — besondere Verdienste hat sich der bekannte Professor der Pariser *faculté des lettres*, E. Lavisse, erworben — gefunden; ja sogar die gesetzgebenden Körperschaften fanden zu einem Beweise des Wohlwollens Zeit.⁴⁵⁾ Wie diese — allerdings vielleicht noch etwas künstliche — Belebung des Studentenlebens wesentlich unter dem Einflusse der vermehrten Kenntniss deutscher Universitätsverhältnisse sich entwickelt hat, so haben auch gewisse Aeusserlichkeiten des deutschen Studententhums den Weg über die Vogesen gefunden. Wenn ein Franzose die deutschen Studentenkorporationen auf 2 grundlegende Typen zurückführt: *les unes, dont les statuts prescrivent de boire un nombre déterminé de chopes, même quand on n'a pas soif, les autres, dont les statuts prescrivent de se battre en duel, même quand on ne s'est point querellé*,⁴⁶⁾ so haben dafür seine Landsleute die Institution des „*béret*“, der Studentenmütze, unzweifelhaft vervollkommnet. Nachdem Paris mit der Annahme des *béret* vorangegangen, ist man auch anderwärts dem bedeutsamen Beispiele der Lichtstadt gefolgt; dabei hat beispielsweise die Studentenschaft in Lyon Unglück gehabt: ihr *béret* wurde von Gymnasiasten und Anderen nachgeahmt. So hat denn eine Kommission ein neues *béret* komponiren müssen, „*du meilleur goût, décoratif et distinctif à la fois*“, und dies Mustererzeugniss sich patentiren lassen.⁴⁷⁾

Uebrigens haben die erwähnten Bestrebungen gewiss einen durchaus berechtigten Kern; es ist nicht unrichtig, wenn ein

⁴⁵⁾ Die autorisirten studentischen Assoziationen wurden von der Steuer des *art. 9* des Gesetzes vom 16. September 1871 befreit. (*Budget 1888, art. 13.*)

⁴⁶⁾ Uebrigens „*nil novi sub sole*“: So heisst es 1368 in einem Statut zu Orléans: *Item sunt nonnulli, causam et occasionem fingentes, ubi causa honesta non possit aliququaliter reperiri, qui alios studentes diffidant, bellum ac si essent principes, barones vel milites indicendo, vel per alium seu alios diffidium sibi mittant.* Fournier, *Les statuts et privilèges des universités françaises* I. S. 126 ff.

⁴⁷⁾ *Revue* 1889. I. S. 304.

eifriger Befürworter der Reform die Schaffung eines „*corps enseigné*“, als wichtigste Voraussetzung der Verwirklichung des Universitätsgedankens, bezeichnet. Jedenfalls sind die Studenten eifrige Verfechter desselben und haben an der Beseitigung mancher geistigen Schranke, welche die Fakultäten von einander trennte, redlich mitgewirkt.

Als eine besondere Aeusserung des französischen Studententhums dürfen die *conférences*, welche der Sprachgebrauch des *quartier latin* als „*parlotes*“ bezeichnet, nicht unerwähnt bleiben. Zweck dieser privaten Veranstaltungen ist, den Studirenden zu möglichst frühzeitiger und häufiger Redeübung Gelegenheit zu geben. Die natürliche Anlage der Nation, der ganz besondere Werth, den von Alters her in Gallien das „*argute loqui*“ hat, in nicht geringem Maasse auch die nationale Vorliebe für das Reden und Debattiren um seiner selbst Willen, dies Alles hat wohl das Entstehen und Blühen dieser studentischen „Parlamente“ begünstigt. Unter dem Vorsitze eines Advokaten, oder einer sonstigen Autorität, tagen dieselben an den verschiedensten Orten; sogar im *Palais de justice* werden Abends Sitzungssäle zu diesem Zwecke eingeräumt. Gewöhnlich designirt der Präsident das zu debattirende Thema und vertheilt die Rollen des Vertheidigers und des Angreifers; einem Dritten, dem Vertreter des „*ministère public*“, liegt die Begutachtung der Diskussion ob. Endlich stimmt, nach allgemeiner Debatte, die Versammlung über den Streitfall ab, was den künftigen Zierden des *barreau* oft Gelegenheit zu einer Erregung giebt, die kaum im Verhältniss zur Wichtigkeit der Entscheidung steht. Man kann übrigens ganz vernünftig ausgearbeitete Vorträge bei diesen frühzeitigen Redeversuchen hören, wenn auch gar Mancher zunächst nur lernt, durch die Sprache das Fehlen des Gedankens zu verbergen.⁴⁸⁾

⁴⁸⁾ Ein besonders erwähnenswerthes Beispiel ist die Pariser „*conférence Molé*“, deren Mitglieder meist allerdings bereits *licenciés* sind. Sie beschäftigt sich, nach Art der englischen *debating clubs*, mit politischen und staatsrechtlichen Fragen und hat schon manchem bekannten Politiker Gelegenheit gegeben, die erste Schüchternheit des angehenden Redners zu überwinden. Nicht einmal die Parteibezeichnungen „Rechte“ und „Linke“ fehlen in ihrer ganz parlamen-

Die mehrerwähnte Hypertrophie der Pariser Fakultät wird auch dadurch befördert, dass ein Wechsel der Fakultät, unter Inanspruchnahme des *recteur*, dem Studirenden zwar erlaubt, aber durchaus nicht gebräuchlich ist, es sei denn eben, um sich nach Paris zu begeben. Es findet daher jenes Zurückströmen in die kleineren Städte nicht statt, welches die grossen deutschen Zentren regelmässig entlastet. Das Fehlen eines entsprechenden Gebrauchs in Frankreich erklärt sich, einmal aus der im Allgemeinen dort geringeren Wanderlust, sodann aber aus der napoleonischen Uniformität der Anstalten, welche es dem Studirenden ziemlich gleichgiltig erscheinen lassen konnte, ob er die Anstalt A oder die Anstalt B besuchte, endlich aus dem bisherigen Fehlen des Studentenlebens. Auch herrschte bisher in den leitenden Kreisen eine Abneigung gegen das „Vagabundiren“ der Studirenden. Doch scheint sich neuerdings auch hier eine Aenderung vorzubereiten.⁴⁹⁾ Und wie wir glauben, mit Recht; denn, abgesehen von den aus dem mässigen Fakultätswechsel für die Anstalten resultirenden Vorthelen, werden auch die Nachtheile, des unleugbaren Zeitverlustes und der Zerstreuung, regelmässig reichlich aufgewogen durch die Erweiterung des Blickes, Vermehrung der Erfahrung und mannigfache geistige Anregung, welche das Kennenlernen neuer Verhältnisse, und das nothwendige Sichanpassen an dieselben, gerade in dem Alter des Studirenden mit sich bringt. Wir möchten es daher den Fakultäten wünschen, dass die Wanderlust ihrer Studirenden, die in den Universitäten noch des 16. Jahrhunderts, auch in Frankreich, eine so grosse Rolle spielte, wieder erwache.

Die Berufsziele, welchen die Rechtsstudirenden zustreben, sind in Frankreich natürlich ähnliche wie in Deutschland,

tarischen Organisation. Selbst Senatoren und Deputirte haben sich zeitweise in der „*Molé*“ eingefunden, um den Ueberschuss an Beredsamkeit, den sie im Parlamente nicht verwenden konnten, dort anzubringen.

⁴⁹⁾ Ein Zirkular vom 8. Mai 1886 regte, den Studirenden zu gewährende Erleichterungen an, damit sie ihre Studien nach einander in verschiedenen Bildungszentren, sowie auch zum Theil im Auslande machen könnten.

namentlich das Richteramt „*magistrature*“, die Advokatur, die verschiedenen Verwaltungskarrieren etc. Daneben sind es nicht Wenige, die den Studiengang der Rechtsfakultäten, so wenig die strenge Regelung desselben auch dazu einzuladen scheint, nur zu dem Zwecke des Erwerbs einer gewissen allgemeinen Bildung durchmachen, um sich dann politischen, literarischen und ähnlichen Beschäftigungen zuzuwenden. Das völlige Versagen der *facultés des lettres* hat bis in die letzte Zeit diese gehindert, eine ähnliche Stellung zur Befriedigung der genannten Bedürfnisse einzunehmen, wie sie in Deutschland der philosophischen Fakultät zufällt. Uebrigens erleichtert die freie Organisation der Advokatur in Frankreich, die Verbindung solcher Thätigkeit mit der formellen Stellung eines Advokaten.

Was nun die Frage der Studienerfolge angeht, so werden wir, bei Besprechung der Examina, hierauf einen Blick zu werfen Gelegenheit haben. Nur so viel sei hier bemerkt, dass die Klagen, über den anscheinend internationalen Unfleiss der Rechtsstudirenden, den in Deutschland üblichen nicht unähnlich sind. Namentlich die Pariser Fakultät stellt dem Fleisse ihrer Hörer ein wenig glänzendes Zeugnis aus: auf etwa 700—800 schätzt der *doyen*⁵⁰⁾ die Zahl der ernsthaft arbeitenden Studenten, d. i. etwa ein Viertel der inskribierten Gesamtzahl. Und auch die Berichte der Provinzialfakultäten konstatiren meist einen, nicht eben sehr hohen Grad des Studieneifers, wenn sie auch, in Folge der jüngsten Reformen, vielfach eine Besserung gegen früher verzeichnen.⁵¹⁾

Auch in Frankreich hat eben das Rechtsstudium, mehr wie die anderen Fachstudien, die Besonderheit, dass es die

⁵⁰⁾ Bericht des *conseil général* etc. *Revue internat. de l'ens.* 1888. I. S. 301.

⁵¹⁾ Vgl. die unter den *Enquêtes et documents* 1887, 88, 89 publizirten Berichte der Generalräthe. Desgl. die Gutachten über *licence et doctorat en droit*. — *Enquêtes et doc.* XXVI 1888. Eine erfreuliche Ausnahme macht die Fakultät zu Grenoble; sie zählt zwar nur wenig Studirende, weiss aber von ihnen zu rühmen, dass sie „durchgängig fleissig sind, Freude am Rechtsstudium haben und ein bemerkenswerthes Verständniss dafür besitzen“.

nothwendige Voraussetzung bildet für die Zulassung zu vielen Karrieren, ohne dass dem Studirenden gleich zu Anfang, die praktische Verwendbarkeit der juristischen Studien für die spätere Laufbahn erkennbar würde. Die Mehrzahl der Studenten wird der Jurisprudenz daher auch dort, weniger durch eine besondere Vorliebe für dieselbe zugeführt, als weil sie in ihr den vielleicht unangenehmen Weg zu dem gewünschten Ziele sieht; sie dokumentirt durch die Wahl eines Berufes, der die Rechtsstudien voraussetzt, keineswegs auch eine entschiedene Hinneigung zu diesen letzteren. Es ist nur begreiflich, dass diese Auffassung auch auf den Fleiss vieler Studirenden zurückwirkt.

Bei der Beurtheilung der Studienresultate dürfen auch gewisse soziale Strömungen nicht übersehen werden, welche in Frankreich mehr und mehr, gerade den Rechtsfakultäten, allzu viele ungeeignete Elemente zuführen. So glaubt der langjährige *doyen* der Pariser Fakultät, M. Beudant, die Hauptschuld an dem Niedergange der Studien dem ungesunden, heutzutage nur allzu verbreiteten Streben, sich über die natürlich gewiesenen, in „höhere“ Laufbahnen zu drängen, zuweisen zu müssen.⁵²⁾ „Eine Menge von jungen Leuten“, sagt er, „wollen *licenciés en droit* werden, welche früher nie daran gedacht hätten, denen auf Grund der sozialen Stellung ihrer Familie, oder der Dürftigkeit und Unzulänglichkeit ihrer Vorbereitung, die erforderliche allgemeine Geistesausbildung fehlt, denen ausserdem die Noth des materiellen Lebens nicht genügende Zeit für die angefangene Arbeit lässt, die daher das Rechtsstudium nur neben einem, sie absorbirenden Berufe betreiben. Man kann nicht von ihnen verlangen, dass sie den Unterricht besuchen, denn sie haben andere Berufsbeschäftigungen, die häufig um so zeitraubender sind, je kärglicher sie belohnt werden; von ihnen wirklich ernste Kenntnisse fordern, wie sie von angehenden Juristen gefordert werden müssten, heisst, mit Rücksicht auf ihre Lage, Unmögliches von ihnen verlangen. Ihnen fehlen die Mittel, die Zeit, ja das Bedürfniss für solche Studien, wie sie der, für die

⁵²⁾ Bericht an den *conseil académique*, décembre 1885. (Paris 1886.)

wirklich juristischen Laufbahnen organisirte Unterricht der Rechtsfakultäten bedingt“.

Es sind dies die oben erwähnten, hartnäckigen Bewerber um Aufenthaltsdispensen, „Beamte der staatlichen und privaten Verwaltungen, welche ihr Avancement zu erleichtern oder eine Gehaltsvermehrung zu erlangen hoffen, wenn sie ein Diplom nachweisen können; ferner Kaufleute, welche in der Ferne die Konsulatsehren winken sehen, endlich die grosse Menge derjenigen, welche, ohne einen bestimmten Beruf im Auge zu haben und ohne ernstliche Vorbereitung, von der Erlangung irgend eines öffentlichen Amtes träumen und einstweilen von der Hand in den Mund leben“.

Das Eindringen dieser Elemente in den Hochschulunterricht wird in Frankreich auch durch die Organisation des Sekundärunterrichts erleichtert, der eine ungenügende und überhastete Vorbereitung auf das *baccalauréat* ermöglicht. Einmal hindert die Konkurrenz der staatlichen und der freien Anstalten die Leiter derselben, an jener heilsamen Ausmusterung, der zum Aufrücken in höhere Klassen nicht Befähigten, durch „Sitzenbleiben“, und dann ist es Jedem gestattet, auch ohne den Nachweis der Studien auf einem *lycée* oder *collège* zu erbringen, sich bei irgend einer *faculté des lettres* zum *baccalauréat* zu melden. Es liegt auf der Hand, dass hierbei das System der „Pressen“ floriren muss, und das oberflächliche Examensstudium gar Manchem ermöglicht wird, dem seine Verhältnisse den Zeitaufwand des regelmässigen Studienganges nicht gestatten würden.⁵³⁾

⁵³⁾ Bei der neuesten Reform des Sekundärunterrichts hat man die vielbestrittene Institution des „*livret scolaire*“, d. h. ein Studienzeugniss der Anstalt, an welcher der Aspirant auf das *baccalauréat* seinen Unterricht genossen hat, wieder eingeführt (*décret* vom 8. August 1890). Doch ist der Kandidat nur berechtigt, dieses Zeugniss der *faculté des lettres* vorzulegen; nach wie vor kann er sich überall, und ohne Nachweis eines geregelten Studiums, zum Examen stellen. Die Schwierigkeit liegt hier darin, dass die Schüler der freien *collèges* den staatlichen Examenskommissionen gegenüberstehen. Man hat, zeitweilig wohl nicht ohne Grund, eine Bevorzugung der Schüler staatlicher Anstalten vor denjenigen der freien befürchtet und daher dem Schüler die Möglichkeit gegeben, den

Gerade diese Kategorie wird nun den Rechtsfakultäten zugetrieben, namentlich in Folge des Missbrauches, der mit der Forderung des *licence*-Diploms als Vorbedingung für den Eintritt, oder das *Avancement* hinsichtlich allzu vieler, häufig vollständig ungeeigneter Karrieren getrieben wird.

Man muss dem *doyen* M. Beudant beistimmen, wenn er diese Erscheinung als eine soziale Gefahr, besonders aber als eine solche für den allgemeinen Fortgang der Studien bezeichnet. Gerade bei einem so unfreien Studiensystem, wie es das, auf fortwährende Prüfungen und ständige Inanspruchnahme des Lehrers durch den Schüler gebaute, der französischen Rechtsfakultäten ist, muss, unter der Einwirkung eines kranken Theiles, der ganze Organismus nach und nach in Mitleiden-
schaft gerathen.

III.

Die Grade und die Studienordnung.

Die wichtigsten der durch das Rechtsstudium zugänglichen Berufs-
stellungen.

Die alten Grade, *baccalauréat*, *licence*, *doctorat*, und das *certificat de capacité* haben sich auch heute erhalten; auch die, ihnen von Napoleon gegebene Bedeutung ist wesentlich die gleiche geblieben: das *baccalauréat* als Durchgangsstufe zu dem regelmässigen Studienabschlusse der *licence*, das *doctorat* als Voraussetzung der Lehrthätigkeit und als Luxusgrad. Auf 13—1400 *licenciés* jährlich kommen etwa 120 *docteurs*, während 150—200 das *certificat de capacité* zu erwerben pflegen.⁵⁴⁾ Etwa die Hälfte aller Gradertheilungen findet, der Schülerzahl entsprechend, in der Pariser Fakultät statt. — Formell werden die Grade durch den Minister, als Erben des napoleonischen *Grand*

Examinator über seine Provenienz in Unkenntniss zu lassen. — Die Resultate der Prüfung des *baccalauréat* sind begreiflicherweise recht unerfreuliche; 50 bis 60 % der Kandidaten pflegen nicht zu bestehen; doch kann die Prüfung beliebig wiederholt werden.

⁵⁴⁾ *Enquêtes et documents 1886. — Relevé numérique des grades.*

Maître de l'université, verliehen, auf Grund eines von der Fakultät ausgestellten Befähigungszeugnisses, *certificat d'aptitude*, welches vom *recteur* der *académie* zu visiren ist.⁵⁵⁾ Materiell liegt natürlich die Gradertheilung bei den Fakultäten. —

Die äussere Studienordnung der *licence*, für die das *baccalauréat* nach wie vor nur ein Durchgangspunkt bleibt, hat sich seit der, im vorigen Abschnitt geschilderten, napoleonischen Organisation kaum verändert: ein dreijähriges Studium in einer französischen Rechtsfakultät, 12 Inskriptionen und das Bestehen dreier Examina, deren je eines am Schlusse jedes Schuljahres stattfindet, sind auch heute, unter Beseitigung der *thèse de licence*, die Bedingungen ihrer Erlangung.⁵⁶⁾ Die vorgeschriebenen Materien haben dagegen eine bedeutende Mehrung erfahren.

Nachdem die siebziger Jahre schon einige Neuerungen eingeführt, ist durch das zitierte Dekret von 1880 ein weiterer Fortschritt gemacht, und durch das Dekret von 1889 der Abschluss herbeigeführt worden. Letzteres, welches nunmehr die Basis der Studien der *licence* bildet, tritt vollständig erst 1892 in Kraft, so dass es nützlich erscheint, der Besprechung seiner Anordnungen, die Darstellung des Regimes von 1880 voranzuschicken. Die danach für die drei Studienjahre der *licence* vorgeschriebenen Lehrgegenstände sind folgende:

Im ersten Jahre: *droit romain, histoire générale du droit français, Code civil, droit criminel.*

Im zweiten Jahre: *droit romain, économie politique, Code civil, procédure civile.*

Im dritten Jahre: *droit administratif, droit commercial, Code civil, droit international privé.*

Inwieweit der Studirende die genannten Materien seinen Studien zu Grunde zu legen hatte, wurde für die meisten Fächer durch die von der Unterrichtsverwaltung ausgehenden Examensprogramme bestimmt. Namentlich für die von Alters her dem Studienplane angehörenden Fächer bestanden, und

⁵⁵⁾ *Décrets* vom 17. März 1808, art. 58, 59. 26. Dezember 1875, art. 8, 9.

⁵⁶⁾ *Décrets* vom 28. Dezember 1880 und 24. Juli 1889.

bestehen zum Theil auch jetzt, solche Vorschriften; so namentlich für den *Code civil*, dessen Materien ziemlich gleichmässig auf die drei Studienjahre vertheilt sind, das römische Recht, dessen Studien im ersten Jahre Buch I und II, im zweiten Buch III und IV der Justinianischen Institutionen, mit einigen, vom Professor auszuwählenden Texten aus den Digesten, dem *Codex* und den Novellen, zum Gegenstande haben sollten. Für das Strafrecht waren die Bücher I und II, der allgemeine Theil des *Code pénal*, vorgeschrieben, und hiemit der entsprechend geregelte Strafprozess verbunden; auch für den Zivilprozess war eine ähnliche Auswahl aus den Materien des *Code de procédure civile* getroffen.⁵⁷⁾

Die anderen, meist in neuerer Zeit dem Studienplane eingefügten Materien waren frei von solchen Bestimmungen; hier hatte, wie wir unten näher sehen werden, das von dem Professor Vorgetragene den Gegenstand des Studiums zu bilden.

Die Lücken, welche dieses Studienprogramm, trotz seines Fortschritts gegen den früheren Zustand, noch immer liess, machten sich natürlich stets fühlbarer. Namentlich die Frage einer Erweiterung des öffentlich-rechtlichen Gebietes wurde brennend. Fehlte doch z. B. das Staats- und Völkerrecht vollständig, die doch gewiss zu der allgemeinen juristischen Bildung, wie sie die *licence* garantiren sollte, gehören und nicht der Elite des *doctorat* vorbehalten bleiben konnten. Hiezu kam noch eine Frage, auf welche wir, bei der Besprechung des Verhältnisses der Rechtsfakultäten zu den Staatswissenschaften, näher zurückkommen werden: die den Aspiranten auf administrative Stellungen zu gewährende, staatswissenschaftliche Bildung. Sie regte zugleich den Zweifel an, ob überhaupt die Rechtsfakultäten den geeigneten Boden für eine Pflege der Staatswissenschaften abgeben könnten, einen Zweifel, der bei dem, so lange Zeit ausschliesslich privatrechtlichen

⁵⁷⁾ *Arrêtés* vom 22. September 1843 und 4. Februar 1853. — Die Materien des *Code civil* vertheilen sich folgendermaassen auf die drei Studienjahre: Erstes Jahr: Buch I und II. (Art. 1—710 mit Ausschluss der Art. 2—5 und 120—138.) Zweites Jahr: Buch III, Titel I—IV (Art. 711—1386), Titel XX (Art. 2219—2281). Drittes Jahr: Buch I (Art. 2—5; 120—138), Buch III, Titel V—XIX (Art. 1387—2218).

Charakter ihres Unterrichts einerseits, dem ausserordentlichen Erfolge einer freien staatswissenschaftlichen Hochschule, der in den siebziger Jahren gegründeten *école libre des sciences politiques* andererseits, nicht unberechtigt erschien. Gerade diese Bedrohung der Zukunft der Rechtsfakultäten veranlasste dieselben aber, energisch eine Erweiterung ihres Kadres in der genannten Richtung zu verlangen; ihren Bemühungen, unter Führung der Pariser Fakultät, ist es namentlich zu danken, dass durch das *décret* vom 24. Juli 1889 eine gründliche Reform der *licence*-Studien vorgenommen wurde.⁵⁸⁾

Eine besondere Schwierigkeit bot die Einführung neuer Materien in ein ohnedies nicht unbelastetes Studienprogramm. Eine Verlängerung der Studiendauer wurde fast allgemein gewünscht, ebenso allgemein aber auch, bei den herrschenden sozialen Verhältnissen, als undurchführbar erkannt. Die Umgehung dieser Schwierigkeit hat nun zu einem bedeutsamen, prinzipiellen Fortschritt geführt: der Beschränkung einzelner Materien auf Semestralkurse, und der dem Studirenden gegebenen Freiheit, innerhalb gewisser Grenzen ein Wahlrecht auszuüben.

Folgende sind nun die vorgeschriebenen Lehrgegenstände und ihre Vertheilung auf die Studienjahre:⁵⁹⁾

Erstes Jahr: *droit romain, droit civil, économie politique, histoire générale du droit français* (erstes Semester), *éléments du droit constitutionnel et organisation des pouvoirs publics* (zweites Semester).

Zweites Jahr: *droit civil, droit criminel, droit administratif, droit romain* (erstes Semester), *droit international public* (zweites Semester).

Drittes Jahr: *droit civil, droit commercial, procédure civile* (erstes Semester) und, nach Wahl des Studirenden, drei aus der Zahl folgender Semestralkurse: *procédure*

⁵⁸⁾ Die Gutachten der Fakultäten über das Reformprojekt: *Enquêtes et documents*. 1889. XXXI. — Die Begründung des Dekrets vor dem *conseil supérieur de l'inst. publ.* ist abgedruckt in der *Revue internationale de l'enseignement*. 1889. II. S. 113 ff.

⁵⁹⁾ *Décrets* vom 24. Juli 1889, 31. Juli 1890, 31. Juli 1891. — *Circulaires* vom 31. Oktober 1889, 17. Februar 1891.

civile, voies d'exécution (zweites Semester); *droit international privé; droit maritime; législation commerciale comparée; droit administratif; droit international public; législation industrielle; législation coloniale; législation financière.*

Auf dem *licence*-Diplome sollen dann die von dem Studierenden gewählten Materien vermerkt werden.

Es ergibt sich von selbst, dass hiemit einige der erwähnten Examensprogramme, namentlich die Eintheilung der Studien des römischen Rechts, in Wegfall gekommen sind. An die Stelle dieser Vorschriften tritt nunmehr die vom Lehrer des betreffenden Faches gewählte Anordnung des Stoffes. Ist damit der Lehrfreiheit ein Dienst erwiesen, so ist der Beginn einer gewissen Freiheit des Lernens prinzipiell nicht minder werthvoll. Da allerdings, aus Sparsamkeitsrücksichten, in den meisten Fakultäten nur je sechs von den letztgenannten neun Kursen eingerichtet werden sollen, so wird praktisch die Freiheit der Wahl nicht eben ein grosses Gebiet vorfinden.

Jedenfalls ist die Besserung in quantitativer Hinsicht, insbesondere durch Einführung des Staats- und Völkerrechts, unverkennbar. Auch die Zurückdrängung einzelner Materien, welche, wie das internationale Privatrecht, kaum auf einen berechtigten Platz unter den obligatorischen Lehrgegenständen Anspruch hatten, ist nicht zu bedauern. Ebenso ist der methodische Fortschritt, der z. B. endlich den Strafprozess aus dem ersten Studienjahre vertrieben hat, ein bedeutender.

Als eine Lücke kann dagegen auch jetzt noch das Fehlen encyklopädischer Studien⁶⁰⁾, zu Beginn der Studienzeit, bezeichnet werden; allerdings werden dieselben einigermaassen ersetzt, durch eine summarische Einleitung in die Rechtswissenschaft, welche mit dem Kurse über *Code civil* des ersten Jahres verbunden zu werden pflegt. Hiedurch wird auch die Stellung des letzteren im ersten Jahre zum Theil gerechtfertigt. Auf

⁶⁰⁾ Schon V. Cousin hatte hier einst durch Einführung einer Vorlesung über „*introduction générale à l'étude de droit*“ in Paris abzuhelpen gesucht (ord. vom 25. April 1840), die 1859 jedoch wieder verschwand.

das dreijährige Studium des *Code* werden wir übrigens unten, bei den Vorlesungen zurückkommen.

Bedauerlich bleibt, dass man die Aufnahme des kanonischen Rechts, dessen Bedeutung für die französische Rechtsbildung eine so grosse gewesen ist, und welches einst dort eine so eifrige Pflege gefunden, nicht für nöthig gehalten hat. Die Rechte und „Freiheiten der gallikanischen Kirche“ sollten doch jetzt kaum mehr etwas zu fürchten haben.⁶¹⁾

Im Ganzen wird man jedoch gewiss nicht leugnen können, dass die, nach diesem Programm vollzogene, juristische Durchbildung des *licencié* nunmehr einen wissenschaftlichen Charakter trägt und auch, als den praktischen Bedürfnissen völlig genügend, angesehen werden muss. Wenn man nun gar sich den, bis in die siebziger Jahre gemeinrechtlichen Zustand des völligen Fehlens der Rechtsgeschichte, des Staatsrechts, Völkerrechts, der Nationalökonomie vergegenwärtigt, so wird man dem gemachten Fortschritte die Anerkennung nicht versagen können. —

Für das *doctorat*, welches zeitweilig einen starken Rückgang in der Zahl der Bewerber erfuhr — von 191 im Jahre 1875 war die Zahl der ertheilten Doktordiplome 1885 auf 112 gesunken⁶²⁾ —, dürften, mit der vollen Wirksamkeit der mehrerwähnten Bestimmung des neuen Militärgesetzes, glücklichere Zeiten anbrechen. Schon jetzt macht sich überall ein grösserer Zudrang der Bewerber bemerkbar.⁶³⁾

Die äusseren Anforderungen sind seit der napoleonischen Organisation bedeutend gestiegen: Der *licencié* hat nunmehr⁶⁴⁾

⁶¹⁾ Für die Nichtaufnahme des kanonischen Rechts unter die Lehrgegenstände waren, bei der napoleonischen Reorganisation zur Zeit des Konkordats, namentlich kirchenpolitische Gründe maassgebend. So sagte zur Begründung Sédillez: „*On enseignera dans nos écoles non plus le droit canon, le droit ecclésiastique, qui émanés d'une puissance étrangère nous sont essentiellement étrangers. . . . (Considérations présentées au Tribunat. 21. ventôse an XII. Folleville, Recueil des règlements etc. S. 28.)*“

⁶²⁾ *Enquêtes et documents 1886. Relevé numérique des grades.*

⁶³⁾ Vgl. die Berichte der *conseils généraux. 1888/89. Enquêtes et documents. 1890. XXXV.*

⁶⁴⁾ *Décret* vom 22. Juli 1882.

drei Examina zu bestehen, zwei Dissertationen einzureichen und sich der *thèse*, der Vertheidigung selbstgewählter Propositionen, die nicht so sehr Formsache ist, wie vielfach in Deutschland, zu unterziehen. Hiefür ist offiziell nur ein weiteres Studienjahr (im Ganzen 16 Inskriptionen) vorgeschrieben, begreiflicherweise nehmen jedoch thatsächlich die Studien des *doctorat*, nach der *licence*, einen Zeitraum von 2 bis 3 Jahren in Anspruch.

Auch inhaltlich ist der Umschwung, der eine ganze Geschichte hat, nicht weniger bedeutend. Im Sinne des Dekrets vom 4. *jour compl. an XII* sollte das *doctorat* nur eine vertiefende Wiederholung der *licence*-Studien sein. Nachdem dann das Bedürfniss nach Einführung einiger neuen Kurse, namentlich in Paris, sich geltend gemacht hatte, und diese bei der un-freien Studienordnung, um lebensfähig zu sein, mit einem Studienziele in Verbindung gebracht werden mussten, machte man sie für das *doctorat*, welches als höchststehender Grad am ehesten etwas „Wissenschaft“ vertragen konnte, obligatorisch. Bald stellte sich nun die Unmöglichkeit heraus, mit den neueingeführten Materien auch die alte Wiederholung der *licence*-Studien zu verlangen. Man kam daher zu einer Zweitheilung: einer festen Grundlage, als welche römisches Recht und französisches Zivilrecht blieben, und einer, je nach den Hilfsmitteln der Fakultät, weiter oder enger begrenzten Wahlberechtigung des Kandidaten, unter den etwa in der Fakultät bestehenden Spezialkursen; über die gewählt wurde er dann examinirt.

Es führte dies bei der Häufung, welche die *cours complémentaires* in den siebziger Jahren erfuhren, in manchen Provinzalfakultäten zu Missständen. Die Kandidaten wählten naturgemäss die zeitweise nicht eben seltenen Spezialkurse, deren Inhalt ein recht dünnes Heftchen bergen konnte. So war der Werth der Diplome oft von Fakultät zu Fakultät ein sehr ungleicher. Dem hat nun die neueste Reform des *doctorat*⁶⁵⁾ abzuhelpen gesucht, unter gleichzeitiger Wahrung einer gewissen Wahlfreiheit.

⁶⁵⁾ *Décret* vom 22. Juli 1882. Motive desselben *Revue internationale de l'enseignement*. 1882. I. S. 66.

In erster Linie sind auch jetzt das römische Recht und das französische Zivilrecht in dem Umfange, wie sie für die *licence* studirt worden sind, Gegenstand des Studiums. Doch muss natürlich der Doktorand über eingehendere Kenntnisse hierin sich ausweisen. Insbesondere soll, was allerdings hinsichtlich des römischen Rechtes vielfach nur unzureichend geschieht, die Geschichte beider Rechtsgebiete berücksichtigt werden. Für das römische Recht ist ausserdem noch ein „*cours de Pandectes*“ vorgeschrieben, der meist eine Spezialfrage, mit eingehender Berücksichtigung der Quellen, zum Gegenstande hat. Ausserdem ist das Staatsrecht obligatorisch, und neben diesem der Kandidat verpflichtet, zwei aus den in der Fakultät vertretenen Lehrgegenständen zu wählen. Das Programm der entsprechenden Vorlesungen muss jedoch, damit sich die Wahl auf sie erstrecken könne, von dem Minister als Examensprogramm ausdrücklich gebilligt sein. Verlangt wird, dass sie wenigstens 40 Stunden im Jahre zählen.

Eingehender werden wir hierauf bei Besprechung der Vorlesungen zurückkommen, auch bei der des Examenswesens die Frage streifen, ob der gewaltigen Summe von Arbeit, die hienach das *doctorat* erfordert, die Resultate entsprechen, und ob die Einschränkung der Initiative des Schülers sich auch hier rechtfertigen lässt.

Einige Aenderungen werden übrigens wohl schon in nächster Zeit dadurch bedingt werden, dass manche, früher dem *doctorat* zugewiesene Materien, wie das *droit constitutionnel*, jetzt schon in der *licence* figuriren. —

Die Studienordnung für Erlangung des *certificat de capacité*, welches nach wie vor Voraussetzung der *avoué*-Stellung bleibt, darin aber durch das *baccalauréat en droit* vertreten werden kann, hat sich seit Beginn des Jahrhunderts nicht wesentlich verändert.⁶⁶⁾ Die, zu keinerlei Vorbildungsnachweis verpflichteten Anwärtler müssen während eines einjährigen Studiums vier Inskriptionen nehmen und während dieser Zeit die *Codes civil, pénal, de procédure civile* und *d'in-*

⁶⁶⁾ *Loi* vom 22. *ventôse an XII*, *décret* vom 4. *jour compl. an XII*, *arrêté* vom 20. Juli 1861. *Circulaire* vom 1. Januar 1870.

struction criminelle insoweit studiren, als dieselben dem Programme der ersten beiden Jahre der *licence* angehören. Am Schlusse des Jahres haben sie hierüber ein Examen zu bestehen.

Schon lange wird diese Studienorganisation allgemein als veraltet und zweckwidrig angesehen. Man kann sich allerdings kaum denken, dass der Kandidat aus dem genannten Stückwerk, ein einigermaassen zusammenhängendes Ganze zu bilden, im Stande sein sollte. Andererseits besteht unzweifelhaft von Alters her in Frankreich ein Bedürfniss für derartige niedere, rein praktische, juristische Studien; dasselbe wird durch die Thatsache bestätigt, dass in den letzten Jahren die Zahl der Bewerber um das Zertifikat sich steigert. Man hat daher schon mehrfach die Studien der *capacité* zu reformiren gesucht.

Natürlich war die erste berechtigte Vorfrage, ob überhaupt die Rechtsfakultäten der geeignete Platz für ein solches niederes Studium seien. Allerdings konnten die napoleonischen, rein professionell-praktischen Fakultäten, sich über die Zuweisung dieses Elements kaum beklagen; doch hat sich seitdem das Niveau der Rechtsfakultäten ja bedeutend gehoben. Zeitweilig hat man daher auch an die Errichtung niederer, juristischer Schulen, nach Analogie der in Frankreich bestehenden medizinischen Vorbereitungsschulen, gedacht. Jetzt scheint jedoch die Absicht zu bestehen, innerhalb der Rechtsfakultäten die Studien der *capacité* zu reformiren.

Man will das *certificat* dann als Vorbedingung für solche Karrieren erklären, welche jetzt, wie z. B. das *notariat*, gar keine juristische Universitätsbildung voraussetzen, andererseits auch für manche von denjenigen, für welche jetzt offenbar missbräuchlich die *licence* verlangt wird, wodurch zugleich ein Heben des Niveaus der letzteren erzielt werden würde.⁶⁷⁾ —

Vorstehende sind die, wie man sieht, auch heute noch streng geordneten Bahnen zur Erreichung der Studienziele, in deren Vorbereitung sich das Leben der Rechtsfakultäten wesentlich

⁶⁷⁾ Vgl. den Bericht von Labbé, *Revue internationale de l'enseignement*. 1887. II. S. 613 ff. Ders., l. c. 1886. II. S. 403 ff. — Auch die Gutachten der Fakultäten in *Enquêtes et documents etc.* XXXIV.

erschöpft. Die Studienordnung erhält dann ihre Sanktion durch das ausgebildete Examenswesen, welches die Einhaltung derselben erzwingt. Bei der Besprechung dieser letzteren werden wir somit, auch die Wirksamkeit der Studienordnung am Besten zu prüfen, Gelegenheit haben.

Hier sei es noch gestattet, einen Blick zu werfen, auf die wichtigsten derjenigen Berufe, für welche die genannten Grade die Voraussetzung bilden.

Für die Rekrutierung der *magistrature* haben sich die napoleonischen Grundlagen fast völlig erhalten.⁶⁸⁾ Vorbedingung zum Eintritt in dieselbe, die „*magistrature assise*“ (Richter) wie die „*magistrature debout*“ (Staatsanwaltschaft), sollte der Besitz der *licence en droit* und ein zweijähriger *Stage au barreau* (Advokatur) sein. Dies ist die Basis bis heute geblieben, und zwar hauptsächlich, wie man sagen kann, durch eine stillschweigende Fortsetzung eines, der alten Vererblichkeit sehr analogen Verhältnisses. Auch heute noch spielen Verwandtschaft und Protektion bei dem Eintritt in die *magistrature* eine grosse Rolle, wobei allerdings, in Folge der politischen Umwälzung, an Stelle der früher Auserlesenen in neuester Zeit andere Kreise getreten sind.⁶⁹⁾ Nur der Weg, auf dem dies geschieht, hat sich mit dem Wechsel der Vorbereitungsstufen mannigfach geändert.⁷⁰⁾ An Stelle des *Stage* beim *barreau* trat zeitweilig ein Noviziat der von den Gerichten zu wählenden Hilfsrichter, *auditeurs*, dann ein solches der *suppléants*.

Es würde zu weit führen, diese, durch die Frage der Unabsetzbarkeit der Richter, die durch das Institut der Hilfsrichter bedroht erschien, auch politisch bedeutsam gewordenen, formellen Aenderungen eingehender zu verfolgen.

Jetzt pflegen die *licenciés*, welche durch ihre Beziehungen Aussicht haben, in die *magistrature* aufgenommen zu werden, sich bei der Staatsanwaltschaft attachiren zu lassen. Der *Stage* dieser, oft in grosser Anzahl vorhandenen *attachés au parquet* ist in keiner Weise geregelt und oft nur eine For-

⁶⁸⁾ Gesetz vom 22. *ventôse an XII*, art. 23 ff. — Gerichtsverfassungsgesetz vom 20. April 1810, art. 64.

⁶⁹⁾ Vgl. hierüber einen interessanten Aufsatz in der *revue critique de législation et de jurisprudence*. 1877. S. 164 ff. — Auch K. Hillebrand, Frankreich und die Franzosen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

⁷⁰⁾ Vgl. Garsonnet, *Cours de procédure civile*, I. S. 195, 294 ff.

malität. Man beklagt namentlich die oft ganz ungenügende, subalterne Beschäftigung, die sie bei der Staatsanwaltschaft finden, und die durch keinerlei Examen eine Sanktion erhält. Aus diesem *Stage* treten dann die Kandidaten, je nach der Gunst der Umstände, nach kürzerer oder längerer Zeit als *suppléants* oder *substituts* direkt in die Richterstellung, bzw. die Staatsanwaltschaft ein.

Alle Versuche, welche darauf abzielten, einerseits die wissenschaftlichen Garantien zu erhöhen, andererseits die Rekrutierung der *magistrature* dem Protektionswesen zu entziehen, sind gescheitert. So noch neuerdings der unter dem Ministerium Dufaure⁷¹⁾ gemachte, welcher das *doctorat* als Vorbedingung erklärte und die Zulassung zu der Stellung eines *attaché au parquet de première classe* an eine Konkursprüfung knüpfen wollte. Diese Institution, welche die „Empfehlungen“, und die daraufhin erfolgende, willkürliche Designation des *chef de parquet* wirksam beseitigt hätte, konnte eben darum sich nicht einbürgern und ist jetzt ausser Gebrauch gekommen.

Gewiss muss man bei dieser unvollkommenen Organisation die Bedeutung, welche sich der Richterstand in Frankreich zu bewahren verstanden, doppelt bewundern. Als ein wichtiges, oft unterschätztes Moment erscheint uns hiebei die Wirksamkeit der, in dem engeren Kreise der Berufenen, sich beständig fort erbenden Tradition. Allerdings würde das Gute erhalten bleiben und dennoch mancher Auswuchs, sowie besonders das Fehlen der wissenschaftlichen Garantien, beseitigt werden können.

Auch für die Advokatur hat sich, seit der Organisation derselben zu Beginn des Jahrhunderts, die sich fast ganz an den vorrevolutionären Zustand anschliesst, nichts Wesentliches geändert.⁷²⁾ Charakteristisch für diesen, war die frühe Herausbildung einer sehr festen Organisation des Advokatenstandes, aus dem auch die Richter meist hervorgingen, und zu welchem der *licencié* nur nach Ablegung des Advokaten eides vorläufig zugelassen wurde. Um die Profession voll ausüben zu können, musste man Mitglied des *ordre des avocats*, und zu diesem Zwecke die Eintragung in das Register eines „*barreau*“, d. h. der bei einem Gerichte gebildeten Advokatenkammer, bewirkt sein. Als Vorbedingung hiefür wurde bei den Parlamenten schon von Alters her ein *Stage* bei dem

⁷¹⁾ *Décret* vom 29. März 1876.

⁷²⁾ Vgl. Warnkönig und Stein, Französische Staats- und Rechtsgeschichte. B. I. S. 576. Schaeffner, Geschichte der Verfassung Frankreichs. II. S. 443. Vgl. auch die Besprechung der Reform von 1679 im vorigen Abschnitte.

barreau betrachtet, dessen Dauer im 18. Jahrhundert drei Jahre betrug.

Diese Organisation ist nun fast völlig zu Beginn des Jahrhunderts wieder hergestellt worden und hat sich bis heute erhalten.⁷³⁾ Der *licencié* leistet den Advokateneid und ist dann wenigstens drei Jahre *avocat stagiaire*; diejenigen, welche daran denken, die Advokatur überhaupt ernsthaft auszuüben, arbeiten während dieser Zeit bei einem älteren Advokaten. Die offiziell vorgeschriebene Beschäftigung der *stagiaires*, welcher sich der *bâtonnier*, der gewählte Präsident der Advokatenkammer, besonders anzunehmen hat, beschränkt sich auf die Theilnahme an sehr sporadisch stattfindenden *conférences*, ist somit im Wesentlichen der eigenen Initiative des Einzelnen überlassen; in Paris z. B. sind die *audiences* fast immer von mehr oder weniger wissbegierigen *stagiaires* überfüllt. Nach Beendigung des *Stage* kann dann der Advokat, ohne Weiteres, seine Eintragung in das *tableau* verlangen und erlangt damit die volle Berechtigung zur Ausübung der Profession, mit einer gewissen beschränkten Verpflichtung zum Plaidiren. Länger als fünf Jahre kann der *Stage* nicht ausgedehnt werden.

Neben den zum Plaidiren berufenen Advokaten, gab es von Alters her in Frankreich die niedere Anwaltschaft der *procureurs*, jetzt *avoués*. Wir erwähnten, dass an Stelle der Regellosigkeit für die Laufbahn der oft übel beleumundeten *procureurs*, in der napoleonischen Organisation die Einrichtung des für die *avoués* obligatorischen *certificat de capacité* getreten ist, welches sich bis heute in seiner Mangelhaftigkeit erhalten hat. Viele *avoués* sind jedoch thatsächlich *licenciés*; einige *avoué*-Kammern, wie z. B. in Paris, verlangen diesen Grad sogar von ihren Mitgliedern. Der *avoué* ist „*officier ministériel*“, doch besteht auch heute noch die unter der Restauration wieder eingeführte⁷⁴⁾ Käuflichkeit der *avoué*-Stellen. Zum *avoué* ernannt wird jetzt derjenige, welcher eine *étude d'avoué* ererbt oder erkauft hat und, neben dem *certificat de capacité*, eine fünfjährige Beschäftigung in einem *avoué*-Bureau nachweisen kann.

Das Notariat ist an keinerlei Universitätszeugniss geknüpft, nur ein mehrjähriger praktischer Vorbereitungskurs bei einem Notar ist gefordert.

Auf die höheren Verwaltungskarrieren werden wir bei Besprechung des Verhältnisses der Rechtsfakultäten zu den Staatswissenschaften zurückkommen. Hier sei nur so viel bemerkt, dass es an einer einheitlichen Regelung der Vor-

⁷³⁾ Garsonnet, l. c. S. 399 ff.

⁷⁴⁾ *Loi de finances* vom 28. April 1816.

bildung und der Rekrutirung des Personals der verschiedenen staatlichen Verwaltungen noch immer völlig fehlt.⁷⁵⁾ Grundlegend ist auch heute noch der Unterschied zwischen den „politischen“ Stellungen, deren Besetzung, ohne Rücksicht auf Nachweis einer Vorbildung, durch die Minister, bzw. das Staatsoberhaupt, nach freiem Ermessen erfolgt — zu diesen gehören namentlich die der Präfekten —, und den technischen Stellungen, die den Besitz gewisser Diplome zur Voraussetzung haben. Eines dieser Diplome ist auch die *licence en droit*, deren Besitz z. B. vorgeschrieben ist: für die Präfekturräthe,⁷⁶⁾ die *élèves consuls*, die Stellen eines *chef*, *sous-chef*, *rédauteur* im Justizministerium, eines *attaché* im Ministerium des Inneren, eines *surnuméraire attaché* bei dem Bureau der auswärtigen Angelegenheiten etc. Für andere Stellungen kommt die *licence en droit* neben anderen Diplomen in Betracht. Regelmässig ist aber, in neuerer Zeit, der thatsächliche Eintritt in viele höhere Verwaltungslaufbahnen auch noch an das Bestehen einer Konkursprüfung geknüpft, deren Programm meist von jedem Minister für die ihm unterstellten Karrieren selbstständig entworfen wird. So sind, ein Drittel der Stellen des *auditorat* im Staatsrath, das *auditorat* des Rechnungshofes, der diplomatische Dienst und viele Stellungen in den Ministerien nur durch besondere, für jeden Dienstzweig verschiedene Konkurse zugänglich. Die Vorbereitung auf diese Examina ist dem Einzelnen überlassen; thatsächlich geht für viele derselben die Mehrzahl der erfolgreichen Kandidaten aus der, unten zu erwähnenden, *école libre des sciences politiques* hervor.

Ein gemeinsamer Zug in den verschiedenen, vorstehend skizzirten, dem Schüler der Rechtsfakultäten offenstehenden Laufbahnen ist das Fehlen einer festen, einheitlichen Regelung des praktischen Vorbereitungsdienstes, wie dieselbe sich in Deutschland, als eine Ergänzung des Universitätsunterrichts, für Justiz und Verwaltung herausgebildet hat. Unter der Einwirkung politischer und sonstiger Umstände, hat sich in Frankreich das Prinzip noch nicht zu voller Klarheit durchgerungen, dass die Universität nur die Grundlage zu bilden hat, auf der die praktische Vorbereitung bis zum definitiven Eintritt in den betreffenden Beruf fortbaut. Man hat hier *de facto* die Rechtsfakultäten fast noch in ihrer mittelalterlichen Stellung, als Vorbereitungsanstalten zum unmittelbaren Eintritt in das praktische Leben, gelassen.

⁷⁵⁾ Vgl. Leclerc, Schriften des Vereins für Sozialpolitik 1887. (34). S. 185 ff.

⁷⁶⁾ Gesetz vom 21. Juni 1865, art. 2.

Es entspricht der in der Verwaltungskarriere herrschende Zustand eben allzusehr der eingewurzelten Neigung, das „administrative Ermessen“ möglichst unbeschränkt durch lästige Regeln walten zu lassen, wie die Richterlaufbahn, mit ihren Reminiscenzen an die Gewohnheiten des *ancien régime*, von Neuem den Beweis erbringt, dass die Gesetze sich ändern, die Sitten nur allzu gern bleiben.

IV.

Das Vorlesungswesen.

Deutsche und französische Lehrorganisation.

Für das Vorlesungswesen haben sich die prinzipiellen Hauptgrundlagen, wie wir sie bei der napoleonischen Organisation dargestellt haben, nur wenig geändert. Der Schwerpunkt liegt auch heute in den Pflichtvorlesungen, welche mit den ordentlichen Lehrstühlen, *chaires*, verbunden sind. Jedem Lehrstuhl ist ein bestimmtes Lehrfach überwiesen, über welches hinauszugreifen dem Inhaber regelmässig nicht gestattet ist; der Lehrpflicht wird durch die Bearbeitung des Lehrfaches in einer Vorlesung genügt, eine Konkurrenz der Vorlesungen innerhalb der Fakultät findet nicht statt. Nur in Paris hat die Menge der Schüler zu einer Doppelbesetzung einiger Fächer geführt.

Die Schwerfälligkeit und Unbeweglichkeit des durch die *chaires* gebildeten Vorlesungskadres, der nur durch Neuerrichtung eines Lehrstuhles erweitert werden konnte, haben dann in den siebziger Jahren zu einer Ausdehnung des Gebrauches der mehrerwähnten *cours complémentaires*, der einem Professor oder *agrégé* im Nebenamte vom Minister übertragenen Ergänzungskurse, geführt.⁷⁷⁾ Nicht nur die Unterrichtsverwaltung hat solche fundirt, auch die Städte haben vielfach für die Abhaltung solcher Kurse den Fakultäten einen Zuschuss gewährt.

Immer aber muss jeder dieser Kurse vom Minister autorisirt und dem betreffenden Professor oder *agrégé* übertragen

⁷⁷⁾ Zuerst in ausgedehnterem Maasse bei der 1864 neu gegründeten Fakultät zu Nancy — *arrêté* vom 19. Januar 1867.

werden. Liegt somit auch jetzt noch der Vorlesungskadre fast völlig in der Hand der Unterrichtsverwaltung, so ist doch durch die Betheiligung der *agrégés* an der regelmässigen Lehrthätigkeit ein bedeutender Fortschritt gemacht worden. Auch geschieht es jetzt, namentlich in der Provinz, nicht selten, dass ein Lehrer mehrere Vorlesungen übertragen erhält.

An Versuchen, neben der offiziellen Vermehrung durch die Unterrichtsverwaltung, auch die Privatinitiative des Lehrpersonals an der Entwicklung des Vorlesungswesens zu betheiligen, hat es nicht gefehlt. Sie sind, wie die oben erwähnte Anregung Cousin's 1840, meist erfolglos geblieben. Erst die neueste Reformperiode ist auch hier etwas glücklicher gewesen.

Ein Projekt, welches 1882 allen Fakultäten zur Begutachtung zuing, wollte Doktoren sowie hervorragenden Gelehrten, die diesen Grad nicht besässen und dem Lehrpersonale der Fakultäten nicht angehörten, unter gewissen Bedingungen, namentlich der Autorisation des Ministers und meist auch dem Gutachten der Fakultät, die zeitweilige Abhaltung freier Kurse in der Fakultät, sowohl unentgeltlich als gegen ein Kollegiengeld, gestatten.⁷⁸⁾ Ebenso sollten die Mitglieder der Fakultät, die in ausgiebiger Weise ihrer offiziellen Lehrverpflichtung genügt hätten, mit Genehmigung des *recteur* und des *doyen*, bezahlte Privatkollegien abhalten dürfen.

Fast einstimmig wurde die letztere Neuerung, als der Würde des Lehrpersonals widersprechend, von den Fakultäten abgelehnt, und auch die erstere begegnete, namentlich in den Rechtsfakultäten, einer ausgesprochenen Abneigung. Bald fürchtete man eine illoyale Konkurrenz in der Fakultät, bald das Eindringen der gewerbsmässigen Repetitoren, bald leugnete man

⁷⁸⁾ *Enquêtes et documents 1883. IV. Cours libres.* Das Bedürfniss für die Zulassung der nicht „docteurs“ wird dadurch erklärt, dass in Frankreich viel mehr Gelehrte ohne diesen Grad leben als in Deutschland. Abgesehen von den hohen Anforderungen, die, z. B. in den *facultés des lettres*, an das *doctorat* gestellt werden, hat dies seinen Grund auch in der Schülerhaftigkeit der für die Grade vorgeschriebenen Studienordnung, die gereifere Männer vom Doktoriren zurückhalten muss.

überhaupt das Bedürfniss für eine solche Institution. Diesen Anschauungen der Majorität trug das daraufhin ergangene Dekret Rechnung;⁷⁹⁾ es sah die Einführung der Institution in den Rechtsfakultäten, nur auf ausdrückliches Verlangen derselben hin, vor.

Neuerdings ist nun die Reglementirung der *cours libres* den neugeschaffenen *conseils généraux des facultés* übertragen worden,⁸⁰⁾ und auch die Rechtsfakultäten sind in die zu erlassenden Bestimmungen einbezogen worden.

Das in Paris verordnete Reglement enthält kurz folgende Bestimmungen. Zur Abhaltung freier Kurse in den Fakultäten können zugelassen werden die Professoren aller Fakultäten und sonstigen staatlichen, dem Hochschulunterrichte gewidmeten Anstalten; ferner Doktoren, Mitglieder und Korrespondenten des Instituts, sowie sonstige Bewerber, welche sich über besondere Studien auf dem von ihnen gewählten Gebiete ausweisen. Der *conseil général* ertheilt nach Befragung der betheiligten Fakultät, welche befugt ist, die der letztgenannten Kategorie Angehörigen zurückzuweisen, die Genehmigung zur Zulassung. Abgesehen von den Angehörigen der staatlichen Lehranstalten können die Dozenten für die privatim abgehaltenen freien Kurse von den Zuhörern eine Bezahlung verlangen, während die öffentlichen denselben Regeln unterliegen wie die sonstigen, in der betreffenden Fakultät stattfindenden Kurse. Die *cours libres* müssen wenigstens 10 Stunden im Trimester umfassen; diese Bestimmung soll ungeeignete Elemente, die nur zur Reklame ihren Namen auf dem Fakultätsprogramm sehen wollen, zurückhalten. Die Zulassung wird für ein Jahr ausgesprochen und kann auf Antrag der Fakultät zurückgezogen werden.

Während in den anderen Fakultäten, namentlich in den medizinischen, wo diese Einrichtung schon länger funktionirt, die *cours libres* sich ziemlich eingebürgert haben, sind sie in den Rechtsfakultäten nicht recht heimisch geworden. In Paris fanden in manchen Jahren gar keine *cours libres*, 1890/91

⁷⁹⁾ *Décret* und *arrêté* vom 24. Juli 1883.

⁸⁰⁾ *Décret* vom 28. Dezember 1885.

zwei solche statt, für 1891/92 sind vier vom *conseil général* genehmigt worden; in den Provinzialfakultäten kommt nur ganz sporadisch ein solcher zu Stande. Die Gründe hiefür werden wir unten zu geben versuchen. —

Die in den französischen Rechtsfakultäten gehaltenen Vorlesungen bestehen daher: aus den mit den ordentlichen Lehrstühlen verbundenen Pflichtvorlesungen, den von der Unterrichtsverwaltung eingerichteten, oder doch autorisirten Ergänzungskursen und den hiezu ganz vereinzelt tretenden *cours libres*.

Den Grundstock bilden überall die Vorlesungen, welche den im vorigen Kapitel genannten obligatorischen Lehrgegenständen der *licence* und des *doctorat* entsprechen; es begreift sich, dass ihr Rahmen überall und von Jahr zu Jahr der gleiche ist. Es besteht auch die Tendenz, diese Vorlesungen möglichst mit einem Lehrstuhle zu verbinden; allerdings hat die rasche in letzter Zeit erfolgte Vermehrung bedingt, dass auch viele obligatorische Fächer nur durch *cours complémentaires* vertreten sind. Zu dieser uniformen Grundlage kommen jetzt überall von Fakultät zu Fakultät verschiedene Ergänzungskurse. Die Verschiedenheit wird namentlich durch die besonderen Neigungen der Fakultäten, denen nachzugeben die städtischen Unterstützungen erlauben, bedingt. Zur Studienordnung stehen sie insofern in Verbindung, als das erwähnte Wahlrecht der Doktoranden sich auf sie erstrecken kann.⁸¹⁾

⁸¹⁾ Paris hat auch jetzt seine reichere, durch die Unterrichtsverwaltung erfolgte Ausstattung bewahrt.

Die 1890/91 daselbst gehaltenen Vorlesungen waren:

Für das erste Jahr der *licence*: (2) *droit romain*, (2) *droit civil*, *économie politique*, *Histoire du droit français et éléments du droit constitutionnel*.

Für das zweite Jahr: *droit romain*, *droit international public*, *droit civil*, *procédure civile*, *droit administratif*, *droit criminel et législation pénale comparée*, *législation criminelle*, *droit romain (des actions)*.

Für das dritte Jahr: *droit civil*, *Code de commerce*, *droit administratif*, *droit international privé*, *droit civil comparé et approfondi*.

Für die Doktoranden: *Pandectes*, *droit constitutionnel*, *Histoire du droit romain et du droit français*, *droit coutumier*, *droit*

Eine grössere Uniformität wird wohl wiederum herbeigeführt werden durch die mehrerwähnte Reform von 1889. In den daselbst für die *licence* allgemein geforderten Vorlesungen werden die meisten, der bisher in der Provinz dem *doctorat* dienstbar gemachten, aufgehen müssen, so dass sich die thatsächlich gehaltenen Vorlesungen in der Provinz überall mit den im vorigen Abschnitt genannten, obligatorischen und fakultativen Lehrgegenständen der *licence* und den wenigen, für das *doctorat* obligatorisch erklärten Materien, decken werden.⁸²⁾

Bis zur Reform des Dekrets von 1889, die mehrere Semestral-kurse bedingt, gab es in den Rechtsfakultäten nur Jahreskurse, wie das aus den alten Universitätsgebräuchen überkommen war.⁸³⁾ Nach der Instruktion vom 19. März 1807 sollte jeder Professor viermal wöchentlich in der Dauer von je zweieinhalb Stunden unterrichten; es ist dies jedoch wohl nicht lange gebräuchlich

des gens, droit administratif, science financière, droit commercial maritime.

Wie man sieht, herrscht augenblicklich ein Uebergangszustand: es müssen noch für einige Jahrgänge der *licence* die nach dem Regime von 1880, neben den 1889 vorgeschriebenen Vorlesungen gehalten werden. Uebrigens ist zu bemerken, dass die angegebenen Titel nicht immer dem Inhalte entsprechen. So bezogen sich z. B. die für das zweite Jahr vorgeschriebenen strafrechtlichen Vorlesungen, trotz der verschiedenen Titel, auf denselben Gegenstand, d. h. das erwähnte strafrechtliche Programm der *licence*. — Zu erwähnen bleiben 2 *cours libres*: *philosophie du droit, Sources du droit romain*. — Neben den Vorlesungen, welche den vorgeschriebenen Lehrgegenständen entsprechen, wurden z. B. in der am Reichsten versehenen Provinzialfakultät zu Lyon 1890/91 folgende, meist auf städtische Subvention basirte Ergänzungskurse gehalten: *Histoire du droit public Code civil approfondi notariat, enregistrement droit international public législation commerciale comparée législation financière ordres, saisies, contributions législation industrielle*.

⁸²⁾ Ursprünglich hatte man wohl daran gedacht, die neun für das dritte Jahr der *licence* zur Wahl gestellten Semestral-kurse überall einzurichten. Sparsamkeitsrücksichten haben jedoch, wie erwähnt, einen Verzicht bewirkt, so dass die kleineren Fakultäten wohl nur je sechs von diesen Kursen erhalten werden. (*Circulaire* vom 17. Februar 1891).

⁸³⁾ Vgl. Kaufmann, Die Geschichte der deutschen Universitäten. I. Vorgeschichte. S. 351.

gewesen. Vor den neuesten Veränderungen, fanden in Paris regelmässig die alten Vorlesungen der *licence* dreimal wöchentlich, und zwar die des *Code civil* in der Dauer von eineinhalb Stunden, die des römischen Rechts in Dauer von etwa siebzig Minuten statt. Die übrigen Vorlesungen wurden wöchentlich zweimal während je einer vollen Stunde abgehalten. Die Einführung der Semestralkurse, die dreimal wöchentlich stattfinden, wird wohl hier einige Modifikationen herbeiführen.

Die Form der Lehrthätigkeit hat sich, wie in Deutschland, sehr modifizirt. Die napoleonische Organisation hatte eine Einrichtung der Vorlesungen vorgeschrieben, die sehr an die, bis 1789 wenigstens offiziell herrschende, aus dem Mittelalter überkommene Verbindung des Lehrvortrags mit den Disputirübungen der Schüler⁸⁴⁾ erinnerte. Der Lehrer sollte diktiren und die Schüler befragen, wie auch die Befragungen derselben unter einander leiten.⁸⁵⁾ Auch hieran hat man sich nicht lange gehalten; die Diktate sind, wohl auch unter dem Einflusse, den der glänzende freie Lehrvortrag in den *facultés des lettres* gewann, diesem letzteren überall gewichen. Bei der nationalen Begabung für eine gefällige Form, die ja auch, wie wir sahen, durch eine besondere Betonung der Redegewandtheit bei der Ausbildung des Lehrpersonals unterstützt wird, ist ein leichter Fluss der Rede auch in den Rechtsfakultäten wohl nirgends zu vermissen; gerade ein Auditorium französischer Studenten würde wohl auch, als das ungeeignetste Thätigkeitsfeld für ein „stammelndes Genie“, erklärt werden müssen. Aus ähnlichen Gründen liebt man es in Frankreich, das Aeussere der Vorlesung mit einer gewissen Feierlichkeit zu umgeben; der Professor besteigt in Amtstracht⁸⁶⁾ den Katheder, begleitet von

⁸⁴⁾ Das *Règlement* der Pariser Fakultät von 1679 schrieb Diktate während einer Stunde, dann „*répétitions*“ und „*disputes*“ vor. (Jourdain, *L'université de Paris au XVII. et XVIII. siècle. Pièces justif.* S. 110 ff.)

⁸⁵⁾ *Instruction* vom 19. März 1807.

⁸⁶⁾ Für Interessenten hier die Beschreibung derselben: *Robe de soie, du rouge assigné au costume des cours de justice, avec des devants en soie noire, cravate de batiste, toque galonnée d'or de la couleur de la robe, chausse bordée de trois rangs d'hermine.* Das bei den Vorlesungen

einem mit Amtskette versehenen Pedell, der während des ganzen Vortrages dem Lehrer zur Seite bleibt.

Eine freie Wahl der Vorlesung seitens der Schüler findet, bei dem Fehlen jeder Vorlesungskonkurrenz in der Fakultät, und der streng vorgeschriebenen Studienordnung, natürlich nicht statt. Nur in Paris ist bei den doppelt besetzten Fächern die Wahl der Vorlesung dem Studirenden überlassen.

Allgemeiner Brauch ist es auch, dass der Studirende sich auf den Besuch der vorgeschriebenen, oder durch sein Wahlrecht für das Examen in Betracht kommenden Vorlesungen beschränkt; eine nicht obligatorische Vorlesung wäre daher, ausser etwa in Paris, kaum lebensfähig.

Den Studirenden der *licence* treffen somit in jedem Studienjahre elf Unterrichtsstunden per Woche; hiebei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Dauer der einzelnen *leçon* ja meist weit grösser ist als in Deutschland. Der Besuch der vorgeschriebenen Vorlesungen wird in den Provinzialfakultäten meist streng kontrolirt durch Aufruf, Eintragung in Listen etc. Uebrigens wird mancherorts die Hörerzahl dem Lehrer einen sehr raschen Ueberblick auch ohne diese Mittel gestatten. Für den Fall ungenügenden Vorlesungsbesuches während eines Trimesters kann die Fakultät die Inskription des Studirenden für das Trimester annulliren. Nicht überall wird übrigens dieser äussere Vorlesungszwang als im Interesse der Studien liegend angesehen. Manche Professoren ziehen es vor, ihren Vortrag an eine kleinere Schaar aufmerksamer Zuhörer zu richten, als durch die Gegenwart einer grösseren Anzahl unwillig und gezwungen Anwesender, die sich nur allzu gern an gewisse Gewohnheiten der Gymnasialzeit erinnern, gestört zu werden. — Die Vorlesungen sind ganz öffentlich und Jedermann zugänglich, wenn es auch dem Besucher der Vorlesung vorgeschrieben ist, sich eine Karte als *auditeur bénévole* ausstellen zu lassen. Die Natur der juristischen Studien bringt es freilich mit sich, dass die Zahl der Nichtstudenten, welche an den Kursen theilnehmen, nur eine beschränkte ist, so dass

getragene *petit costume* ist diesem gleich, nur bescheidet es sich mit einer „*robe noire d'étamine avec des devants de soie rouge*“.

die nachtheiligen Wirkungen eines gemischten Publikums, wie es namentlich in den *facultés des lettres* und *des sciences* sich zusammenfindet, in den Rechtsfakultäten sich glücklicherweise nicht bemerkbar machen.

Bei der engen Beziehung des Examens zur Vorlesung versteht es sich, dass die eifrigen Schüler sich fleissig Notizen machen und Hefte ausarbeiten. Freilich wird dies z. B. in Paris durch die Ausstattung mancher Räume, die das Schreiben nahezu unmöglich macht, nicht wenig erschwert; die verantwortlichen Behörden scheinen noch auf dem Standpunkte des Kardinal D'Estouteville zu stehen, der 1452 die Bänke aus der Schule verbannte, damit den Jünglingen nicht „*occasio superbiae*“ geboten sei.

Was die innere Freiheit des Lehrers in der Ausgestaltung der ihm übertragenen Vorlesung angeht, so war allgemeiner Grundsatz bis in die letzte Zeit, dass das offizielle Examensprogramm auch ein solches für die Vorlesung sei. Die im vorigen Kapitel erwähnten, den Inhalt und die Vertheilung der *licence*-Studien regelnden Programme waren daher auch für Gegenstand, Umfang und Eintheilung der entsprechenden Vorlesung maassgebend. So mussten namentlich die Vorlesungen über den *Code civil*, für welche das napoleonische Grundgesetz ausdrücklich die Legalordnung vorgeschrieben hatte, in ihrer Anordnung genau der, für die Examina eingeführten, Vertheilung der Materien des *Code* auf die drei Studienjahre entsprechen, ebenso die römisch-rechtlichen Vorlesungen der Zweitheilung der Institutionen, die über Zivilprozess, Strafrecht, Strafprozess, der für die Examina offiziell festgestellten Auswahl aus diesen Gesetzbüchern.⁸⁷⁾ Ausserdem wurde manchen Vorlesungen bei ihrem Inslebentreten auch noch ein besonderes Programm, das selten den Beifall der Kenner fand, mitgegeben: so noch 1862 dem Verwaltungsrecht.⁸⁸⁾

Unter dem Einflusse der wissenschaftlichen Erhebung der Fakultäten wurden die „Programme“ natürlich als eine schwere Last empfunden. Heute herrscht daher bei allen neueingeführten

⁸⁷⁾ *Arrêtés* vom 22. September 1843, 4. Februar 1853.

⁸⁸⁾ *Arrêté* vom 31. Dezember 1862.

Kursen, also bei der grossen Mehrheit, volle Programmfreiheit, manche der Doktoratsvorlesungen erhalten sogar einen so weit gefassten Titel, dass dem Lehrer die Möglichkeit gegeben ist, in den verschiedenen Jahren sehr verschiedene Materien in ihnen zu behandeln. Die Vorlesung ist nunmehr für das Examen maassgebend. Der Lehrer hat daher nun seinerseits ein „Programm“, etwa entsprechend den in Deutschland üblichen Grundrissen, dem Minister einzureichen, doch trägt dies jetzt meist den Charakter einer blossen Formalität.

Einen weiteren Fortschritt hat die Reform von 1889 gemacht: die von ihr eingeführte Abkürzung mancher der alten *licence*-Vorlesungen, wie namentlich des römischen Rechts und des Zivilprozesses, hat auch für diese die Eintheilung der „Programme“ zu Falle gebracht. Ein ministerielles Rundschreiben sichert den betreffenden Lehrern die Freiheit der Methode jetzt ausdrücklich zu.⁸⁹⁾ Als Zeuge der Vergangenheit bleibt somit fast nur noch das Programm des *Code civil*. Es ist bezeichnend für das Beharrungsvermögen eines unfreien Systems, dass die 1843 vorgeschriebene Art der Vertheilung seiner Materien auf die drei Jahresvorlesungen, welche schon damals als sehr mangelhaft empfunden wurde,⁹⁰⁾ sich bis heute erhalten konnte. Einen Anfang der Aenderung bedeutet vielleicht auch in dieser Beziehung die neuerdings in Paris erfolgte Abzweigung zweier, von den sechs dort der dreijährigen Lehre des *Code* gewidmeten Lehrstühlen; in diesen soll jetzt, frei von dem Programm, *droit civil comparé et approfondi* gelehrt werden.

Der Moment zu einer Besprechung der einzelnen Vorlesungen ist eben jetzt, nach dem Gesagten, begreiflicherweise nicht günstig. Neben den, durch die Reform von 1889 neu-

⁸⁹⁾ *Circulaire* vom 31. Oktober 1889. Uebrigens hat man in den Fakultäten an die Freiheit des Einzelnen sich noch keineswegs vollständig gewöhnt. So wünschte noch kürzlich die Pariser Fakultät, dass für einige Vorlesungen ein Grundriss aufgestellt werde, der dem Lehrer die einzuschlagende „Richtung“ vorzuzeichnen hätte. — *Enquêtes et documents licence et doctorat*. XXXIV. 1888. S. 8.

⁹⁰⁾ Vgl. die Ausführungen des Pariser Professors Valette in der *Revue du droit français et étranger*. 1846. S. 141 ff.

eingeführten und einzuführenden Vorlesungen, hinsichtlich deren eine Tradition sich erst herausbilden muss, sind auch die alten Vorlesungen innerlich wie äusserlich in einer Umwandlung begriffen.⁹¹⁾ Wir beschränken uns daher darauf, über die bisherige Behandlung der Lehrgegenstände einige Andeutungen zu geben.

Die Stellung des römischen Rechts war in der napoleonischen Organisation, gegenüber der vorrevolutionären, natürlich eine völlig geänderte geworden. Während vor 1789 die römisch-rechtlichen Vorlesungen zu denjenigen über *droit français* sich etwa verhalten hatten, wie in den deutschen Rechtsfakultäten die Pendektenvorlesung derjenigen des deutschen Privatrechts gegenüber steht, mussten sie sich bei Napoleon mit einer weit bescheideneren Rolle begnügen. Immerhin war die Aufnahme des römischen Rechts insofern bedeutsam, als es die einzige, nicht der unmittelbaren Vorbereitung auf die Praxis dienende Materie darstellte. Doch war naturgemäss die Atmosphäre der professionellen Schule, in welcher die Vor-

⁹¹⁾ Kunde hiervon geben z. B. die, in den letzten Jahrgängen der *revue internationale de l'enseignement*, sich stets mehrenden methodologischen Aufsätze von Rechtslehrern über die Reform der Rechtsfakultäten. Die im Laufe des Jahrhunderts herrschenden Anschauungen über die Lehrmethoden fanden in zahlreichen Abhandlungen ihren Ausdruck. Wir erwähnen die Aufsätze von: Hepp, *Essai sur la réorganisation de l'enseignement du droit en France etc. Revue de législation*. 1841, S. 88 ff. Ginouilhac, *De l'étude et de l'enseignement de l'hist. du droit en France*. Das. 1845. S. 155. Giraud, *Revue critique de législ.* 1845. I. S. 388 ff. Valette, *Revue étrangère et française etc.* 1846. S. 141 ff. Taulier, *Revue critique de législation etc.* 1837. S. 463 ff. Bericht des Ministers Salvandy, *Revue de législation etc.* 1845. I. S. 383. Accarias, Bericht über die Arbeiten der Reformkommission von 1871. *Revue critique de législation et de jurisprudence*. 1871—72. S. 577 ff. Seligmann, *De l'enseignement du droit et spécialement du droit romain dans les facultés de l'État. Revue critique etc.* 1872/73. S. 272 ff., 334 ff. Flach, das. 1874. S. 664 ff. Cuq, *L'enseignement du droit romain. Revue critique d'histoire et de littérature*. 1885. S. 44 ff. Bufnoir, *Notice sur Paul Gide. Revue internationale de l'enseignement*. 1881. I. S. 179. Beudant, *Revue internationale de l'enseignement*. 1881. II. S. 285 ff. — Wenig freundliche Kritiken neuerdings bei Frary, *La question du latin*. Paris 1887. Durand, Vorrede zur Uebersetzung von Liroy, *La philosophie du droit*. Paris 1887.

lesung des römischen Rechts sich bewegte, einer wissenschaftlichen Entwicklung derselben wenig günstig; ebensowenig als es die vorgeschriebene Beschränkung auf die Justinianischen Institutionen sein konnte. Unter dem Drucke dieses Alpes hat, obwohl 1853 eine Erweiterung des Programms erfolgte, die für die *licence* bestimmte Vorlesung über *droit romain* lange Zeit ihrem Zwecke, wie allgemein zugegeben wird, wenig entsprochen. Trotz der mannigfachen Versuche, die Errungenschaften der deutschen historischen Schule auch in Frankreich nutzbar zu machen, wobei namentlich den mehrerwähnten Ch. Giraud und Laboulaye ein grosses Verdienst zufällt, beschränkte man sich in der genannten Vorlesung meist auf eine ungeschichtliche Exegese der Institutionen, die wie geltendes Recht, ähnlich dem *Code civil*, Buch I und II in dem ersten, Buch III und IV in dem zweiten Studienjahre interpretirt wurden. Erst neuerdings soll die Neigung zu einer historisch-kritischen Behandlung sich mehr und mehr geltend machen. Fördernd kann hier der erwähnte Wegfall der durch das alte Programm bedingten Eintheilung wirken, welcher nunmehr dem Professor, die Vertheilung der Institutionen auf die drei ihm zur Verfügung stehenden Semester nach eigenem Plane, ermöglicht.

Jedenfalls kann man wohl sagen, dass für die Entscheidung der schwierigen Frage, wie die Lehre des römischen Rechts neben einer Kodifikation einzurichten ist, die bisher in den französischen Rechtsfakultäten beliebte Lösung keinen Fingerzeig giebt.

Für die römische Rechtsgeschichte besteht keine gesonderte Vorlesung; bei dem einseitigen, den historischen Exkursionen wenig förderlichen Programm der soeben genannten *licence*-Vorlesung ist dies gewiss eine grosse und auch vielfach schmerzlich empfundene Lücke.

Eine besondere Erwähnung verdient dagegen die Vorlesung über „*Pandectes*“. Schon früh⁹²⁾ war in Paris unter dem Titel *Pandectes* eine römisch-rechtliche Vorlesung neben der Institutionen-Vorlesung eingeführt worden. Bald entwickelte sich der Brauch, dass der Professor in jedem Jahre

⁹²⁾ *Ordonnance* vom 6. September und 1. Dezember 1822.

einen Titel der Digesten in dieser Vorlesung behandelte. Diese Pandektenvorlesung hat sich nun mehr und mehr eingebürgert und ist endlich für die Doktoranden, die man dadurch mit den Quellen vertrauter machen wollte, für obligatorisch erklärt worden. Jetzt wird in derselben regelmässig eine Spezialfrage mit eingehender Berücksichtigung der Quellen behandelt, z. B. vom Irrthum bei den Rechtsgeschäften, dem Miteigenthum, etc. Die Vorlesung behandelt somit etwa das, was in Deutschland Objekt der Arbeiten eines romanistischen Seminars sein würde.

Den eigentlichen Mittelpunkt des gesamten Unterrichts sollte die Vorlesung über *Code civil* bilden. Wenn sich nun auch neben demselben viele andere Materien zu selbstständiger Bedeutung durchgerungen haben, so ist doch, wie schon mehrfach erwähnt wurde, die Vorlesung des *Code* in ihrer alten Ausdehnung und mit der vorgeschriebenen Legalordnung erhalten geblieben. Eine gute Bestimmung der Instruktion vom 19. März 1807, welche für das erste Jahr eine elementare Einführung in den *Code* vorschrieb, war auf den Unterricht lange ohne Wirkung;⁹³⁾ die Häufung des Stoffes bedingte vielmehr ein möglichst baldiges Eintreten in die Textegese. Jetzt wird in den ersten Stunden eine allgemeine Einleitung vorausgeschickt, und dann beginnt die endlose Wanderung durch die Artikel des *Code*. Die Art der Exegese mag sich, unter der Einwirkung des erwachten historischen Sinnes, und der mehr und mehr erkannten Kontinuität der vorrevolutionären mit der modernen Rechtsentwicklung⁹⁴⁾, wohl allgemein mehr wissenschaftlich als früher und namentlich historischer gestaltet haben. Doch sind die natürlichen Mängel der exagetischen, in solcher Ausdehnung erzwungenen Methode nicht ausgeblieben: da der Lehrer drei volle Jahre mit der Vorlesung ausfüllen muss, hat dieselbe allmählich eine solche Weit-

⁹³⁾ Vgl. Villequez über die Verhältnisse in Dijon. *Nouvelle revue historique*. 1874. S. 307.

⁹⁴⁾ Von Einfluss auf die Verbreitung dieser Ueberzeugung ist namentlich eine Abhandlung des Pariser Professors Valette, *De la durée persistante de l'ensemble du droit civil français pendant et après la révolution de 1789* (Paris 1872 zuletzt publizirt) gewesen.

schweifigkeit erreicht, dass dennoch oft alle Theile des Gesetzbuches nicht zur Bearbeitung kommen können. Allgemein wird auch beklagt, dass, wie der Lehrer bei der stets sich erneuernden Arbeit ermüdet, so auch dem Schüler natürlich jeder Ueberblick über das Rechtsgebiet verloren geht. Zum Vorwurf wird gerade den Vorlesungen über den *Code* auch eine, aus der professionell-praktischen Zeit der Rechtsfakultäten herrührende, allzuweitgehende Berücksichtigung der gerichtlichen Entscheidungen und Kontroversen, sowie eine bedenkliche sich darin zeigende Neigung zu allerhand Interpretationskunststücken gemacht. Die *Code*-Vorlesung erinnert eben noch am meisten an den professionellen Charakter der napoleonischen Rechtsfakultäten, welche eine unmittelbare Einführung in die Praxis zum Ziele hatten. „*Il faut à nos jeunes élèves un enseignement, qui leur permette de passer de l'École au Palais sans perplexités ni découragements*“, so charakterisirte einer der berufensten Vertreter der „praktischen“ Schule die Aufgabe des Rechtsunterrichts vor noch nicht so langer Zeit⁹⁵⁾, während ein früherer Professor der Pariser Fakultät dieser Auffassung noch schärferen Ausdruck gab, wenn er sagte: „*Je ne connais pas le droit civil, je n'enseigne que le Code Napoléon*“.

Wenn nun auch diese Anschauung in dem Lehrpersonal der Rechtsfakultäten gewiss nicht mehr die herrschende ist, so zwingt doch das „Programm“, mit der geforderten weitläufigen Exegese, den Lehrer thatsächlich nur zu oft, ihr zu opfern.

Jedenfalls will es uns scheinen, dass die Gelehrsamkeit und der Scharfsinn, welchen wir in Paris z. B. in einigen Vorlesungen des *Code* zu bewundern Gelegenheit hatten, befreit von dem Programm, wesentlich bessere Anwendung finden könnten. Wie man von der ursprünglichen Bewunderung der logischen Anordnung des *Code* zurückgekommen ist, so sollte auch der noch vom Minister Salvandy angeführte Grund, die Einheit der Lehre sei „*une des égalités chères à la France*“,

⁹⁵⁾ Demolombe, *Cours de code Napoléon*. Paris 1869. I. Vorrede. S. VII. — Die Wirkung der Unübersichtlichkeit ist anschaulich, aus eigener Erfahrung vom Standpunkte des Schülers, geschildert bei Courcelle-Seneuil, *Préparation à l'étude du droit* (Paris 1887) in der Vorrede.

einer Aenderung jenes, die Wissenschaft wie den Unterrichtszweck gleichmässig schädigenden Programms, jetzt doch nicht mehr im Wege stehen.

Auch von den übrigen unmittelbar auf die napoleonischen Gesetzbücher sich beziehenden Vorlesungen galt bisher vielfach analog das von der *Code*-Vorlesung Gesagte. Wie die Exegese unter Beobachtung der Legalordnung bei ihnen geboten war, so gab auch, namentlich beim Zivilprozess, die durch das Programm getroffene Auswahl aus den Materien des Gesetzbuches, zu berechtigten Klagen Anlass. Die angebahnte Programmfreiheit kann daher auch hier nur von Vorthail sein.

Mit den neueren Vorlesungen, dem Staatsrecht, Völkerrecht, internationalen Privatrecht u. s. w., ist auch die systematische Darstellung in die Rechtsfakultäten eingezogen, die von der in Deutschland üblichen kaum abweicht. Die Einrichtung einiger Semestralkurse, mit ihrem Zwange zu grösserer Konzentration des Lehrstoffes, wird unzweifelhaft als ein nicht zu unterschätzender Antrieb, zur Erzielung fernerer methodischer Fortschritte wirken.

Zuerst von den öffentlich-rechtlichen Materien hielt das Verwaltungsrecht seinen Einzug in die Rechtsfakultäten und blieb auch recht lange dort allein. Es vertrat daselbst mit einer unerfreulichen Einleitung, welche „die Trennung der Gewalten“ und die „den Bürgern gewährleisteten Freiheiten“ vornehmlich behandelte, bis in die siebziger Jahre die Stelle des Staatsrechts. Dieses letztere, als „*droit constitutionnel*“ 1882 für die Doktoranden obligatorisch geworden, nimmt etwa die Stellung derjenigen Vorlesung ein, welche in Deutschland als „allgemeines Staatsrecht“ bezeichnet zu werden pflegt. Wie sich diese Vorlesung in Zukunft zu der, für das erste Jahr der *licence* bestimmten, elementaren Semestralvorlesung verhalten wird, bleibt abzuwarten. Das Verwaltungsrecht, welches noch unter dem mangelhaften Programm von 1862 leidet, ist übrigens, in seiner langen Isolirung von den verwandten Materien, der zivilistischen Ansteckung oft erlegen; die geltenden „Texte“, ihre Interpretation und die Entscheidungen des Staatsraths nehmen einen allzu breiten Raum ein, und lassen der historisch-kritischen Behandlung oft wenig

Raum. Zu dem für die *licence* vorgeschriebenen *droit administratif* kommt mancherorts noch eine auf die Doktoranden berechnete verwaltungsrechtliche Vorlesung, die ein Spezialgebiet, z. B. die Gemeindeverwaltung oder die Departemental-Verwaltung, zum Gegenstande hat.

Für das Völkerrecht, welches nunmehr als *droit international public* auch für die *licence* überall eingeführt ist, muss sich eine feste Tradition erst bilden. Die ausgezeichnete Vertretung, welche es schon bisher in Paris durch M. Renault genoss, kann da jedenfalls, auch für die anderen Fakultäten, vorbildlich sein.

Für die französische Rechtsgeschichte, die ja unmittelbar auf die „barbarische“ Vergangenheit zurückwies, war in den napoleonischen Fakultäten naturgemäss kein Platz; der geschichtliche Sinn, das Verständniss für den Zusammenhang der Vergangenheit mit den neuen positiv-rechtlichen Errungenschaften, konnte im Laufe des Jahrhunderts erst langsam zu neuem Leben gelangen. Auch der gewaltige Antrieb, den die Bearbeitung der französischen Rechtsgeschichte durch die deutsche historische Schule erhielt, und der schon in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, z. B. in den Arbeiten Klimrath's und Laboulaye's, schöne Früchte zeitigte, blieb trotz vieler Anregungen, namentlich zur Zeit der Salvandy'schen Reform, bis in die letzten Jahre ohne Wirkung auf die Rechtsfakultäten. Erst 1880 ist eine rechtsgeschichtliche Vorlesung für die *licence* obligatorisch geworden. Sie behandelt, ohne dass volle Gleichmässigkeit in den Fakultäten herrschte, hauptsächlich die äussere Rechtsgeschichte in ziemlich elementarer Weise. Durch die Reform von 1889 wird sie nun noch elementarer werden müssen, sie hat sich jetzt mit dem Staatsrecht in das erste Schuljahr der *licence* zu theilen und soll gewissermaassen eine Vorbereitung für das Studium des *droit constitutionnel* sein.⁹⁶⁾

Wissenschaftliche Hoffnungen sind wohl nur auf die, 1882 für die Doktoranden eingeführte, rechtsgeschichtliche Vorlesung zu setzen, welche eine eindringendere Bearbeitung dieser Materie verbürgt. Oft erschöpft auch sie, wie das über-

⁹⁶⁾ *Circulaire* vom 31. Oktober 1889.

haupt für die Doktoratsvorlesungen beliebt wird, sich in der spezialisirten Behandlung eines enger begrenzten Abschnittes der Rechtsgeschichte, z. B. des *droit coutumier* im 13. Jahrhundert, mit besonderer Berücksichtigung Beaumanoir's. Uebrigens hat die Ausdehnung der rechtsgeschichtlichen Studien in den Fakultäten auch insofern Früchte getragen, als das Lehrpersonal der Fakultäten zu der neuerdings in Frankreich sehr blühenden, rechtshistorischen Literatur werthvolle Beiträge liefert. Die Rechtsfakultäten können so vielleicht allmählich das Gebiet zurückerobern, dessen Pflege bisher fast nur von der *école des Chartes* wahrgenommen wurde.

Nach deutscher Auffassung musste die Stellung des internationalen Privatrechts, bei dem bisher sonst nicht eben reichhaltigen Vorlesungskadre der Rechtsfakultäten, auffallend erscheinen. Sie erklärte sich aus der Vorliebe, welche man in Frankreich, wie die neuere Literatur bezeugt, für dieses Gebiet hat. Allerdings soll das internationale Privatrecht nunmehr als fakultative Vorlesung des dritten Jahres wieder an eine bescheidenere Stelle treten. Als Verwandte dieser Neigung erscheint auch diejenige für vergleichende Rechtswissenschaft, welche in der Vorlesung über *droit constitutionnel* mehr als in Deutschland üblich, hervortritt, und der auch, durch die in Paris erfolgte Abzweigung der Lehrstühle für *droit civil comparé et approfondi*, sowie durch die neueingerichtete Vorlesung über *législation commerciale comparée* Rechnung getragen wird. Wir glauben, dass diese in Deutschland oft vernachlässigten Studien den Rechtsfakultäten nur förderlich sein können.

Was nun den inneren Werth der einzelnen Vorlesungen angeht, so herrscht wohl allgemein die Ansicht, dass die Vertretung des geltenden Privatrechts, derjenigen der übrigen, in den Rechtsfakultäten behandelten Materien meist überlegen ist. Es erklärt sich das aus der langen, fast ausschliesslich zivilistischen Tradition der Rechtsfakultäten, der bisherigen einseitig-privatrechtlichen Ausbildung des Lehrpersonals und dem Fehlen geschichtlicher Studien. Hierzu kommt, dass gerade die neueingeführten Materien zuerst meist in einem *cours complémentaire* behandelt werden, wobei sich

dann die Einflüsse des, bei der Agregation geschilderten, erzwungenen Wanderlebens der *agrégés* unliebsam fühlbar machen. Eine viel gründlichere Umgestaltung der Rekrutirung des Lehrpersonals, als sie durch die neueste bescheidene Aenderung des Agregationskonkurses bewirkt worden ist, wird sich, bei längerem Bestehen der neueingeführten, nicht privatrechtlichen Kurse, wohl als unvermeidlich erweisen. Eine Hebung des Niveaus mancher Vorlesungen wird wohl auch durch die nunmehr erfolgte Einführung derselben in das Programm der *licence* gefördert werden. Bisher wurden sie oft, bei der geringen Zahl der Doktoratsaspiranten in den meisten Provinzialfakultäten, begreiflicher Weise als Nebensache behandelt.

Ueber die didaktischen Wirkungen des Vorlesungswesens zu urtheilen, insbesondere auch über diejenige der spezialisirten Kurse des *doctorat*, werden wir unten bei dem Examenswesen, wo wir die Bilanz des Lernens in den Rechtsfakultäten zu ziehen versuchen werden, Gelegenheit nehmen. Hier sei, bevor wir uns von dem Vorlesungswesen verabschieden, noch ein Rückblick auf die von den modernen Deutschen so verschiedenen Grundlagen desselben, die Lehrorganisation, gestattet. —

Wir haben in der Einleitung, bei Besprechung der Ursachen, welche in den letzten beiden Jahrhunderten die französischen Rechtsfakultäten ihrer wissenschaftlichen Stellung beraubten, die verschiedene Entwicklung der Lehrorganisation in den deutschen und in den französischen Rechtsfakultäten in grossen Zügen zu schildern versucht. Diese Entwicklung hat in Deutschland zu der jetzt gemeinrechtlichen Lehrverfassung geführt, wonach die Gesamtheit der ordentlichen Lehrer einer juristischen Fakultät der staatlichen Aufsichtsbehörde für ein zu leistendes, meist weit überschrittenes Minimum verantwortlich ist, die Vertheilung dieser Gesamtleistung im Wesentlichen der, durch wissenschaftliches und auch persönliches Interesse bedingten, freien Konkurrenz des Lehrpersonals überlassen bleibt, und der Einzelne in der Art seiner Leistung frei ist. •

In Frankreich bildet den Kulminationspunkt der seit dem 16. Jahrhundert angebahnten Entwicklung, die geschilderte

napoleonische völlige Verstaatlichung des Vorlesungswesens, welche jedem Lehrer ein eng umgrenztes Gebiet zuweist, Umfang und Inhalt seiner Leistung auf das Peinlichste regelt, jede Vorlesung als ein genau umschriebenes, staatliches Mandat erscheinen lässt.

Seitdem hat man in Frankreich dieses System durchbrochen, erst langsam und fast schüchtern der Freiheit einen Raum zu gewähren gesucht, dann auch Umgestaltungen von prinzipieller Bedeutung vorgenommen. Man ist so durch die Gewalt der Thatsachen, wie auch in zielbewusster Thätigkeit dem deutschen Zustande merklich näher gekommen. Andererseits ist auch in Deutschland die Lehrorganisation nicht unangefochten geblieben; nicht selten werden die Grundlagen derselben, wie z. B. die Bedeutung der Institution des Kollegiengeldes, bedauerlich verkannt.

Unter diesen Umständen lohnt es wohl, sich zu vergegenwärtigen, was als das Wesentliche der deutschen und der französischen Entwicklung des Vorlesungswesens anzusehen ist, sich die Wirkungen, welche sie auf die Hochschulen gehabt hat, zu veranschaulichen, auch zu untersuchen, inwieweit die neueren französischen Reformen von einem Verständnisse dieses Wesens zeugen.

Als das Charakteristikum der beiderseitigen Entwicklung erscheint uns, dass in der Entstehung der sogenannten *collegia privata* und in deren Fortbildung zu der heutigen freien Lehrverfassung, in Deutschland eine Form gefunden wurde, welche die uralten Elemente der Blüthe der Lehrthätigkeit in den Universitäten, auch unter den veränderten Verhältnissen, wie sie die moderne Zeit den Hochschulen brachte, fernerhin sicherstellte: einerseits die Freiheit des Lehrers, andererseits die Elemente des Lehreifers; während in Frankreich die alte Form, die statutarische Feststellung bestimmter, der Zahl der ordentlichen Lehrer entsprechender Vorlesungen, die noch im 16. Jahrhundert Freiheit und Eifer sichern konnte, auch unter wesentlich geänderten Verhältnissen, denen sie nicht mehr gewachsen war, im Wesentlichen erhalten blieb. •

Trotz der oft peinlichen Regelung durch die Statuten, herrschte eben noch im 16. Jahrhundert thatsächlich eine grosse

Freiheit im Universitätsleben; war doch, bei den von uns oben erwähnten, vielfach unklaren und unfertigen Rechtsverhältnissen, nur selten eine mit Zwangsgewalt ausgerüstete Autorität wirksam. So konnten die grossen Zivilisten in Bourges, Cujaz wie seine Widersacher Duarenius und Donellus, trotz des Geschreis der „Bartolisten“, die einschneidendsten methodischen Aenderungen sich erlauben.⁹⁷⁾

Ebenso blieb, wenn auch die zu lesenden Bücher vertheilt waren, so dass oft eine direkte Konkurrenz der Vorlesungen nicht stattfinden konnte, eine Wissenschaft, das römische bzw. das kanonische Recht, wesentlich Objekt der Lehrthätigkeit. Hierdurch, sowie durch den gebräuchlichen Turnus, in welchem von Jahr zu Jahr die Vorlesungen wechselten, war immerhin eine indirekte Konkurrenz der Vorlesungen ermöglicht. Bei der engen, damals bestehenden Verbindung zwischen Lehrer und Schüler, und der Freiheit des Letzteren in der Wahl des Lehrers, konnte darum der persönliche Erfolg eines Dozenten innerhalb der Fakultät zur Erscheinung kommen. Aus dem gleichen Grunde erschien auch der Erfolg der Fakultät selbst, gegenüber konkurrierenden Fakultäten, als ein persönlicher Erfolg des Lehrers, dem sich die Schülerzahl zuwandte. Endlich fand auch das materielle Interesse am Lehrerfolge, trotz des Schwindens der *collecta*, seine Rechnung bei der erwähnten, oft glänzenden Bezahlung erfolgreicher Lehrer durch die lokalen Interessenten, namentlich die Städte, und die dadurch bedingte grosse Verschiedenheit in der materiellen Stellung der Dozenten in der Fakultät.

Was endlich die Befriedigung der wissenschaftlichen Bedürfnisse durch die Lehrorganisation angeht, so brachte der damalige Stand der Wissenschaft es mit sich, dass das allgemeine Interesse in dem einen, durch die statutarischen Vorlesungen vertretenen Objekte, den Rechtsbüchern, sich er-

⁹⁷⁾ Diese Freiheit war sogar vielfach grösser in den autonomen Universitäten Frankreichs, als in den, meist in näherer Beziehung zur Fürstengewalt stehenden, deutschen Universitäten. Vgl. Stintzing, Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft. I. S. 122 ff. Ueber die von Duaren, trotz der Vorstellungen des Magistrats zu Bourges, festgehaltene neue Methode vgl. Eyssel, *Doneau sa vie et ses ouvrages*. S. 70.

schöpfte, so dass für ein Hinübergreifen über die Grenzen kein Bedürfniss vorlag.

All' diese Verhältnisse haben sich nun im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts modifizirt, bis endlich zu Beginn dieses Jahrhunderts kaum noch eine Spur derselben vorhanden war.

An Stelle der schwankenden Autoritäten stand nunmehr der zentralisirte Staat, dessen energische Verwaltung eine scharfe Durchführung der, aus statutarischen zu staatlichen Vorschriften, gewordenen Beschränkungen verbürgte. An Stelle der Lehre einer Wissenschaft trat, mit der erfolgten Theilung nach Materien, eine solche der einzelnen, streng geschiedenen und fortgebildeten Wissenszweige. Wie damit der frühere Turnus der Vorlesungen unter den Lehrern verschwinden musste, so auch die Möglichkeit der indirekten Vorlesungskonkurrenz innerhalb der Fakultät. Zugleich stand der Schüler nicht mehr einem Lehrer, sondern der Fakultät gegenüber, deren Gesamtunterricht er benöthigte; das alte persönliche Verhältniss des Schülers zu einem Lehrer war so wesentlich gelöst. Mit der Beschränkung des Lehrers auf ein ihm zugewiesenes Fach fehlte es daher an jeder der früher möglichen Arten einer Aeusserung des persönlichen Lehrerfolges. Auch der Erfolg der Fakultät wies jetzt nicht mehr auf besondere Verdienste eines bestimmten Lehrers hin.

Endlich musste das, von der Lehrthätigkeit und ihrer freien wirthschaftlichen Grundlage, völlig unabhängig gemachte Gehaltswesen, in der Hand des zentralisirten Staates, natürlich wesentlich uniformer sein, als es zur Zeit des Wettbewerbes der lokalen Interessenten gewesen war. Eine Verschiedenheit des Gehaltswesens musste, den allgemeinen Grundsätzen entsprechend, viele andere Dinge, Anciennetät und sonstige Verdienste, berücksichtigen, es konnte dem Lehrerfolge natürlich nicht mehr so ausschliesslich Rechnung tragen. Zugleich forderte die Ausbildung selbstständiger Wissenszweige, deren Vermehrung sich unablässig vollzog, die Gewährung der Möglichkeit eines eventuellen Hinübergreifens über den gezogenen Rahmen, wenn anders das Vorlesungswesen der wissenschaftlichen Produktion folgen und dieselbe unterstützen sollte.

Diese Veränderungen vollzogen sich analog in Deutschland wie in Frankreich, ihre Wirkung wurde in Frankreich sogar verschärft durch die ausserordentliche, auf allen Gebieten des Staatslebens vollzogene Zentralisation, während in Deutschland, durch das Nebeneinanderbestehen verschiedener selbstständiger, staatlicher Gebilde, manche Nachtheile sich minder fühlbar machten, wie z. B. die Uniformität der vom Staate geregelten äusseren Stellung, durch den Wettbewerb der Partikularregierungen um hervorragende Lehrer, modifizirt wurde.

Dennoch hat man gerade in Deutschland die alte Form nach und nach abgestreift, während dieselbe in Frankreich sich immer schärfer ausbildete und, trotz der Aenderung der Verhältnisse, die ihr eine ganz andere Bedeutung verlieh, in die napoleonische Organisation aufgenommen wurde.

So konnte es in Deutschland, wie gesagt, auch unter den veränderten Verhältnissen gelingen, die Lehrfreiheit und die Elemente ihres Korrelats, des Lehreifers, das ideale, persönliche, auch materielle Interesse am Lehrerfolge zu sichern: das ideale durch die Möglichkeit, die freie Lehrthätigkeit mit der wissenschaftlichen Forschung zu verbinden, ja sie der letzteren dienstbar zu machen; das persönliche und materielle, durch die Möglichkeit des Wetteifers in der Fakultät, im Wege der Vorlesungskonkurrenz, bei freier Wahl der Vorlesung durch die Schüler, sowie die Institution des Kollegiengeldes, als Sanktion des persönlichen Lehrerfolges.

In Frankreich musste dagegen, durch das Beibehalten der alten Form, an Stelle der genannten historischen Grundlagen einer Blüthe der Lehrthätigkeit, naturgemäss die völlige Verstaatlichung des Vorlesungswesens und das völlige Schwinden der persönlichen Initiative des einzelnen Lehrers treten.

Wenn wir nun nach dem Grunde dieser so verschiedenen Entwicklung in den deutschen und französischen Hochschulen fragen, so erscheint uns dieselbe nicht als eine zufällige. Allerdings mag den ersten Anlass des Aufkommens der *collegia privata* die grössere Dürftigkeit und die Kleinheit der Verhältnisse in den deutschen Universitäten, um die Wende des 16. und 17. Jahrhunderts, gegeben haben. Den inneren Grund

für die weitere Ausbildung und die endliche Sanktionirung einer hierauf gebauten Lehrorganisation, glauben wir jedoch darin suchen zu müssen, dass, bei der Nation wie in den Universitäten, die Auffassung von der selbstständig wissenschaftlichen Aufgabe der Universitäten fort und fort die herrschende, und dadurch auch jener feine Instinkt, für die Voraussetzungen einer Erhaltung dieser wissenschaftlichen Stellung, lebendig blieb. —

Die Wirkung, welche diese, in den Grundlagen verschiedene Vorlesungsorganisation für die Hochschulen beider Länder, ja über den Rahmen des Hochschulwesens hinaus gehabt hat und noch hat, scheint uns kaum hoch genug veranschlagt werden zu können. Sie ist das natürliche Produkt der in die Augen springenden Vorzüge der Deutschen, als welche erscheinen: die beständige Anpassungsfähigkeit des Vorlesungskadres an den Fortschritt der Wissenschaft, die Anregung des Lehrers zu wissenschaftlicher Arbeit auf Grund seiner Lehrthätigkeit, die dem Dozenten erhaltene Lehrfreudigkeit und der ihm gegebene Antrieb, das Beste seiner Kraft in den Dienst der Lehrthätigkeit zu stellen.

So ist denn, wie wir schon früher ausführten, die wissenschaftliche Stellung der Rechtsfakultäten in beiden Ländern nicht zuletzt ihr Werk. Während in Deutschland die Wechselbeziehung zwischen forschender Wissenschaft und Lehre aufrecht erhalten bleibt, die Universitätslehrer auf Grund ihrer Lehrthätigkeit auch die führenden Gelehrten sind, der Vorlesungskadre den Ausdruck des jeweiligen Standes der Wissenschaft bildet, der wissenschaftliche Fortschritt oft in ihm zuerst in Erscheinung tritt, sehen wir in Frankreich einerseits die wissenschaftliche Produktion losgerissen von der gebundenen Lehrthätigkeit, andererseits den mit der Anordnung der Vorlesungen betrauten Staat, zur Zeit der vollen Wirksamkeit der napoleonischen Organisation, selbst wenn er bessernd eingreifen will, ewig hinter dem wissenschaftlichen Fortschritt zurückbleiben, die Fakultäten regelmässig mit der wissenschaftlichen Mode von vorgestern beglücken.

Ebenso ist die grosse, der Rechtswissenschaft selbst durch die deutsche Vorlesungsorganisation gebrachte Unterstützung,

nicht zu verkennen.⁹⁸⁾ Der methodische Fortschritt der systematischen Darstellung, die Materientrennung und die weitere Ausbildung einzelner Zweige der Jurisprudenz, sie alle stehen mit der Lehrthätigkeit in den Rechtsfakultäten in innigem Zusammenhange. Andererseits zeigt sich gerade in dieser Beziehung die verhängnissvolle Wirkung der französischen Organisation. So bewegt sich in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, mit den Vorlesungen der Rechtsfakultäten, auch die juristische Literatur in Frankreich auf der Basis des trocknen Kommentars,⁹⁹⁾ werden die in dem Vorlesungskadre fehlenden Materien, wie die Rechtsgeschichte, auch in der Literatur bedenklich vernachlässigt, beherrscht die in der Vorlesung vorgeschriebene Legalordnung, mit ihrer Breite und Zerfahrenheit, lange auch die Literatur vollständig. Auch jetzt hat die französische Literatur es nicht zu einer eigentlich systematischen Bearbeitung des *Code civil* gebracht.¹⁰⁰⁾

Endlich ist der dem Unterrichte selbst aus der deutschen Organisation erwachsende Gewinn, die Möglichkeit für den Staat mit ihrer Hilfe, unter geringeren Aufwendungen, ein Plus an Unterrichtsmitteln zu erzielen, nicht zu unterschätzen.

Die von Blondel¹⁰¹⁾ zusammengestellten Zahlen, welche von ihrer Bedeutung auch jetzt nichts verloren haben, reden da eine deutliche Sprache. Während in Paris 1883—1884 bei einem Lehrpersonal von 32 Professoren und *agrégés* 27 Vorlesungen mit etwa 80 Stunden wöchentlich abgehalten wurden, hielten in Berlin 15 Professoren (Privatdozenten nicht gerechnet) 43 Vorlesungen, mit etwa 134 Stunden pro Woche. Was hierbei die Qualität der einzelnen Vorlesung angeht, so wird der Vorthail, einer bei dem französischen System möglichen Konzentration aller Kräfte des Lehrers auf ein Fach, gewiss aus-

⁹⁸⁾ Vgl. namentlich Stintzing, Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft an vielen der in dem II. Abschnitt zitierten Stellen.

⁹⁹⁾ Vgl. unter Vielen ein Urtheil Mittermaiers, abgedruckt in der *Revue de législation*. 1845. I. S. 277.

¹⁰⁰⁾ Das System des französischen Zivilrechts von Zachariä ist von den, übrigens sehr verdienstvollen, Bearbeitern Aubry und Rau wiederum in einen Kommentar aufgelöst worden.

¹⁰¹⁾ G. Blondel, *De l'enseignement du droit dans les universités allemandes*. S. 10 ff. Paris 1885.

geglichen durch die Frische, welche ein Schreiten auf selbstgewählten Bahnen allein erhalten kann. Auch wird man selbst in Frankreich nicht behaupten wollen, eine Vorlesung, mit wöchentlich etwa $4\frac{1}{2}$ Stunden, erschöpfe die Leistungsfähigkeit des akademischen Lehrers vollständig. Dem widerspricht schon die vielfach übliche, erfolgreiche Thätigkeit der Professoren in der Advokatur. Das deutsche System veranlasst eben den Lehrer, seine ganze Kraft direkt oder indirekt in den Dienst der Lehrthätigkeit zu stellen, während das französische diese Kraft entweder brach liegen, oder im Examensdienste sich aufreiben lässt.¹⁰²⁾ Ausserdem wird in Deutschland, durch die Vorlesungskonkurrenz und die freie Wahl des Schülers, eine mangelhafte Vorlesung gewiss viel eher eliminirt als in Frankreich, wo ganze Generationen gezwungen sind, den vorgeschriebenen *cours* des ungeeigneten Lehrers über sich ergehen zu lassen, bis das Alter der Qual ein Ende bereitet.

Die den genannten, von der Geschichte der Universitäten erhärteten Vorzügen der deutschen Organisation, gegenüberstehenden Mängel sind gering und durch einfache Mittel zu mildern, wie z. B. die durch das Kollegiengeld bewirkte Un-

¹⁰²⁾ Aus der Nichtberücksichtigung der Elemente des Lehreifers lässt sich auch die, allerdings jetzt durch den allgemeinen Aufschwung in den Hintergrund getretene, in Frankreich herrschende Neigung, sich der Lehrpflicht zu entziehen, erklären. Wie schon in der alten Dekretistenfakultät zu Paris die Doktoren, welche reiche Pfründen besaßen und an der Lehrthätigkeit ein materielles Interesse nicht hatten, die letztere den *baccalarii* überliessen (Thurot, *De l'organisation de l'enseignement dans l'université de Paris au moyen-âge*. S. 165), so waren die „*suppléances*“, d. h. die Uebergabe der Lehrthätigkeit seitens des Professors an einen Vertreter, während dieses ganzen Jahrhunderts einer der wundesten Punkte im französischen Hochschulwesen. Wenn auch die Rechtsfakultäten hier nicht in erster Reihe standen, so hat es doch auch in ihnen an unberechtigten *suppléances* nicht gefehlt. — Uebrigens war es seinerzeit auch in Deutschland, zur Zeit des Schwindens der *collecta* nothwendig, den Fleiss der Professoren, durch prozentuale Gehaltsabzüge für den Fall der Nachlässigkeit, zu erzwingen, z. B. in Leipzig im 16. Jahrhundert. Friedberg, *Das Collegium Juridicum*. S. 24. Vgl. Tholuck, *Das akademische Leben des 17. Jahrhunderts*. I. S. 126.

gleichheit der Stellung des Spezialforschers und desjenigen Lehrers, der die gewöhnlichen Examensgegenstände vertritt, durch eine entsprechende Rücksichtnahme bei Normirung des festen Gehalts, ihre Korrektur erfahren kann.

Wir glauben daher nicht zu viel zu sagen, wenn wir die Lehrorganisation der deutschen Universitäten als eine solche bezeichnen, die allen Aufgaben der modernen Hochschule im vollsten Maasse gerecht wird.

Was nun die Frage angeht, inwieweit die Veränderungen, welche die französische Lehrorganisation namentlich in Folge der neuesten Reformbewegung erfahren hat, jene Grundlagen wiederherstellen, aus welchen die Blüthe der Lehrthätigkeit in den Universitäten überhaupt erwachsen ist, so ist zunächst die Mehrung der inneren Freiheit gewiss anzuerkennen. Der Rechtslehrer ist nunmehr fast überall, wie wir sahen, in der Lage, nach freiem Ermessen das ihm überwiesene Thätigkeitsfeld zu bebauen. Auch hat sich die Fähigkeit der Lehrorganisation, sich dem Fortschritte der Wissenschaft anzupassen, durch Einrichtung der *cours complémentaires* nicht unerheblich gesteigert. Immer aber ist die unzureichende Rücksicht auf die Initiative des Lehrers bei Bildung des Vorlesungskadres geblieben. Nicht der Lehrer wählt sich sein Fach, es wird ihm von der Unterrichtsverwaltung zugewiesen, und diese letztere erscheint nach wie vor, als die ausschliessliche Quelle der gesamten regelmässigen Lehrthätigkeit in den Rechtsfakultäten.

Auch die erwähnte Institution der *cours libres* beseitigt jene Grundfehler der Lehrorganisation keineswegs; sie gewähren weder ausreichende Lehrfreiheit, noch auch sichern sie den Lehrreifer in genügendem Maasse. Sie gewähren nicht Lehrfreiheit, weil sie nicht die obligatorischen Lehrgegenstände zum Objekt wählen dürfen. Sie beschränken sich daher auf Spezialgebiete und sind, bei der gebundenen Studienorganisation, somit auf ein sehr beschränktes Spezialpublikum angewiesen. Sie sichern nicht ausreichend eine eifrige, über das Pflichtmässige hinausgehende Lehrbethätigung: ist doch, weder für das Lehrpersonal der Fakultäten, noch für die ausserdem durch das Reglement Zuzulassenden, ein ausreichendes persönliches Inter-

esse mit der Abhaltung eines *cours libre* verbunden. Und dies gilt auch dann, wenn der *cours libre* ein von den Hörern „bezahlter“ sein sollte, wie das ja bei den Vorlesungen derjenigen Dozenten gestattet ist, welche nicht dem staatlichen Lehrpersonale angehören. Denn nur wenige Studirende werden sich den Luxus einer Geldausgabe für eine Vorlesung leisten, wenn alle für die Examina obligatorischen und ausreichenden Vorlesungen ihnen umsonst zu Gebote stehen. Dieses materielle Interesse wird auch bei beiden Kategorien, weder durch Verbindung des Erfolges in einem *cours libre* mit der Lehrkarriere, noch durch sonstige äussere Resultate irgendwie ersetzt.

Die Institution der *cours libres* ist daher, wie wir glauben, nicht als lebensfähig zu betrachten. Ihr Schicksal beweist, dass es nicht möglich ist, die Lehrfreiheit gewissermaassen als Annex zu einem innerlich unfreien System zu fügen, sondern dass es nothwendig ist, dieselbe, wie in Deutschland, zur Grundlage des Ganzen zu machen.

Die Schwierigkeiten, welche einer Wiederherstellung der alten Grundlagen der Lehrorganisation in den französischen Fakultäten entgegenstehen, erklären sich aus der französischen Universitätsgeschichte der letzten Jahrhunderte. Es hat sich da eine fast unüberwindliche Abneigung gegen jene zwei Institutionen gebildet, ohne welche das Funktioniren einer freiheitlichen Lehrverfassung sich, wie wir glauben, nach heutigen Verhältnissen nicht denken lässt: die Konkurrenz in der Fakultät und das Kollegiengeld.

Das lange herrschende, thatsächliche Monopol des Professors, auf das mit dem Lehrstuhle verbundene Lehrfach, hat man sich gewöhnt, wie wir schon früher bei der angeblichen „*immovibilité de l'enseignement*“ erwähnten, als ein rechtliches zu betrachten. Eine organisirte Konkurrenz in der Fakultät konnte, und kann man sich auch heute noch, kaum als vereinbar denken, mit einem entsprechenden kollegialen Verhältnisse. Recht bezeichnend, auch noch für die heutige Auffassung, ist der Bericht des reformeifrigen und in Unterrichtsfragen liberal denkenden Ministers Salvandy, welcher die Einführung eines, dem Privatdozententhume ähnlichen Institutes mit folgender Begründung

ablehnte: ¹⁰³⁾ „*Si cette lutte (die Vorlesungskonkurrenz) s'établissait au sein de la faculté même, sous les auspices et sous l'autorité de l'université, avec son appui et son concours, où seraient le respect, l'ordre, la discipline? Quel serait le cours obligatoire? Quelle serait la limite des efforts permis, à la rivalité des théories et à la liberté des doctrines? . . . L'enseignement contradictoire dans les facultés serait un désordre vain et stérile*“.

Ganz ähnliche Aeusserungen finden sich auch in den Berichten der Fakultäten, in welchen sie sich über die projektirte Einführung der *cours libres*, und das dadurch befürchtete Eindringen der Konkurrenz in ihr provinZIAles Stilleben aussprechen. ¹⁰⁴⁾

Mit ähnlichen Gesinnungen steht man dem Kollegiengelde gegenüber. Ist doch überhaupt seit den Missbräuchen, welche sich an das Gebührenwesen der alten Universitäten zur Zeit des Niederganges knüpften, die materielle Leistung des Schülers an den Lehrer in argen Misskredit gekommen. Man vergisst, dass das Kollegiengeld viel weniger als die früheren, an die Examina geknüpften Gebühren, zu Missbräuchen Anlass bietet. Doch haben, trotzdem die genauere Kenntniss des Funktionirens jener Institution in Deutschland manche Vorurtheile beseitigte, die verschiedenen Anregungen einer, wenn auch beschränkten Einführung des Kollegiengeldes, wenig Anklang gefunden. Der erwähnte Vorschlag, in Bezug auf die *cours libres* diese Neuerung zu erproben, wurde, wie gesagt, nahezu einstimmig, als der Würde des Lehrpersonals widersprechend, abgelehnt: „*le professeur élèvera une boutique à côté de sa chaire*“, das ist der rothe Faden, der durch die Gutachten der Fakultäten sich hindurchzieht. ¹⁰⁵⁾

Es ist nun nicht zu verkennen, dass diese Einrichtungen in die Universitätsverhältnisse neu einzuführen, viel schwieriger ist als sie darin zu erhalten, und dass vielleicht auch gewisse Charaktereigenthümlichkeiten des französischen Studirenden besondere Vorsichtsmaassregeln nöthig machen können.

¹⁰³⁾ *Revue de législation etc.* 1847. I. S. 341 ff.

¹⁰⁴⁾ *Enquêtes et documents etc.* IV. 1883. *Cours libres.* S. Dijon, S. 83, Caen, S. 64.

¹⁰⁵⁾ Das. Caen, *lettres.* S. 67.

Immerhin wird man, wie wir glauben, ein Aequivalent finden müssen, will man anders die beginnende Entwicklung einer regeren Lehrthätigkeit in den Rechtsfakultäten auf eine dauernde Basis stellen: mit dem Nachlassen der administrativen Anregung und des offiziellen Interesses möchte sonst allzu leicht ein Rückschlag erfolgen. Wir können daher den französischen Rechtsfakultäten, im Interesse ihrer wissenschaftlichen Zukunft, nur eine Rückkehr zu dem Geiste der Lehrorganisation ihrer Blüthezeit wünschen, einem Geiste, den die Lehrorganisation der deutschen Universitäten, trotzdem sie die alten Formen abgestreift, wie uns scheinen will, besser bewahrt hat.

Hier noch einige Worte über die Beziehungen des Unterrichts der Rechtsfakultäten zu demjenigen der *facultés des lettres*. Schon bald nach Gründung der professionellen Rechtsschulen zu Anfang des Jahrhunderts suchte man die Schüler derselben zu veranlassen, zum Zwecke einer allgemeinen Geistesausbildung, auch an dem Unterrichte der *facultés des lettres* theilzunehmen.¹⁰⁶⁾ Das Dekret vom 10. April 1852 schrieb dann vor, dass jeder Rechtsstudirende sich jährlich für zwei Kurse in der *faculté des lettres* einzuschreiben habe. Man wollte hierdurch den *facultés des lettres*, die ja, wie Eingangs erwähnt, fast ganz der Hörer entbehrten, ein Auditorium verschaffen. Da jedoch der Besuch dieser Vorlesungen nicht kontrolirt wurde, so war die einzige Wirkung dieser wohlgemeinten Bestimmung, eine Erhöhung der Gebühren für die Studirenden. Jetzt besteht diese formale Verpflichtung der Rechtsstudirenden nicht mehr;¹⁰⁷⁾ doch sind sie, um eine Betheiligung derselben an dem genannten Unterrichte zu veranlassen, von der Erlegung einer Einschreibungsgebühr bei den *facultés des lettres* befreit. In der gleichen Richtung hat man auch die neuerdings angebahnte Annäherung der Fakultäten an einander, nutzbar zu machen gesucht.¹⁰⁸⁾ Einzelne Professoren der Rechtsfakultäten halten *cours libres* in den *facultés des lettres* und umgekehrt. Auch haben manche Rechtsfakultäten ihre Vorlesungsverzeichnisse mit denjenigen der *facultés des lettres* derart kombinirt, dass sie die Vorlesungen von gemeinsamem Interesse besonders

¹⁰⁶⁾ *Circulaire* vom 6. Oktober 1812.

¹⁰⁷⁾ Gesetz vom 26. Februar 1887, *instr.* vom 1. April 1887.

¹⁰⁸⁾ Vgl. *circulaire* vom 18. Mai 1886 und Bericht des Professors Labbé, *Revue internationale de l'enseignement*. 1889. I. S. 362.

zusammenstellen. Desgleichen haben einige *facultés des lettres*, namentlich mit Rücksicht auf die Rechtsstudirenden, ein besonderes Studienzeugniss eingerichtet, welches diejenigen erhalten können, die den Vorlesungen angewohnt und sich einem Tentamen unterzogen haben. Bei der bevormundenden Leitung der Studien, welche schon einen Besuch der nicht obligatorischen Kurse, innerhalb der Fakultät, zu einem seltenen macht, ist natürlich an eine ausgedehntere Benutzung dieser ferner liegenden Bildungsmittel kaum zu denken. Immerhin bewerben sich einige Rechtsstudirende, neben den juristischen, zugleich um die regelmässigen Grade der *facultés des lettres*. — Im *Collège de France* und einigen der in Paris, neben den Fakultäten, bestehenden Spezialhochschulen werden auch juristische Vorlesungen gehalten. Wenngleich sie völlig öffentlich sind, so kommen sie doch begreiflicherweise für die Rechtsstudirenden kaum in Betracht. So bestehen im *Collège de France* Lehrstühle für *Histoire des législations comparées* und *économie politique*. Der, seit dem vorigen Jahrhundert, dort dem *droit de la nature et des gens* gewidmete Lehrstuhl ist neuerdings einer anderen Bestimmung zugeführt worden. — In der *École des Chartes* wird im zweiten Jahre: *Histoire des institutions politiques, administratives et judiciaires de la France* gelehrt, im dritten: *Histoire du droit civil et du droit canonique*. — In der *école pratique des hautes études* (section des sciences religieuses) pflegt eine Vorlesung über *histoire du droit canonique* stattzufinden.

V.

Die conférences.

Das vornehmste Lehrmittel der modernen Universität, die Vorlesung, „*cours*“, lässt überall eine Lücke im Hochschulunterrichte. Sie giebt dem Studirenden allerdings das Material für das Studium, für die Verarbeitung desselben kann sie jedoch kaum eine Anleitung geben. Ja, der noch so fleissige Besuch des Vortrages bietet keinerlei Garantie, dass überhaupt eine solche Verarbeitung seitens des Schülers versucht wird. Diesen Mangel sollen solche Unterrichtsformen ersetzen, welche es dem Lehrer gestatten, den Schüler bei dem Akte der geistigen Aneignung des Gelehrten zu unterstützen.

Natürlich müssen so verschiedene Studiensysteme, wie das deutsche und das französische, auch hier zu verschiedenen Gestaltungen kommen; während in Deutschland durch praktische und exegetische Uebungen, sowie die Seminarien, der genannte Zweck durch Anregung der selbstthätigen Arbeit des Schülers zu erreichen versucht wird, tragen die französischen entsprechenden Einrichtungen, die „*conférences*“, wie wir sehen werden, ein ganz anderes Gepräge.

Die Institutionen in beiden Ländern haben die Erbschaft jener Repetitionen und Disputationen angetreten, welche in den Universitäten des Mittelalters, vielfach von dem Lehrvortrage nicht streng getrennt, eine so grosse Rolle spielten.¹⁰⁹⁾ Sie hatten sich, wie wir bei den Vorlesungen bereits erwähnten, in den französischen Rechtsfakultäten, wenigstens als statutarische Vorschrift, bis zur Revolution erhalten. Auch die napoleonische Organisation wollte, wie wir sahen, eine Form der Vorlesung einführen, die diese intimere Berührung des Lehrers mit dem Schüler ersetzen sollte. Diese Vorschriften wurden nicht praktisch; an ihre Stelle traten, dem Drucke des Examens entsprechend, in der ersten Hälfte des Jahrhunderts namentlich die bezahlten Privatrepetitionen, welche die *suppléants* den Studirenden gaben. Die mannigfachen hieraus entstehenden Missstände führten nun zu dem Bestreben, die Repetitionen der privaten Vereinbarung zu entziehen und sie dem eigentlichen Leben der Fakultät einzugliedern. So wurden die fakultativen *conférences* in den Rechtsfakultäten eingeführt,¹¹⁰⁾ welche „durch

¹⁰⁹⁾ Ueberall waren sie ein integrierender Theil der Lehrpflicht. Vgl. die Statuten von Montpellier 1339, art. XIII. (*Cartulaire de l'université etc.* S. 310.) Toulouse 1313: (Molinier, *Histoire générale du Languedoc*. VII. 2. S. 462.) 1470 wurden die Repetitionen dort den *régents* bei hoher Strafe vom Parlament zur Pflicht gemacht. (Fournier, *Les statuts et privilèges des universités françaises*. I. S. 858.) Orléans: (das. S. 219, 233), nur die 60jährigen, sowie die bereits 20 Jahre thätig gewesenen Doktoren wurden dort von den *repetitiones* 1447 entbunden. Vgl. über die Einrichtungen an den deutschen Universitäten Stintzing, *Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft*. I. S. 134, 660, II. S. 27. Tholuck, *Das akademische Leben des 17. Jahrhunderts*. I. S. 95, 241 ff.

¹¹⁰⁾ *Décret* vom 22. August 1854. *Circulaire* vom 10. Januar 1855.

die selbstständige Arbeit der Schüler den in der Vorlesung gegebenen Unterricht befruchten sollten“, thatsächlich aber nichts weiter, als eine von den *agrégés* wahrgenommene Examens-repetition waren. Von der den Studirenden hierfür vorgeschriebenen Gebühr von 150, dann 60 Frcs., fielen 50 Frcs. dem betreffenden „*maître de conférence*“ zu.¹¹¹⁾

Diese *conférences* erwiesen sich nicht als lebensfähig. Zur Zeit des Beginnens der neueren Reformbewegung waren sie entweder völlig eingegangen, oder es war doch die Betheiligung an ihnen eine verschwindende.

Es versteht sich, dass man bei der nunmehrigen Wiedererweckung derselben bestrebt war, sie über die Examens-repetition hinaus auf einen höheren Standpunkt zu erheben;¹¹²⁾ ihr Zweck sollte sein: „*La révision des cours de chaque année, l'étude critique des auteurs et des arrêts, la pratique du droit*“; sie sollten Examinatorien sein und auch schriftliche Arbeiten veranlassen.

Die äussere Organisation ist kurz folgende: Uebertragen sind die jetzt unentgeltlichen *conférences* den *agrégés*, welche auch eine besondere Vergütung hierfür nicht mehr beziehen. Die Vertheilung derselben unter die *agrégés* ist dem *conseil de la faculté* zugewiesen.¹¹³⁾ Natürlich fügen sie sich völlig dem Lehrplan ein: für jedes Jahr der *licence* und auch für das *doctorat* bestehen gesonderte *conférences*. Wenn, wie in Paris, für dasselbe Studienjahr mehrere eingerichtet sind, so hat der Studirende die Wahl unter ihnen. Die Theilnahme steht dem Studenten frei, doch ist derjenige, welcher sich für eine derselben inskribirt hat, zum regelmässigen Besuche verpflichtet. Jede *conférence* soll zweimal wöchentlich, und zwar mit jedesmal einstündiger Dauer, stattfinden. Alle drei Monate sollen die *maîtres de conférences* dem *doyen* über die Arbeit ihrer Schüler Bericht erstatten. — Die Theilnahme an den *conférences* ist, der engen Beziehung derselben zu dem Examen entsprechend, in manchen Provinzialfakultäten eine

¹¹¹⁾ *Décret* vom 18. März 1859. *Arrêté* vom 19. August 1857.

¹¹²⁾ *Arrêté* vom 27. Januar 1881.

¹¹³⁾ *Décret* vom 30. Juli 1886.

recht zahlreiche. In Paris ist die Betheiligung von Jahr zu Jahr eine weniger rege: Gegen 482 im Jahre 1886/87 nahmen 1889/90 235 Studirende im Ganzen an den *conférences* theil; darunter bestand die Majorität aus Aspiranten des *doctorat*.

Die Entwicklung der *conférences* in den Fakultäten ist nicht völlig gleichartig gewesen.¹¹⁴⁾ Doch hat sich wohl überall von den genannten Zwecken die „*révision des cours de chaque année*“, d. h. die Repetition zum Zwecke der Examensvorbereitung, die ausschlaggebende Stellung erobert. Thatächlich sind jetzt die *conférences*, für die *licence* wie für das *doctorat*, fast überall blosse Repetitorien und Examinatorien, die dem strebsamen Schüler eine angenehme und kostenlose Vorbereitung auf das Examen darbieten. Dagegen sind sie für den *agrégé* oft eine wenig erfreuliche Last; er muss — auch eine Folge der einheitlichen *agrégation* — auf allen Gebieten den Repetitor spielen. Allerdings wird in einigen Provinzialfakultäten nur das römische Recht und der *Code civil* repetirt; in Paris hat dagegen der betreffende *agrégé* in der *conférence*, alle Lehrgegenstände des ihm zugewiesenen Jahres der *licence* zu behandeln. Es ist ihm so eine Thätigkeit zugemuthet, die wohl nur noch geringe Beziehungen zur Wissenschaft haben kann.

Ziemlich allgemein wird jetzt auch anerkannt, dass die Institution der *conférences* in ihrer jetzigen Gestalt den Zweck, einer wirklichen Förderung ernster Studien, durchaus verfehlt. Das Examenswesen und seine Wirkungen machen sich schon ohnehin so sehr in dem Leben der Fakultät fühlbar, dass ein weiteres, wieder nur dem Examen dienendes Unterrichtsmittel, nicht gerade als ein Bedürfniss erscheint.

An Aenderungsvorschlägen hat es daher auch in der letzten Zeit nicht gefehlt. Bald hat man angeregt, die *conférences*, da sie nun einmal sur Heranbildung einer Elite nicht geeignet seien, wenigstens einer Hebung des allgemeinen Studienniveaus dadurch dienstbar zu machen, dass sie für

¹¹⁴⁾ Vgl. *Enquêtes et documents etc. Conférences dans les facultés de droit*. 1890. XXXIV.

obligatorisch erklärt würden; bald sie innerlich, durch Einführung schriftlicher Arbeiten umzugestalten, bald sie einer wissenschaftlichen Oberleitung der ordentlichen Professoren zu unterstellen, Preise für Fleiss in denselben auszusetzen u. s. f.

Eine neuerdings vom Minister gegebene Anregung zu einer Reform der *conférences*¹¹⁴⁾, hat in den Fakultäten anscheinend nicht sehr gute Aufnahme gefunden. Nur die Pariser Fakultät hat wirklich bemerkenswerthe Vorschläge gemacht. Sie wünscht, neben der Einführung von praktischen Uebungen, welche wohl ähnlich den in Deutschland gebräuchlichen gedacht sind, auch diejenige solcher *conférences* für die reiferen Studirenden, welche eine den deutschen Seminarien analoge Thätigkeit, zugleich mit einer Studienleitung zu verbinden hätten.

Die Schwierigkeit wird hier immer das Examenswesen bilden. Das Examen zwingt eben, wenn es in der Ausdehnung zur Anwendung kommt, wie in den französischen Rechtsfakultäten, jedes Unterrichtsmittel in seinen Dienst, es will keine freiere Geistesthätigkeit neben sich dulden. So glauben wir, dass eine wissenschaftliche Regeneration der *conférences* ohne einschneidende Aenderungen in der Studienorganisation, wobei namentlich das *doctorat* den Anfang machen könnte, kaum Aussichten auf dauernden Erfolg hat. — Verschieden von diesen offiziellen *conférences* sind diejenigen, welche neuerdings die ordentlichen Professoren, über den ihnen anvertrauten Lehrgegenstand abzuhalten, ermächtigt worden sind.¹¹⁵⁾ Man wollte hierdurch *mutatis mutandis* die Institution der Seminarien in die Rechtsfakultäten übertragen. Diese *conférences*, welche in den ersten Jahren nach ihrer Einführung eine günstige Entwicklung versprochen — in Paris fanden 1883/84 acht statt —, hatten sich dem Schatten, welche das Examen wirft, zu entziehen vermocht. Die Professoren behandelten daselbst, unter Anwendung verschiedener Formen, doch in wissenschaftlicher Weise, Spezialfragen ihres Faches. So studirte z. B. in einer derselben der Lehrer des römischen Rechts „*le droit de cité*

¹¹⁴⁾ Vgl. *Enquêtes et documents etc. Conférences dans les facultés de droit*. 1890. XXXIV.

¹¹⁵⁾ *Décret* vom 28. Dezember 1880, art. 11.

romain, envisagé au point de vue des sources juridiques et épigraphiques“. Dauernd haben sie anscheinend nicht Wurzel fassen können. Soweit uns bekannt,¹¹⁶⁾ sind jetzt, auch in Paris, diese *conférences* völlig wieder eingeschlafen.

Endlich können wir noch hinweisen auf die Uebungen, welche, unter dem Namen *conférences*, für die Kandidaten zur Agregation in manchen Fakultäten abgehalten werden. Sie stellen eine Vorbereitung auf den Aggregationskonkurs dar, und manche Fakultäten geben sich hiebei, um einen Erfolg ihrer Kandidaten zu erzielen, eine aner kennenswerthe Mühe.

Als *conférences* werden auch die Redeübungen bezeichnet, welche mancherorts, ähnlich den bei der Besprechung des Studentenlebens erwähnten, privaten Veranstaltungen, von den Fakultäten selbst organisirt werden.

VI.

Die Preisaufgaben, concours.

In dem ganzen französischen Unterrichtssystem spielt der organisirte Wettstreit der Schüler im „*concours*“ eine grosse Rolle. Wie sehr, seit dem Testamente des Kanonikus Legendre, der 1747 Preise für die Schüler der *Collèges* stiftete, der Sekundärunterricht von dem *concours* beherrscht wird, und wie sehr hier der Einfluss des Konkurswesens, aus erziehlichen Gründen und auch mit Rücksicht auf die Art des dadurch bedingten Lernens, beklagt wird, das ist oft gesagt worden und wohl allgemein bekannt. Nichtsdestoweniger gehört der Konkurs zu denjenigen Eigenthümlichkeiten, über die man

¹¹⁶⁾ Dieselben werden in dem Programm der Fakultäten nicht aufgeführt. Erwähnung verdient eine 1886/87 von M. Blondel, dem Verfasser der bekannten Schrift über den deutschen Rechtsunterricht, in Lyon abgehaltene *conférence*; er gab darin eine Anleitung zur Benutzung der hervorragendsten Werke der deutschen Rechtswissenschaft, und betheiligte auch die Studirenden selbstthätig hierbei.

seufzt, die man jedoch nicht gerne missen möchte. Sieht doch jeder Vater und namentlich jede Mutter, im Geiste schon den Namen des preisgekrönten Sohnes durch das *Journal officiel* dem staunenden Vaterlande bekannt gegeben, und ihn an seinem Ehrentage an der Ministertafel sitzen.

So versteht es sich, dass man auch in den Rechtsfakultäten die Studien durch eine ziemlich weitgehende Anwendung des Konkurses zu heben bestrebt gewesen ist.

Zunächst ist für jede der drei Jahresklassen der *licence*, in allen Fakultäten, ein zu Ende jedes Schuljahres stattfindender Konkurs¹¹⁷⁾ vorgeschrieben, an welchem jeder dem entsprechenden Studienjahre angehörende Studirende theilnehmen kann, wenn er ordnungsmässig die vier Jahresinskriptionen genommen hat. Die Konkursaufgaben sind zwei in je sechs Stunden zu fertigende Klausurarbeiten, und zwar muss eines der Themata, für den Konkurs der Studirenden des ersten und des dritten Studienjahres aus dem französischen Zivilrechte, für den des zweiten aus dem Gebiete des römischen Rechtes entnommen werden. Die Materie, welcher das Thema der zweiten Aufgabe angehören soll, wird aus der Zahl der dem jeweiligen Jahresprogramm angehörenden, durch das Loos festgestellt; sie muss 14 Tage vor Beginn der Prüfung bekannt gegeben werden. Innerhalb dieser Grenzen ist die Wahl der Themata der Fakultät überlassen.¹¹⁸⁾

Für jede Jahresklasse sind zwei erste und zwei zweite Preise ausgesetzt; auch können „ehrenvolle Erwähnungen“ zuerkannt werden. Die Fakultät hat hier, nachdem sie das Gutachten einer von ihr gewählten Kommission von drei Mitgliedern eingeholt, die Entscheidung zu treffen. Die Preise

¹¹⁷⁾ *Ordonnance* und *arrêté* vom 17. März 1840; *arrêté* vom 26. Juni 1875; *décret* vom 27. Dezember 1881; *arrêté* vom 15. Januar 1882.

¹¹⁸⁾ Themata des ersten Jahres waren z. B.: *Du droit de passage en cas d'enclave. — De l'exercice de l'action publique et de l'action privée.*

Des zweiten: *Sénatus Consulte Velléien. — Comparaison du dol et de la violence comme vices de consentement.*

Des dritten: *Cession des créances, ses divers modes, ses effets. — Droits et obligations des actionnaires dans une société anonyme.*

bestehen in silbernen und bronzenen Denkmünzen, sowie in Büchern, deren Werth, je nach den der Fakultät zur Verfügung stehenden Mitteln, ein verschiedener sein kann. Einen weiteren Vorthail gewährt den „*lauréats*“ eines ersten oder zweiten Preises die Bestimmung, wonach sie von den Gebühren des nächsten Jahrexamens der *licence*, bzw. des *doctorat* befreit sind. Das Nichtbestehen des Examens bedingt den Verlust der Berechtigung.

Neben diesen, jeder Fakultät eigenthümlichen Wettstreiten, besteht ein allgemeiner Konkurs, an welchem alle, dem dritten Jahre der *licence* angehörenden, ordnungsmässig inskribirten Studirenden, sämtlicher Rechtsfakultäten theilnehmen können.¹¹⁹⁾ Die Arbeiten dieses Konkurses werden von den Konkurrenten am Hauptorte der *académie*, unter Aufsicht des *recteur* oder einer von ihm delegirten Persönlichkeit, gefertigt. Das von dem Minister zu wählende Thema ist dem französischen Zivilrechte zu entnehmen und zwar demjenigen Theile desselben, welcher Gegenstand der Studien des dritten Jahres bildet.¹²⁰⁾ Hier sind die gewöhnlichen Maassregeln vorgeschrieben, welche es verhindern sollen, dass die Autorschaft der Arbeiten den Richtern vorzeitig bekannt werde. Die vom Minister zu ernennenden fünf Preisrichter sind dem Lehrpersonale der Fakultäten, dem Richter- oder Advokatenstande zu entnehmen. Der erste Preis besteht in einer Emaille-Denkmünze und 800 Frcs., der zweite in einer silbernen und 500 Frcs., ausserdem können bronzene Medaillen an die „ehrentvoll Erwähnten“ vertheilt werden.

Die Betheiligung an den innerhalb der Fakultäten stattfindenden Konkursen der *licence* ist in den meisten Fakultäten eine zahlreiche; sie hat sich in der letzten Zeit allgemein gehoben. In Paris nehmen gewöhnlich 200 bis 300 Studirende an den drei Jahreskonkursen Theil. Geringeren Anklang hat der allgemeine Konkurs gefunden: die Zahl der eingereichten Arbeiten erhebt sich nicht leicht über fünfzig. Eigenthümlich

¹¹⁹⁾ *Décrets* vom 27. Januar 1869; 27. Dezember 1881; *arrêté* vom 15. Juli 1870.

¹²⁰⁾ Z. B. *déterminer l'étendue et les effets du droit de rétention.*

berührt uns die Gewohnheit, wonach die in dem allgemeinen Konkurse gelieferten Arbeiten eingehend in einem Berichte kritisirt werden, der sogar im *Journal officiel* seinen Platz findet. Man würde dies allzu frühe Hinaustreten der Studirenden in das Licht der Oeffentlichkeit, bei uns wohl kaum passend finden.

Diese Gewohnheit übt aber, neben der Anregung des Ehrgeizes der Schüler, auch eine gewisse Wirkung auf die Lehrer der Fakultäten aus. Jede Fakultät rühmt sich in ihren Berichten der von ihren Schülern in dem *concours général* etwa erlangten Auszeichnungen; auch ist es nicht selten, dass in dem offiziellen Berichte über die Ergebnisse des Konkurses, einer Fakultät besonders schmeichelhafte Dinge, wegen der Trefflichkeit der von ihrem Unterrichte inspirirten Leistungen gesagt werden. Natürlich ist dieser Umstand geeignet, den Wetteifer der in Betracht kommenden Zivilrechtslehrer anzufachen.

Einen besonderen Werth hat die Institution der Konkurse für die Kandidaten der *agrégation*. Diese können sich so schon frühzeitig an einige der Erfordernisse eines so eigenartigen Wettstreites, wie es der Aggregationskonkurs ist, gewöhnen. Eine grosse Zahl der *agrégés* trägt daher auch den Titel eines „*lauréat*“ der genannten Konkurse.

Ein Erfolg in einem der Schülerkonkurse wird übrigens auch unter die *titres antérieurs* gezählt, welche, wie wir sahen, bei der *agrégation* berücksichtigt werden sollen.

Anders geartet sind die Konkurse des *doctorat*;¹²¹⁾ sie sind ähnlich den Preisaufgaben der deutschen Universitäten eingerichtet. Jeder *docteur* oder Doktoratsaspirant kann bis zum Ablaufe des fünften Jahres, nachdem er den Grad eines *licencié* erworben, an einer Preisbewerbung theilnehmen, die jährlich innerhalb jeder Fakultät stattfinden soll. Der Kandidat darf nur in der Fakultät an dem Wettbewerb theilnehmen, in welcher er zuletzt als Schüler gewesen ist; auch

¹²¹⁾ *Ordonnances* vom 17. März 1840; *arrêtés* vom 17. März 1840, 15. März 1861, 21. Dezember 1866, 10. August 1877; *décret* vom 27. Dezember 1881; *arrêté* vom 15. Januar 1882.

müssen die Doktoratsaspiranten bis zum Schlusse des Konkurses, wenigstens das erste der drei Examina des *doctorat* bestanden haben.

Es wird eine Dissertation über ein vom Minister aus einer Vorschlagsliste der Fakultät gewähltes Thema verlangt. Ein Jahr ist für die Bearbeitung eingeräumt; das Urtheil ist der Fakultät überlassen. Die Preise, deren zwei, nebst einer unbeschränkten Zahl „ehrentvoller Erwähnungen“ ertheilt werden können, sind goldene Medaillen und, je nach den Mitteln der Fakultät, verschieden bemessene, sonstige Belohnungen. In Paris erhalten die Gewinner der Preise je 500 Frcs.

Während in Paris jährlich etwa drei bis vier Bearbeitungen der Preisfrage eingehen, verstreichen in den mit Doktoranden nur spärlich versehenen Provinzialfakultäten natürlich oft mehrere Jahre, ohne dass die ausgeschriebenen Themata Bearbeitung fänden. Sogar in einer grossen Fakultät, wie Bordeaux, hatte sich in 17 Jahren ihres Bestehens nie ein Konkurrent gefunden.

Abgesehen von diesen offiziellen Preisbewerbungen, denen übrigens auch etwaige private Schenkungen, wenn nicht Anderes ausdrücklich bestimmt ist, dienstbar gemacht werden dürfen, bestehen in den Rechtsfakultäten, allerdings in sehr geringer Anzahl, auch besonderen Zwecken gewidmete Stiftungen. Zu erwähnen ist die Pariser Rossi-Stiftung, welche es der Fakultät erlaubt, jährlich zwei Preisaufgaben, eine aus dem Gebiete des Zivilrechts und eine staatsrechtliche auszuschreiben. Eine Beschränkung des Kreises der Bewerber um die Preise von je 2000 Frcs. findet hier nicht statt. Vielleicht wird der sich neuerdings anbahnende Umschwung in dem Verhalten der öffentlichen Meinung zu den Fakultäten, diesen letzteren mit der Zeit einige von den Zuwendungen zukommen lassen, welche jetzt dem *Institut national* eine so reiche Vertheilung von „Tugend“- und sonstigen Preisen gestatten.

VII.

Das Prüfungswesen.

Die Beschränkung der Lernfreiheit.

Das Examen bildet den Schlussstein und die Krone der ganzen Studienorganisation in den französischen Rechtsfakultäten und beherrscht, direkt oder indirekt, das ganze Leben der Fakultät. Diese Bedeutung des Examenswesens rührt schon, wie wir sahen, aus der Zeit der Reform Ludwig XIV. her, welche die alten akademischen Grade stufenweise aneinander reihte und dadurch ein System von Jahresprüfungen herstellte; die napoleonische Organisation brauchte im Wesentlichen nur auf die alten Einrichtungen zurückzugreifen. Auch heute noch sind nun die napoleonischen Grundlagen hier fast völlig erhalten, und man kann sogar sagen, dass das System logisch fortentwickelt worden ist.

Bevor wir auf die Examina, welche die Studienordnung der *licence* und des *doctorat* gliedern, näher eingehen, sei über den allgemeinen Charakter der Prüfungen in den französischen Rechtsfakultäten eine Bemerkung vorausgeschickt.

Von den beiden Hauptaufgaben der Prüfungen, welche den Unterricht der Hochschulen abschliessen, der professionellen, einer Feststellung der Tauglichkeit, um in bestimmte Laufbahnen eintreten zu können, und derjenigen einer Rückwirkung auf die Studien selbst, tritt die letztere, die pädagogische, mehr in den Vordergrund. Allerdings bilden die Prüfungen diejenigen Stufen, welche zur Erlangung eines mehr oder weniger professionellen Grades hinführen; der wichtigste Zweck ihrer Häufung ist aber, die Herstellung einer regelmässigen Arbeitskontrolle. Zugleich erlaubt die Theilung des Lehrstoffes durch die Examina, eine Bestimmung der Reihenfolge, in welcher die vorgeschriebenen Fächer zu behandeln sind. Endlich sind die Examina praktisch derart eingerichtet, dass jedes derselben die Sanktion des thatsächlich genossenen Unterrichts bildet. Denn wie durch die Gesammtheit derselben nicht etwa Rechenschaft abgelegt wird, über eine mehr oder weniger eingehende Kenntniss der „Rechtswissenschaft“, sondern über eine solche,

bestimmter verordneter Fächer, so bezieht sich auch das Examen in jedem Fache auf bestimmte Theile dieses letzteren, und zwar auf diejenigen, welche Gegenstand des entsprechenden Jahreskurses gewesen sind. Das Examen bedeutet daher im Wesentlichen eine Untersuchung darüber, wie der Schüler den vorgeschriebenen Unterricht benutzt hat. Wir haben oben gesehen, dass die Organisation des Vorlesungswesens dies erlaubt, indem entweder das obrigkeitlich aufgestellte Examensprogramm für die Vorlesung, oder aber das vom Lehrer aufgestellte Programm dieser letzteren für das Examen maassgebend ist. Immer findet insofern Uebereinstimmung statt, als das Examen sich nur auf das thatsächlich Vorgetragene bezieht, so dass z. B., wenn das vorgeschriebene Jahresprogramm, wie das beim *Code civil* zu geschehen pflegt, nicht vollständig in der Vorlesung bewältigt worden ist, auch das Examen auf die behandelten Partien sich beschränkt. Desgleichen wird der Doktorand, welcher den Vorlesungen in einer Fakultät gefolgt ist, dann sich jedoch in einer anderen dem Examen unterziehen will, dort nach dem Programm der von ihm, in der fremden Fakultät, gehörten Kurse examinirt.

Natürlich ist es durch diese Gestaltung der Examina bedingt, dass die Fakultät allein dieselben abzuhalten berufen wird. Muss sie doch am besten geeignet sein, sich von der fleissigen und erfolgreichen Benutzung ihres Unterrichts zu überzeugen. Den staatlichen, durch die professionelle Bedeutung der Examina berührten Interessen wird durch das, übrigens selten ausgeübte, Aufsichtsrecht der Behörden der Unterrichtsverwaltung, sowie die formell dem Minister zustehende Ertheilung der Diplome Rechnung getragen.

Das Gesagte gilt von allen den mündlichen Prüfungen, welche zu den Studienzielen, der *licence* wie dem *doctorat* hinführen, und in ihnen liegt jetzt der Schwerpunkt des Prüfungswesens in den französischen Rechtsfakultäten. —

Die Prüfungen der *licence* sind nunmehr durch die mehrerwähnten Dekrete vom 28. Dezember 1880 und 24. Juli 1889 geregelt. Durch das erstgenannte ist ein viertes Examen, welches neben der Nationalökonomie eine Generalrepetition der Studien über das römische Recht zum Gegenstande hatte, be-

seitigt worden; ebenso eine in zwei Stunden zu fertigende Klausurarbeit, welche *de facto* auf das Examensresultat ohne Einfluss war; und die sogenannte *thèse de licence*, welche aus drei Abhandlungen bestand, deren Themata dem römischen Rechte, dem französischen Zivilrechte und einem sonstigen Rechtsgebiete entnommen und durch das Loos unter die Kandidaten vertheilt wurden. Da diese Abhandlungen nicht gedruckt wurden, so soll das betrügerische Abschreiben derselben nicht selten gewesen sein, und auch sonst waren sie so „lächerlich unbedeutend“, dass die ganze Institution der *thèse* nur mehr den Charakter einer leeren Formalität trug.¹²²⁾

Die Prüfungen der *licence* beschränken sich daher jetzt auf drei mündliche Examina, deren je eines am Ende jedes Studienjahres stattfindet. Um zu dem Examen zugelassen zu werden, muss die vierte bezw. achte bezw. zwölfte Inskription genommen sein.

Die Examina der *licence* können nur zu den regelmässigen hierfür bestimmten Sessionen stattfinden: am Ende oder zu Anfang eines Schuljahres, Juli oder November. Doch ist die Novembersession nur für die im Juli Zurückgewiesenen, oder mit besonderer Erlaubniss Versehenen, bestimmt; prinzipiell muss sich jeder Studirende zum Examen im Juli stellen. Die Wahl der Woche in jeder Examenssession steht dem Kandidaten frei.

Jedes der Examina findet vor einer, durch regelmässigen Turnus des Lehrpersonals der Fakultät, wobei eine Berücksichtigung des Lehrfaches nicht stattfindet, gebildeten Prüfungskommission von drei Mitgliedern statt und zerfällt in zwei Theile, die sich auf zwei aufeinander folgende Examenstage vertheilen. So sind von den vorgeschriebenen Fächern nach völligem Inkrafttreten des Dekrets vom 24. Juli 1889, Prüfungsgegenstände: am ersten Tage des ersten Examens römisches Recht und Rechtsgeschichte mit den Elementen des Verfassungsrechts, am zweiten Tage *Code civil* und Nationalökonomie — im

¹²²⁾ Vgl. den Bericht von M. Accarias über die Arbeiten der Reformkommission v. 1872. — *Revue critique de législation etc.* III. 1873/74 S. 535.

zweiten Jahre entsprechend *Code civil* und Strafrecht einerseits, römisches Recht, Verwaltungsrecht, Völkerrecht andererseits — im dritten Jahre *Code civil* und Handelsrecht am ersten, Zivilprozess und die Materien, der drei vom Kandidaten gewählten Semestralkurse, am zweiten Tage.¹²³⁾

Jede der Materien, welche einer der jeweiligen Examenshälften zugewiesen sind, muss in derselben Gegenstand einer Befragung bilden; da, wo nur zwei Materien der Prüfung unterliegen, hat der dritte Examiner das Recht zu wählen, über welche von beiden er seinerseits examinieren will.

Gewöhnlich werden mehrere Kandidaten — in Paris vier — zu gleicher Zeit examinirt, und zwar pflegt die Befragung jedes Kandidaten, für jede Examenshälfte, etwa eine halbe Stunde in Anspruch zu nehmen, so dass in einer Stunde das ganze Jahrespensum absolvirt ist. Uebrigens herrscht in dieser Beziehung nicht völlige Gleichmässigkeit; einige Provinzialfakultäten verwenden auch längere Zeit auf die Befragung der einzelnen Kandidaten.

Thatsächlich tragen die Examenshälften den Charakter gesonderter Examina, denn es findet bezüglich ihrer eine gesonderte Entscheidung statt, so dass z. B. der Kandidat im ersten Jahrexamen, für römisches Recht und Rechtsgeschichte bestanden haben, für *Code civil* und Nationalökonomie dagegen zurückgewiesen, „ajourné“, sein kann. Die Examensresultate werden von den Examinatoren durch Abgabe farbiger Kugeln festgestellt, deren Farben, weiss, roth, schwarz, bzw. die Kombinationen derselben, den Noten „sehr gut“, „gut“, „ziemlich gut“, „mittelmässig“ und „ungenügend“ entsprechen. Der formalistischen Gestaltung des Examenswesens entspricht es, dass die Wirkungen der Noten genau bestimmt sind. So gilt als zurückgewiesen für die betreffende Examenshälfte, wer einmal „ungenügend“ und einmal „mittelmässig“, oder dreimal „mittelmässig“ zensirt worden ist.

Während bis 1880 der Verlust eines Schuljahres nur sehr selten die Folge einer Zurückweisung war, indem es dem Kandidaten freistand, von drei zu drei Monaten, welche Frist

¹²³⁾ *Décrets* v. 24. Juli 1889, 31. Juli 1890, 31. Juli 1891.

übrigens in nicht allzu schweren Fällen noch abgekürzt wurde, sich dem Examen von Neuem zu stellen, kann jetzt, allerdings unter sehr erschwerenden Umständen, dieser Fall eintreten.

Der Kandidat, welcher weder im Juli noch auch im November eine der beiden Examenshälften bestanden hat, wird bis zum Schlusse des nächsten Schuljahres zurückgewiesen und kann in der Zwischenzeit Inskriptionen nicht nehmen. Hat er jedoch wenigstens eine Hälfte des Examens bestanden, so kann er sich wiederum, um die zweite nachzuholen, zu einer Anfang Januar stattfindenden ausserordentlichen Session melden. Besteht er nun, so kann er die versäumte Novemberinskription nachholen, sonst wird auch er bis zum Jahresende zurückgestellt. Doch bleibt ihm der Vorthail der bestandenen Examenshälfte gewahrt, er hat sich später immer nur für die nicht bestandene einer Prüfung zu unterziehen. Die dem jedesmaligen Jahresexamen entsprechenden Inskriptionen behalten für den Fall, dass der Kandidat sich dem Examen nicht unterzieht oder nicht besteht, nur für zwei Jahre nach dem Examen, bezw. dem Zeitpunkte, zu welchem der Studierende sich dem Examen hätte unterziehen sollen, ihre Giltigkeit.

Jeder Kandidat muss sich vor derjenigen Fakultät dem Examen unterziehen, bei welcher er die beiden letzten Jahresinskriptionen genommen hat; der Zurückgewiesene darf überhaupt nur aus dringenden, von *recteur* und Fakultät gebilligten Gründen in eine andere Fakultät übergehen.

Die Examina sind öffentlich. Wie wir uns in Paris überzeugen konnten, waren die Fragen in dem ersten Jahresexamen sehr einfach: nur die gebräuchlichsten Daten der Rechtsgeschichte und die Grundbegriffe der übrigen Materien wurden da verlangt. Späterhin, namentlich im dritten Examen steigern sich die Anforderungen etwas, ohne doch sehr hohe zu werden. Wir hatten auch Gelegenheit, die Geduld zu bewundern, mit welcher die Examinatoren, selbst geradezu sträflicher Unwissenheit gegenüber, sich verhielten.

Die Qualität der Prüfung ist übrigens keineswegs in den verschiedenen Fakultäten eine gleichmässige, in den studentischen Kreisen wird auch eine Unterscheidung zwischen den „strengen“ und den einer milderen Auffassung huldigenden

Fakultäten gemacht. So variirt der Prozentsatz der Zurückgewiesenen von Fakultät zu Fakultät, von ein Neuntel bis ein Drittel der Gesamtzahl der Examinanden.¹²⁴⁾ Im Durchschnitt beträgt er jetzt etwa ein Fünftel bis ein Viertel der Gesamtzahl, während er früher vier Prozent zeitweilig nicht überstieg.¹²⁵⁾

Wenn man auch im Ganzen mit der durch das Dekret von 1880 bewirkten Besserung zufrieden ist, welche mancherorts die Examina, namentlich des ersten Jahres, erst wieder zu etwas Anderem als einer blossen Formalität gemacht hat, so lassen doch auch heute die ertheilten Noten nicht auf einen sehr hohen juristischen Bildungsgrad der Examinanden schliessen. So berichtet der *doyen* der Pariser Fakultät,¹²⁶⁾ dass die sehr guten Noten Ausnahme, die leidlichen etwa ein Drittel, die mittelmässigen und schlechten, welche einander sehr nahe ständen, die grosse Majorität bildeten. Auch aus der Provinz wird Aehnliches berichtet, meist aber auf die grössere, jetzt herrschende Strenge zurückgeführt.

Eine Steigerung der Zahl der Zurückgewiesenen und der schlechten Noten wird auch durch einen Missbrauch der Bestimmungen des Dekrets von 1880 bewirkt, welcher auf das ganze Examenswesen ein unerfreuliches Licht wirft.¹²⁷⁾ Ein nicht unbeträchtlicher Bruchtheil der Studirenden unterzieht sich, nach dem Berichte der Fakultäten, nur zu dem Zwecke dem Examen im Juli, um den „Titel eines Zurückgewiesenen“ zu erhalten, der zur Wiedermeldung im November das Anrecht giebt. Sie melden sich danach zum Examen im Juli oft ohne jede Vorbereitung und lassen mit der grössten Gemüthsruhe die Fragen über sich ergehen; mehr wie bis zum November zurückgewiesen zu werden, kann ihnen ja doch nicht geschehen.

¹²⁴⁾ Vgl. *Enquêtes et documents etc. 1888 XXVI. Licence et doctorat en droit.* S. 67 ff.

¹²⁵⁾ Vgl. *Enquêtes et documents. 1890, XXXV. Rapports des conseils généraux des facultés 1888/89. Statistique de l'enseignement supérieur 1889* S. 480 ff. — In Paris wurden in den verschiedenen Examina der *licence* 1889/90 23—31 % der Kandidaten zurückgewiesen.

¹²⁶⁾ Bericht an den *conseil académique 1887.*

¹²⁷⁾ *Licence et doctorat en droit*, l. c. Paris S. 6. Douai S. 75 u. A.

Sollten sie dann bis zum November noch nicht genügende Zeit zur Vorbereitung aller Materien gefunden haben, so präpariren sie wiederum nur eine Examenshälfte, und vertrauen, nachdem sie in der zweiten kläglich gescheitert sind, auf die ihnen dadurch eröffnete Januarsession. So finden in Paris jährlich etwa fünfhundert solcher Scheinexamina statt, welche, wie der *doyen* sagt, „nichtig sind bis zur Lächerlichkeit“. Manchmal setzen diese Kandidaten allen Fragen überhaupt ein systematisches Schweigen entgegen: sie unterziehen sich, wie sie sagen, der Prüfung nur, um den „Bestimmungen des Reglements“ zu genügen.

Gewiss ist diese Situation kläglich für den Examinanden, als geradezu unwürdig erscheint sie jedoch für den Examinator, dessen Zeit und Kräfte einer Art von Komödie geopfert werden. —

Die Aspiranten des *brevet de capacité* sollen, wie wir gesehen haben, einen Theil der Materien studiren, welche für die beiden ersten Jahre der *licence* vorgeschrieben sind. Ueber diese müssen sie in einem Examen Rechenschaft ablegen, welchem sie sich, nachdem sie die vierte Inskription genommen haben, unterziehen dürfen.¹²⁸⁾ Dasselbe findet vor vier Examinatoren statt, von denen zwei über das französische Zivilrecht, je einer über Zivilprozess, sowie Strafrecht und Strafprozess zu examiniren haben. Naturgemäss sind die Resultate dieser Prüfung, bei dem Fehlen jeder Garantie einer früheren Vorbereitung der Kandidaten, und der völlig veralteten Studienorganisation, wenig erfreuliche: in Paris werden etwa vierzig Prozent der Kandidaten durchschnittlich zurückgewiesen. —

Die Prüfungen, welche zum *doctorat* führen, sind, wie wir bereits erwähnten, jetzt sehr zahlreich: drei Examina, zwei Dissertationen und ein *acte public* verschaffen dem *licencié* erst den Doktorgrad.¹²⁹⁾

Bestimmte Sessionen sind für die Doktorats-Examina nicht vorgeschrieben, sie können während des ganzen Schuljahres — in Paris finden sie vom 1. Januar bis 30. Juni statt — ab-

¹²⁸⁾ Gesetz v. 22 ventôse an XII; décret v. 4. jour compl. an XII; arrêté v. 20. Juli 1861; circulaire v. 1. Januar 1870.

¹²⁹⁾ Décret vom 20. Juli 1882.

gehalten werden. Dem ersten derselben kann sich der Kandidat, nachdem er die fünfzehnte Inskription, (dritte des *doctorat*) genommen, unterziehen; den beiden übrigen erst, nachdem er die sechzehnte genommen. An sich könnte so das *doctorat* nach nur einjährigem Studium nach der *licence* erworben werden, thatsächlich nehmen jedoch, wie erwähnt, die Studien zwei bis drei Jahre in Anspruch: das erste Examen pflegt zu Ende des ersten, das zweite im Laufe des zweiten, das dritte zu Beginn des dritten Jahres nach der *licence* abgelegt zu werden.

Die Doktoratsprüfungen sollen vor der Fakultät stattfinden, bei welcher die vorgeschriebenen Doktoratsinskriptionen genommen worden sind, doch kann der *recteur*, nach Gutachten der Fakultät, hievon Ausnahmen gestatten. Jedes Examen findet vor vier Examinatoren, von denen jeder zu einer Befragung berechtigt ist, in Dauer einer Stunde statt.

Das erste Examen hat römisches Recht und Geschichte des römischen Rechtes zum Gegenstande. Das Material liefern hier die für die *licence* bestimmten Institutionenkurse, doch werden hier wie überall, wo die Doktoranden über die gleichen Materien Rechenschaft abzulegen haben, welche sie bereits für die *licence* zu behandeln hatten, eingehendere Kenntnisse von ihnen verlangt. Allerdings ist, beim Fehlen einer besonderen Vorlesung über römische Rechtsgeschichte, für eine Befriedigung dieses Bedürfnisses nicht gesorgt, so dass diese Materie thatsächlich meist vernachlässigt wird. Dagegen muss eine der vier Befragungen sich auf den oben erwähnten *cours de Pandectes* beziehen; meistens wird hier einer der in der Vorlesung besprochenen Texte übersetzt und kommentirt.

Das zweite Examen ist ein solches über das französische Zivilrecht und die Geschichte des französischen Rechts. Auch hier sind die *Code civil*-Kurse der *licence* maassgebend. Die Rechtsgeschichte muss Gegenstand einer besonderen Befragung sein, und zwar bezieht sich diese auf den vom Kandidaten gewählten Kurs, wenn, wie z. B. in Paris, zwei rechtsgeschichtliche Kurse für das *doctorat* eingerichtet sind.

Das dritte Examen hat Staatsrecht und ausserdem zwei von dem Kandidaten zu wählende Materien zum Gegenstande,

die in den Vorlesungen der Fakultät vertreten und nicht bereits Gegenstand eines der beiden früheren Examina gewesen sind. Wenn in einer Fakultät hierfür geeignete Doktoratskurse nicht vorgesehen sind, so kann die Wahl sich auch auf die Kurse der *licence* beziehen. Jetzt stehen allerdings wohl überall einige *cours complémentaires* zur Verfügung. Uebrigens müssen, wie wir schon erwähnten, die Programme dieser Vorlesungen, wenn sie nicht mit einem Lehrstuhl verknüpft sind, von dem Minister als Examensprogramm autorisirt sein; auch müssen sie, um die Wahl zu beschränkter Spezialgebiete auszuschliessen, wenigstens vierzig Unterrichtsstunden jährlich mit sich bringen. Das Staatsrecht und jede der beiden sonstigen Materien muss Gegenstand einer Befragung bilden, der vierte Examiner kann unter diesen die von ihm zu behandelnde Materie wählen.

Die Doktoratsexamina werden, namentlich in Paris, thatsächlich recht streng genommen. Nach offizieller Vorschrift gilt der Kandidat in jedem der Examina als zurückgewiesen, wenn er nicht wenigstens zweimal „sehr gut“ und einmal „gut“ zensirt worden ist. Allerdings würde dann auch ein völliges Ungenügen in der jeweiligen vierten Befragung eine Zurückweisung nicht nach sich ziehen. Der Prozentsatz der Zurückgewiesenen ist daher auch, namentlich in den ersten beiden Examina, ein sehr hoher, während das dritte, welches ja nur drei Spezialkurse zum Gegenstande hat, auch günstigere Resultate aufweist.¹³⁰⁾

Dieses dritte Examen, welches durch die Reform von 1882 erst eingeführt ist, die wie erwähnt eine gewisse Einheitlichkeit in den Doktoratsprüfungen der Fakultäten wieder hergestellt hat, wird als überflüssig und auch unbedeutend von vielen Seiten nicht mit Unrecht bekämpft. Denn wenn auch die früher üblichen, fünfzehn- bis zwanzig-stündigen Spezialkurse nunmehr geschwunden sind, so ist doch noch jetzt der Inhalt der in diesem Examen berücksichtigten Vorlesungen oft ein sehr beschränkter.

¹³⁰⁾ Im Jahre 1889/90 war das Verhältniss in Paris folgendes:

Im 1. Examen	<i>admis</i>	120	<i>ajournés</i>	90
„ 2. „	„	66	„	79
„ 3. „	„	57	„	15

Neben diesen Prüfungen hat sich der Kandidat auch noch derjenigen der alten *thèse* zu unterziehen, aus welcher ja alle übrigen Prüfungen sich entwickelt haben. Man versteht nunmehr unter *thèse*, sowohl den Akt der Vertheidigung vom Kandidaten gewählter Propositionen, als auch die Dissertationen, auf welche sich die Disputation zu beziehen hat. Wir erwähnten bereits, dass vor der Revolution gedruckte Dissertationen nicht gebräuchlich waren und dass sie auch in die napoleonische Organisation ursprünglich nicht Aufnahme fanden. Erst im Laufe des Jahrhunderts sind sie üblich geworden und haben den ursprünglichen dialektischen Charakter der *thèse* völlig in den Hintergrund gedrängt.

Jetzt hat jeder Doktorand zwei Dissertationen einzureichen, eine römisch-rechtliche und eine aus dem sonstigen Lehrgebiete der Fakultät. In der Wahl der Themata ist er frei, doch muss er das Gewählte der Billigung seines *président* und des *doyen* unterbreiten. Der *président*, dessen Institution aus den ältesten Zeiten der Universitäten stammt,¹³¹⁾ ist ein mit der Erledigung der auf die *thèse* bezüglichen Angelegenheiten betrauter Professor, den der Doktorand regelmässig wegen seiner speziellen Kompetenz in einem der Fächer wählt, deren Gebiete die Dissertationen angehören. Die Dissertationen werden der Fakultät im Manuskript eingereicht; der *doyen* designirt dann einen oder mehrere Professoren, meist den *président*, zur Prüfung des Manuskripts, und reicht dasselbe, falls das Gutachten auf „druckfähig“ lautet, dem *recteur* ein, der die Druckerlaubniss nach seinem Ermessen ertheilt. Gegenüber einer eventuellen Weigerung des *recteur* ist dem Kandidaten der Rekurs an den Minister gestattet.¹³²⁾ Ist eine Dissertation bereits von einer anderen Fakultät zurückgewiesen,

¹³¹⁾ Die Institution des *praeses* datirt aus der Zeit des unmittelbaren Verhältnisses des Schülers zu dem einen, von ihm gewählten Lehrer. Später hatte der *président* einen höheren Antheil an den Examensgebühren zu fordern. — Nach dem *édit d'avril* von 1679, art. 13 sollten alle Lehrer der Fakultät der Reihe nach den Vorthail der *présidence* geniessen. — Vgl. auch Stintzing, Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft. I. S. 152, II. S. 27, 28.

¹³²⁾ *Décret* vom 30. Juli 1883, art. 20.

so darf der Kandidat diesen Umstand, bei Strafe der Nichtigkeit der Prüfung, nicht verschweigen; in diesem Falle darf der *recteur* die Druckerlaubniss nur, nachdem er an den Minister berichtet hat, ertheilen.¹³³⁾

Die eigentliche Beurtheilung der endlich gedruckten Dissertationen liegt nun der Examenskommission von vier Mitgliedern ob, vor welcher der Doktorand dem *acte public* sich zu unterziehen hat. Hier muss der Kandidat, ausser dem Inhalte der Dissertationen, zwölf weitere, aus dem römischen Rechte, dem französischen Zivilrechte und sonstigen Rechtsgebieten, zu gleichen Theilen entnommene Propositionen vertheidigen. Die Dauer des *acte public* beträgt eineinhalb Stunden.

Mit Recht angefochten worden ist die konkurrirende Beurtheilung der Dissertation durch den *président* und die Examenskommission. Entweder muss die der Druckerlaubniss vorhergehende Untersuchung des *président* nur den Charakter einer Formalität haben, oder sie präjudizirt der späteren Entscheidung der Examens-Jury.

Die Garantien der mehrfachen vorgängigen Prüfung, welche dem Kandidaten rechtzeitige Veränderungen in der Dissertation ermöglicht, bewirken, dass eine Zurückweisung bei der *thèse* verhältnissmässig selten ist, 1889/90 wurden in Paris von 67 Kandidaten nur 3 bei der *thèse* zurückgewiesen. Doch werden die Dissertationen auch in Frankreich meist nicht eben günstig beurtheilt. Zunächst vernachlässigen die meisten Kandidaten, wie das begreiflich ist, eine derselben und zwar fast immer die römisch-rechtliche, die auch an Umfang meist hinter der anderen zurücksteht. Und überhaupt scheint es bis jetzt noch nicht gelungen zu sein, das wissenschaftliche Niveau, welches man hinsichtlich der Dissertationen erstrebt, völlig zu erreichen. Noch vor einigen Jahren schärfte die Pariser Fakultät ausdrücklich ein,¹³⁴⁾ die Dissertationen sollten weder Kommentare noch Textanalysen, vielmehr ein begrenztes Gebiet erschöpfende Studien

¹³³⁾ Das. art. 21.

¹³⁴⁾ Beschluss vom 5. Mai 1883. — Folleville, *Recueil des règlements des facultés de droit*. S. 71 ff.

sein. Namentlich will sie etwaige Vorzüge der Selbstständigkeit in der Untersuchung, der Methode, oder auch der Darstellung berücksichtigen.

Diesen Wünschen dürften die gewöhnlich eingereichten Dissertationen wohl nur selten entsprechen. Es herrscht die Neigung vor, umfassende und schon häufig behandelte Themata immer wieder zu bearbeiten, und sich mehr auf ein Referiren fremder Forschungen zu beschränken, als aus Eigenem selbstständig zu produziren. Vor einigen Jahren hat der Minister sich veranlasst gesehen, mit Rücksicht auf das völlige Ungenügen mancher Dissertationen sogar anzudrohen, er werde von der ihm zustehenden Verweigerung des Diploms Gebrauch machen.¹³⁵⁾

Der Umfang der Dissertationen ist gewöhnlich bedeutender, als dies in Deutschland der Fall zu sein pflegt: 100—120 Seiten für die römisch-rechtliche, 200—300 für die dem französischen Rechte Angehörnde sind, soweit wir uns überzeugen konnten, der Durchschnitt; es kommen übrigens selbst mehrbändige nicht selten vor.¹³⁶⁾ —

Das System der Prüfungen ist es hauptsächlich, was die französische Studienorganisation zu einem Gegenbilde der deutschen „Lernfreiheit“ macht, jenes fast ganz dem eigenen Ermessen des Studirenden überlassenen, freien Universitätsstudiums, welches nur durch eine Schlussprüfung seine Sanktion erhält. Durch Zahl und innere Einrichtung der Prüfungen werden in Frankreich alle sonstigen Vorschriften, welche auf die Regelung des Studienganges abzielen, erzwungen. Es liegt daher nahe, im Anschluss an die Prüfungen einen Blick zu werfen, auf die auch in Deutschland jetzt nicht selten

¹³⁵⁾ *Circulaire* vom 19. Februar 1883.

¹³⁶⁾ Eine weitgehende Anklage gegen die Dissertationen der französischen Rechtsfakultäten erhebt neuerdings der bereits erwähnte Angreifer des jetzigen Systems, Durand, in der Vorrede zur Uebersetzung von Liroy, *La philosophie du droit*. S. 73 ff. Danach fiele vornehmlich der deutschen Rechtswissenschaft die Ehre zu, diese Arbeiten zu inspiriren. Insbesondere Ihering's Schriften verträten bei drei Viertel der Dissertationen Vaterstelle. Wir sind natürlich nicht in der Lage, die Richtigkeit dieser Behauptung garantiren zu können.

ventilirte Frage einer Beschränkung der Lernfreiheit. Wir fühlen uns allerdings nicht berufen, diese Frage in *abstracto* hier zu behandeln, sondern wir wollen Vorzüge und Nachteile der in den französischen Rechtsfakultäten eingeführten, gebundenen Studienordnung abzuwägen versuchen, wobei natürlich auch Gesichtspunkte, die allgemeine Bedeutung haben, zur Besprechung kommen müssen. Auch verzichten wir darauf, die Lernfreiheit in ihrer Bedeutung für die Lehrorganisation hier zu behandeln; wir haben schon bei dem Vorlesungswesen angedeutet, dass eine gewisse Freiheit des Studirenden in der Wahl der Vorlesungen überhaupt die Voraussetzung einer freien Lehrverfassung ist.

Unzweifelhaft wird durch die Verpflichtung des Studirenden, am Ende jedes Schuljahres über das Pensum desselben Rechenschaft abzulegen, der völligen Arbeitsentwöhnung ein gewisses Hinderniss entgegengesetzt; die jahrelange, geistes-tödtende Unthätigkeit, zu welcher ja, wie es scheint, diesseits wie jenseits der Vogesen ein erklecklicher Bruchtheil der juristischen Studirenden leider neigt, wird dadurch wenigstens unliebsam unterbrochen. Ebenso ist nicht zu verkennen, dass die Anstrengung, welche sich ja hauptsächlich auf die dem Examen vorausgehende Zeit konzentriert, durch die Theilung des Lernstoffes in Jahresraten, wie sie das Examen in Frankreich mit sich bringt, naturgemässer vertheilt wird; es ist daher ein ruhigeres und gleichmässigeres Studium ermöglicht. Gewiss ist auch der Vortheil nicht zu unterschätzen, den für viele, wir möchten sagen für die Mehrzahl der Studirenden, das Gebundensein an eine feste Methode des Studiums mit sich bringt. Erfahrungsgemäss sind oft die besten Rathschläge und Studienpläne nicht im Stande, die Wahl einer rationellen Reihenfolge der zu studirenden Materien seitens des Schülers zu bewirken, wenn nicht der Zwang des Jahrexamens hinzukommt. So wird die oft bedenkliche Kräftezersplitterung gehindert, jeder Studirende weiss sofort, wohin er seine Anstrengungen zu richten hat.

Weiterhin sichert die Organisation der Examina eine thatsächliche Berücksichtigung aller vorgeschriebenen Materien. Eine jede derselben hat ihre bestimmte Stelle im Examen, und

ein Ungenügen in ihr kann immer den Ausschlag geben. Bei dieser Organisation ist die ausschliessliche Beschäftigung mit gewissen grundlegenden Materien, wie sie das preussische Referendarexamen nur zu oft mit sich brachte, nicht möglich. So würde z. B., in der zweiten Hälfte des ersten Jahrexamens der *licence*, die genaueste Kenntniss des *Code civil* den Kandidaten eventuell vor der Zurückweisung, wegen Unkenntniss in der Nationalökonomie, nicht schützen können, wenn der dritte Examiner, wie er das zu thun berechtigt ist, nicht im *Code*, sondern in der Nationalökonomie examinirte.

Endlich ist durch die enge Beziehung des Examens zu dem Unterrichte ein bedeutender Antrieb zur Benutzung des letzteren gegeben; der Kandidat weiss, dass das von dem Lehrer thatsächlich Vorgetragene den Gegenstand der Befragung bilden wird, dass er somit durch fleissige Benutzung des Unterrichts sich gute Aussichten für das Examen sichert, welche durch keine andere Art der Vorbereitung ihm ersetzt werden können.

Dies dürften wohl die wichtigsten Vortheile sein, welche aus dem französischen System der Studienorganisation sich ergeben können. Sehen wir nun, ob dieselben nun auch thatsächlich erreicht werden, und ob nicht auch schwere Nachteile ihnen gegenüberstehen.

Zunächst ist nicht zu vergessen, dass die Theilung des Lernstoffes, welche die Examina bedingen, nicht nur einen Antrieb zu häufigerer Arbeit, sondern auch eine wesentliche Erleichterung derselben darstellt. Unzweifelhaft ist die Anstrengung, welche gefordert ist, um über das Pensum eines Jahres Rechenschaft abzulegen, viel geringer als die am Ende eines dreijährigen Studiums geforderte; eine oberflächliche Examensvorbereitung ist daher auch entsprechend erleichtert. Thatsächlich vertheilt sich denn auch die vorübergehende Anstrengung der Examensvorbereitung, die in Deutschland bei vielen Studirenden vor dem Schlussexamen stattfindet, bei dem entsprechenden Theile der Studentenschaft in Frankreich auf die dem jeweiligen Jahrexamen vorausgehenden Zeitpunkte: statt etwa neunmonatlicher „Einpaukere“ erzielt man so eine dreimal dreimonatliche.

Zu vergessen ist auch nicht das geringe Risiko, dem sich der mangelhaft Vorbereitete ausgesetzt weiss: wenn er wenigstens für zwei Materien, auch erst nach doppeltem Versuche, im Juli oder November, bestanden hat, so kann er, wie wir gesehen, den Versuch für die zweite Hälfte des Examens im Januar wiederholen. Also ein dreimaliges Misslingen ist gefordert, bevor der Verlust eines Studienjahres eintritt. Man sollte meinen, dass schon ein auffallender Grad von Unkenntniss und Trägheit dazu gehört, um unter diesen Umständen nicht endlich zu bestehen. Mit Recht darf wohl bezweifelt werden, ob der in diesen Bestimmungen liegende, so unbedeutende Arbeitszwang geeignet ist, die Vortheile zu ersetzen, welche die akademische Freiheit bei den besseren Elementen zu erzielen im Stande ist: das in der selbstständigen Arbeit liegende erziehliche Moment, und das Gefühl für eigene Verantwortung.

Einer der schwersten Vorwürfe, welche man gegen die französische Studienorganisation erheben kann, ist wohl der einer jeden schablonenmässigen Ordnung zu machende, dass sie nämlich eine Individualisirung nicht erlaubt. Die Anlagen und Neigungen sind so verschieden, dass selbst die zweckmässigste offizielle Methode allen Bedürfnissen nicht entsprechen kann, manchen sogar widersprechen muss. Wie oft wird es vorkommen, dass die zum Verständnisse der Wissenschaft einführende Pforte für eine scharf ausgeprägte Individualität auf einem ganz anderen Gebiete zu suchen ist, als auf dem von der Zentralverwaltung für den Anfang verordneten. Nichtsdestoweniger muss diese Individualität, den ihrer Anlage und Neigung nicht zusagenden Pfad, aus Rücksicht auf die Masse der Geistesträger einschlagen, und wenn zufällig das den Studirenden anziehende Gebiet dem Pensum des dritten Jahres zugewiesen sein sollte, geduldig warten, bis er sich durch die Wüste der anderen Materien zu dem gelobten Lande hindurchgearbeitet hat. Es scheint uns, dass das System somit allzu viel Rücksicht auf die trägen Elemente nimmt und die Bedürfnisse der Beanlagten und Strebsamen vernachlässigt.

Hiezu kommen die ungünstigen Wirkungen, welche die in Folge der Theilexamina bewirkte Zerreissung des Lehr-

stoffes auf die Studien ausüben muss. Gerade die Jurisprudenz ist eine Wissenschaft, deren einzelne Theile in einer engen logischen Beziehung zu einander stehen, eine Wissenschaft, die oft ein Verständniss des Einzelnen nicht zulässt, wenn man nicht seine Stellung in der Gesamtheit und zu verwandten Gebieten sich vergegenwärtigt. Es erscheint daher bedenklich, dem Studirenden nicht nur den Vorwand zu bieten, sondern, wie das die thatsächliche Wirkung des französischen Systems sein muss, ihn geradezu zu veranlassen, nach nur einmaligem Examensstudium hochwichtige Materien vollkommen brach liegen zu lassen. Allerdings hat die neueste Reform die schlimmsten Anomalien durch eine methodologisch richtigere Anordnung des Studiums beseitigt, wie z. B. den Zustand, dass der im dritten Jahre mit den Grundzügen des Staats- und Verwaltungsrechts vertraut Gemachte, sich nur mehr dunkel erinnerte, mit dem ersten Jahresexamen die äussere Rechtsgeschichte losgeworden zu sein. Immer muss aber die Folge dieser Zerreissung ein Mangel an Uebersicht sein und bleiben. Uebrigens hatte die napoleonische Organisation in dem vierten Examen der *licence* eine Art von Generalrepetition vorgesehen;¹³⁷⁾ doch ist diese Bestimmung bald ausser Gebrauch gekommen. Es dürfte auch, wie uns scheint, recht schwer sein, ein richtiges Verhältniss zwischen der Bedeutung der Jahresexamina und derjenigen einer solchen Generalrepetition ihres Inhalts herzustellen.

Können wir so die belebende Wirkung der Examenshäufung auf den Studienfleiss nicht sehr hoch anschlagen, und will uns schon die eben hiedurch bedingte Studienmethode nicht gefallen, so erscheint uns die kürzlich auch in Frankreich¹³⁸⁾ signalisirte Wirkung, welche die Form der vielen mündlichen Prüfungen auf die Art des Studiums ausüben muss, geradezu bedenklich.

Bei dem fortdauernden und unmittelbaren Drohen des Examens, wird jeder Studirende natürlich hauptsächlich darauf sein Studium einrichten, dass er das jeweilige Jahresexamen

¹³⁷⁾ *Décret* vom 4. jour compl. an XII, art. 43.

¹³⁸⁾ Durand in der Vorrede zu Liroy, *La philosophie du droit*. Paris 1887.

zu bestehen Aussicht habe. Der Fleissige wird die „weisse Kugel“ des „sehr gut“ vor Augen haben, der minder Ehrgeizige sich darauf beschränken, die „schwarze“ des „ungenügend“ zu vermeiden, immer aber wird das Examen der Regulator des Studiums, und dieses letztere darauf gerichtet sein, jene Geistesthätigkeiten zu üben, welche im Examen den Erfolg verbürgen. Die Fähigkeit, welche bei einer kurzen — für jede Materie stehen etwa 10 Minuten zur Verfügung — mündlichen Befragung fast ausschliesslich zur Geltung kommt, ist nun aber natürlich das Gedächtniss. Denn jede Bethätigung des Urtheilsvermögens setzt eine längere Ueberlegungszeit, eine gewisse Ruhe voraus; an dieses können sich daher die auf kurze Zeit berechneten Examensfragen kaum wenden, und wenden sie sich thatsächlich auch nicht: der mit gutem Gedächtniss Bedachte wird in einem derartigen Examen stets dem scharfsinnigsten Denker überlegen sein, welcher sein Gedächtniss nicht in dem Maasse entwickelt hat. Das Studium des von einem solchen Examen ständig Bedrohten muss daher darauf abzielen, die ihm gelehrt Thatsachen und Urtheile so sich einzuprägen, und sie so zu katalogisiren, dass er sie *ad nutum* bereit hat. Die Entwicklung eigener, selbstständiger Geistesthätigkeit muss so ganz natürlich hinter dem Streben nach unfreier Aneignung des Gelehrten zurücktreten. Wird so das Studium, selbst der eifrigsten Schüler, nicht mehr sein, als ein fleissiges Aneignen der *verba magistri* und so eine der Hauptaufgaben des Rechtsunterrichts, die Entwicklung des selbstständigen juristischen Denkens, schon bei ihnen vernachlässigt, so wird es das natürliche Streben der grossen Menge sein, sich den leichten Schein einer solchen Aneignung zu verschaffen.

Dem Bedürfnisse dieser letzteren wird nun auch durch ein virtuos ausgebildetes Repetitorienwesen und eine ausserordentlich reiche entsprechende Literatur genügt. Die Masse der handwerksmässigen „*Manuels*“ ist eine unglaubliche, und wir möchten sogar behaupten, dass ähnliche „Eselsbrücken“, wie sie die sogenannten „*tableaux synoptiques*“ darbieten, wo in der oberflächlichsten Weise durch tabellarische Gruppierung dem Gedächtnisse nachgeholfen wird, bei uns noch unbekannt sind.

Ein Bild von den natürlichen Folgen eines solchen Studiums können wir uns machen, wenn wir uns den Grad der juristischen Bildung vergegenwärtigen, welchen ein grosser Theil der deutschen Studirenden mit Rücksicht auf die mündlichen, die Studien abschliessenden Examina erwirbt. Der Unterschied liegt nur darin, dass der eifrige Studirende in Deutschland jahrelang von der Versuchung zu derartiger Einrichtung seines Studiums verschont bleibt, während jeder französische Rechtsstudirende, mit dem ersten Betreten des Bodens der Rechtsfakultät, zu dieser Art der Arbeit durch die drohende Prüfung veranlasst wird.

Die Wirkungen zeigen sich denn auch in der verhältnissmässigen Schwierigkeit, in welcher eingestandenermaassen die französischen Studirenden der Aufgabe selbstständigerer Arbeit gegenüber sich befinden, wie z. B. bei den jährlich stattfindenden Konkursen der *licence*. Die Urtheile, welche hierüber gefällt worden, sind recht bezeichnend für die selbst bei dieser Elite nur in geringem Maasse entwickelte Fähigkeit zu einer Arbeit, die einigermaassen über die blosse Reproduktion hinausgeht.¹³⁹⁾ Auch der relativ selten anzutreffende, selbstständig-wissenschaftliche Werth der übrigens oft recht fleissigen Doktor-dissertationen mag wohl mit dieser durch den Studiengang aufgezwungenen Geistesgewöhnung im Zusammenhange stehen.

¹³⁹⁾ Der 1883 abgehaltene allgemeine *concours* für die im dritten Jahre der *licence* Studirenden hatte 65 Konkurrenten angezogen; die Aufgabe hiess: *déterminer l'étendue et les effets du droit de rétention*. In dem Bericht des Vorsitzenden der Preisjury, M. Accarias, werden die Leistungen folgendermaassen beurtheilt: *une seule lecture nous a suffi pour écarter plus des deux tiers des compositions, comme nulles ou tout à fait médiocres*. Von den Uebrigen: *. . . toutes se recommandent par un certain savoir; mais le très grand nombre témoignent de plus de travail, qu'elles ne laissent deviner de talent. A celles mêmes qui obtiennent des distinctions, les aperçus personnels font absolument défaut; aucune n'est supérieure, soit par la méthode, soit par le style*. (Folleville, *Recueil des règlements des facultés de droit*. 2. annexe, S. 758 ff.) Auch von dem Bericht über den Konkurs 1885 heisst es bei 30 von 37 in Betracht kommenden Bewerber: *. . . s'ils savent se rendre justice ils reconnaîtront l'insuffisance de leur oeuvre*. (*Bulletin administratif de l'instruction publique* v. 14. Nov. 1885.)

Als eine weitere unerfreuliche Wirkung der strengen Studienordnung und der Häufigkeit der Examina, ist wohl auch die dadurch länger erhaltene Schülerhaftigkeit des Geistes anzusehen, welche gerade in dem Examenswesen sich nicht selten zeigt. Man betrachtet die Prüfung nicht als einen ernsten Abschluss, man wird vielmehr durch die häufige Wiederholung gegen die Wirkungen derselben abgestumpft. Das „Durchfallen“ erscheint daher auch nicht im Lichte einer ernsten Katastrophe, sondern als ein wenig beschämendes Vorkommniss. Von dieser Auffassung giebt namentlich der oben erwähnte Missbrauch der Zweitheilung der Examina der *licence* Kunde. Als eine weitere der Charakterbildung gefährliche Reaktion gegen das allzu oft angewendete Examen, erscheint auch die in der französischen Jugend anerkanntermaassen herrschende Neigung zu „*fraudes*“ beim Examen. Wenn auch die Organisation der Examina der Rechtsfakultäten nunmehr zur Täuschung kaum Gelegenheit giebt, so war es doch im Laufe des Jahrhunderts z. B. nothwendig, Vorkehrungen dagegen zu treffen, dass ein Studirender sich unter dem Namen des Anderen für diesen examiniren liess.¹⁴⁰⁾ Noch nicht so lange ist es übrigens her, dass die *thèse de licence* zu ähnlichem Betrug nicht selten Anlass gab.

Das Meiste von dem Gesagten gilt nun, wie uns scheinen will, *a fortiori* von der unfreien Studienordnung und der Examenshäufung bei dem *doctorat*. Gerade hier steht die fortdauernde Anleitung und Ueberwachung mit den vorwiegend wissenschaftlichen Zwecken des Studiums im Widerspruch, und auch die enge Beziehung jeder Prüfung zu einer bestimmten Vorlesung erhält dem *doctorat* eine unangebrachte Schülerhaftigkeit. Gerade sie vermindert auch den Werth einiger der an sich mit Recht in den Studienplan eingeführten Spezialvorlesungen, z. B. der über „*Pandectes*“. Damit sie ihren Zweck erfüllte,

¹⁴⁰⁾ *Arrêté* v. 16. März 1832. Für das *baccalauréat ès lettres* existirten zeitweise gewerbsmässige Fälscher, welche, je nach dem gezahlten Preise, für Andere gute oder mittelmässige Examina bestanden. Vgl. Gréard, in der *Revue internationale de l'enseignement*. 1886. II. S. 163.

müsste dem Doktoranden die Art des Eindringens in die Quellen, die Methode ihrer Interpretation an der vor ihm entstehenden Arbeit des Lehrers vor Augen geführt, und ihm dann Gelegenheit gegeben werden, seine Fähigkeit zu einer analogen Thätigkeit darzuthun. Das mündliche Examen mit seiner einen Befragung führt aber naturgemäss wiederum zu einer Reproduktion der von dem Lehrer in der Vorlesung geleisteten Arbeit.

So will es uns auch scheinen, dass die grosse, mit dem *doctorat* verbundene Anstrengung und der gewaltige Zeitaufwand, zu den wissenschaftlichen Errungenschaften wohl kaum im richtigen Verhältniss stehen.

Sind so die Resultate des Examenswesens in den französischen Rechtsfakultäten für die Studienergebnisse mehr wie zweifelhaft, so sind die Wirkungen desselben für das ganze Leben der Anstalten sogar gewiss schädliche. Der dem Lehrer aufgezwungene Zeitverlust — in der Pariser Fakultät werden jährlich etwa 6000 Examina abgehalten, und den einzelnen Professor nimmt der Examensdienst jährlich wohl für 400 bis 500 Stunden in Anspruch — die oft schablonenmässige, ermüdende Befragung, welche auch dadurch veranlasst wird, dass jeder Lehrer, ohne Rücksicht auf sein Fach, über jeden Gegenstand examiniren muss; die Unlust, welche z. B. die erwähnten zahlreichen Scheinexamina der *licence* erwecken müssen, das Alles muss auf die Freude an der Lehrthätigkeit und die wissenschaftliche Regsamkeit lähmend wirken. Auch wird naturgemäss die Aussicht auf das Examen, namentlich in der Provinz, wo jeder Lehrer seine Schüler in der Prüfung glänzen lassen will, dem Unterricht nur allzu leicht einen Beigeschmack von Examensvorbereitung verschaffen. Jedenfalls ist es dem einzelnen Lehrer schwer, ihn aus der, durch Reglements und Herkommen erzwungenen, innigen Verbindung mit dem Examen, zu wissenschaftlich freier Bewegung loszulösen.

Die Lösung, welche die Frage der Beschränkung der Lernfreiheit in Frankreich erhalten hat, erscheint uns somit nicht als nachahmenswerth. Wir wollen gewiss nicht leugnen, dass die Institutionen der deutschen Universitäten in dieser

Hinsicht verbesserungsfähig sind, und dass sich auch Systeme der Beschränkung denken lassen, die einige der Nachteile des französischen vermeiden. Haben wir jedoch die Wahl zwischen dem französischen einerseits, dem preussischen, welches ja als am Meisten besserungsbedürftig erklärt wird, andererseits, so stellen wir uns, nicht nur im Interesse der Hochschulen selbst, sondern auch in dem der Studienresultate, auf denjenigen Standpunkt, dem noch kürzlich in der französischen Deputirtenkammer in einer ähnlichen Frage Ausdruck gegeben wurde: *Il vaut mieux s'exposer à voir quelqu'un abuser de la liberté, que de mettre tout le monde dans l'impossibilité d'en user.*

VIII.

Die Rechtsfakultäten und die Staatswissenschaften.

Die Stellung, welche jener grosse und in seinen Grenzen noch kaum fest umschriebene Wissenszweig, welchen man unter der Gesamtbezeichnung der Staatswissenschaften zu begreifen pflegt, gegenüber den Rechtsfakultäten einnehmen soll, ist in Frankreich wie in Deutschland für die Pflege dieser Wissenschaft sowohl, als auch für die Zukunft der Hochschulen höchst bedeutungsvoll.¹⁴¹⁾ Wie wir bereits erwähnten, haben nun, durch die Reform des Dekrets vom 24. Juli 1889, die Staatswissenschaften auch in den französischen Rechtsfakultäten zum Theil Wurzel gefasst. Inwieweit sie sich dort akklimatisiren werden, bleibt abzuwarten; jedenfalls aber giebt die Thatsache ihrer, in grösserem Umfange vollzogenen Einführung gegründete Veranlassung, das Bild von dem Leben der Rechtsfakultäten, welches wir zu zeichnen versucht haben, durch eine summarische Erörterung ihrer früheren und jetzigen Be-

¹⁴¹⁾ Vgl. hierüber namentlich Goldschmidt, Rechtsstudium und Prüfungsordnung. S. 236 ff. — Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 1887. Bd. 34. Die Vorbereitung zum höheren Verwaltungsdienst. Insbesondere die erschöpfende Darstellung v. Lemayer's S. 23 ff.

ziehungen zu der Pflege der Staatswissenschaften, zu vervollständigen.

In der Eingangs gegebenen historischen Uebersicht haben wir erwähnt, dass die vorrevolutionären Universitäten in Frankreich, mit Ausnahme der deutsch gebliebenen zu Strassburg, den Staatswissenschaften, und zwar auch den eigentlich juristischen Theilen derselben verschlossen geblieben waren.¹⁴²⁾ Auch die unjuristischen bezüglichen Versuche der Revolution haben wir gestreift; endlich auch der in dem ursprünglichen Plane Napoleons projektirten Pflege des Natur- und Völkerrechts sowie des Verwaltungsrechts Erwähnung gethan. Der Staatsrath Fourcroy erläuterte die Bedeutung dieser Einführung des Verwaltungsrechts in den Lehrplan der Rechtsfakultäten dahin, dass hiedurch den zukünftigen Beamten der Staatsverwaltung, die Möglichkeit einer ihrem Berufe entsprechenden Ausbildung gewährt werden sollte.¹⁴³⁾ Der so bescheidene staatswissenschaftliche Theil des napoleonischen Programms kam bekanntlich nicht zur Ausführung: die Beschäftigung der Lehrer und Schüler mit Gegenständen, die der Politik so nahe verwandt, mochte doch bedenklich erscheinen.

Die nächsten Jahrzehnte waren dann, wie zum Theil schon beiläufig erwähnt, voll von allerhand Versuchen, einzelne staatswissenschaftliche Materien in den Rechtsfakultäten heimisch zu machen: so sollte eine der in der Pariser Fakultät 1819 geschaffenen Sektionen, Verwaltungsrecht und Nationalökonomie, sowie Natur- und Völkerrecht, das „öffentliche Recht im Allgemeinen“ und das positive Staatsrecht lehren; auch hier beschränkte sich die Ausführung wesentlich auf die Pflege des

¹⁴²⁾ Ueber einen nicht zur Ausführung gekommenen Versuch D'Aguesseau's, in Besançon einen Lehrstuhl für *droit public* 1745 zu gründen vgl. Villequez, *Les écoles de droit en Franche-Comté* etc. — *Nouvelle revue historique* etc. 1873. S. 76. — Einen bedenklichen Beweis seiner über das Privatrecht hinausgehenden Interessen lieferte der bei Taine, I. *L'ancien régime* S. 415 zitierte *agrégé*, welcher seinen Schülern in der ersten Unterrichtsstunde den „*contrat social*“ in die Hand gab.

¹⁴³⁾ Motive für das Gesetz vom 22. *ventôse an XII*. Folleville, *Recueil des règlements des facultés de droit*. S. 9 ff.

Verwaltungsrechts, bis dann kurze Zeit darauf die ganze Neuerung rückgängig gemacht wurde.¹⁴⁴⁾

Das Verwaltungsrecht allein war es dann lange Zeit, welches in Paris und nach und nach auch in der Provinz eingeführt, aus dem engen privatrechtlichen Rahmen der Rechtsfakultäten hinausragte.

In der mehrerwähnten Reformperiode der Julimonarchie empfand man den bestehenden Mangel, sowohl der öffentlich-rechtlichen Ausbildung der Juristen, als auch namentlich denjenigen einer entsprechenden Vorbildung für die Verwaltungsbeamten, die bisher aus den Rechtsfakultäten meist hervorgingen, sehr dringend. Zugleich tauchte die damals auch in Deutschland, im Anschluss an die Verhältnisse in Tübingen, lebhaft ventilirte Frage auf, ob die Rechtsfakultäten, wie sie es seit Napoleon theoretisch sein sollten, thatsächlich geeignet seien, als Träger der Staatswissenschaften zu dienen, ob nicht vielmehr, in Ermangelung einer umfassenden philosophischen Fakultät, durch besondere staatswissenschaftliche Hochschulen dieser Zweck besser erreicht werden könnte. Besonders komplizirt wurde diese Frage durch das oben geschilderte Fehlen einer einheitlichen Regelung für den Eintritt in den höheren Verwaltungsdienst, und die unumschränkte Willkür, mit der jeder Minister die ihm unterstellten Karrieren regelte. Man hatte sich gewöhnt die Freiheit des administrativen Ermessens, mit seinen „*faveurs*“, als ein Gebot politischer Nothwendigkeit zu betrachten, eine Auffassung, die mit der missbräuchlichen Einflussnahme des Parlaments auf die Besetzung der verschiedenen Stellungen zusammenhing.¹⁴⁵⁾

¹⁴⁴⁾ *Ordonnances* v. 24. März 1819 — 6. Sept. 1822. — Der Minister Polignac versuchte 1830 eine Diplomatenschule, in welcher auch Staatsrecht gelehrt werden sollte, zu gründen. Bericht und Reglement v. 21. April. 1830.

¹⁴⁵⁾ Ueber die Verwerfung eines Gesetzesvorschlags von Dufaure, der ein Diplom und eine Konkursprüfung für die administrativen Stellungen vorschlug, vgl. Wolowski in der *Revue de législation etc.* 1845. I. S. 203 ff., 220 ff. Dasselbst über die herrschenden Zustände auch den Aufsatz von Laboulaye 1845. III. S. 289 ff.; ferner Laboulaye, *De l'enseignement et du noviciat ad-*

So bezweckten auch die Reformprojekte des Ministers Salvandy vornehmlich eine Lösung dieser Schwierigkeiten. Die von ihm berufene Reformkommission sowie die von ihm befragten Rechtsfakultäten¹⁴⁶⁾ hatten ihr Gutachten dahin abgegeben, dass einerseits der Unterricht der Rechtsfakultäten nach der öffentlich-rechtlichen Seite zu entwickeln, andererseits jedoch eine staatswissenschaftliche Spezialechule zu gründen sei, deren Diplom als Bedingung für die Zulassung zur höheren Verwaltungskarriere angesehen werden sollte.

Wenn auch eine Ausführung dieser Pläne durch die Ereignisse des Jahres 1848 zunächst unmöglich gemacht wurde, so wirkte die gegebene Anregung doch für die nächste Zeit fort. Allerdings kamen die Versuche meist nicht über das Stadium des Projekts hinaus, oder sie scheiterten an der mangelhaften Ausführung, wie die vom Unterrichtsminister Carnot gegründete *école d'administration*,¹⁴⁷⁾ die durch Abzweigung von elf Lehrstühlen des *Collège de France* gebildet werden sollte. Man hatte es versäumt ihr dadurch eine Zukunft zu sichern, dass ihr Unterricht in feste Beziehung zu den administrativen Karrieren gebracht wurde. So musste sie nach einigen Monaten fast völliger Schülerlosigkeit wieder verschwinden.

Unter dem *empire* ruhte die Frage wiederum bis zum Ende der sechziger Jahre. Man beschränkte sich darauf, einerseits die politisch bedenklichen Vorlesungen, wie das Staatsrecht zu beseitigen, andererseits der Nationalökonomie 1864 in der Pariser Fakultät einen Platz zu gönnen. Erst 1869 unter dem Ministerium Duruy wurde das erwähnte Projekt, dessen Ausführung der Krieg verhinderte, ausgearbeitet, nach welchem in der Pariser Fakultät, eine besondere staatswissenschaftliche Sektion eingerichtet werden sollte.¹⁴⁸⁾

ministratif en Allemagne. Das. 1843. S. 513 ff. — Laferrière, *De l'enseignement administratif dans les facultés de droit et d'une école spéciale d'administration*. Das. 1849. I. S. 104.

¹⁴⁶⁾ *Délibérations des facultés de droit sur les questions proposées à la haute Commission etc.* Paris 1845.

¹⁴⁷⁾ Bericht desselben und Gesetzesvorschlag vom 7. April 1848.

¹⁴⁸⁾ *Bulletin administratif de l'instruction publique* vom 15. Juli 1869.

Die allgemeine Hochschulreform der siebziger Jahre fand daher das Problem noch fast auf dem Standpunkte, welchen es seit der napoleonischen Organisation eingenommen hatte: theoretisch waren die Rechtsfakultäten mit der Pflege der Staatswissenschaften, sowie mit der Heranbildung der Verwaltungsbeamten betraut; thatsächlich beschränkte sich jedoch die Pflege der Staatswissenschaften auf das Verwaltungsrecht, mit einigen Vorlesungen über Nationalökonomie, und war auf die Heranbildung für die Verwaltungskarriere in dem Studienplane keinerlei Rücksicht genommen. Es begreift sich, dass das Reformbedürfniss hier sich in erster Linie geltend machte. Die Lösung wurde jedoch durch das Wiederauftauchen der alten prinzipiellen Streitfragen, welche schon die Salvandy'schen Projekte beherrschten, verzögert: der Frage, ob innerhalb der Rechtsfakultäten eine Erweiterung der öffentlich-rechtlichen Studien für die Juristen, zugleich auch für die zukünftigen Verwaltungsbeamten ausreichend, oder ob für diese letzteren eine gesonderte Ausbildung mit besonderen Studienabschlüssen in den Rechtsfakultäten nothwendig sei, namentlich aber, ob überhaupt die Rechtsfakultäten mit der Ausbildung der zukünftigen Verwaltungsbeamten zu betrauen, ob rechts- und staatswissenschaftliche Fakultäten, ob staatswissenschaftliche Speziale Schulen einzurichten seien. Bald wurde daher die Wiederherstellung der *école d'administration* von 1848 gefordert, bald die entsprechende Ausgestaltung der Rechtsfakultäten, die bald ein *doctorat* oder eine *licence ès sciences politiques* neben den alten juristischen Graden, bald ein einheitliches Diplom für den Abschluss der juristischen wie der administrativen Studien ertheilen sollten.¹⁴⁹⁾

In diesem Widerstreite der Meinungen gelang es lange nicht eine Einigung und ein prinzipielles Vorgehen zu erzielen. Man begnügte sich, nach und nach einige öffentlich-rechtliche Vorlesungen in die Rechtsfakultäten einzuführen, wobei das Tempo des Vorgehens jedoch ein recht langsames blieb. So existirten bis 1882 nur drei Vorlesungen über Staats-

¹⁴⁹⁾ Vgl. Bufnoir in der *Revue internationale de l'enseignement*. 1881. I. S. 378.

recht in sämtlichen französischen Rechtsfakultäten, hatte die Nationalökonomie bis 1877 keinen festen Lehrstuhl in den Provinzialfakultäten, wurde das Völkerrecht 1888 nur in vier Fakultäten gelehrt.

Indessen that bei dieser Stagnation der Staatsanstalten der, nach dem Gesetze von 1875 über die Freiheit des Hochschulunterrichts, sich rasch entwickelnde freie Unterricht einen wichtigen Schritt zur Lösung der Hauptschwierigkeit. Die 1871 bereits von Boutmy gegründete *école libre des sciences politiques* zu Paris entwickelte sich zu einer bedeutenden staatswissenschaftlichen Hochschule. Durch eine geschickte, den praktischen Bedürfnissen angepasste Organisation gelang es ihr auch thatsächlich, fast ein Monopol für die Vorbereitung auf die höheren Verwaltungskarrieren zu erringen.¹¹⁰⁾

Wir haben oben bereits erwähnt, dass für viele administrative Laufbahnen eine Konkursprüfung vorgeschrieben, und dass das Programm derselben von jedem Minister für die ihm unterstellten Karrieren festgestellt wurde, wobei sich eine grosse Verschiedenheit in den jeweils an die Kandidaten gestellten Anforderungen herausbildete. Die *école des sciences politiques* nahm nun auf diesen Zustand durch Einrichtung verschiedener Sektionen Rücksicht, deren Studienplan den Anforderungen der jeweils vorgeschriebenen Konkursprüfung entspricht. So rekrutirten sich bald die im Staatsrath, den Ministerien, dem Rechnungshof u. s. f. auf Grund von Prüfungen zugänglichen Stellen fast nur aus Schülern der *école des sciences politiques*.

¹¹⁰⁾ Die *école des sciences politiques*, die, wie wir wohl sagen können, von den uns bekannt gewordenen französischen Hochschulen den günstigsten Eindruck hinterlassen hat, verdient eine besondere Darstellung, welche wir ihr hier nicht widmen können. Abgesehen von den hier nur berücksichtigten professionellen, verfolgt sie auch in der glücklichsten Weise wissenschaftliche Zwecke, wie denn überhaupt reges wissenschaftliches Leben in ihr pulsirt. Vgl. über sie Boutmy, *L'école libre des sciences politiques*. Paris 1879. Auch den Bericht eines Belgiers Wouters, *De l'enseignement du droit à l'étranger. Écoles spéciales et séminaires juridiques*. Bruxelles 1881. S. 3 ff.

Nach wie vor blieb jedoch das *licence*-Diplom der Rechtsfakultäten Vorbedingung für die Zulassung zu vielen dieser Konkurse, so dass auch die Rechtsfakultäten immer daran erinnert wurden, dass eigentlich ihnen die Vorbereitung der Verwaltungsbeamten und damit auch die Pflege der Staatswissenschaften zugedacht war. Bei vielen Gelegenheiten forderten sie daher, in erster Linie die Pariser Fakultät, eine Entwicklung ihres Lehrkadres nach der öffentlich-rechtlichen Seite, sowohl für die zeitgemässe Vervollständigung der juristischen Ausbildung, als auch mit Rücksicht auf die zukünftigen Verwaltungsbeamten. Zugleich wies man mit Recht darauf hin, dass die *école des sciences politiques* doch nur einer Elite zu Gute komme, während gewisse bescheidenere Stellungen in den verschiedenen Zweigen der Verwaltung eine administrative Vorbildung forderten, die sich in bescheidneren Grenzen bewegen könnte, dabei aber an verschiedenen Hochschulzentren geboten sein müsste. Andererseits unterstützte der augenscheinliche Erfolg der *école des sciences politiques* die prinzipiellen Gegner der Ausgestaltung der Rechtsfakultäten zu rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten nicht unwesentlich. Man befürchtete, das Resultat einer entsprechenden Umgestaltung der Rechtsfakultäten werde eine Schädigung der aufblühenden *école des sciences politiques* sein, ohne dass doch zugleich die Rechtsfakultäten je fähig sein würden die Stellung dieser Anstalt einzunehmen und auszufüllen.

Das Resultat dieser, seit zehn Jahren in Enqueten, Berichten, Streitschriften etc. nach allen Richtungen erörterten Bewegung ist das neue, oft bereits von uns erwähnte Reformdekret vom 24. Juli 1889 über die Studien der *licence*.¹¹¹⁾ Dasselbe hat die alten Streitfragen dahin entschieden, dass die Rechtsfakultäten thatsächlich den Charakter als „rechts- und staatswissenschaftliche“ Fakultäten erhalten; dass ferner die Ausbildung der Juristen und der zukünftigen Verwaltungsbeamten, unter Vermehrung des publizistischen Elements, in den beiden ersten Jahren der *licence* die gleiche, wesentlich

¹¹¹⁾ Die Gutachten der Fakultäten sind herausgegeben in den *Enquêtes et documents etc.* 1889. XXXI.

juristische sein, und dass im dritten Jahre erst eine theilweise Trennung eintreten soll; dass für beide Kategorien ein einheitliches, die Studien abschliessendes Diplom, das der *licence*, bestehen bleiben, und nur durch Vermerkung der im dritten Jahre gewählten Materien die Richtung, welche der Kandidat seinen Studien gegeben, angedeutet werden soll.

Die Elemente der staatswissenschaftlichen Ausbildung des *licencié*, wie sie in den beiden ersten Jahren der *licence* vorgeschrieben, in dem dritten, je nach der getroffenen Wahl, möglich ist, sind nun folgende: Im ersten Jahre sind Nationalökonomie und die Elemente des Staatsrechts, im zweiten Verwaltungsrecht und Völkerrecht vorgeschrieben; im dritten hat der Kandidat aus den zur Wahl stehenden neun Kursen drei zu wählen, er könnte sich somit z. B. auf Verwaltungsrecht, Völkerrecht und Finanzwissenschaft beschränken.

Es liegt uns fern, die allgemeine Frage nach der Zweckmässigkeit einer Vereinigung oder Trennung der Hochschulstudien für Juristen und Verwaltungsbeamte, die von berufener Seite vielfach erörtert worden (s. Note 141), hier zu behandeln. Nur so viel mag bemerkt werden, dass nach den Bestimmungen des Dekrets von 1889, dessen Wirkungen sich ja wohl erst nach geraumer Zeit übersehen lassen werden, die staatswissenschaftliche Hochschulbildung der Juristen, wenn wir sie mit der in Deutschland meist üblichen vergleichen, als eine völlig ausreichende erscheinen muss. Ebenso wird man sich nicht verhehlen können, dass der zukünftige Verwaltungsbeamte in Deutschland, insbesondere in Preussen, oft auf der Universität mit den Staatswissenschaften sich nicht so viel beschäftigen wird, als dies dem *licencié* nunmehr möglich ist. Als eine nothwendige Ergänzung der Reform erscheint jedoch die endgiltige Regelung der höheren Verwaltungskarriere, welche das Diplom in feste Verbindung zur späteren Laufbahn setzt und definitiv ein einheitliches Beamtenrecht schafft. Allerdings sind die Aussichten hiefür augenblicklich geringe und die „Politik“ wird wohl noch lange dieser für das ganze Staatsleben so wichtigen Umgestaltung widerstreben.

Was nun die Frage angeht, ob „rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät“, ob „staatswissenschaftliche Spezialechule“,

so ist diese, auch trotz der neuen Reform, in Frankreich in gewissem Sinne praktisch geblieben; steht doch neben den entwickelten Rechtsfakultäten noch immer die blühende *école des sciences politiques*. Insofern hat auch die lebhafteste Polemik über den Anspruch der Rechtsfakultäten auf die Staatswissenschaften, welche namentlich durch den Leiter der *école des sciences politiques* einerseits, die Lehrer der Rechtsfakultäten andererseits, vor der Reform von 1889 geführt wurde, noch jetzt ihr Interesse.¹⁵²⁾

Auch hier liegt es uns fern, allgemein urtheilen zu wollen, ob die Staatswissenschaften besser in Verbindung mit den juristischen Studien der Rechtsfakultäten, oder in einer besonderen Fakultät organisirt, gedeihen können. Dieses Urtheil muss, wie wir glauben, je nach den historisch gegebenen Verhältnissen, verschieden ausfallen; namentlich dürfte der, wie wir sahen, in Deutschland und in Frankreich so ungleichwerthige Begriff der Rechtsfakultät, und die in beiden Ländern so verschiedenen Beziehungen dieser zu den Schwesterfakultäten wohl hinreichen, um eine einheitliche und allgemeingültige Entscheidung der Frage auszuschliessen.

Uebrigens scheinen uns auch die namentlich von Boutmy, gegen die Uebertragung der Staatswissenschaften in die Rechtsfakultäten geltend gemachten Gründe, sich wesentlich gegen den besonderen, den französischen Rechtsfakultäten durch ihre historische Entwicklung gegebenen Charakter zu richten. Wenn z. B. gesagt wird: „*Les études juridiques, qui sont les plus voisines de la politique par le sujet, en sont éloignées le plus par la méthode et l'esprit*“,¹⁵³⁾ so trifft das bei dem engen privatrechtlichen Rahmen, in welchem die französischen Rechts-

¹⁵²⁾ Vgl. namentlich die Aufsätze von Boutmy und dem Pariser Professor Bufnoir in der *Revue internationale de l'enseignement*. 1881. I. S. 237 ff., 378 ff., 448 ff. Liégeois, das. S. 399. Boutmy, das. 1889. I. S. 217. *Des rapports et des limites des études juridiques et des études politiques*. Die zitierten Gutachten der Fakultäten, *Enquêtes et documents*. 1889. XXXI. lassen übrigens erkennen, dass man dem Eindringen der Staatswissenschaften nicht in allen Fakultäten günstig gegenüberstand.

¹⁵³⁾ Boutmy, *Revue etc.* 1881. I. S. 244.

fakultäten sich so lange bewegten, und der analytisch-interpretirenden, unhistorischen Methode, über welche sie lange nicht hinauskamen, gewiss zu. Es müsste jedoch, damit der Satz Allgemeingiltigkeit erlangte, der Nachweis geführt werden, dass eben jene Methode in Wahrheit die „juristische“ genannt zu werden verdiente.

Ein weiteres, nach Lage der Sache gewichtiges Argument war den Gegnern der Rechtsfakultäten in dieser Beziehung durch die oben geschilderte, ganz einseitig zivilistische Ausbildung des Lehrpersonals dieser Anstalten gegeben. So lange römisches Recht, französisches Zivilrecht und Strafrecht das A und O der Vorbildung des Rechtslehrers bildeten, war gewiss eine gleichwerthige Pflege der Staatswissenschaften in den Rechtsfakultäten nicht zu erzielen. Und hier dürfte auch heute noch, trotz des bescheidenen in den Agregationskonkurs eingeführten Wahlrechts der Kandidaten, die Entscheidung über die Zukunft der Staatswissenschaften in den französischen Rechtsfakultäten zu suchen sein. Die naturgemäss wesentlich privatrechtliche, einheitliche Agregation wird der Vertretung der Staatswissenschaften in den Rechtsfakultäten stets eine, wie selbst ein rühmlich bekannter Rechtslehrer offen sagte,¹⁵⁴⁾ „*infériorité relative*“ gegenüber den zivilistischen Materien sichern. —

Immerhin wird man nicht verkennen können, dass die Reform den Rechtsfakultäten selbst einen grossen Vorthail gebracht hat, sie hat ihnen ein Mittel gegeben, sich aus den noch mannigfach anhaftenden Fesseln der nunmehr bereits ein Jahrhundert alten Routine, zu neuem wissenschaftlichen Leben aufzuschwingen. Wie weit diese Möglichkeit benutzt werden wird, muss die Zukunft lehren.¹⁵⁵⁾ Jedenfalls glauben wir, dass

¹⁵⁴⁾ Lyon-Caen, *L'agrégation des facultés de droit. Revue internationale de l'enseignement*. 1887. II. S. 454 ff.

¹⁵⁵⁾ Einstweilen giebt eine reiche methodologische Literatur, welche namentlich die neuen, durch die Aufnahme der Staatswissenschaften geschaffenen Verhältnisse zum Gegenstande hat, von dem Interesse und dem redlichen Streben des Lehrpersonals der Rechtsfakultäten Kunde. Vgl. namentlich die Aufsätze in den letzten Jahrgängen der *Revue internationale de l'enseignement* von

von dieser Entwicklung auch die Aussichten einer erfolgreichen Konkurrenz der Rechtsfakultäten mit der *école des sciences politiques* abhängen werden. Einstweilen dürfte diese, bei dem glänzenden Aufschwung, den sie genommen, dem kräftig in ihr pulsirenden wissenschaftlichen Leben, den Wetteifer der so vielfach gebundenen Rechtsfakultäten kaum zu fürchten haben.

Ein besonderer Grund für das Fortbestehen, gerade einer freien staatswissenschaftlichen Hochschule liegt auch in der Engherzigkeit, mit welcher so lange der Staat der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiete der Staatswissenschaften gegenübergestanden hat. Es haben sich da, unter dem langen Drucke der mit der Politik allzu sehr liierten Unterrichtsverwaltung, allmählich Anschauungen über die Grenzen der freien wissenschaftlichen Meinungsäusserung in den staatlichen Anstalten eingelebt, welche mit selbstständiger, wissenschaftlicher Thätigkeit gerade auf staatswissenschaftlichem Gebiete, kaum verträglich sind.¹⁵⁶⁾

Turgeon, das. 1890. I. S. 274 ff. Saleilles, das. S. 482 ff. Pillet, das. 1890. II. S. 395 ff. Appleton, das. 1891. I. S. 235 ff. Despagnet, das. 1891. I. S. 533 ff., II. S. 1 ff.

¹⁵⁶⁾ Bei dem häufigen Wechsel ephemerer und ungeschichtlicher Konstitutionen in diesem Jahrhundert, trat naturgemäss das wissenschaftliche Interesse hinter dem politisch-praktischen zurück. Fast immer fürchtete man daher auch ein Eindringen der Politik in die Fakultäten zugleich mit dem Staatsrecht. Bezeichnend ist, dass der Minister Bardoux in der *Statistique de l'enseignement supérieur* 1878 noch ausdrücklich hervorheben musste, die Eröffnung des *cours de droit constitutionnel* in Paris sei ohne Unruhen verlaufen. Daher auch die ängstliche, dem Lehrpersonal anerzogene Vorsicht gegenüber Allem, was die Politik berühren könnte. Diese Auffassungen spiegelt gut wieder der von M. Accarias erstattete Bericht über die Arbeiten der Reformkommission von 1872. *Revue critique de législation etc.* 1873/74. S. 487 ff. Dasselbst wurde z. B. der Konkurs um die Professuren mit folgender Motivierung bekämpft: *Le concours pourrait doux aboutir à installer dans une chaire publique un homme, qui attaquerait la propriété, qui demanderait la restitution des actes de l'état civil au clergé (!), qui enfin se donnerait pour mission et se croirait le devoir de renverser les principes essentiels de notre droit public. (!)*

IX.

Schluss.

Deutsche und französische Universitätsentwicklung.

Der Geist des christlichen Europa schuf im Mittelalter eine neue Form, zur Befriedigung des in der entwickelteren menschlichen Gesellschaft allzeit regen, wissenschaftlichen Bedürfnisses: die Form jener eigenartigen korporativen Vereinigung von Lehrenden und Lernenden, welche als „Universität“ von den Schicksalen des Geisteslebens der Menschheit seitdem unzertrennbar blieb.

Wie die christliche Völkergemeinschaft im Mittelalter uns als ein Ganzes erscheint, in welchem erst die Keime nationaler Verschiedenheit auf die spätere Gliederung hinweisen, so trug auch die Form der Universität einen international-europäischen Charakter: an der Leuchte, die in Paris und Bologna aufflammte, entzündeten sich auch die Geistesfackeln in Spanien, England, Deutschland.

Später trennten sich dann die Wege; in dem engeren Kreise, welchen das nationale Leben mit seiner Sondersprache umschloss, ward auch die Universitätsidee national gefärbt, waren im Guten wie im Bösen die Schicksale der Völker auch für sie bestimmend. Während der Name der Universität als Erinnerung an das europäische Element in ihr fast überall geblieben ist, bezeichnet derselbe heute doch in den verschiedenen Ländern sehr verschiedene Institutionen.

Unter diesen ladet nun gerade die Entwicklung, des soeben in einem wichtigen Theile betrachteten französischen und des deutschen Zweiges, zu einem Vergleiche besonders ein. Stellen sie doch, durch den engen Anschluss an den Staat und die Beziehungen zu der von diesem geregelten beruflichen Fachbildung, verwandte Typen dar, die z. B. von dem englischen sich sehr wesentlich unterscheiden. Allerdings müssen wir das Feld hier eng umgrenzen. Es geht nicht an, den geistigen Inhalt der in beiden Ländern als Erben der alten *studia* heute erscheinenden Hochschulen, die grössere oder geringere in ihnen

vollzogene Annäherung an den Besitz der Wahrheit gegeneinander abzuwägen, den objektiven Werth der in ihnen vertretenen Wissenschaft, gemessen an den höchsten Zwecken und Zielen der Menschheit, in Vergleich zu stellen. Eine solche Vergleichung würde unfruchtbar sein, denn wenn auch die Form der Universität bedeutsamen Einfluss hierauf ausüben kann, so ist die in den Universitäten vertretene Wissenschaft doch überall der Niederschlag und Ausdruck des jeweiligen Geisteszustandes der Nation, und dieser wird vornehmlich durch Faktoren bedingt, die über den Rahmen der Universität weit hinausgreifen, namentlich durch die Religion, sowie durch die mannigfachen Einwirkungen der politischen und sozialen Zustände.

Der Vergleich muss daher wesentlich formalerer Natur sein; es kann sich nur um die Frage handeln, wie hier und dort die natürlichen und historisch gegebenen Ziele der Hochschulen, die Befriedigung des gesellschaftlichen Bedürfnisses nach einer Mehrung des allgemeinen geistigen Besitzes, und diejenige, des heutzutage als staatlichen zu bezeichnenden, der beruflichen Fachbildung erreicht werden. Und gerade in der verschiedenen, von uns schon mehrfach angedeuteten Hinordnung der Hochschulen auf die genannten Ziele, liegt der wesentlichste Unterschied der deutschen und der französischen Universitätsentwicklung.

Allerdings ist die Ausbildung der Hochschulen in dieser Beziehung in beiden Ländern keineswegs stets eine bewusste gewesen; äussere Verhältnisse und die Gewalt der Thatsachen haben oft grösseren Einfluss auf das schliessliche Resultat gehabt, als vorbedachte Ueberlegung. Dennoch erscheint dem Beobachter hier wie dort die Fortbildung als eine durchaus logische; war sie nicht von zielbewusstem Streben, so war sie eben von der instinktiven Neigung der Nationen beherrscht.

In Deutschland hat sich nun in stetiger Entwicklung der Gedanke zur Klarheit durchgerungen, dass die erste Aufgabe der Universität, die Pflege der Wissenschaft, dass der, professionellen Zwecken dienende Unterricht, einerseits Mittel des wissenschaftlichen Fortschritts, andererseits das unmittelbare Resultat desselben sein müsse.

So betrachtet die Nation die Universitäten und fühlen sich diese letzteren selbst, in erster Linie als Zentralpunkte der forschenden Wissenschaft, als in besonderem Maasse mit der Mehrung des geistigen Besitzes der Menschheit beauftragte. Die Fachbildung soll in der Berührung mit dem wissenschaftlichen Forschen erworben werden: dieses erscheint als das primäre und unmittelbare, jene als das mittelbare Ziel des Universitätslebens.

Dieser Auffassung hat sich auch das Verhalten des, nach der heutigen Entwicklung, ersten Interessenten an der Berufsbildung, des Staates, angepasst. Auch der Staat erkennt in Deutschland die wissenschaftliche Aufgabe der Universität als die beherrschende an, fördert dieselbe nicht nur positiv, sondern enthält sich auch jeder ungünstigen Einflussnahme durch Betonen des professionellen Elements. Daher jene weitgehende Freiheit in dem inneren Leben der Universität, jene Freiheit der Lehrthätigkeit, deren wissenschaftlicher Flug durch keinerlei Reglements gehemmt ist, jene Freiheit des Lernens, die das Joch des Examens und der im Gefolge desselben einher schreitenden Uebel, von dem Leben und Treiben der Hochschule möglichst fern hält.

Auch scheut sich der Staat nicht, diejenigen heilsamen Mittel im Organismus der Hochschule wirken zu lassen, welche dem freien wirthschaftlichen Leben entnommen und, wie das Kollegiengeld, der staatlichen Einwirkung entzogen sind. Kurz, die staatliche Fürsorge für die Universitäten erscheint in Deutschland nicht als eine drückende Vormundschaft, sondern als eine verständnissvolle Pflege, eine Unterstützung der Hochschulen in der Erreichung ihres vornehmsten, des wissenschaftlichen Zieles.

In Frankreich bildet, wie wir sahen, die napoleonische Organisation und in dieser diejenige der Rechtsfakultäten, den Kulminationspunkt der Entwicklung: in ihr erscheint genau ein Gegenbild der deutschen Anschauungen verwirklicht.

Das kulturelle Bedürfniss einer Pflege und Förderung der forschenden Wissenschaft wird von der gelehrten Akademie, dem *Institut national*, das *Daunou* pomphaft als „*abrégé du monde savant et le corps représentatif de la république des lettres*“

bezeichnete, und von Lehranstalten, die wie das *Collège de France* der Berufsbildung fernstehen, befriedigt, während die berufliche Fachbildung die eigentliche und einzige Aufgabe jener bescheidenen Rechtsnachfolger der alten Universitäten, der isolirten Fakultäten geworden ist.

Dementsprechend hat auch der durch wissenschaftliche Skrupel nicht beirrte Staat seine Hand schwer auf das ganze Leben der Fakultät gelegt. Er kennt natürlich die Erfordernisse der von ihm geregelten Berufe am Besten. Daher ordnet er die gesammte Thätigkeit des Lehrens und Lernens mit Rücksicht auf diesen Zweck; sieht er bei der Ausbildung des Lehrers fast nur auf die Entwicklung der Lehrbegabung; schreibt er die Methoden des Lehrens wie des Lernens vor, häuft er die Prüfungen, um die Durchführung seiner Anordnungen zu erzwingen. So streben denn Lehrer und Schüler in der Fakultät, mit „gebundener Marschroute“, geführt von dem „Programm“ und beherrscht von dem Examen, dem professionellen Ziele zu, welches der Staat ihnen gesteckt hat. Ein Ausbrechen aus Reihe und Glied in das freie Feld der Wissenschaft erscheint damit als eine Abirrung von dem nächsten Wege zu dem angestrebten Ziele.

Diese geradezu diametral entgegengesetzte Entwicklung in Deutschland und Frankreich erscheint um so auffallender, wenn wir uns die gewaltige wissenschaftliche Stellung vergegenwärtigen, welche die Universitäten noch im 16. Jahrhundert in ihrem ersten Vaterlande, in Frankreich, einnahmen, und die oft bescheidenen, mehr professionellen Anfänge bedenken, aus welchen die deutschen Universitäten sich meist entwickelt haben.

Die mannigfachen Gründe dieser Erscheinung haben wir Eingangs zu erfassen versucht. Hier sei noch auf ein weiteres Moment, dessen Wirksamkeit sich aus der Darstellung der Verhältnisse der Rechtsfakultäten wohl mehrfach ergeben hat, ausdrücklich hingewiesen: auf das Verhalten der Universitäten, und der mit ihrer Fortbildung betrauten Autoritäten, zu den überlieferten Formen des Universitätslebens.

In Deutschland finden wir eine ständige, organische Fortbildung dieser Formen, ein Wachsen derselben mit den stets

sich erneuernden Aufgaben und den neuen Zielen der Hochschulen. Die äussere Schaale, die dem wachsenden Organismus lästig wurde, ist häufig so sehr abgestreift, dass eine Verbindung des Einst mit dem Jetzt nur dem aufmerksamen Beobachter bemerkbar wird. Regelmässig ist aber das Wesentliche, welches der alten Form die Bedeutung gab, geblieben. Am deutlichsten zeigt sich dies in der oben eingehender besprochenen Entwicklung der Lehrorganisation, welche, unter geänderten Verhältnissen, die alten Elemente einer Blüthe der Lehrthätigkeit in neuer Gestalt sicherte.

In Frankreich erscheinen die alten Umrisse oft viel getreuer festgehalten, wie z. B. die alten akademischen Grade, die Institution des Schuljahres, die trimestrielle Einschreibung, manche Eigenthümlichkeiten des Prüfungswesens und vieles Andere auf die Anfänge der Universitäten, oder doch auf eine Geschichte von Jahrhunderten zurückblicken können. Neben diesen mehr indifferenten Reminiscenzen, findet sich aber häufig ein verderbliches Hängen an überlebten, und darum schädlichen Formen. Und hier haben wir vornehmlich die Rekrutierung des Lehrpersonales durch den Konkurs, der ja in scholastischer Zeit seine Daseinsberechtigung hatte, und die von dem sechzehnten bis auf dieses Jahrhundert fast unveränderte Lehrorganisation im Auge. Wir haben beide in ihren, wie wir glauben, verhängnissvollen Wirkungen auf die Hochschulen oben zu würdigen versucht.

Es will uns scheinen, dass dieses Verhalten der Hochschulen zu dem organisatorischen Fortschritte, wie es bezeichnend ist für das Interesse, welches dem Universitätsleben in beiden Ländern entgegengebracht wurde, so auch als ein wichtiger Faktor in der wissenschaftlichen Entwicklung derselben angesehen werden muss. Nicht zum wenigsten hat die Last der abgestorbenen Formen des äusseren und inneren Lebens, die französischen Hochschulen auf den niederen, professionellen Standpunkt, den sie in den letzten Jahrhunderten eingenommen, herabgedrückt.

Wenn wir nun eine Wahl zu treffen haben zwischen dem deutschen Systeme der geschilderten Vereinigung und dem französischen der Trennung der Berufsbildung von der forschenden

Wissenschaft, so stellen wir uns voll und ganz auf den Boden der deutschen Anschauung, welche für die wissenschaftliche Forschung fruchtbarer zu sein scheint, wie sie auch schliesslich der Berufsbildung einen wahren und dauernden Vorthail bringt. Die Gründe für dieses Urtheil ergeben sich aus der ganzen, oben versuchten Darstellung des Lebens der französischen Rechtsfakultäten. Seine Richtigkeit wird auch durch die fast einstimmige, ausdrückliche, oder in Reformen nach deutschem Muster sich zeigende Anerkennung, welche die deutsche Universitätsform bei den anderen Kulturvölkern in neuerer Zeit gefunden, auf das Beste bestätigt. Und in erster Linie ist es neuerdings ja gerade Frankreich, welches, wie wir auf Schritt und Tritt sahen, mit rühmlichster Energie sein Hochschulwesen in Anlehnung an das deutsche Muster umzugestalten strebt.

Für Deutschland ist es aber ein Grund freudigen und gerechten Stolzes, dass es jene grosse Idee des Mittelalters, die in der Universität organisirte Wissenschaft, dem Geiste nach erhalten und zeitgemäss fortzubilden vermocht hat. Möge auch bei der weiteren Ausgestaltung, wie sie die Bedürfnisse der nimmer rastenden nationalen Entwicklung bedingen werden, als Leitstern stets die Ueberzeugung dienen, dass die beherrschende wissenschaftliche Stellung der Universität, Wesen und Fundament derselben und aller von ihr erwarteten Dienste bleibt.



Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht in Berlin.

Schriften von Charles Calvo:

Le Droit International theorique et pratique. 4. édition. 1887—1890. 5 vls. cplt.	Preis Mk 75,—
Dictionnaire de Droit international public et privé. 1885. 2 vls.	„ Mk 44,—
Dictionnaire manuel de Diplomatie et de Droit international public et privé. 1885	„ Mk 22,—

Revue de Droit international et de législation comparée.

Fondée et dirigée

par

M. G. Rolin-Jaequemyns.

Avec le concours

de M. M. Asser, Nys, Rivier, Ed. Rolin et Westlake.

XXIII année 1891. 6 livraisons. Preis Mk 14,40.

Das Strafrecht der Schweiz.

Systematisch dargestellt

von

Heinrich Pfenninger,

Docent der Rechte der Universität Zürich.

1890. Preis geh. Mk 12,—.

Strafgesetzbuch für Russland.

Entwurf der Redactionscommission.

Aus dem Russischen übersetzt und aus den Motiven erläutert

von

Prof. Dr. X. Gretener.

Lfg. I. Allgemeiner Theil. 1882. Mk 10,—.

„ II. Besonderer Theil. Verbrechen gegen die Person. 1885. Mk 2,40.

„ III. „ „ Angriffe auf die Vermögensordnung. 1888. Mk 8,—.

Das subjective Recht

nach allgemeinen Grundsätzen

unter

Berücksichtigung der bestehenden Process-Gesetze

und des

Entwurfs zum bürgerlichen Gesetzbuch für Deutschland

bearbeitet von

Philipp Zenthöfer,

Amts-Gerichtsrath.

1891. XXIV und 400 Seiten. geh. Mk 6,—.

Konkursgesetze aller Länder der Erde.

Mit vergleichender Uebersicht

unter Mitwirkung namhafter Juristen des Auslandes

herausgegeben

von

J. Alexander.

1891. 530 Seiten. geh. Mk 9,—, eingebunden Mk 10,—.

**Das Deutsche Reich und die Deutschen Bundesstaaten
in ihren rechtlichen Beziehungen.**

Von

Dr. jur. August Trieps,

Herzogl. Braunschweig. Finanzrath.

1890. Preis Mk 5,—.

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei, Berlin SW., Wilhelmstrasse 32.



Savigny, Leo <<von>>,

Die französischen Rechtsfakultäten im Rahmen der neueren Entwicklung des
französischen Hochschulwesens Von Leo von Savigny

Berlin 1891

41.4847

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11533965-9